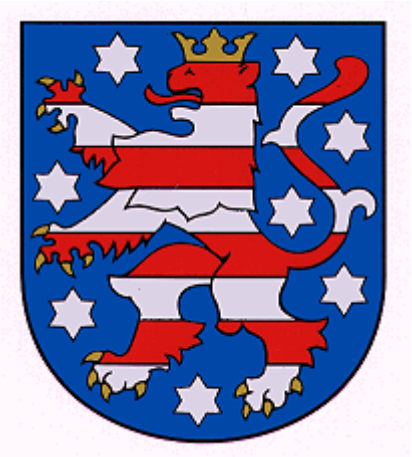
POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Staatsaufgaben und Staatsausgaben

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2011

Karl Schmitt • Jürgen H. Wolff

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort **6**

I. Einleitung **7**

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische Lage und Identität **12**

III. Zur Entwicklung des Thüringer Staatshaushalts **19**

1. Die Haushaltsentwicklung Thüringens seit 1990 – ein Überblick 19

2. Wie weiter? Grenzen der Haushaltsgestaltung aus politökonomischer Sicht 28

IV. Staatsaufgaben und Staatsausgaben im Urteil der Thüringer **32**

1. Aufgaben und Reichweite des Staates 32

1.1. Grundlegende Wertpräferenzen 32

1.2. Aufgaben des Staates und seine Grenzen 38

1.3. Staat, Markt und Wirtschaft 43

1.4. Zwischenfazit 50

2. Prioritäten der Haushaltsgestaltung 50

2.1. Optionen der Konsolidierung 50

2.2. Akzeptanz von Haushaltskürzungen nach Einzelbereichen staatlicher Tätigkeit 52

2.3. Sparen durch Gebietsreform? 56

2.4. Personalabbau und verstärkter Computereinsatz in der öffentlichen Verwaltung? 59

3. Zusammenfassung 63

V. Demokratie: Einstellungen und Engagement **65**

1. Politisches Engagement: Formen und Beteiligung 65

2. Einstellungen zur Demokratie und ihren Institutionen 70

3. Rechtsextreme Einstellungen: neue Konjunktur? 75

VI. Fazit **83**

Literatur **87**

Anhang: Tabellarische Übersichten 91

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Arbeitslosenquoten 1991-2010	12
Abb. 2:	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1991-2010	13
Abb. 3:	Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000 bis 2011	14
Abb. 4:	Identität 2000-2011	16
Abb. 5:	Bedeutung von Standortfaktoren für die Attraktivität auf Fachkräfte	17
Abb. 6:	Nettokreditaufnahme	20
Abb. 7:	Investitionen und Schulden 1991-2009	21
Abb. 8:	Schulden und Gesamteinnahmen 1991-2009	22
Abb. 9:	Zinsen und Investitionen 1991-2009	22
Abb. 10:	Landeshaushalt 2009: Einnahmen	23
Abb. 11:	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen teilungsbedingter Sonderlasten an Thüringen 2005-2020 („Korb I“)	24
Abb. 12:	Landeshaushalt 2009: Ausgaben	26
Abb. 13:	Landespersonal 1991-2011	27
Abb. 14:	Freiheit ist wichtiger als Gleichheit: Landtagsabgeordnete und Bevölkerung	34
Abb. 15:	Freiheit ist wichtiger als Gleichheit und Sicherheit – Zustimmung nach Alter, Bildung und DDR-Affinität	36
Abb. 16:	Wertpräferenzen nach dem Rang der Freiheit	38
Abb. 17:	Gewünschte Staatsaufgaben	40
Abb. 18:	Gewünschte Staatsaufgaben nach dem Rang der Freiheit	41
Abb. 19:	Grundeinstellungen zur Wirtschaftsordnung nach Parteineigung	46
Abb. 20:	Haltung zum Staat als Steuereinnehmer	47
Abb. 21:	„Der Staat ist nur an meinen Steuern interessiert, ohne mir genügend dafür zu bieten“ – Zustimmung nach Bildung, persönlicher finanzieller Lage, DDR-Affinität und Rang der Freiheit	48
Abb. 22:	Akzeptanz von Kürzungen der Staatsausgaben in den Bereichen …	53
Abb. 23:	Zahl der Bereiche, in denen Ausgabenkürzungen akzeptiert werden	54
Abb. 24:	Geringe/keine Bereitschaft zur Ausgabenkürzung nach Alter, Geschlecht und Bildung	54
Abb. 25:	Bereitschaft zur Haushaltskürzung in Einzelbereichen nach Bildung	55

Abb. 26:	Einverständnis mit Gebietsreformen	57
Abb. 27:	Bereitschaft zum Personalabbau nach Bereichen	60
Abb. 28:	Bereitschaft zum Personalabbau in Abhängigkeit von der Bereitschaft zur Ausgabenkürzung	61
Abb. 29:	Umstieg auf Internet bei Einsparung von Behördenpersonal nach Alter und Bildung	62
Abb. 30:	Starkes politisches Interesse nach dem Rang der Freiheit, Wertorientierung und subjektiver politischer Kompetenz	66
Abb. 31:	Formen politischer Partizipation	67
Abb. 32:	Legale politische Beteiligung nach Einstellung zur Demokratie	69
Abb. 33:	Demokratieunterstützung nach Ebenen 2001-2011	71
Abb. 34:	Aspekte des Demokratieverständnisses: 2003 und 2011 im Vergleich	73
Abb. 35:	Vertrauen auf Institutionen 2000-2011	75
Abb. 36:	Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus im Zeitverlauf	77
Abb. 37:	Rechtsextremismus im Zeitverlauf (2001-2011)	78
Abb. 38:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung im Zeitverlauf	79
Abb. 39:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Affinität und Einstellung zur Demokratie	80
Abb. 40:	Rechtsextremismus: Bereitschaft zu legaler und illegaler politischer Beteiligung sowie politischer Gewalt	81

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Gruppenbildung anhand der Präferenzen zwischen Freiheit und Gleichheit und Freiheit und Sicherheit	35
Tab. 2:	Wirtschaftliche Grundorientierungen	44
Tab. 3:	Typologie der Einstellungen zu Staat und Steuern	49
Tab. 4:	Konzept der Demokratieunterstützung und Messung im THÜRINGEN-MONITOR	70
Tab. 5:	Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items 2011 im Vergleich	76

Vorwort

Mit der vorliegenden Studie geht der THÜRINGEN-MONITOR in sein elftes Jahr. Im Einklang mit der bisherigen Praxis verfolgt er auch 2011 ein doppeltes Anliegen. Einerseits setzt er die Dauerbeobachtung der politischen Orientierungen und insbesondere der Demokratieunterstützung fort und ermöglicht so Erkenntnisse über Kontinuität und Wandel. Andererseits analysiert er die Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer zu einem jährlich wechselnden Schwerpunktthema, das den anderen Hauptteil des Berichts ausmacht. In der Kombination beider Teile stehen den Lesern aktuelle Informationen und Analysen zur Verfügung, von denen die Autoren hoffen, dass sie auch den politischen Entscheidungsträgern im Freistaat Anregungen für ihre Arbeit geben können.

Das Schwerpunktthema des Jahres 2011, „Staatsaufgaben und Staatsausgaben", ist an Relevanz und Aktualität kaum zu übertreffen. Thüringen steht mit dem Wegfall der innerdeutschen und eines Großteils der europäischen Transferzahlungen vor der Notwendigkeit drastischer Einschnitte in seinen Ausgaben und der Neubestimmung seiner Aufgabenprioritäten. Wohin unsolide Haushaltspolitik führt, ist gegenwärtig in Deutschland, in Europa und weltweit an dramatischen Entwicklungen abzulesen. Das diesjährige Thema hat vielfältige Bezüge zu früheren Schwerpunkten des THÜRINGEN-MONITORS. Vor allem kann an die Studie zu den Zukunftsvorstellungen der Thüringer (2006) angeknüpft werden. Eine thematische Nähe besteht aber auch zu den Untersuchungen einzelner Politikfelder: Bildungspolitik (2007), Familienpolitik (2002) und zu den sozialpolitischen Themen (Reform des Sozialstaats, 2004; Soziale Marktwirtschaft, 2008).

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Befragung zugrunde – mit den folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 2. bis 10. Mai 2011
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter wahlberechtigten Thüringern
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße
- Fehlertoleranz: etwa 2 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5)
  etwa 4 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Die Autoren danken dem Meinungsforschungsinstitut Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld in Mannheim und namentlich Herrn Matthias Jung und Frau Annette Mayer für die gute Zusammenarbeit. Der Dank geht ferner an Frau Katja Salomo für die Datenaufbereitung, an Herrn David Scheuing für die Erstellung der Grafiken, Herrn Daniel Thieme für das Layout und Herrn Dr. Hendrik Träger für die Redaktionsassistenz.

Jena, im September 2011

Karl Schmitt Jürgen H. Wolff

I. Einleitung

Zum Ende dieses Jahrzehnts deutet sich für Thüringen wie für die übrigen ostdeutschen Länder eine Zäsur an. Mit dem Jahr 2020 laufen die im Rahmen des Solidarpakts II den ostdeutschen Ländern zufließenden Mittel aus, die zur Bewältigung teilungsbedingter Sonderlasten bestimmt sind. Auch die Fördermittel, die Thüringen aus den Strukturfonds der Europäischen Union der EU erhält und die sich für die Jahre 2007 bis 2013 auf mehr als 2 Mrd. € summieren, werden sich bis dahin gravierend verringert haben, da der Freistaat ab der kommenden Förderperiode (2014-2020) nicht mehr zu den Höchstfördergebieten gehört. Schließlich greift in knapp zehn Jahren auch die grundgesetzliche Schuldenbremse, die es den Ländern – von eng begrenzten Ausnahmen abgesehen – untersagt, neue Schulden aufzunehmen. In der Konsequenz werden dem Freistaat im Jahr 2020 im Vergleich zum Etat 2010 ca. ein Viertel weniger Einnahmen zur Verfügung stehen.

Zumindest hinsichtlich der finanziellen Spielräume wird das Thüringen des Jahres 2020 ein anderes sein als das heutige Thüringen. Diese Entwicklung kann unterschiedlich charakterisiert und interpretiert werden. So lässt sich der absehbare Rückgang der Einnahmen als dramatischer Verlust deuten, der je nach Perspektive massive Sparzwänge und rigorose Haushaltsdisziplin bedingt oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsfürsorge nach kompensatorischen Maßnahmen in Gestalt erhöhter Steuern und Abgaben oder der Kreditaufnahme verlangt. Nach einer anderen Lesart handelt es sich bei der skizzierten Entwicklung zwar um eine gravierende Herausforderung, womöglich die größte Herausforderung, mit der sich Thüringen seit der Errichtung einer demokratischen Ordnung und dem sozio-ökonomischen Umbau infolge der deutschen Vereinigung konfrontiert sieht. Zugleich bedeutet diese aber auch eine Normalisierung: Aus dem ostdeutschen Land, das sich nach der deutschen Einheit in einer historischen Sondersituation eines alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Auf- und Umbaus befunden hat und bei der Bewältigung der Transformation unweigerlich auf Transferleistungen angewiesen gewesen ist, wird ein deutscher Flächenstaat, dessen Möglichkeiten und Problemlagen sich strukturell kaum von denen anderer (auch westdeutscher) Länder unterscheiden.

Dieser Wandel kann als Übergang von der Transformationsphase in eine Posttransformationsphase bezeichnet werden, wobei das Jahr 2020 die Zäsur markiert. Die skizzierten (Haushalts-)Probleme, die sich für Thüringen und alle anderen ostdeutschen Länder bei diesem Übergang ergeben, hängen unmittelbar mit der Struktur des Transformationsprozesses im Gefolge der deutschen Vereinigung zusammen: Sie resultieren mindestens zu einem Teil aus denjenigen Handlungsstrategien und -mustern, mit denen auf die immensen Herausforderung der Transformation reagiert worden ist. So war die deutsche Einheit maßgeblich durch einen Institutionen- und Elitentransfer aus den westdeutschen Ländern charakterisiert. Instrumente und Verfahren westdeutscher Politik fanden entsprechend Anwendung in den neuen Ländern. Die Finanzierung der deutschen Einheit – und damit auch des „Aufbaus Ost“ erfolgte technisch über Sondervermögen und Sonderzuweisungen, faktisch wurde sie jedoch auch auf dem Weg der Kreditaufnahme finanziert. Zugleich begannen die ostdeutschen Länder, sich – weitgehend unabhängig von der politischen Couleur ihrer Regierungen – vor dem Hintergrund ihrer vergleichsweise geringen Steuereinnahmen zu verschulden.

Zwar war damit der Grundstein für die letztlich rasant steigende Nettokreditaufnahme auch der neuen Länder (mit Ausnahme Sachsens) gelegt. Jedoch wird man im Rahmen einer differenzierten Bewertung berücksichtigen müssen, dass dadurch wichtige Investitionen getätigt werden konnten und es zudem der sozialen Abfederung eines von Verwerfungen begleiteten Transformationsprozesses bedurfte. Die eingangs skizzierten Herausforderungen der Posttransformationsphase für Thüringen sind insoweit eine unbeabsichtigte Folge der beabsichtigten – und in vielen Bereichen erfolgreichen – Bewältigung der mit der Transformation verknüpften Herausforderungen. Hinzu kommt ein strukturelles Problem, das sich aus der demokratischen Systemen eigenen Periodizität von Wahlen ergibt. Im Wahlkampf stehen konkurrierende Parteien in der Gefahr, ausgabenintensive Programme anzukündigen, um dadurch ihren Stimmenanteil zu maximieren. Umgekehrt ist es für Wähler und Interessenverbände attraktiv, weitere Ausgaben in für sie relevanten Bereichen zu fordern, ohne für die Kosten unmittelbar aufkommen zu müssen.

Diese scheinbare Übereinstimmung der Interessen von Parteien und Wählern mag eine Teilerklärung dafür bieten, weshalb über längere Perioden der bundesdeutschen Geschichte die Aufnahme neuer Schulden in Politik und Gesellschaft relativ breite Akzeptanz erfahren hat. Die mit der Verschuldung verknüpften Probleme sind in der letzten Zeit jedoch verstärkt ins politische und öffentliche Bewusstsein gerückt. Davon zeugt auf europäischer Ebene schon seit den frühen 1990er Jahren die Verschuldungsquote als eines der Konvergenzkriterien. In Deutschland ist im Zuge der Föderalismusreform II im Jahr 2009 erstmalig eine sogenannte Schuldenbremse grundgesetzlich verankert worden. Ob dieser Trend einer Konsolidierungspolitik bereits einen dauerhaften Paradigmenwechsel darstellt, mag dahin stehen; eine politische Aufwertung der Haushaltsdisziplin ist jedoch unverkennbar.

Es dürfte unstrittig sein, dass sich infolge der bis 2020 deutlich sinkenden Einnahmen Thüringens grundlegende Fragen für die Politikgestaltung in der Phase der Posttransformation stellen. Bei oberflächlicher Betrachtung handelt es sich lediglich um haushaltspolitische Entscheidungen, die es im Lichte einer veränderten Finanzausstattung zu treffen gilt. Faktisch geht es jedoch um die Gestaltung der zukünftigen Landespolitik, die weit reichende Implikationen beispielsweise für die Förderpraxis und die Gebiets- und Verwaltungsstruktur hat. Davon betroffen sind Bürger wie Politik, auf der Landesebene alle Ressorts und deren jeweilige Vorhaben vom Straßenbau bis zur Hochschulentwicklung. Im Licht der veränderten Haushaltssituation zum Ende dieses Jahrzehnts ergeben sich aber vor allem grundsätzliche Fragen nach der Rolle des Staates, nach den Leistungserwartungen, die an diesen bestehen, nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft sowie dem zwischen Staat und Bürgern, nicht zuletzt nach den Ausgabenschwerpunkten.

Die politischen Entscheidungsträger im Land, in erster Linie die gewählten Repräsentanten und die Landesregierung, werden sich mit derartigen Fragen auseinanderzusetzen haben und Antworten finden müssen. Gerade in Zeiten der sich abzeichnenden knappen Kassen gilt es, politische Prioritäten festzulegen und damit Richtungsentscheidungen für die weitere Entwicklung Thüringens zu treffen. Unabhängig davon, wie die inhaltlichen Schwerpunkte im Einzelnen aussehen, ist absehbar, dass zumindest einzelne Maßnahmen unpopulär sein werden. Umso wichtiger erscheint es daher, einerseits die mit politischen Vorhaben verfolgten Ziele darzulegen und den Entscheidungsprozess transparent zu gestalten.

Andererseits muss der Entscheidung eine Phase vorausgehen, in der sich „die“ Politik ein fundiertes Bild von den Erwartungen und Präferenzen der Bürger machen kann. Wo ist nach Ansicht der Thüringer staatliches Handeln zu begrüßen oder sogar notwendig; wo stößt es an seine Grenzen? Welche Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und in das Leben des einzelnen Bürgers sind zulässig? In welche Bereiche soll der Staat investieren und aus welchen kann er sich zurückziehen? Wie die Thüringer diese und andere Fragen beantworten, sollte bekannt sein, wenn Entscheidungen über die Zukunft des Landes getroffen werden. Dies ist nicht nur ein Gebot demokratischer Repräsentation und politischer Glaubwürdigkeit. Vielmehr entscheiden die Präferenzen der Bürger mit darüber, ob und welche Gelegenheitsfenster sich für politische Reformen öffnen.

An dieser Stelle setzt der THÜRINGEN-MONITOR 2011 mit seinem Schwerpunktthema an. Die empirische Analyse der Einstellungen der Thüringer zu den Aufgaben und Ausgaben des Staates macht seinen Kern aus. Vorangestellt ist dem eine knappe Darstellung der Haushaltsentwicklung im Freistaat anhand der Veränderung zentraler Indikatoren wie Einnahmen, Schulden, Zinszahlungen und Investitionen im Zeitraum zwischen 1990 und 2009 (III.1). Die entsprechenden Ausführungen haben eine doppelte Funktion: Zum einen sollen sie analog dem Vorgehen in früheren Berichtsjahren die in der Bevölkerung vorhandenen Einstellungen in Beziehung zur behördlichen Statistik setzen. Zum anderen ist anzunehmen, dass die Entwicklungen Teil des Kontextes sind, in dem die Befragten ihre Vorstellungen von staatlichem Handeln und ihre Erwartungen an dieses generieren. Eine politökonomische Analyse der Handlungsoptionen, die sich für politische Akteure vor dem Hintergrund der berichteten Entwicklungen ergibt, schließt diese Betrachtungen ab (III.2)

Der empirische Hauptteil gliedert die Präferenzen der Thüringer nach dem Einstellungsobjekt: Unterschieden werden allgemeine staatliche Aufgaben (IV.1) und konkrete Ausgabenprioritäten (IV.2). Das Kapitel setzt bei den grundsätzlichen Orientierungen an, um von dort zur Bewertung teils sehr spezifischer Maßnahmen und Handlungsalternativen zu gelangen. Als Ausgangspunkt dienen – zunächst noch ohne direkten Bezug auf den Staat – allgemeine Werthaltungen: einmal die Bedeutungszuschreibung an die Freiheit im Spannungsfeld zu einerseits der Gleichheit, andererseits der Sicherheit, dann die Priorisierung von konkurrierenden Werten für die persönliche Lebensgestaltung (IV.1.1). In Kenntnis der früheren Erhebungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORs wird erwartet, dass diese Wertorientierungen die Haltung zu staatlichen Aufgaben prägen.

Letztere werden auf drei möglichen Handlungsfeldern des Staates untersucht (IV.1.2): dem des Sozialen, konkret der Verringerung sozialer Ungleichheit, dem der Sicherheit und dem der Prävention (Gesundheits- und Umweltschutz). Deuten sich hier schon Präferenzen zur Reichweite staatlichen Handelns an, so werden diese im Weiteren explizit untersucht. Konkret erfolgt eine Analyse der Grundhaltungen zu Fragen der Wirtschaftsordnung sowie der Bewertung von Steuern (IV.1.3). Von besonderem Interesse sind dabei neben der Verbreitung staatsaffiner bzw. staatskritischer Einstellungen die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Einstellungen. Vor dem Hintergrund der Befunde aus zurückliegenden Jahren kann nicht ohne weiteres von konsistenten Präferenzen mit Blick auf die Staatstätigkeit ausgegangen werden. Sind aber für ausgewählte Bevölkerungsgruppen in sich stimmige Einstellungen nachzuweisen, bedingen diese dann auch bestimmte Handlungspräferenzen in Bezug auf die staatlichen Ausgaben?

Die diesbezüglichen Einstellungen werden im Teil IV.2 in vier Schritten unter die Lupe genommen. Der Einstieg in die Ausgaben-Thematik erfolgt durch die Auswertung einer Entscheidungsfrage zu alternativen Optionen, wie ausgeglichene Haushalte zu erreichen sind (IV.2.1). Daran schließen sich Fragen zu Ausgabenkürzungen bei unterschiedlichen Staatsaufgaben an (IV.2.2). Die jeweiligen Antworten geben nicht nur Aufschluss über die Bedeutung, die der staatlichen Finanzierung auf unterschiedlichen Politikfeldern beigemessen wird. Sie lassen darüber hinaus das Maß an Bereitschaft erkennen, Leistungskürzungen auch dort zu akzeptieren, wo man selbst betroffen ist. Im Weiteren werden die Einstellungen zu zwei landespolitisch relevanten Querschnittsthemen untersucht: zur Gebietsreformen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene (IV.2.3) sowie zu verschiedenen Maßnahmen des Personalabbaus (IV.2.4).

In der Gesamtschau ergibt sich ein vielschichtiges Bild von den Aufgabenzuschreibungen und den Leistungserwartungen der Thüringer an den Staat, ihrer Bewertung staatlicher Leistungen und ihrer Bereitschaft, konkrete Ausgabenkürzungen mitzutragen. Es liegt auf der Hand, die entsprechenden Präferenzen nicht nur darstellen und ihre Zusammenhänge zu analysieren, sondern darüber hinaus die Ursachen bestimmter Einstellungen zu erkunden. So wird in allen Kapiteln des Schwerpunktthemas untersucht, ob beispielsweise sozialstrukturelle Merkmale (wie Alter und Bildung), die sozioökonomische Lage, Deprivationserfahrungen oder parteipolitische Präferenzen bestimmte Einstellungen beeinflussen.

In einem demokratischen Gemeinwesen, in dem die Herrschaftsausübung durch staatliche Organe ihre Legitimation aus periodisch stattfindenden Wahlen bezieht, sind Einstellungen gegenüber dem Staat eng mit Fragen demokratischer Verfahren und Performanz verknüpft. Ansprüche an den Staat beschränken sich hier nicht auf die Felder der Wirtschaft und des Sozialen, sondern erstrecken sich auch auf den engeren Bereich der Politik. Folgerichtig ist das diesjährige Schwerpunktthema eng mit Aspekten der politischen Kultur verknüpft, die seit einem guten Jahrzehnt den Gegenstand der Dauerbeobachtung im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS darstellen. Wie in den Vorjahren geht es auch 2011 darum, Kontinuität und Wandel in den Einstellungen der Thüringer gegenüber Politik, ihren Institutionen, Akteuren und Instrumenten zu erfassen. Die integrierende Klammer bildet einmal mehr die Demokratiebewertung.

Die Dauerbeobachtung setzt jedoch bei der Rolle ein, die der Einzelne im demokratischen Gemeinwesen einnimmt und die sich nicht zuletzt in seinem politischen Engagement abbildet (V.1). Dass formalisierte Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung heutzutage nicht immer als ausreichend empfunden werden und daher durch verschiedene Instrumente der Bürgerbeteiligung ergänzt oder auch herausgefordert werden, gehört zu den Lehren aus den Protesten gegen Stuttgart 21 und andere Großprojekte. Aus diesem Grund sind in das Frageprogramm des THÜRINGEN-MONITORS 2011 erstmals Aussagen zur Beteiligung an Bauplanungsvorhaben, elektronischen Konsultationsverfahren und zum zivilen Ungehorsam aufgenommen worden.

Der Rahmen für die politische Partizipation wird durch die demokratische Ordnung aufgespannt. Wie die Demokratie auf den verschiedenen Einstellungsebenen (Norm, Regime, Performanz) bewertet wird, steht auch 2011 wieder im Mittelpunkt der längsschnittlichen Untersuchung (V.2). Über die Demokratiebewertung und das Institutionenvertrauen hinaus gilt das Erkenntnisinteresse in diesem Jahr wieder verstärkt dem Demokratieverständnis. In diesem Kontext ist von besonderer Bedeutung, welche Zusammenhänge zwischen dem Staatsverständnis und den inhaltlichen Bestimmungen der Demokratie bestehen. Frühere Befunde lassen relevante Schnittmengen zwischen hohen Leistungserwartungen an einen aktiven

Staat und einem outputorientierten Demokratieverständnis erwarten. Davon zu unterscheiden sind demokratiefeindliche und im Besonderen rechtsextreme Orientierungen, die wie schon in den vorausgegangenen zehn Jahren einer genaueren Betrachtung unterzogen werden (V.3).

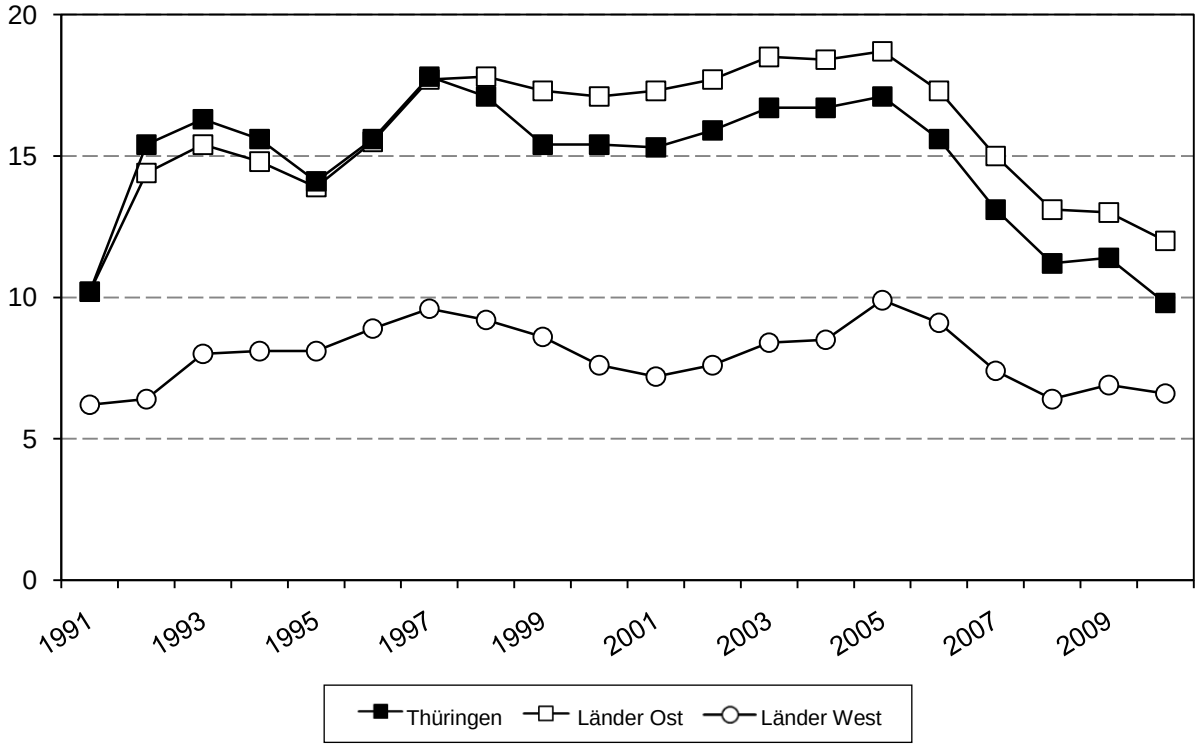
Auch eine andere Tradition des THÜRINGEN-MONITORs wird in diesem Jahr fortgeführt: In dem Bemühen, den spezifischen Landesbezug zu unterstreichen, setzt auch der Bericht für 2011 bei den Wahrnehmungen des Lebens in Thüringens an (II). Neben der Bewertung der allgemeinen und individuellen Wirtschaftslage sowie der regionalen Identität wird in diesem Jahr zusätzlich untersucht, welche Standortfaktoren Thüringen aus der Sicht seiner Bürger für Fachkräfte attraktiv machen.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische Lage und Identität

Thüringen hat in den zwei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung eine tiefgreifende Umstrukturierung seiner Wirtschaft erfahren. Nach vier Jahrzehnten Abschottung vom Weltmarkt war in einer der großen deutschen Industrielandschaften für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für die Modernisierung der Infrastruktur ein enormes Volumen privater und öffentlicher Investitionen erforderlich. Nach anfänglichen Einbrüchen der Produktion, der Beschäftigung und des Außenhandels im Zuge des wirtschaftlichen Systemwechsels trug die Neuorganisation der Wirtschaft Früchte (Überblick bei Sonntag/Walter/Schreiber 2011; Paqué 2009; TM 2008). Vor allem drei Aspekte dieser Entwicklungen sind mit Blick auf die Einschätzungen der Thüringer hervorzuheben.

Erstens hat die Thüringer Wirtschaft – beginnend mit zweistelligen Steigerungsraten – seit 1992 ein beträchtliches Wachstum erlebt. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich von 17,2 Mrd. € im Jahr 1991 auf 49,9 Mrd. € im Jahr 2010 fast verdreifacht, preisbereinigt immerhin mehr als verdoppelt.

Abb. 1: ***Arbeitslosenquoten 1991-2010***
(in Prozent der zivilen Erwerbspersonen)



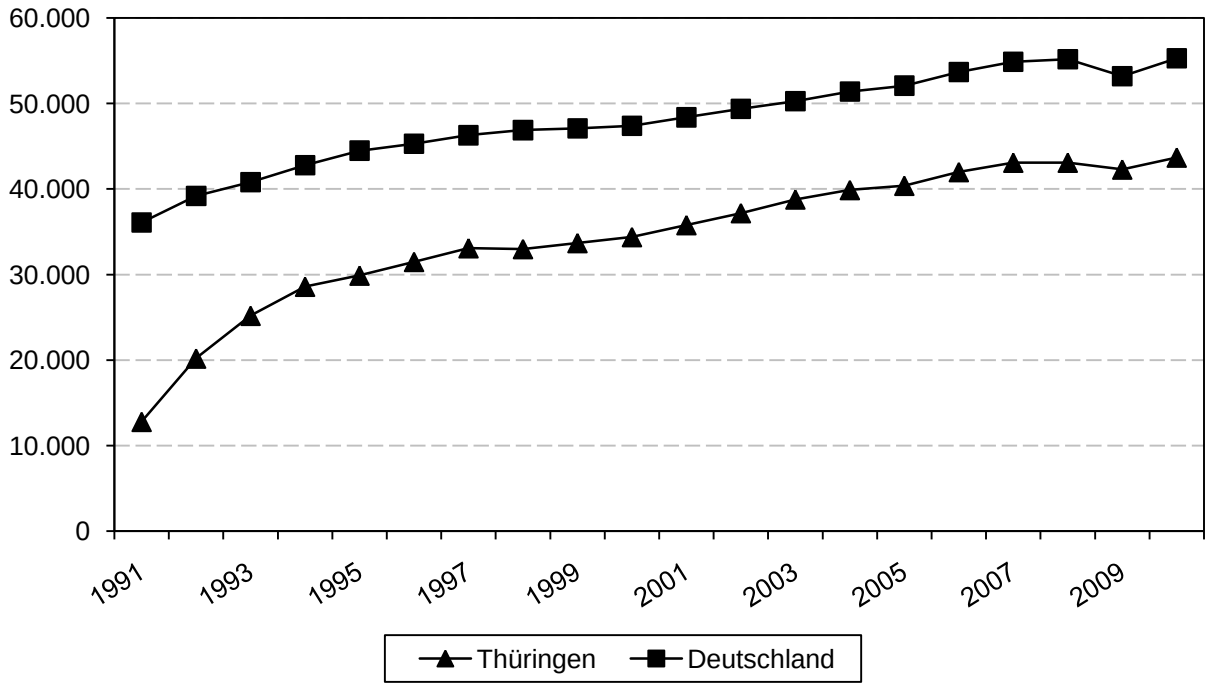
Anm.: Für 1991-1993 Arbeitslosenquote der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (Thüringer Daten); Statistisches Bundesamt (Vergleichsdaten)

Um ein Vielfaches gewachsen ist das Volumen des Außenhandels; bei völliger Neuausrichtung der Handelsströme stiegen die Exporte von 1,5 Mrd. € (1991) auf 10,9 Mrd. € (2010). Seit 2005 schlägt das Wachstum der Wirtschaft auch auf den Arbeitsmarkt durch: 2010 sank

die Arbeitslosenquote in Thüringen erstmals unter die Zehn-Prozent-Marke (Abb. 1). Spürbar wurde die positive Wirtschaftsentwicklung für den Einzelnen durch die kontinuierliche Steigerung der Einkommen und Renten. Das durchschnittliche verfügbare Jahresnettoeinkommen privater Haushalte pro Kopf hat sich in Thüringen von 1991 bis 2006 verdoppelt, preisbereinigt nimmt sich der Zuwachs um ca. ein Drittel allerdings moderater aus.

Zweitens haben sich Thüringen und die übrigen neuen Länder – trotz ihrer beachtlichen Erfolge – dem westdeutschen Wirtschaftsniveau zwar angenähert, dieses aber (noch) nicht erreicht. Die Arbeitsproduktivität (Abb. 2), die Exportquote und das Lohnniveau liegen bei drei Viertel bis vier Fünftel der jeweiligen westdeutschen Werte, und selbst die Beschäftigungslage Thüringens ist ungünstiger als der westdeutsche Durchschnitt, so dass der Freistaat nach wie vor Arbeitskräfte durch Abwanderung verliert. Trotz der beträchtlichen Steigerung ihrer Wirtschaftskraft ist daher das Steueraufkommen der neuen Länder auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch niedrig; 2010 lag es pro Kopf der Bevölkerung für Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bei ca. der Hälfte des Durchschnitts der deutschen Länder insgesamt.[1]

Abb. 2: ***Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1991-2010***
(in € zu Marktpreisen)



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (Thüringer Daten); Statistisches Bundesamt (Vergleichsdaten)

Drittens: Im Vergleich der neuen Länder steht Thüringen in vieler Hinsicht gut da. Beim Wirtschaftswachstum und beim Wachstum der Produktivität (nicht allerdings beim erreichten Niveau der Produktivität) steht Thüringen an der Spitze der ostdeutschen Länder vor Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg/Berlin. Auch beim Volumen

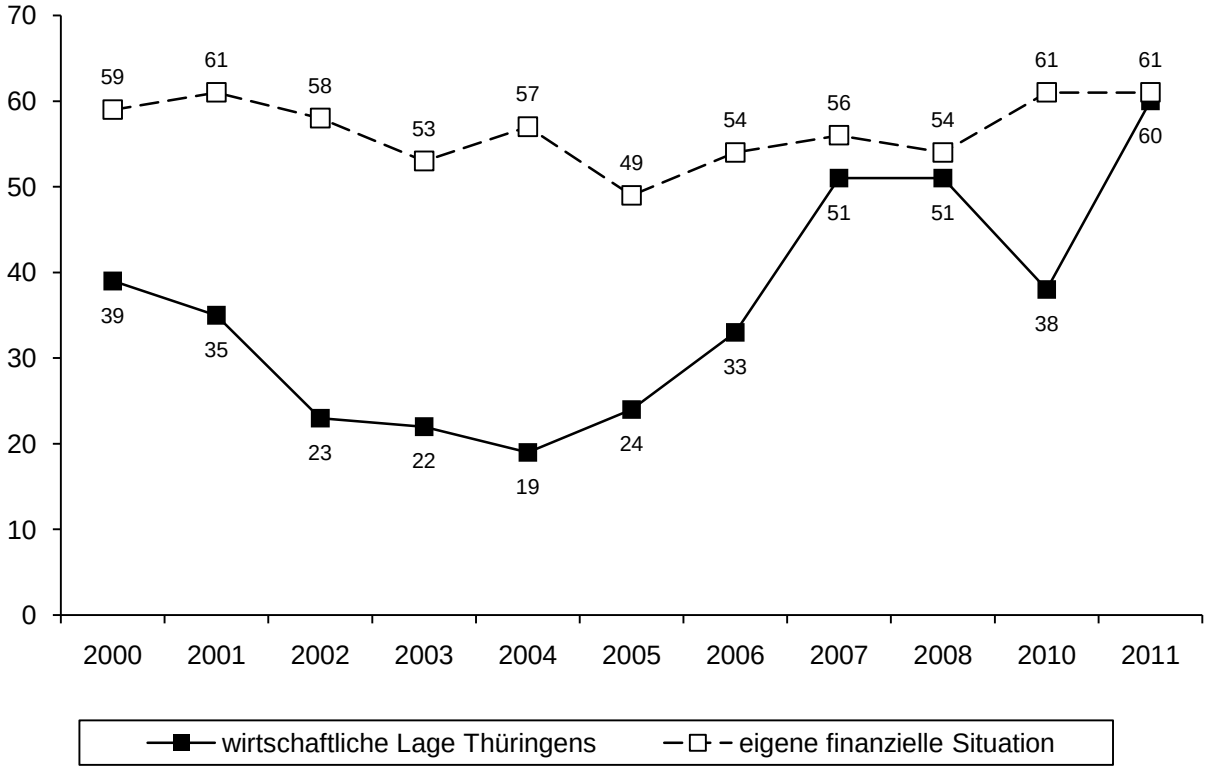
1 Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich. Vgl. Bundesfinanzministerium 2011, S. 9, Tab. 1.

der Forschungsausgaben und beim Umfang des Forschungspersonals der Industrie liegt Thüringen mit Sachsen vorn; des Weiteren hatte Thüringen in den vergangenen Jahren nach Sachsen die höchste Exportquote. Und in der Arbeitslosenstatistik nimmt Thüringen – freilich begünstigt durch seine Lage als Nachbar dreier westlicher Länder – seit 1998 den besten Platz im ostdeutschen Vergleich ein.

Auch die jüngste Wirtschaftskrise hat Thüringen vergleichsweise gut gemeistert. Nach einem zwar etwas größerem Rückgang 2009 hat es 2010 ein kräftigeres Wachstum (+ 3,7 Prozent) erzielt als die übrigen neuen Länder (+ 2,7 Prozent). Im ersten Quartal 2011 übertrafen die Thüringer Exporte ihren bisherigen Höchststand vom zweiten Quartal 2008. Und in der Arbeitslosenstatistik hat Thüringen 2010 seinen Abstand vor dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder ausgebaut (Abb. 1).

Dem Umstand, dass Thüringen insgesamt glimpflich durch die Weltwirtschaftskrise gekommen ist und dass das Land im Laufe des Jahres 2010 einen neuen Aufschwung erlebt hat, der die Arbeitslosenzahlen auf einen seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr gekannten Wert zurückgeführt hat, dürfte es zuzuschreiben sein, dass die Thüringer im Frühsommer 2011 die allgemeine wirtschaftliche Lage des Freistaats sehr positiv sehen. 83 Prozent der Befragten, mehr als bei jeder früheren Messung durch den THÜRINGEN-MONITOR, halten ihren Arbeitsplatz für sicher. Und nachdem bei der letztjährigen Erhebung in der Spätphase der Krise im Januar 2010 nur noch 38 Prozent der Thüringer die Wirtschaftslage des Landes als gut eingeschätzt hatten, ist dieser Anteil nun auf 60 Prozent angewachsen – das ist nicht nur der stärkste Anstieg von einem Jahr zum nächsten, sondern auch der höchste Wert, der bei den Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORs bisher gemessen wurde (Abb. 3).

Abb. 3: ***Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000 bis 2011***
(Werte „sehr gut“ und „gut“ zusammengefasst;in Prozent)



Wie andere Erhebungen so zeigt auch der THÜRINGEN-MONITOR, dass die individuelle wirtschaftliche Situation stets besser als die allgemeine Wirtschaftslage eingeschätzt wird und überdies eine hohe Konstanz aufweist. Seit 2000 beurteilt fast durchgehend mehr als die Hälfte der Befragten die eigene finanzielle Situation als gut oder sehr gut, jeder dritte bis vierte nennt sie weniger gut und jeder sechste bis zehnte als schlecht. Diese Konstanz erklärt sich aus der Urteilsgrundlage. Seine eigene finanzielle Situation, die sich – jedenfalls für die Mehrheit – nicht kurzfristig ändert, kann jeder selbst einschätzen. Für die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage hingegen ist der Einzelne auf Informationen anderer aus zweiter oder dritter Hand angewiesen, ist also faktisch vor allem von der schwankenden Konjunkturen unterliegenden Medienberichterstattung abhängig. Abbildung 3 zeigt, dass sich das Urteil über die allgemeine wirtschaftliche Lage Thüringens 2011 wieder der relativ konstant positiven Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation angenähert hat, die sich 2010 im Gegensatz zur allgemeinen Wirtschaftslage sogar noch verbessert hatte. Damit ist 2011 die bereits aus den Jahren 2007 und 2008 bekannte, für Zeiten der guten Konjunktur typische Situation wieder eingetreten, dass allgemeine und individuelle Wirtschaftslage ähnlich beurteilt werden.

Generell gilt, dass die persönliche finanzielle Situation die Sicht der allgemeinen Lage zwar beeinflusst, dieser Einfluss jedoch so moderat ist, dass einiger Spielraum bleibt für die Wirkung medial kommunizierter Szenarien der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere im Hinblick auf deren Folgen für die Beschäftigungslage. So halten 2011 ca. 70 Prozent der persönlich gut Gestellten zugleich die allgemeine Wirtschaftslage Thüringens für gut, aber von den persönlich schlecht Gestellten tun dies immerhin 45 Prozent ebenfalls. Insgesamt gesehen ist festzuhalten, dass sich 2011 nicht nur der seit 2006 erkennbare Aufwärtstrend bei der Beurteilung der persönlichen finanziellen Lage stabilisiert hat, sondern auch der Wirtschaftsaufschwung seit 2010 voll auf die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage Thüringens durchschlägt.

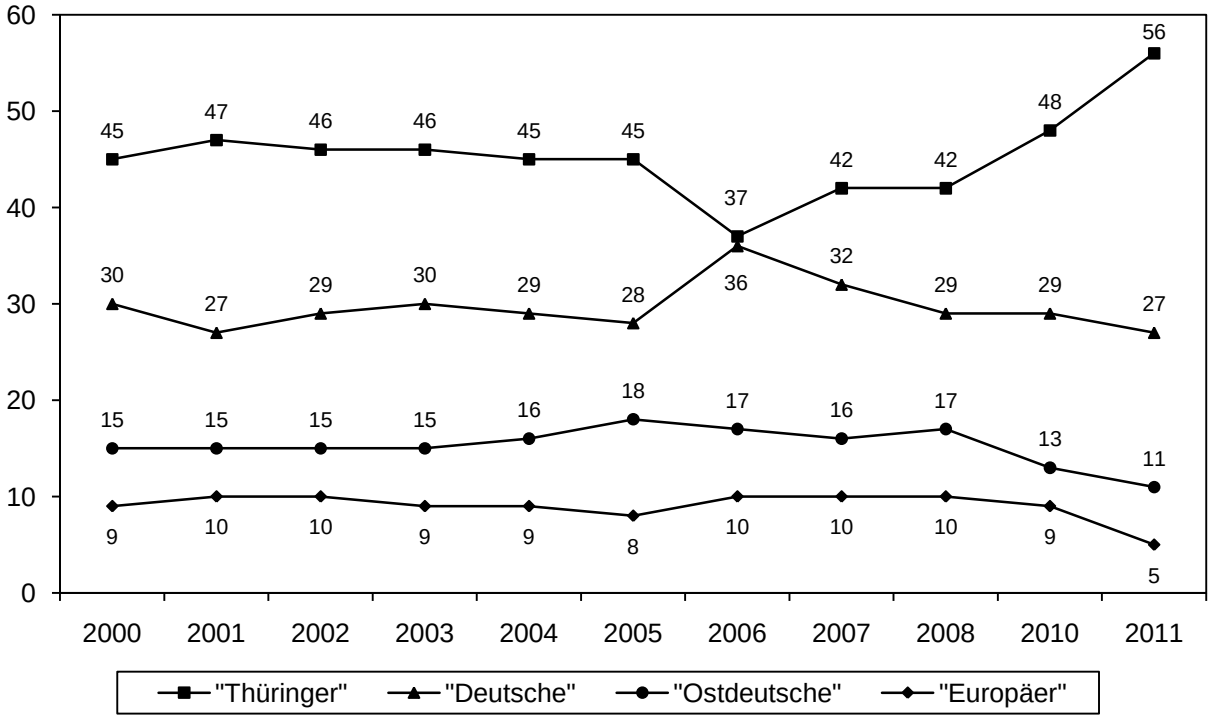
Es kann daher nicht überraschen, dass die große Mehrheit der Thüringer die Auffassung vertritt, ihr Land könne einen Vergleich mit anderen Ländern gut bestehen. Fast zwei Drittel der Befragten halten die wirtschaftliche Lage Thüringens für besser als die in den anderen ostdeutschen Ländern. Für mehr als vier Fünftel gilt, dass Thüringen auch den Vergleich mit vielen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen braucht. Und fast neun von zehn Befragten erklären: „Auf das, was hier in Thüringen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein". Diese Sichtweise ist so weit verbreitet, dass auch die weit überwiegende Mehrheit der sich benachteiligt Fühlenden oder der sich nach den DDR-Verhältnissen Zurücksehnenden sich ihr nicht verschließt.

Bei so viel Stolz auf das Erreichte und so viel positiver Bewertung der Leistungen im Land – deutlich über das Maß der vorangegangenen Jahre hinaus – verwundert es nicht, dass 2011 auch die Identifikation mit Thüringen zugenommen hat (Abb. 4). In den Vorjahren hatten sich in der Regel zwischen 42 und 46 Prozent der Befragten in erster Linie als „Thüringer" verstanden, 2010 waren es mit 48 Prozent knapp die Hälfte, und 2011 sind es mit 56 Prozent erstmals deutlich mehr als die Hälfte. Der Anteil derjenigen, die sich vornehmlich als „Deutsche" verstehen, liegt wie bisher bei knapp 30 Prozent (lediglich 2006, im Sommer der Fußballweltmeisterschaft, war der Anteil der „Deutschen" schlagartig angestiegen); dagegen sind die Anteile der „Ostdeutschen" mit jetzt elf Prozent und der „Europäer" mit fünf Prozent rückläufig und auf ihrem bisherigen Tiefststand angelangt.

Das Selbstverständnis hängt mit dem Alter zusammen. Die „Thüringer" sind am stärksten in der älteren Generation vertreten. In den Altersgruppen ab etwa 35 Jahren machen sie durchweg etwa 60 Prozent, bei den Jüngeren nur 40 Prozent aus. Je jünger die Befragten sind, desto

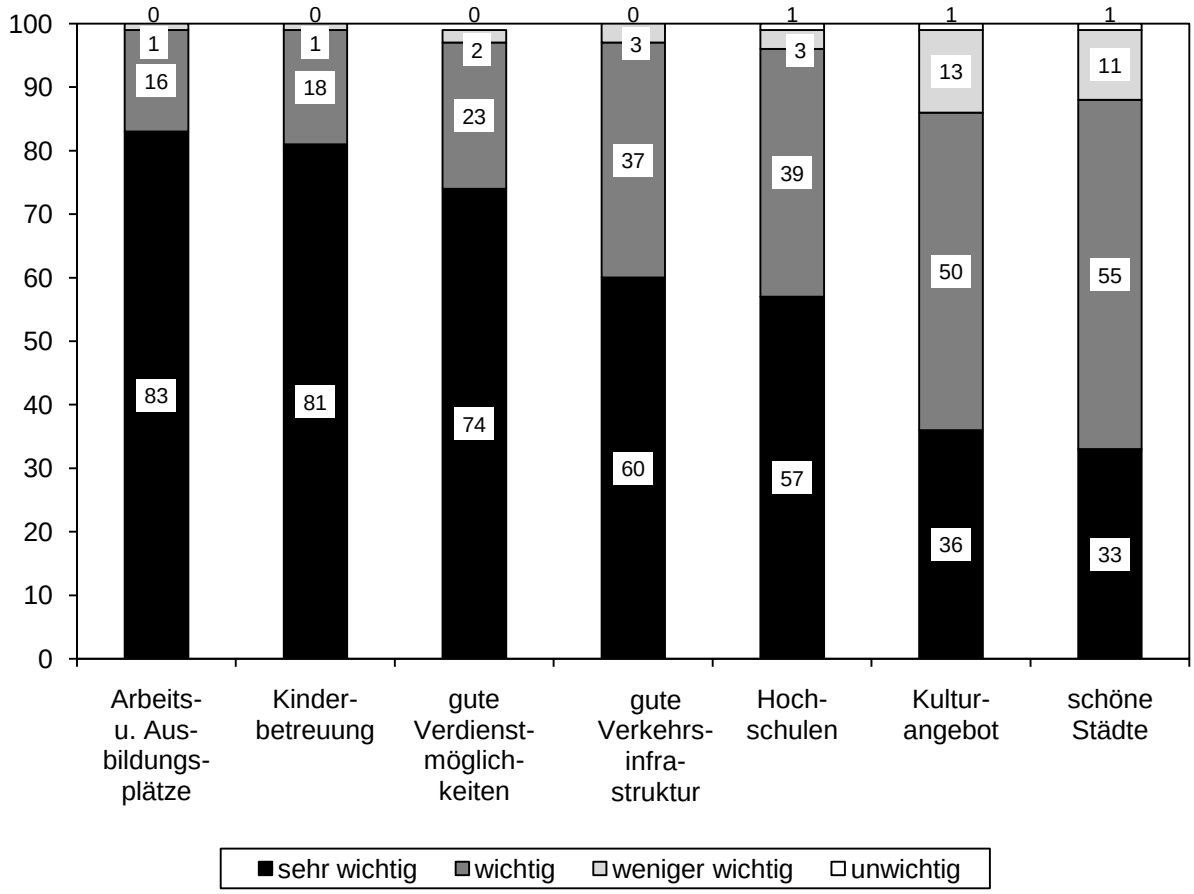
eher verstehen sie sich als „Deutsche“; bei den unter 25-Jährigen sieht sich die Hälfte als „Deutsche“, gut 40 Prozent als „Thüringer“ und jeweils nur drei Prozent als „Ostdeutsche“ oder als „Europäer“. Frauen neigen deutlich mehr zu einer Thüringen-Identifikation als Männer, diese verstehen sich dafür häufiger als „Deutsche“. Wer in Thüringen lebt, aber nicht dort geboren ist, versteht sich verständlicherweise seltener als „Thüringer“ als Eingeborene. Wer aus einem der westlichen Bundesländer stammt, definiert sich mehrheitlich als „Deutscher“ oder als „Europäer“ – aber immerhin auch zu einem Drittel als „Thüringer“. Wer aus einem der anderen neuen Länder kommt, tendiert stärker dazu, sich als „Ostdeutscher“ (21 Prozent) zu verstehen, mehrheitlich jedoch als „Deutscher“ (37 Prozent) „Thüringer“ (28 Prozent) oder „Europäer“ (10 Prozent). Auch der Bildungsstand und die Größe des Wohnorts haben Einfluss auf die Identifikation. Befragte mit Abitur fühlen sich um 20 Prozentpunkte seltener als „Thüringer“ denn Befragte ohne Abitur, dafür häufiger als „Deutsche“ und als „Europäer“. Dagegen sind die kleineren Orte mit bis zu 5.000 Einwohnern eine Domäne der „Thüringer“.

Abb. 4: ***Identität 2000-2011***
(in Prozent)



Gerade wer sich als „Thüringer“ versteht, wer stolz ist auf das im Freistaat Erreichte, und wer Thüringen wirtschaftlich derzeit in guter Verfassung sieht, muss ein besonderes Interesse daran haben, dass das Erreichte gesichert wird, und dass das Land in eine gute Zukunft geht. Wie die Thüringer die auf diesem Weg zu meisternden Herausforderungen in einzelnen Problemfeldern wahrnehmen, ist in früheren THÜRINGEN-MONITORen untersucht worden. Dem Themenschwerpunkt des vorliegenden THÜRINGEN-MONITORS entsprechend ist von besonderem Interesse, wie der Standort Thüringen gesichert werden kann. Angesichts der demographischen Entwicklung kommt es dabei vor allem drauf an, qualifiziertes Personal im Land zu halten und ins Land zu holen. Deshalb wurde den Thüringern die Frage vorgelegt, wie wichtig einzelne Faktoren für die Attraktivität Thüringens auf Fachkräfte sind. Dabei sollte die Bedeutung von sieben Standortfaktoren in vier Stufen der Wichtigkeit eingeschätzt werden.

Abb. 5: ***Bedeutung von Standortfaktoren für die Attraktivität auf Fachkräfte*** *(in Prozent)*



Die Antwortverteilung ist in Abbildung 5 dargestellt. Zunächst ist festzuhalten, dass die Bandbreite der möglichen Antwortalternativen nicht ausgeschöpft wurde. So gut wie niemand hat einen der Faktoren als „unwichtig“ eingestuft, und auch für „weniger wichtig“ hält ein nennenswerter Anteil der Befragten nur zwei der Faktoren. Dieses Antwortverhalten reflektiert die Frageformulierung, die keinerlei restriktive Bedingungen setzt und insbesondere nicht verlangt, die Faktoren in eine Rangfolge zu bringen. Die Antworten dürften deshalb die aus der Sicht der Befragten wünschenswerte Ressourcenausstattung wiedergeben, die nicht die bei Ausgabenentscheidungen regelmäßig gegebene Mittelknappheit widerspiegelt.

Dennoch ist die Antwortverteilung aufschlussreich. Die höchste Bedeutung für die Attraktivität des Standorts Thüringen für Fachkräfte wird dem Angebot von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie von Kinderbetreuung zugemessen. An dritter Stelle folgen gute Verdienstmöglichkeiten. Diese „harten“ Faktoren sind nur zu einem Teil durch staatliches Handeln beeinflussbar, so die Ausbildungsplätze und die Kinderbetreuung, nicht hingegen die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und das Lohnniveau. Gute Verkehrsinfrastruktur und Hochschulen nehmen einen mittleren Rang ein. Im Fall der Hochschulen mag das auch damit zusammenhängen, dass der Begriff „Fachkräfte“ keinen eindeutigen Rückschluss auf das Niveau der zugehörigen Qualifikation erlaubt. Bezeichnenderweise schätzen Befragte mit höherer Bildung die Bedeutung von Hochschulen als Standortfaktor deutlich höher ein. Am Schluss der Liste rangieren das Kulturangebot und das Erscheinungsbild der Städte als „weiche“ Faktoren, obwohl sie von immerhin knapp 90 Prozent der Thüringer als mindestens „wichtig“ bezeichnet werden. Insgesamt lässt sich der Bewertung der Standortfaktoren somit

dreierlei entnehmen: Erstens sind die Thüringer anspruchsvoll und machen nur wenig Abstriche bei der Ausstattung des Standorts Thüringen; zweitens rangiert der Faktor Arbeitsplatz und Verdienst an erster Stelle; und drittens gehören Kinderbetreuung und Ausbildung zum Kern des Unverzichtbaren.

III. Zur Entwicklung des Thüringer Staatshaushalts

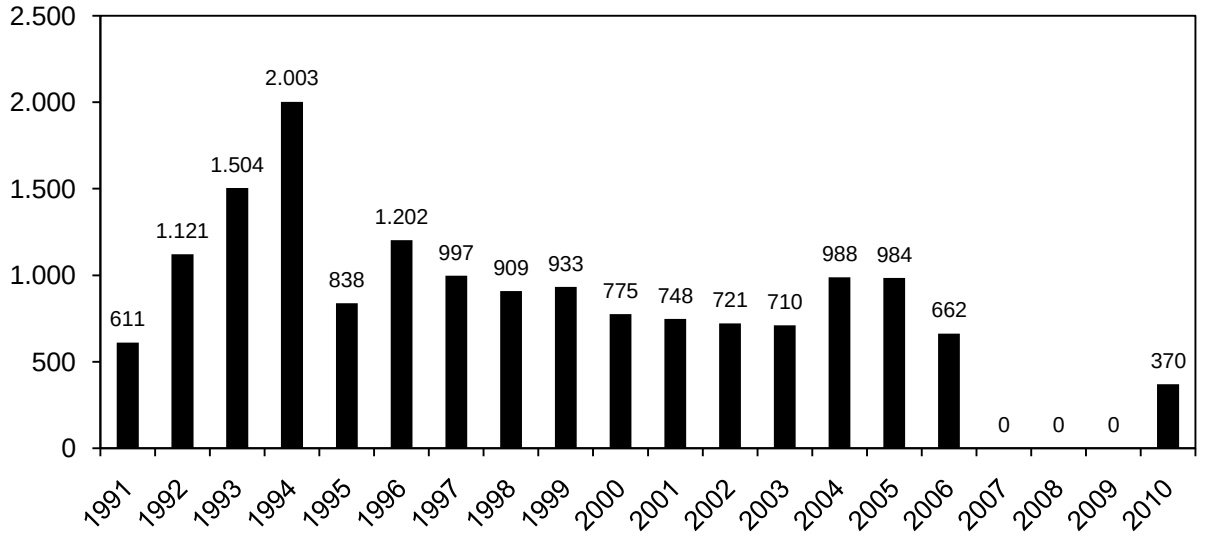
1. Die Haushaltsentwicklung Thüringens seit 1990 – ein Überblick

Sind Vorstellungen der Bevölkerung über Aufgaben des Staates, über Prioritäten staatlicher Aufgabenerfüllung und über die entsprechende Haushaltsgestaltung auch kein bloßer Reflex der bestehenden Verhältnisse, so entwickeln sie sich doch in Auseinandersetzung mit den jeweiligen Gegebenheiten. So setzt etwa eine breite und kontinuierlich erweiterte Palette staatlicher Leistungen Maßstäbe für die Erwartungen der Leistungsempfänger. Um die Herausbildung bestimmter Vorstellungen der Thüringer zu Staatshaushalt und Staatsaufgaben verständlich und nachvollziehbar zu machen, erscheint es daher sinnvoll, ihrer Darstellung eine Skizze der Entwicklung des Thüringer Landeshaushalts seit den frühen 1990er Jahren voranzustellen. Ein solcher Überblick kann zudem die Größe der Herausforderung in den Blick rücken, vor der haushaltspolitische Entscheidungen in Thüringen am Beginn des dritten Jahrzehnts nach der Neugründung des Landes stehen.

Bei seiner Neukonstituierung stand der Freistaat Thüringen vor der Aufgabe, den von der Friedlichen Revolution initiierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruch zu gestalten, einen gewaltigen Aufhol- und Angleichungsprozess im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Um als eigenständiges Land im deutschen Bundesstaat handlungsfähig zu werden, musste der Freistaat Thüringen – an der Stelle von drei Bezirken einer zentralistischen Parteidiktatur – zunächst demokratisch legitimierte Institutionen schaffen. Zudem musste nach der Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung die gesamte Staatstätigkeit gemäß der föderalen Aufgabenverteilung des Grundgesetzes reorganisiert werden. Und schließlich musste das neue Land Thüringen für eine leistungsfähige Infrastruktur für die Bevölkerung und die Unternehmen sorgen – eine wesentliche Rahmenbedingung für den Erfolg der wirtschaftlichen Transformation von einer staatlich gelenkten Zentralverwaltungswirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft.

Die gleichzeitige Bewältigung dieser Herausforderungen konnte der Freistaat Thüringen, wie die ostdeutschen Länder insgesamt, nicht aus eigener Kraft leisten, zumal ein in Jahrzehnten entstandener und nicht kurzfristig aufholbarer Produktivitätsrückstand den im Land verfügbaren finanziellen Mitteln enge Grenzen setzte. Um den neuen Ländern und deren Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung zu sichern, wurde deshalb bereits im Sommer 1990 der Fonds Deutsche Einheit eingerichtet. Aus ihm wurde auch der erste Haushalt 1991 des Freistaats Thüringen weit überwiegend finanziert: Zum Gesamteinnahmevolumen von 13,7 Mrd. DM trugen eigene Steuern nur rd. 20 Prozent bei, Zuweisungen und Zuschüsse dagegen drei Viertel. Bis Mitte der 1990er Jahre hatte sich die Steuerkraft Thüringens und der ostdeutschen Länder so weit erhöht, dass sie in den Länderfinanzausgleich als Empfängerländer einbezogen werden konnten. Darüber hinaus erhielten sie seit 1995 umfangreiche Bundesmittel im Rahmen des Solidarpakts sowie Förderungen aus den Strukturfonds der Europäischen Union.

Abb. 6: ***Nettokreditaufnahme***
(in Mio.€)



Um die für den zügigen Ausbau der Infrastruktur erforderlichen Ausgaben zu finanzieren, verbreiterte der Freistaat Thüringen seine Einnahmenbasis zusätzlich durch die Aufnahme von Krediten (Abb. 6). Auf diese Weise gelang es, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Investitionsausgabenquoten von über 30 Prozent, in der zweiten Hälfte von über 20 Prozent zu erreichen. Nachdem die jährliche Nettokreditaufnahme bis 1996 zeitweise weit über zwei Mrd. DM betragen hatte, konnte die Neuverschuldung seither unter die Schwelle von einer Mrd. € zurückgeführt werden.[2] In den drei Haushaltsjahren 2007, 2008 und 2009 kam Thüringen sogar ohne Neuverschuldung aus.

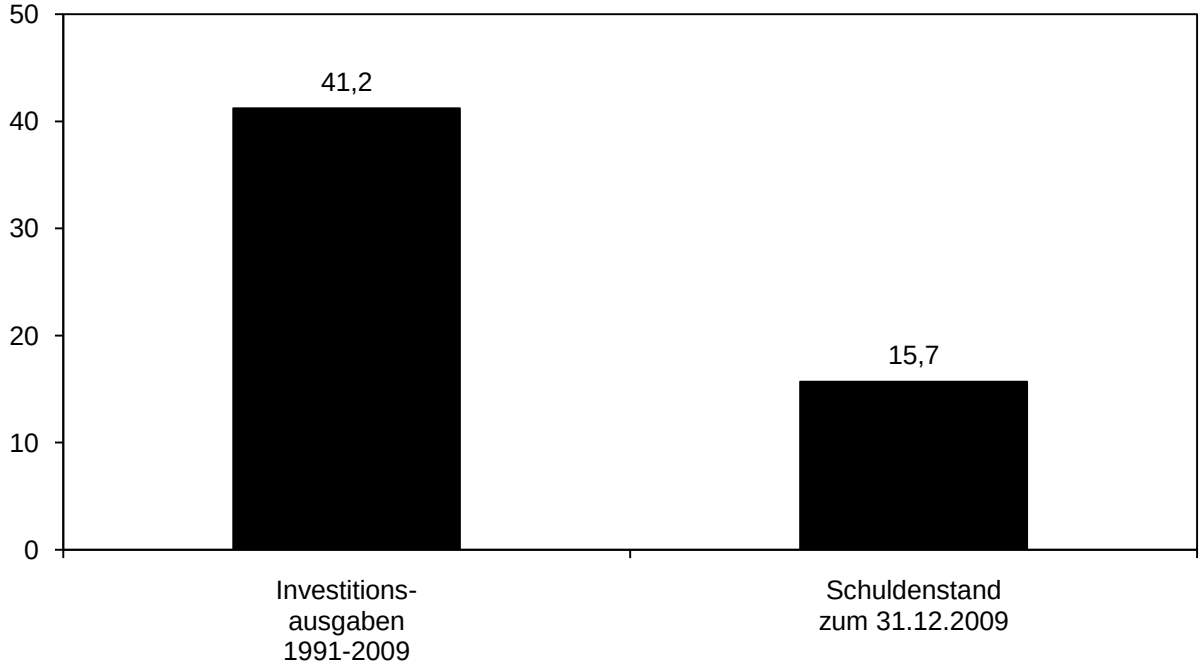
Der weltweite Wirtschaftseinbruch infolge der Finanzmarktkrise belastete jedoch durch massive Steuerausfälle und zusätzliche Ausgaben zur Konjunkturstützung auch den Thüringer Landeshaushalt, so dass für 2010 erneut eine Nettokreditaufnahme (820 Mio. €) in den Plan eingestellt wurde.[3]

Insgesamt hat sich bis 2009 eine Verschuldung des Freistaats Thüringen in Höhe von 15,7 Mrd. € angehäuft; einschließlich der indirekten Verbindlichkeiten aus dem Sondervermögen und den „alternativen Finanzierungen“ (0,9 Mrd. €) ergibt sich für Ende 2010 ein Schuldenstand von über 17 Mrd. € (Thüringer Rechnungshof, Sonderbericht 2010). Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung Thüringens von 7.323 €, die in der gleichen Größenordnung liegt wie die von Sachsen-Anhalt (8.680 €) und von Brandenburg (7.188 €), aber über der von Mecklenburg-Vorpommern (5.979 €) und deutlich über der von Sachsen (2.374 €). Thüringen und die übrigen neuen Länder (mit Ausnahme Sachsens) haben somit in knapp 20 Jahren mehr Schulden pro Kopf angehäuft als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer in mehr als 60 Jahren (Stabilitätsrat 2010).

2 In den Haushaltsjahren 1994 und 2004 überschritt die Nettokreditaufnahme die in der Thüringer Verfassung (Art. 98 Abs. 2) gezogene Grenze in Höhe der eigenfinanzierten Investitionsausgaben.

3 Allerdings fiel durch den Aufschwung nach der Krise das Jahresergebnis 2010 besser als veranschlagt aus, so dass die Neuverschuldung auf 370 Mio. € begrenzt werden konnte. Vgl. Thüringer Rechnungshof 2011, S. 92.

Abb. 7: Investitionen und Schulden 1991-2009
(in Mrd. €)



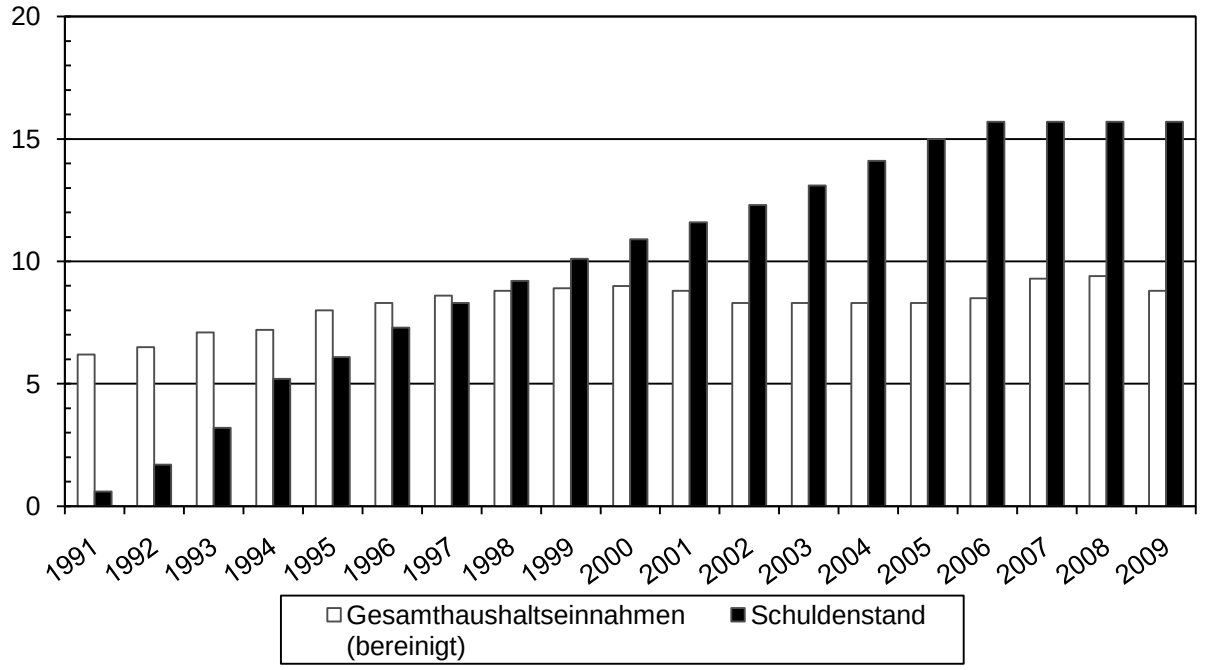
Quelle: Thüringer Finanzministerium

Der Schuldenstand verdeutlicht somit einerseits, dass in den 20 Jahren nach der Neukonstituierung des Landes der rasche infrastrukturelle Aufbau Thüringens erfolgt ist und finanziert werden musste. In diesen beiden Jahrzehnten Aufbauleistung des Freistaats sind die Grundlagen für den modernen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Thüringen gelegt worden. Der Schuldenaufnahme von knapp 16 Mrd. € stehen öffentliche Investitionen allein des Landes von mehr als 41 Mrd. € gegenüber, zu denen noch bedeutend höhere Investitionen des Bundes, der Kommunen und der Privatwirtschaft hinzukommen (Abb. 7).

Andererseits hat der Schuldenstand eine Höhe erreicht, die bereits 1998 die bereinigten Gesamteinnahmen (d.h. ohne die Einnahmen aus Krediten) des Landeshaushaltes übertraf (Abb. 8). Was die Ausgaben für Kreditmarktzinsen betrifft, so sind sie zwar bei einem in drei Jahren gleichen Schuldenstand aufgrund des historisch niedrigen Zinssatzes von 708 Mio. € (2006) auf 633 Mio. € (2009) sogar gesunken (Abb. 9). Mit einem Anteil an den Haushaltsausgaben von sieben Prozent lagen sie 2009 allerdings nur knapp unter dem Anteil der eigenfinanzierten Investitionen des Landes (acht Prozent).[4] Somit stellt nicht nur die Schuldenlast selbst eine Hypothek dar, die zukünftigen Generationen aufgebürdet wird. Auch entziehen die laufenden Kosten der Kreditmarktschulden dem Freistaat bereits gegenwärtig zunehmend Ressourcen, auf die er für eine angemessene Erfüllung seiner Aufgaben angewiesen ist.

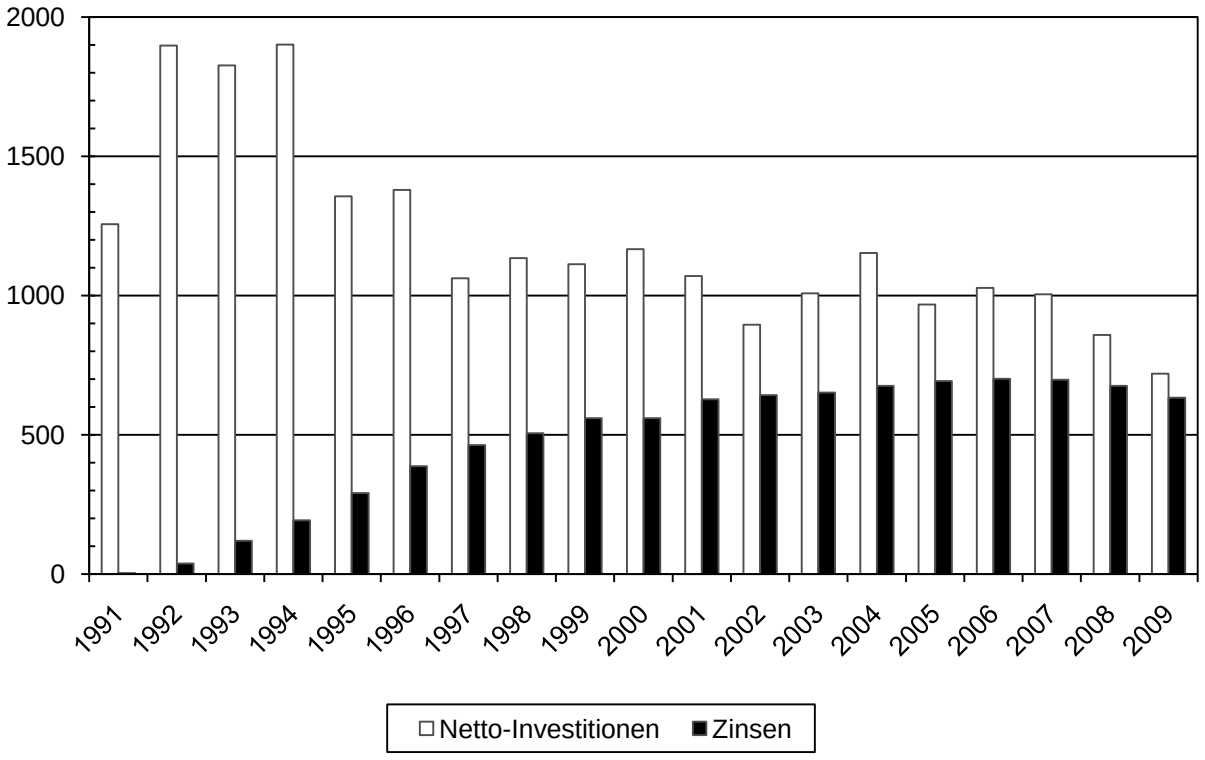
4 Im Unterschied zu den in Abbildung 7 dargestellten Gesamtinvestitionen umfassen die „eigenfinanzierten Investitionen“ nicht die für Investitionen bestimmten Zuweisungen des Bundes, der EU etc.

Abb. 8: ***Schulden und Gesamteinnahmen 1991-2009***
(in Mrd. €)



Quelle: Thüringer Finanzministerium

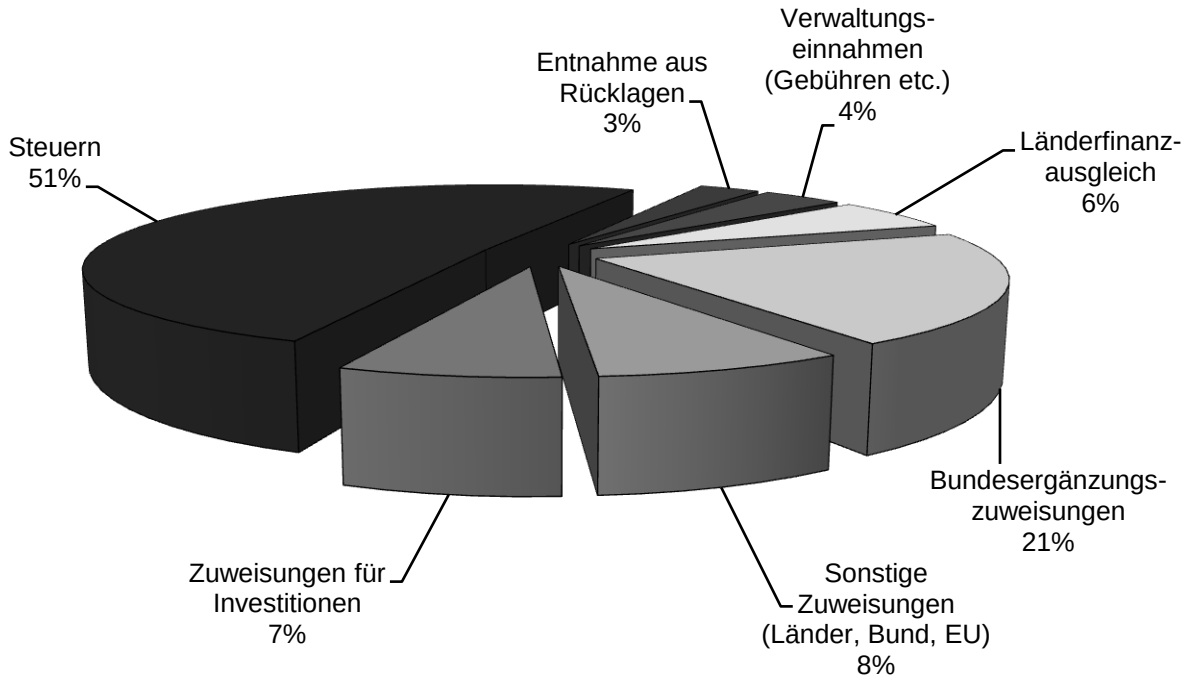
Abb. 9: ***Zinsen und Investitionen 1991-2009***
(in Mio. €)



Quelle: Thüringer Finanzministerium

Diese generellen Folgen von Verschuldung haben sich im Falle Thüringens im Laufe des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts durch eine Reihe von Faktoren in einem Maße zugespitzt, dass die Finanzen des Freistaats mittelfristig in eine prekäre Lage zu geraten drohen. Diese Faktoren betreffen die Einnahme- wie die Ausgabenseite des Landeshaushalts. Der auf der Einnahmenseite (Abb. 10) gravierendste Faktor ist das Auslaufen der „Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen“ im Rahmen des Solidarpakts II, der 2005 für den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufbau der neuen Länder an die Stelle des Solidarpakts I getreten ist. Im umfangreichsten Titel dieser Förderung, den Zuweisungen „wegen teilungsbedingter Sonderlasten“ („Korb I“), stehen Thüringen insgesamt 15,1 Mrd. € zu (Thüringer Finanzministerium 2010c, S. 1). Diese Leistungen sind degressiv ausgestaltet; sie werden jährlich um rd. 100 Mio. € zurückgeführt. Im Haushaltsjahr 2005 erhielt Thüringen 1.507 Mio. €, 2011 erhält es noch 1.148 Mio. € (das macht zwölf Prozent seines Gesamthaushalts aus). Mit Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2020 erreichen die Leistungen schließlich den Betrag von Null (Abb. 11).

Abb. 10: Landeshaushalt 2009: Einnahmen



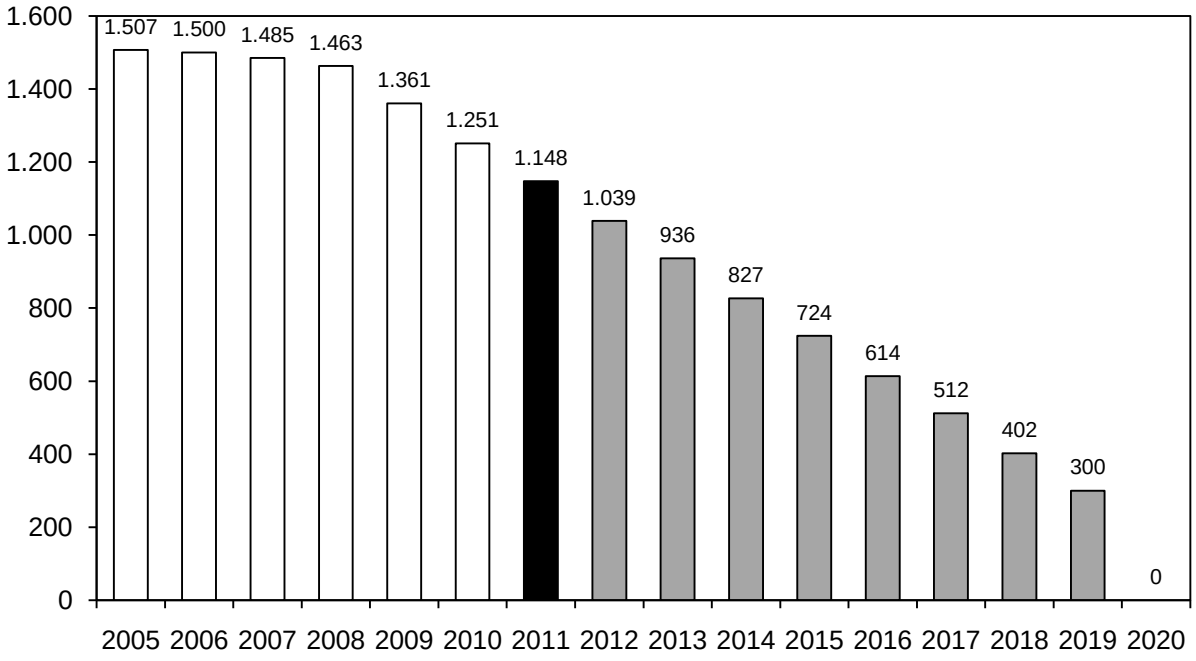
Quelle: Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2011

Weitere gravierende Mindereinnahmen sind bei den Fördermitteln der Europäischen Union zu erwarten (in der laufenden Förderperiode 2007-2013 fließen noch rd. 2,8 Mrd. € nach Thüringen), da Thüringen ab 2014 aus der EU-Höchstförderung heraus fällt; denn Thüringens Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt inzwischen über dem hier maßgeblichen Schwellenwert von 75 Prozent des EU-Durchschnitts.

Der Bevölkerungsrückgang Thüringens (1991-2009: 13,2 Prozent), der den Prognosen zufolge auch in den kommenden Jahren anhalten wird (2009-2020: je nach Annahmen 8,5 bis 9,9 Prozent), führt in doppelter Weise zu Einnahmenverlusten: zum einen durch die Minderung des eigenen Steueraufkommens, zum anderen dadurch, dass der Länderfinanzausgleich (2009: 534 Mio. € zugunsten Thüringens) auf der Basis der Einwohnerzahlen berechnet wird. Mit jedem Einwohner verliert Thüringen dadurch 2.000 bis 2.500 € an Zuwendungen; daraus ergeben sich jährliche Mindereinnahmen von mindestens 50 Mio. €.

Außerdem ist damit zu rechnen, dass der Bund im Rahmen seiner eigenen Konsolidierungsmaßnahmen Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a des Grundgesetzes (Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur) kürzt sowie die bisher überproportionalen Zuweisungen an die neuen Länder auf das Niveau der Zahlungen an die finanzschwachen Flächenländer im Westen zurückführt. Kurz: Die schrittweisen Einnahmenminderungen Thüringens resultieren aus dem Bevölkerungsrückgang und aus dem Auslaufen der überproportionalen Förderung der neuen Länder seit 1990; sie bedeuten eine Anpassung an die durchschnittliche Einnahmenentwicklung pro Einwohner, an die Normallage der deutschen Länder insgesamt – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung.

Abb. 11: ***Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen teilungsbedingter Sonderlasten an Thüringen 2005-2020 („Korb I“)***
(in Mio. €)



Quelle: Thüringer Finanzministerium, Fortschrittsbericht "Aufbau Ost" für das Jahr 2009

Auch auf der Ausgabenseite sind erhebliche Belastungen des Thüringer Landeshaushalts für die Zukunft absehbar, wenn sie auch teilweise noch nicht im Detail bezifferbar sind. So hatte auch Thüringen wie die übrigen neuen Länder bisher nur geringe Ausgaben für die Altersversorgung seiner Bediensteten zu leisten. Dies wird sich im kommenden Jahrzehnt deutlich ändern. Aufgrund des Anstiegs der Ruhestandsfälle werden Versorgungsausgaben, die 1995 nur ca. 1,9 Mio. € betragen hatten und bis 2009 auf ca. 58 Mio. € angestiegen sind, bis 2020 auf 400 Mio. € anwachsen. Bei den Personalkosten sind des Weiteren die allgemeinen Besoldungs- und Tariferhöhungen ein Tatbestand, mit dem fest zu rechnen ist, wenn auch Höhe und Umfang noch zu verhandeln sind.

Zu den Folgelasten früherer Investitionen zählen die zunehmenden Erhaltungsaufwendungen für Hochbauten und Landesstraßen. Auch die zu leistenden Zinszahlungen stellen ein erhebliches Ausgabenrisiko dar. Selbst unter der Annahme, dass jede weitere Neuverschuldung unterbleibt, ist mit höheren Kosten zu rechnen; denn es ist unrealistisch zu erwarten, dass es beim derzeit historisch niedrigen Zinsniveau bleibt. Eine Erhöhung des durchschnittlichen

Zinssatzes um ein Prozent würde jedoch beim gegenwärtigen Schuldenstand eine Mehrbelastung von 150 Mio. € jährlich bedeuten.

Nimmt man die vorhersehbaren Entwicklungen der Einnahmen- und der Ausgabenseite zusammen, so wird nach übereinstimmenden Modellrechnungen des Thüringer Finanzministeriums (2010, S. 19f.) und des Thüringer Rechnungshofs (2010, S. 6) das Einnahmenvolumen des Thüringer Landeshaushalts um ca. 28 Prozent von knapp 10 Mrd. € im Jahr 2010 auf 7,1 Mrd. € im Jahr 2020 absinken, ohne dass auf der Ausgabenseite eine Entlastung im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. Selbst unter der konservativen Annahme konstanter Ausgaben entsteht eine Deckungslücke von rd. 2,8 Mrd. €.

Es ist von besonderer Bedeutung, dass ab dem Jahr 2020 eine Schließung dieser Deckungslücke durch Kreditaufnahme nicht allein aus landesrechtlichen sondern auch aus bundesverfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr zulässig ist („Schuldenbremse" – Art. 109 Abs. 3, Art. 143d Abs. 1 GG). Für den Ausgleich struktureller Defizite von Landeshaushalten schließt das Grundgesetz die Kreditaufnahme grundsätzlich aus; nur im Fall „einer von der Normallage abweichende konjunkturellen Entwicklung" oder im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen sind Ausnahmeregelungen vorgesehen (Art. 109 Abs. 3 GG). Mit nüchternem Blick auf diese Konstellation bezeichnet der Thüringer Rechnungshof „die finanzwirtschaftliche Lage des Freistaats – ohne zu übertreiben – als dramatisch und besorgniserregend". Er sieht in ihr die „in der Geschichte des Freistaats bisher größte finanzwirtschaftliche Herausforderung" (2010, S. 9).

Thüringer Rechnungshof und Thüringer Finanzministerium (2010, S. 21f.) fordern übereinstimmend ein unverzügliches Umsteuern als unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Freistaat Thüringen seinen finanziellen Handlungsspielraum schrittweise zurückgewinnen kann. Eine Konsolidierung des Haushalts über die Einnahmenseite scheidet schon allein aus verfassungsrechtlichen Gründen weitgehend aus, weil die Länder nur über minimale Steuergesetzgebungskompetenzen verfügen. Daher wird eine Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite als unausweichlich betrachtet. Das bedeutet den Verzicht auf Neuverschuldung, die schrittweise Tilgung der Altschulden, die Schließung der vorhandenen Deckungslücken durch Einsparungen ab dem Haushalt 2011 und die Anpassung der Ausgaben an die künftig, d.h. mittelfristig an die im Haushaltsjahr 2020 zu erwartenden Einnahmen.[5]

Die Notwendigkeit der Anpassung Thüringens wie der neuen Länder insgesamt an die finanzwirtschaftliche Normallage aller deutschen Länder ist Bestandteil eines grundlegenden Paradigmenwechsels im deutschen föderalen Finanzverbund. Bis 2009 war die Staatsverschuldung eine durch die Verfassung legitimierte Vorgehensweise; Kredite waren „normal", denn bis zur Höhe der (eigenfinanzierten) Investitionen galten sie als unproblematisch (Art. 115 Abs. 1 a.F. GG; Art. 98 Abs. 2 Thüringer Verfassung). Die chronische Überschuldung einiger Länder, vor allem aber die im Zuge der Finanzierung der Wiedervereinigung drastisch angestiegene Schuldenlast des Bundes (2008: knapp 1 Billion €) haben jedoch in Deutschland zu einer grundlegenden Neubewertung der Staatsverschuldung mit dem Ergebnis geführt, dass 2009 in der Föderalismusreform II das Prinzip eines strukturell ausgeglichenen Haushalts von Bund und Ländern im Grundgesetz[6] verankert und mit dem Stabilitätsrat ein die Haushaltslage des Bundes wie der Länder gleichermaßen überwachendes Kontrollinstrument geschaffen wurde. Keineswegs zufällig geht deshalb (nach einer Über-

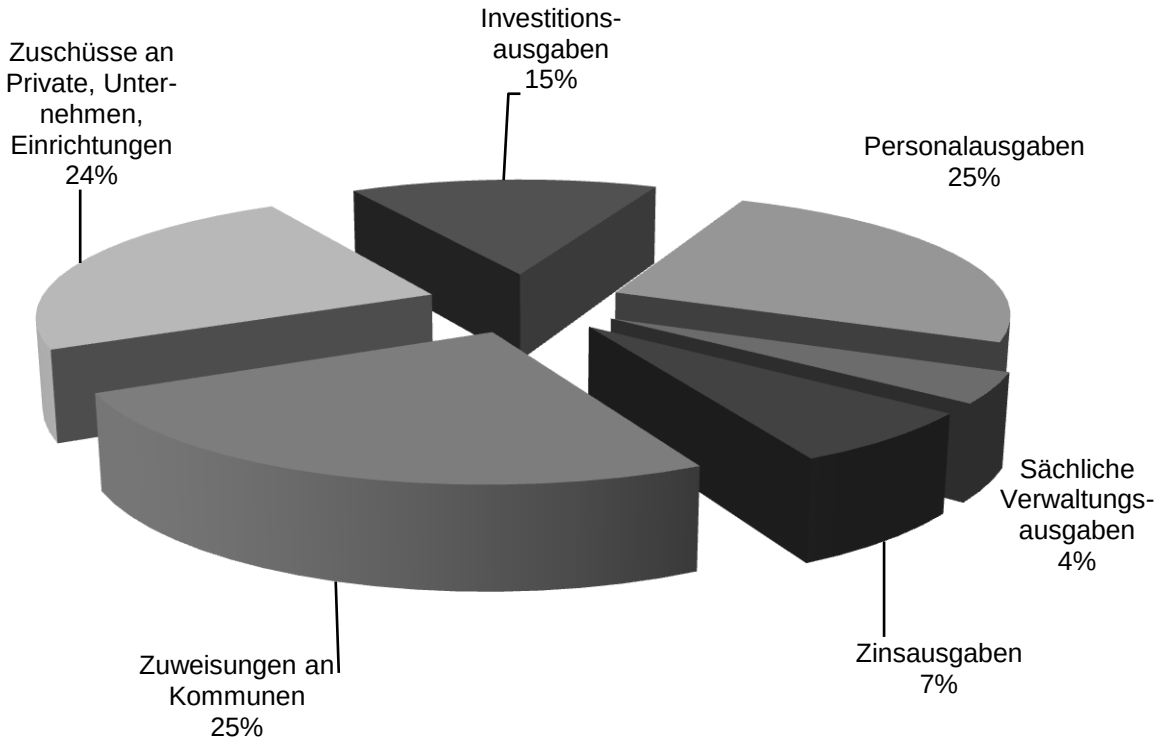
5 Siehe dazu die Diskussion im folgenden Abschnitt III.2.

6 Eine analoge Vorschrift (in Kraft ab Haushaltsjahr 2011) wurde in die Thüringer Landeshaushaltsordnung (§ 18), bislang jedoch nicht in die Landesverfassung aufgenommen.

gangszeit bis 2020) das Ende der vorrangigen Unterstützung des Aufbaus Ost (Auslaufen des Solidarpakts II) mit Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung von Bund und Ländern einher.

Die Anpassung Thüringens an eine bisher vom Freistaat noch nicht erlebte finanzwirtschaftliche Normallage auf dem Weg der Ausgabenkürzung verlangt außerordentliche Anstrengungen. Deshalb hat die Landesregierung Anfang 2010 eine ressortübergreifende Haushaltsstrukturkommission gebildet, die Konsolidierungspotentiale identifizieren und umsetzen soll. Grundsätzlich sollen alle Politik- und Aufgabenbereiche in die Einsparüberlegungen einbezogen werden. Umfang und Disponibilität der Etatpositionen variieren beträchtlich. Ein Blick auf die Ausgabenstruktur des Landeshaushalts 2009 (Abb. 12) zeigt, dass sächliche Verwaltungsausgaben (4 Prozent) unbedeutend, Personalausgaben (25 Prozent), Zuweisungen an Kommunen (25 Prozent), Zuschüsse (24 Prozent) und Investitionen (15 Prozent) dagegen die gewichtigsten Ausgabenposten sind und dementsprechend auch das größte Einsparpotential aufweisen.

Abb. 12: Landeshaushalt 2009: Ausgaben

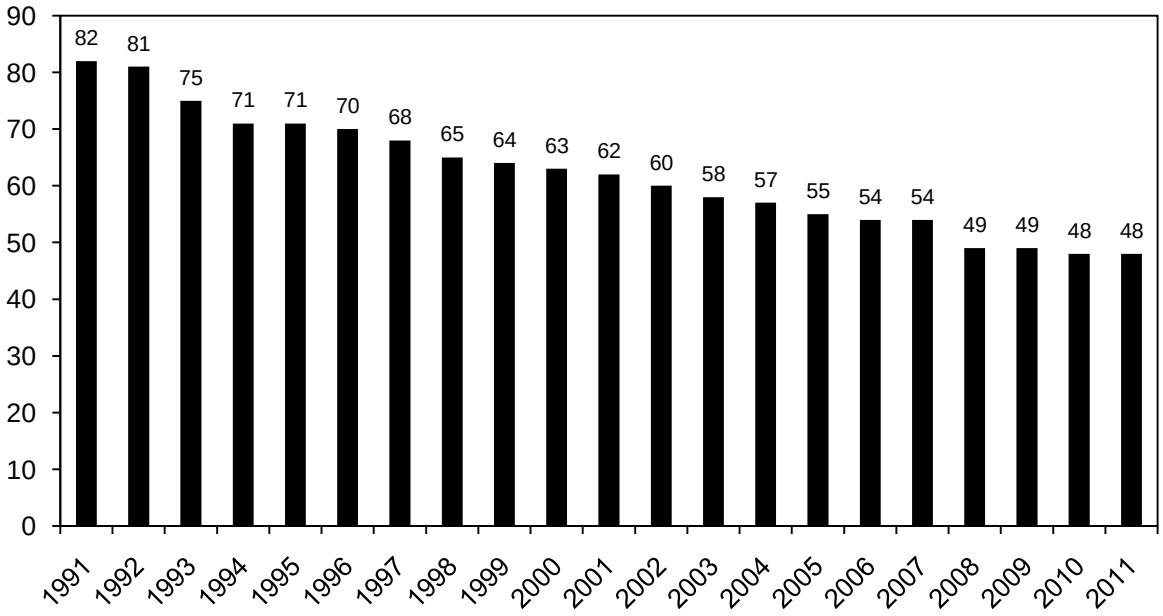


Quelle: Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2011

Der im Vergleich zum Bund und zu den Kommunen hohe Personalkostenanteil resultiert daraus, dass im deutschen föderalen System die Länderbehörden mit dem Vollzug nicht nur der Landesgesetze sondern auch des größten Teils der Bundesgesetze betraut sind. Zum anderen sind die Kernaufgaben der Länder (Bildung, Polizei, Justiz) sehr personalintensiv. Es kommt hinzu, dass Thüringen wie alle neuen Länder aus der DDR-Verwaltungspraxis einen Personalbestand übernommen hat, der im Verhältnis zu Aufgaben und Bedarf überdimensioniert war. Obwohl seit 1991 hier schon ein beträchtlicher Abbau stattgefunden hat – bis 2011

wurde die Zahl der etatisierten Stellen um rd. 34.000 auf 48.000 reduziert[7] – (Abb. 13), sieht der Thüringer Rechnungshof in der weiteren „Abschmelzung“ des Personalausgabenblocks einen „entscheidenden Hebel zur Konsolidierung des Landeshaushalts“ (2010, S. 12). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung (Rückgang der Schülerzahlen) gilt dies insbesondere für den Bildungsbereich, in dem der Rechnungshof eine Anpassung des gegenwärtigen Personalbestandes an den Durchschnitt der mit Thüringen vergleichbaren Flächenländer vorschlägt.

Abb. 13: Landespersonal 1991-2011
(Stellen für Beamte, Angestellte, Arbeiter, Beamte auf Probe in 1.000)



Quelle: Thüringer Finanzministerium, Zwischenbericht der Haushaltsstrukturkommission

Die Konsolidierungsbemühungen haben zu berücksichtigen, dass nur ein kleiner Teil der Ausgaben (ca. 200 Mio. €, d. h. zwei Prozent des Haushalts) disponibel, d.h. kurzfristig von einem Haushaltsjahr zum nächsten frei gestaltbar ist. Alle übrigen Ausgaben sind durch Gesetze, Verordnungen, Verträge oder sonstige rechtliche Verpflichtungen gebunden. Daraus folgt, dass auch mittel- und langfristig gebundene Ausgaben in die Konsolidierungsüberlegungen einbezogen werden müssen. Der Sonderbericht des Thüringer Rechnungshofs vom September 2010 gibt Empfehlungen zu Verfahren, die geeignet sind, die Haushaltskonsolidierung zum Erfolg zu führen. Dass Sparmaßnahmen, zumal solche mit dem erforderlichen großen Umfang, auf erhebliche Widerstände der betroffenen Personengruppen, Institutionen und Verbände stoßen, ist verständlich. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist jedoch eine kritische Prüfung nicht nur der Ausgaben- sondern auch der Aufgabenstruktur des Freistaats mit Blick auf das Profil vergleichbarer Länder im Osten wie im Westen gerechtfertigt. Ohne die Bereitschaft, bisherige Ausgaben und Aufgaben infrage zu stellen, können keine Entscheidungen über neue, zukunftsweisende Prioritäten getroffen werden.

7 Hier wird die Zahl der im Haushalt ausgebrachten Stellen, nicht die der tatsächlich beschäftigten Personen berichtet. Angaben nach Thüringer Finanzministerium 2010b, S. 36.

2. Wie weiter? Grenzen der Haushaltsgestaltung aus politökonomischer Sicht

Die Einnahmenseite des Thüringer Landeshaushalts wird durch den schrittweisen Wegfall der innerdeutschen Transferzahlungen und die Verminderung der Fördermittel der Europäischen Union erheblich verkleinert. Damit wird Thüringen (wie die anderen neuen Bundesländer) bis 2020, dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung, auf die „Normallage" der übrigen Bundesländer zurückgeführt. Welche Wege stehen Thüringen für die künftige Haushaltsgestaltung offen?

Vorstellbar sind Maßnahmen auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite. Ein erster Gedanke zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten liefe auf Steuererhöhungen im Umfange der Verminderung der Transfermittel hinaus. Dem steht zunächst die verfassungsrechtliche Regelung entgegen: Nach der Ordnung des Grundgesetzes ist die Steuergesetzgebung im Wesentlichen eine Angelegenheit des Bundes, an der die Länder in unterschiedlichem Umfang über den Bundesrat mitwirken. Thüringen (und gegebenenfalls andere Länder in gleicher Lage) müsste also aktiv werden, um auf Bundesebene Steuererhöhungen durchzusetzen.

Die entscheidenden Argumente gegen ein solches Vorgehen dürften in der notwendigen Größenordnung und den wirtschaftlichen Folgen liegen: Bei dem erwarteten Ausfall an Einnahmen von um die 30 Prozent müssten bei analytischer Gleichhaltung aller anderen Variablen die Steuereinnahmen des Landes, die 2009 etwa 51 Prozent der Einnahmen ausmachten (s. oben Abb. 10), um annähernd 59 Prozent, also um fast drei Fünftel, steigen, um einen Ausgleich zu erreichen. Die Staatsquote (Ausgabenquote) stiege auf Bundesebene (wo ja die gleichen Steuergesetze gälten) je nach Definition auf nahezu 60 Prozent des Sozialproduktes oder gar darüber, einen international vergleichslosen Wert. Deutschlands Staatsquote liegt derzeit im Mittelfeld, aber teils deutlich vor Ländern wie etwa den USA, der Schweiz oder Japan, also unmittelbaren Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Bajohr 2007, S. 138; Altmann 2007, S. 269). Eine Steuererhöhung dieses Umfanges dürfte nicht nur politisch so gut wie ausgeschlossen sein, sie hätte verheerende Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und wohl auch die Höhe der Wirtschaftsleistung.[8] Nach Untersuchungen von Mitarbeitern der Weltbank besteht nämlich ein deutlicher negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Staatsquote eines Landes und seiner wirtschaftlichen Wachstumsrate.[9] Weiter ist an die Zunahme des Steuerwiderstandes bei immer höheren Steuersätzen zu denken (Laffer-Kurve, s. unten Abschnitt IV.3). Schließlich erschiene es fraglich, ob derart hohe Steuern mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes vereinbar wären; die Spitzensteuersätze könnten nämlich bei unveränderter Progression ein geradezu konfiskatorisches Niveau erreichen.

Damit verbliebe auf der Einnahmenseite als weitere theoretische Möglichkeit die Weiterführung und Erhöhung der Schuldenaufnahme. Sehen wir für den Augenblick von der bereits erläuterten „Schuldenbremse" des Grundgesetzes ab, die nach früheren Erfahrungen, wenn es Ernst wird, unter politischen Druck geraten dürfte (Ryczewski 2011, S. 179ff.). Was spricht für, was gegen weitere Schulden? Zwei klassische Argumente werden herkömmlicherweise zugunsten kreditfinanzierter Staatsausgaben vorgetragen, ein nutzentheoretisches und ein konjunkturpolitisches.

---

8 Verteilungsfragen sollten sinnvollerweise nicht ohne Analyse ihrer Wirkung auf die Entstehung des Sozialproduktes diskutiert werden.

9 Allerdings gibt es in dieser wichtigen Frage keinen Konsens in der Forschung. Vgl. Kirchgässner 2004; Schweinberger 2005.

Das nutzentheoretische Argument wird (nur) auf öffentliche Investitionen bezogen und läuft auf deren gleichzeitige Nutzung und Finanzierung hinaus (Schemmel o. J., S. 79ff.). Konkret bedeutet das eine Kreditaufnahme, die den Steuerzahler zunächst nicht, anschließend, in der Verzinsungs- und Rückzahlungsphase, nur so stark belastet, wie ihm der Nutzen aus der fertiggestellten Investition zufließt. Bei genauerem Zusehen gilt diese Begründung für Staatsverschuldung nur für den Fall einer Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks durch die in Rede stehende Investition. Ist diese Bedingung nicht gegeben, dann wäre die Belastung der Begünstigten (Steuerzahler) parallel zur Erstellung der Investition vollständig gerechtfertigt. Es kann sehr bezweifelt werden, dass Thüringen bei der inzwischen erreichten Infrastrukturausstattung noch nennenswerte Vergrößerungen des öffentlichen Kapitalstocks vornehmen wird. Selbst wenn das der Fall sein sollte, käme die Summe der mit dieser Begründung aufzunehmenden Kredite nicht einmal in die Nähe der Höhe der ausfallenden Einnahmen. Sie wäre auf die Höhe der Investitionen begrenzt und bedürfte im Sinne des Gesagten besonderer Rechtfertigung. „Kreative Buchführung“, die sich die im Einzelfall unklare Abgrenzung von staatlichem Konsum und staatlicher Investition zunutze machte (Schemmel o. J., S. 103ff.), wäre jedenfalls verfehlt.

Das zweite (das konjunkturpolitische) Argument wird in der politischen Diskussion breit genutzt: Im Gegensatz zu den Gleichgewichtsannahmen der volkswirtschaftlichen Klassik und Neoklassik, wonach eine Wirtschaft als Reaktion auf Störungen spontan zum Gleichgewicht bei hoher Beschäftigung zurückkehrt, tendiert eine Volkswirtschaft zu periodischen Überhitzungen und Krisen und kann sogar in ein stabiles Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung (Arbeitslosigkeit) geraten. Staatliche fiskalische Maßnahmen zum Ausgleich dieser Konjunkturwellen seien möglich und geboten.[10] Bei einem Konjunkturabschwung sollte der Staat zur Nachfragestimulation zusätzliche kreditfinanzierte Ausgabenprogramme auflegen, vor dem Höhepunkt des Konjunkturaufschwungs zur Dämpfung einer möglichen Überhitzung Kaufkraft stilllegen und den Staatshaushalt wieder ins Lot bringen.

Unabhängig von der Frage der wissenschaftlichen Richtigkeit der Theorie, die nicht hierher gehört, verfügen wir inzwischen über reiche Erfahrungen mit solchen Programmen. Sie legen ein überaus vorsichtiges Vorgehen nahe. Auf der einen Seite stellen sich bei der Durchführung zahlreiche im Einzelnen verwickelte technische und Informations-Probleme. Das schlechterdings entscheidende Argument gegen den Versuch der Konjunkturglättung mit Hilfe des öffentlichen Haushalts ist jedoch im Bereich der politischen Ökonomie der Verschuldung zu suchen, bezieht also außer der wirtschaftlichen die politische Logik mit ein. Oberstes Ziel von Politikern ist nach der schonungslos realistischen sogenannten ökonomischen Theorie der Politik (Downs 1957) das Erringen oder Bewahren von Macht (in ganz anderem verfassungsmäßigen Zusammenhang klassisch Machiavelli 1513/1532). In Demokratien führt hierzu auf Dauer kein Weg um den Erfolg an den Wahlurnen herum. Was nach Meinung der Politiker in Regierung wie Opposition diesem Ziel dient, hat – mindestens – eine größere Chance auf Verwirklichung als Maßnahmen, die nach ihrer Befürchtung (ob zu Recht oder Unrecht) Stimmeneinbußen zur Folge haben: Wahlgeschenke bringen, Sparsamkeit kostet Stimmen. Per saldo ergibt sich eine starke Tendenz zur Ausweitung der öffentlichen Haushalte, notfalls über Verschuldung.

Diese Überlegung wird noch plausibler, wenn wir die zeitliche Abfolge des Schuldenzyklus bedenken: Die erhoffte Prämie, Erfolge an den Wahlurnen, kann sofort kassiert, die unvermeidlichen Kosten können hingegen in eine, wie man hofft, ferne Zukunft verschoben werden und sind dann von einer anderen Politiker- und Steuerzahlergeneration zu bewältigen. Das

10 Zur Idee der Globalsteuerung s. etwa Keynes 1971-1998, Band 21, S. 84-92.

individuell völlig rationale Verhalten des Bürgers, für sich selbst oder die eigene Gruppe Ansprüche an „den Staat“ zu stellen, und die ebenso rationale Neigung von Politikern, diese Ansprüche im Sinne ihres Wahlkalküls zu befriedigen, führen in der Summe zur kollektiven Irrationalität, dass künftige Bedürfnisse um so weniger befriedigt werden können.

Man sieht leicht, was diese Überlegungen für die Politik der keynesianischen Konjunkturglättung bedeuten. Der erste Teil des Programms, die Konjunkturstimulation, ist in der Regel politisch leicht durchsetzbar, bedeutet er doch das Verteilen von Wohltaten in vielfacher Form. Der zweite Teil, der auf das Still-Legen vorhandener und jedermann bekannter öffentlicher Kaufkraft hinausläuft, stößt mit Warnungen vor dem sogenannten „Kaputtsparen“ gewöhnlich auf erbitterten Widerstand. Die Statistiken mit ihrer rasanten Zunahme der öffentlichen Verschuldung, die zum Teil auf Konjunkturprogramme zurückgeht, sprechen hierzu eine beredte Sprache.

Was bedeuten diese Überlegungen für den Thüringer Landeshaushalt? Die ständigen (konjunkturunabhängigen) Anreize zur Haushaltsausweitung, notfalls über Verschuldung, sind fraglos auch hier gegeben. Was eine Politik der Konjunkturstimulation angeht, ist der Freistaat in den größeren Verbund der Bundesrepublik und der Europäischen Union eingebunden. Eine davon unabhängige Thüringer Konjunktur gibt es nicht. Das bedeutet, dass das Land im Gleichklang mit entsprechenden Vorhaben des Bundes und der übrigen Länder gefordert ist. Die beiden Hauptargumente für staatliche Verschuldung erweisen sich also bei näherer Analyse als wenig stichhaltig.

Damit zu ausdrücklich der staatlichen Verschuldung widersprechenden Überlegungen. Dass wir auf Kosten unserer Kinder lebten, die die Folgen der überbordenden Staatsverschuldung zu schultern hätten, ist eines der hier geläufigen Argumente. Ist es begründet?

Hier sind zwei Fälle zu unterscheiden, Inlands- und Auslandsverschuldung. Für die Inlandsverschuldung wurde klassisch argumentiert, dass in einer geschlossenen Volkswirtschaft, von Veränderungen der Lagerhaltung und des Kapitalstocks abgesehen, in einer Periode nur verbraucht werden könne, was in ebendieser Periode erzeugt werde. So gesehen sei die Behauptung einer Belastung künftiger Generationen substanzlos. Neuere Überlegungen vergleichen den Nutzenverlust derjenigen, die das Kapital zunächst aufbringen, und den der Steuerzahler, die die späteren Zahlungen für Zinsen und Tilgung zu leisten haben. Soweit die erste Gruppe aus Vermögenden besteht, dürfte ihre Nutzeneinbuße durch die zeitweilige Hergabe ihres Kapitals geringer sein als bei den im Durchschnitt weniger wohlhabenden Steuerzahlern. Damit steht im Ergebnis ein kleiner Nutzenverlust in der Gegenwart einem größeren in der Zukunft gegenüber. Hiernach lebten wir durch Staatsverschuldung in der Tat auf Kosten künftiger Generationen. Das gilt besonders dann, wenn die Schulden zur Finanzierung von Staatskonsum genutzt werden, späteren Generationen also nicht einmal der Ertrag einer Investition zufließt.

Noch deutlicher als bei Verschuldung im Inland ist die Belastung künftiger Generationen beim zweiten Fall, der Verschuldung im Ausland. Sie bedeutet ja, dass ausländische Gläubiger im Ausgleich für einen gegenwärtigen Kaufkrafttransfer ins Inland einen Anspruch auf einen zukünftigen umgekehrten (und wegen der Zinsen sogar höheren) Transfer erwerben. Das bedeutet, dass ein Teil der künftigen Wirtschaftsleistung des Inlandes an das Ausland übertragen wird. Das belastet die dann lebende Generation unmittelbar. Hier liegt noch deutlicher als beim ersten Fall ein Leben der gegenwärtigen Generation auf Kosten ihrer Kinder

und Enkel vor – schwerlich mit den Forderungen nach Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie Nachhaltigkeit vereinbar.[11]

Verschuldung wirft darüber hinaus auch Gerechtigkeitsfragen beim Verhältnis von Menschen unterschiedlichen Wohlstandes auf. Wie eben bereits erörtert, werden staatliche Anleihen schwerpunktmäßig direkt oder indirekt von Kapitaleigentümern gekauft, Rückzahlung und Zinsen sind von den Steuerzahlern insgesamt aufzubringen, die im Durchschnitt weniger wohlhabend sind. Dadurch kann es per saldo in Höhe der Zinszahlung zu einer Umverteilung „von unten nach oben“ kommen, mindestens zu einer Abmilderung (im Extremfall sogar einer Umkehr) der Steuerprogression und damit zu einem Ergebnis, das der politisch gewollten größeren Angleichung der Einkommen geradewegs zuwiderläuft.

Eine weitere Überlegung zur Bewertung der Verschuldung fragt nach der Funktionsfähigkeit gesellschaftlicher Einrichtungen, voran, aber nicht ausschließlich, des Staates. Begreift man als dessen Hauptaufgabe die Produktion öffentlicher Güter, oder sieht man ihn selbst als eine Art öffentliches Gut an, dann bedeutet der Schuldendienst notwendig eine Beeinträchtigung dieser Rolle: Seine Handlungsspielräume werden bei wachsender Verschuldung enger, bis hin zur völligen fiskalischen Bewegungsunfähigkeit oder gar zum Staatsbankrott. Das vorangegangene Unterkapitel enthält hierzu ja einige Warnzeichen, von zunehmenden Zinszahlungen bis zu wachsenden Pensionslasten für Landesbeamte. [12]

Auch die Angabe, dass bereits heute nur zwei Prozent der Thüringer Haushaltssumme frei disponibel sind, lässt erschrecken. (Zinszahlungen, zum Vergleich, sieben Prozent; anders: die frei verfügbaren Einnahmen wären ohne Zinszahlungen viereinhalbmal so hoch.) Der Zustand der Bewegungsunfähigkeit des Landes in Haushaltsangelegenheiten wäre danach bereits erreicht, wenn auch nur zum kleineren Teil durch Verschuldung verursacht. Damit kann auch die staatliche Legitimation unter Druck geraten: Gemeinwesen rechtfertigen sich in den Augen der Bürger nicht nur – und wohl nicht einmal in erster Linie – durch ordnungsgemäße Verfahren oder die Einhaltung demokratischer Grundsätze, sondern auch durch positive Ergebnisse staatlicher Politik. Diese werden durch eine finanzielle Blockade bedroht.

Wenn wir nach den vorausgegangenen Überlegungen Steuererhöhungen und weitere Verschuldung (und zusätzlich Staatsbankrott und galoppierende Inflation als Mittel der Schuldentilgung) ausschließen, ergibt sich als Schlussfolgerung: Am Sparen im altmodisch-bürgerlichen Sinne und an der zugrundeliegenden Verringerung der Ansprüche der Thüringer an die öffentlichen Leistungen führt kein Weg vorbei. Sparen bedeutet für Bürger wie Fachökonomen, Geld, das man hat, teilweise nicht auszugeben (es also etwa zur Schuldentilgung zu verwenden), nicht etwa nur geringere Schulden zu machen als ursprünglich geplant – eine solche Politik verdiente das beliebte Etikett „Sparen“ nicht. Wie sich zeigen wird, ist die Mehrheit der Thüringer bei den Optionen zur Haushaltskonsolidierung – zumindest grundsätzlich – der gleichen Meinung.

11 Nach einer bekannten Definition der Weltbank bedeutet Nachhaltigkeit, dass jede Generation sich so verhält, dass künftigen Generationen ein Leben auf mindestens gleichem Niveau ermöglicht wird. Vgl. World Bank 1992; Norgaard 1992.

12 Diese können als implizite Verschuldung betrachtet werden. Siehe unten Kapitel IV.2.4.

IV. Staatsaufgaben und Staatsausgaben im Urteil der Thüringer

Wer die Akzeptanz mehr oder minder einschneidender Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ermitteln will, muss die Meinung der Bevölkerung zu den einzelnen in der Diskussion befindlichen Optionen der Haushaltsgestaltung erfassen. Dabei wird man jedoch nicht umhin können, auch die Maßstäbe mit in den Blick zu nehmen, die bei der Bewertung von Haushaltsentscheidungen eine Rolle spielen. Denn Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben setzen Vorstellungen über Art und Umfang der Aufgaben voraus, deren Erfüllung vom Staat erwartet wird. Und schließlich sind Vorstellungen über Staatsaufgaben und über die Rollenverteilung zwischen Staat und Bürgern ihrerseits abhängig von generellen Wertpräferenzen, die die Lebensgestaltung des Einzelnen prägen.

Deshalb nähert sich dieses Kapitel seinem Gegenstand in zwei Schritten. Im ersten Abschnitt werden, ausgehend von grundlegenden Wertpräferenzen, die Vorstellungen der Thüringer von den Aufgaben des Staates und von dessen Grenzen untersucht, wobei der Rolle des Staates in der Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der zweite Abschnitt analysiert das Maß an Zustimmung oder Ablehnung, das die Thüringer (bzw. einzelne Gruppen unter ihnen) bestimmten Optionen der Haushaltsgestaltung entgegenbringen.

1. Aufgaben und Reichweite des Staates

1.1. Grundlegende Wertpräferenzen

Zwei unterschiedliche Dimensionen grundlegender Werte sind für den THÜRINGEN-MONITOR 2011 untersucht worden: (1) die Präferenz für den Demokratien konstituierenden Wert der Freiheit[13] im Spannungsfeld zu Gleichheit und Sicherheit auf der einen Seite; (2) die Präferenz für einen der drei die persönliche Lebensgestaltung wesentlich mitbestimmenden Werte Pflichtbewusstsein – Entfaltung der eigenen Fähigkeiten – Lebensgenuss auf der anderen Seite.

(1) Freiheit – Gleichheit – Sicherheit

Die Wichtigkeit der Antworten auf die Fragen nach den Präferenzen für Freiheit gegenüber Gleichheit und für Freiheit gegenüber Sicherheit ergibt sich aus der gut begründeten Annahme, dass sich auf diese Präferenzen Grundmuster der Bewertung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen sowie von Entwicklungen allgemein zurückführen lassen (vgl. TM 2004, S. 36). So vertreten beispielsweise führende Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie Allensbach (Noelle-Neumann / Köcher 2002, S. 602f.; Institut für Demoskopie 2004) nachdrücklich die These eines in dieser Hinsicht deutlichen Unterschiedes zwischen alten und neuen Bundesländern und interpretieren die in zahlreichen Befragungen ermittelte stärkere Betonung der Gleichheit in Ostdeutschland als Hypothek einer Sozialisation im vormund-

13 Freiheit (oder Freiheiten) mag es außerhalb von Demokratien geben, aber Unfreiheit schließt Demokratie begrifflich aus. Auch eine Tyrannei der Mehrheit verträgt sich nicht mit Demokratie im modernen Verständnis.

schaftlichen Staat DDR, weil sie zur Distanzierung vom bundesdeutschen Gesellschaftsmodell führe und Eigeninitiative wie Risikobereitschaft mindere.

Neuzeitliche Entwicklungen der Menschenrechte gehen von gleicher Würde und gleichen Rechten aller Menschen, unabhängig von Geburtsmerkmalen oder erworbenen Eigenschaften, aus. In einem großen Teil der politischen Debatte hat sich indessen die gleiche Menschenwürde und die Gleichheit vor dem Gesetz in „Gleichheit" in einem umfassenden materiellen Sinne verwandelt. Dabei lehrt der flüchtigste Blick auf die gesellschaftliche und anthropologische Wirklichkeit, dass Menschen unterschiedlich bis gegensätzlich sind und sich obendrein voneinander abheben wollen. Weist eine Gesellschaft begehrte materielle und immaterielle Güter nach Kriterien zu, die an solch unterschiedlichen Eigenschaften und ihren Auswirkungen anknüpfen, ist eine differenzierte und hierarchische Sozialstruktur das notwendige Ergebnis. Diesem gleichsam naturwüchsig sich einstellenden Zustand[14] stehen nun teilweise ehrwürdig alte Theorien und Wertentscheidungen entgegen, die mit unterschiedlichen – auch politisch-normativen – Begründungen Ungleichheit überhaupt (utopischerweise) oder doch allzu große Ungleichheit für unerwünscht oder für dysfunktional im Hinblick auf angestrebte politische Ziele erklären[15] und Korrekturen durch Gesellschaft und Staat fordern. Der politische Streit dreht sich dann notwendig um die Frage, was „allzu große Ungleichheit" konkret bedeutet. Damit sind die Pole gekennzeichnet: Der staatliche Eingriff zur Herstellung oder Förderung größerer Gleichheit greift in die freie Entfaltung der Persönlichkeit eines Teils der Bürger ein und steht damit unter Rechtfertigungszwang.

Analoge Überlegungen gelten für das Begriffspaar Freiheit und Sicherheit. Auch hier kann man das Spannungsverhältnis zwischen beiden Grundwerten in den Vordergrund stellen und Unsicherheit und Risiko als den notwendigen Preis der Freiheit verstehen. Andererseits lässt sich umgekehrt auch ein komplementäres Verhältnis akzentuieren: Ein selbstverantwortetes Leben, ein Leben in Freiheit ist an die Voraussetzung eines Minimums von gesicherten Lebensgrundlagen und Lebenschancen geknüpft.

Die Befragten wurden gebeten, eine Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit sowie zwischen Freiheit und Sicherheit anzugeben, auch wenn – so der Fragetext – „sicherlich beides wichtig" ist.[16] Wie bei früheren Befragungen (TM 2004, TM 2005) gibt eine Mehrheit der Thüringer (50 Prozent) der Freiheit den Vorrang vor der Gleichheit; dem stehen 41 Prozent gegenüber, für die die Gleichheit wichtiger ist. Neun Prozent vermeiden die Festlegung und antworten „beides".[17] In deutlichem Kontrast dazu steht jedoch die Positionierung der Thürin-

14 Nach den Konflikttheorien sozialer Schichtung, darunter dem Marxismus, wird sozialer Rang durch Gewalt und Ausbeutung errungen, verteidigt und genutzt. Unsere Überlegungen werden durch unterschiedliche Theorien zur Entstehung sozialer Unterschiede jedoch nicht berührt.

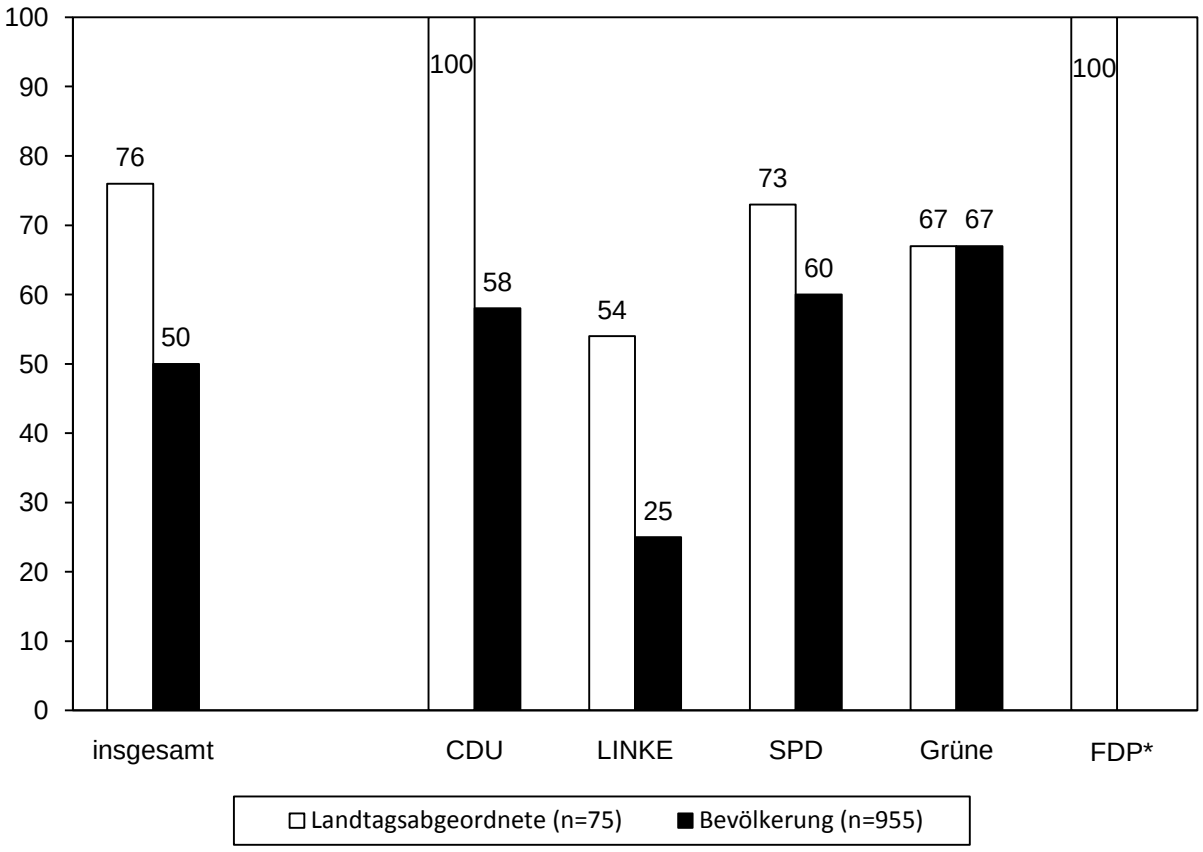
15 So ruht die funktionierende Polisverfassung (in moderner Terminologie die Selbstregierung, Demokratie, der Bürger) nach der Staatslehre des Aristoteles idealerweise auf dem Fundament eines breiten Mittelstandes, der also übergroßen Reichtum und abgrundtiefe Armut nicht kennt. Die griechische Polis hatte allerdings eine wirtschaftliche Basis in einer Sklaverei, die dem Philosophen mindestens im Hinblick auf seine Verfassungslehre keinen Gedanken wert war.

16 Frageformulierung: „Sicherlich ist beides wichtig, Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?"; „Und sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?". Als spontane Antwortmöglichkeit wurde für Unentschiedene jeweils „beides gleichermaßen" zugelassen.

17 Das ist insofern bemerkenswert, als die seit den 1950er Jahren immer wieder durch das Institut für Demoskopie Allensbach bundesweit wiederholte entsprechende Frage auf Bundesebene seit den 1970er Jahren eine Mehrheit für die Gleichheit erbracht hat, seit den 1990er Jahren von rund zwanzig Prozent. Die Allensbacher Frage hatte allerdings einen etwas anderen Wortlaut. Quelle: G.S., Wenn die Gleichheit mehr zählt als die Freiheit, Neue Zürcher Zeitung, 27.6.2011, S.9.

ger zur Alternative Freiheit oder Sicherheit. Hier ergibt sich eine überwältigende Präferenz von fast drei Viertel für Sicherheit und einem Fünftel für Freiheit (bei sieben Prozent Unentschiedenen). Der Wert der Freiheit bestimmt sich somit nicht absolut, sondern in Relation zu anderen Werten.

Abb. 14: ***Freiheit ist wichtiger als Gleichheit: Landtagsabgeordnete und Bevölkerung*** *(in Prozent)*



* Für Bevölkerung zu geringe Fallzahlen
Quelle für Landtagsabgeordnete: SFB 580 Teilprojekt A3

Informationen über die Bewertung der Alternative Freiheit oder Gleichheit liegen nicht allein für die Thüringer Wahlberechtigten vor, sondern auch für politische Führungsgruppen. Im Rahmen der bundesweiten Jenaer Parlamentarierbefragung sind Ende des Jahres 2010 die Abgeordneten des 5. Thüringer Landtags mit fast identischem Wortlaut um die Angabe einer Präferenz gebeten worden. Damit ergibt sich ein weiteres Mal (vgl. TM 2004, S. 38; TM 2007, S. 49) die Möglichkeit zum Einstellungsvergleich zwischen Bevölkerung und politischen Eliten (Abb. 14). Insgesamt räumen die Abgeordneten des Thüringer Landtags dem Wert der Freiheit noch häufiger Priorität ein als die Bevölkerung. Zwar zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Fraktionen, doch gibt es in allen Mehrheiten für den Vorrang der Freiheit. Zwischen den Parlamentariern und den jeweiligen Parteianhängern besteht bei den Grünen und der SPD weitgehende Übereinstimmung; bei der CDU und der LINKEN bleiben die Anhänger hinsichtlich der Präferenz für die Freiheit (wenn auch auf unterschiedlichem Niveau) deutlich hinter ihren Abgeordneten zurück.

Erwartungsgemäß hängen die Prioritätensetzungen bei den beiden Alternativen miteinander zusammen. Wer sich statt für die Freiheit für die Gleichheit entscheidet, der entscheidet sich in aller Regel auch für die Sicherheit statt für die Freiheit. Und wer der Freiheit vor der Gleichheit den Vorrang gibt, optiert auch überproportional für die Freiheit vor der Sicherheit. Dadurch sind die Befragten mit „konsistenten" Antwortkombinationen, also diejenigen, die sich in beiden Fällen für die Freiheit, und diejenigen, die sich beide Male gegen sie entscheiden, vergleichsweise häufig. Wie eine systematische Darstellung in einer Neunfeldertafel zeigt (Tab. 1), ergibt sich allerdings durch die unterschiedliche Verteilung der Antworten bei beiden Alternativen eine Asymmetrie:

Tab. 1: ***Gruppenbildung anhand der Präferenzen zwischen Freiheit und Gleichheit und Freiheit und Sicherheit***
(in Prozent)

		Alternative: Freiheit vs. Sicherheit		
		Freiheit	teils-teils	Sicherheit
Alternative: Freiheit vs. Gleichheit	Freiheit	15	3	33
	teils-teils	2	2	5
	Gleichheit	4	1	36

Die konsequenten Anhänger der Freiheit sind mit 15 Prozent sehr viel seltener als diejenigen, die sich in beiden Fällen gegen sie entschieden haben (36 Prozent). Und dementsprechend ist auch der Mischtypus derjenigen Befragten häufig (33 Prozent), die sich zuerst für Freiheit vor Gleichheit, dann aber für Sicherheit vor Freiheit ausgesprochen haben.

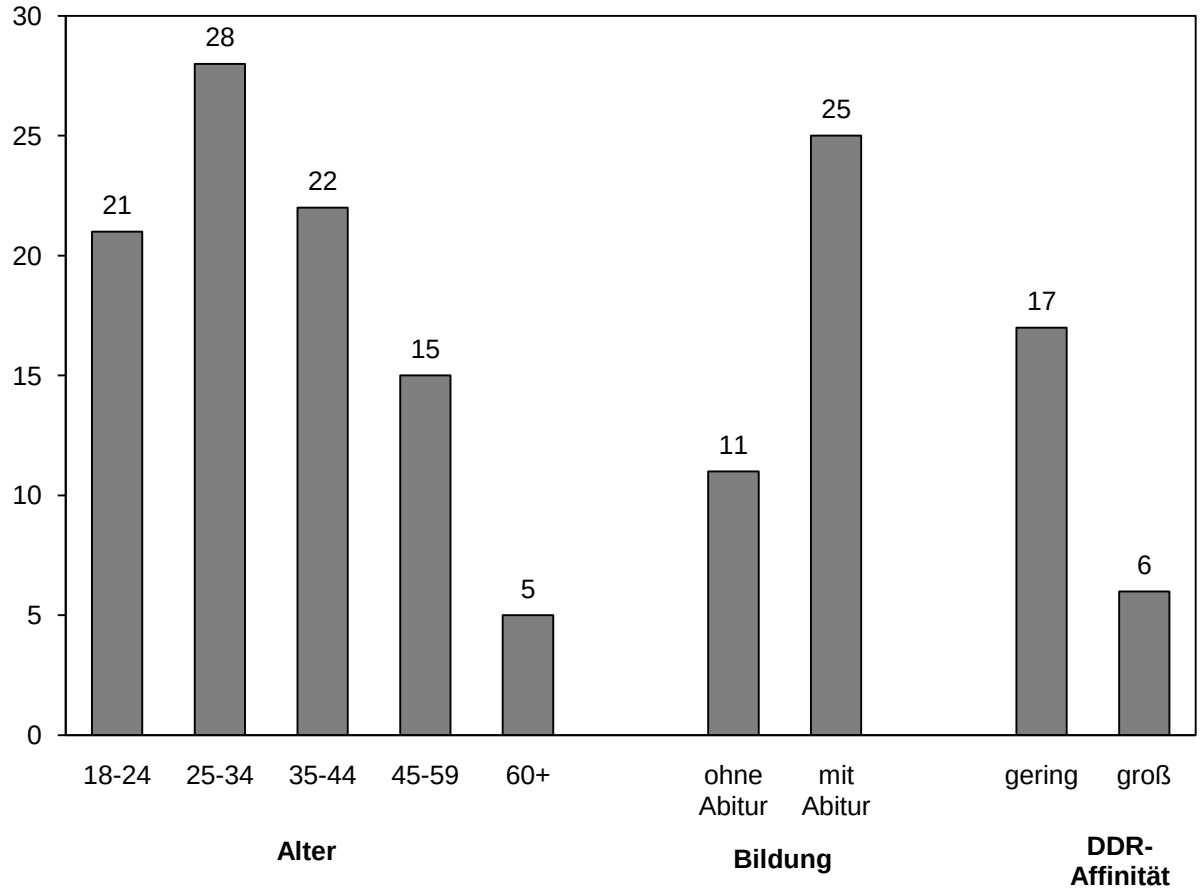
Ungeachtet dieser Asymmetrie ist es analytisch sinnvoll, auf der Grundlage der Entscheidungen der Befragten bezüglich der beiden Alternativen zwei Kontrastgruppen zu bilden. Auf der einen Seite stehen die konsequenten Anhänger der Freiheit (15 Prozent); auf der anderen diejenigen, die sich ebenso konsequent gegen sie entschieden haben, einmal für die Gleichheit und das andere Mal für die Sicherheit (36 Prozent); dazwischen ist die Mischgruppe der Unentschiedenen zu platzieren, die allerdings fast die Hälfte der Befragten ausmacht.

Wer sind die „Anhänger der Freiheit", wer ihre „Verächter"? Zunächst fallen große Unterschiede bei den soziodemografischen Merkmalen Alter, Geschlecht und Bildung auf (Abb. 15). Männer (20 Prozent) entscheiden sich doppelt so häufig wie Frauen (10 Prozent) konsequent für die Freiheit, Ähnliches gilt für Befragte mit Abitur; und unter denen, die jünger als Mitte 40 sind, tritt jeder Vierte bis Fünfte konsequent für die Freiheit ein, unter den über 60-Jährigen dagegen nur jeder Zwanzigste. Unter den Berufsgruppen sind es die höheren Angestellten und Beamten, die Freiberufler und Selbständigen, bei denen die Freiheit hoch im Kurs steht. Das Gleiche gilt für die politisch Interessierten und Aktiven sowie die in Westdeutschland gebürtigen Thüringer.[18] Deutliche Zusammenhänge ergeben sich mit den generellen

18 Die aus den alten Bundesländern stammenden Befragten (gut drei Prozent der Stichprobe) weisen diejenigen Merkmale auf, welche die Forschung über freiwillige nationale wie internationale Wanderungen ermittelt

Lebensperspektiven: Wer sich um seinen gerechten Anteil an Lebenschancen gebracht sieht, wer für sich selbst mehr Nachteile als Vorteile in der deutschen Einheit sieht, und wer zum Sozialismus zurückkehren will, dem liegt mehr an Gleichheit und Sicherheit als an Freiheit.

Abb. 15: ***Freiheit ist wichtiger als Gleichheit und Sicherheit – Zustimmung nach Alter, Bildung und DDR-Affinität***
(in Prozent)



(2) Pflichtbewusstsein – Selbstentfaltung – Lebensgenuss

Von den Prioritäten für Freiheit, Sicherheit oder Gleichheit ist eine weitere, seit langem erforschte und diskutierte Wertedimension zu unterscheiden, die sich an der Trias „Selbstentfaltung – Pflichtbewusstsein – Lebensgenuss“ orientiert. Dahinter steht die im überwiegenden Teil der Forschung behauptete, wenn auch nicht unumstrittene Wertewandelshypothese, oft mit der Kurzformel „von materialistischen zu postmaterialistischen Werten“ umschrieben (Inglehart 1977, Kaase 1979, Klages / Gensicke 2006, zum neueren Forschungsstand siehe Mayer / Kortmann 2010, S. 182). Auch die Zuordnung zu einem der genannten Werttypen präge, so die für unseren Zusammenhang bedeutsame Annahme, grundlegende Bewertungen

hat: Im Durchschnitt sind sie jünger, dynamischer und besser ausgebildet als Nichtmigranten; ihr Sicherheitsverlangen sollte daher weniger stark ausgeprägt sein. Die Gruppe der jungen und dynamischen Thüringer, die ihrerseits die Heimat verlassen haben, wird von einer Befragung, die sich an die im Freistaat ansässige Bevölkerung richtet, naturgemäß nicht erfasst. Das erklärt den beschriebenen Effekt zumindest teilweise.

staatlicher Tätigkeiten und Strukturen. So wäre etwa zu vermuten, dass die Betonung des einen oder anderen Wertes mit Vorstellungen über Art und Höhe staatlicher Leistungen einhergeht. So sollten Hedonisten die höchsten und Pflichtbewusste die geringsten Ansprüche stellen; die Vertreter der Entfaltung der eigenen Fähigkeiten sollten dazwischen liegen.

In der Befragung wurden den Thüringern drei Werte der Lebensgestaltung vorgelegt, von denen sie den aus ihrer Sicht wichtigsten auswählen sollten: die eigenen Fähigkeiten entfalten, pflichtbewusst sein oder das Leben genießen. 40 Prozent der Befragten gaben als wichtigsten Wert in ihrem Leben die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten, 43 Prozent die Pflichterfüllung und 17 Prozent den Genuss des Lebens an. Diese Verteilung von 2011 stimmt in hohem Maße mit den Antwortverteilungen früherer Erhebungen (2001, 2007, 2010) des THÜRINGEN-MONITORs überein. Die 2001 festgestellte altersmäßige Trennlinie dominanter Wertpräferenzen müsste sich um zehn Jahre nach oben verschoben haben, wenn ein langfristiger Wertewandel vorliegen sollte. Ein Vergleich der Antworten nach Altersklassen zeigt jedoch, dass das nicht der Fall ist. Insofern wäre von einem Alterszykluseffekt zu sprechen: Mit zunehmendem Alter werden andere Dinge im Leben für wichtiger gehalten als in der Jugend.

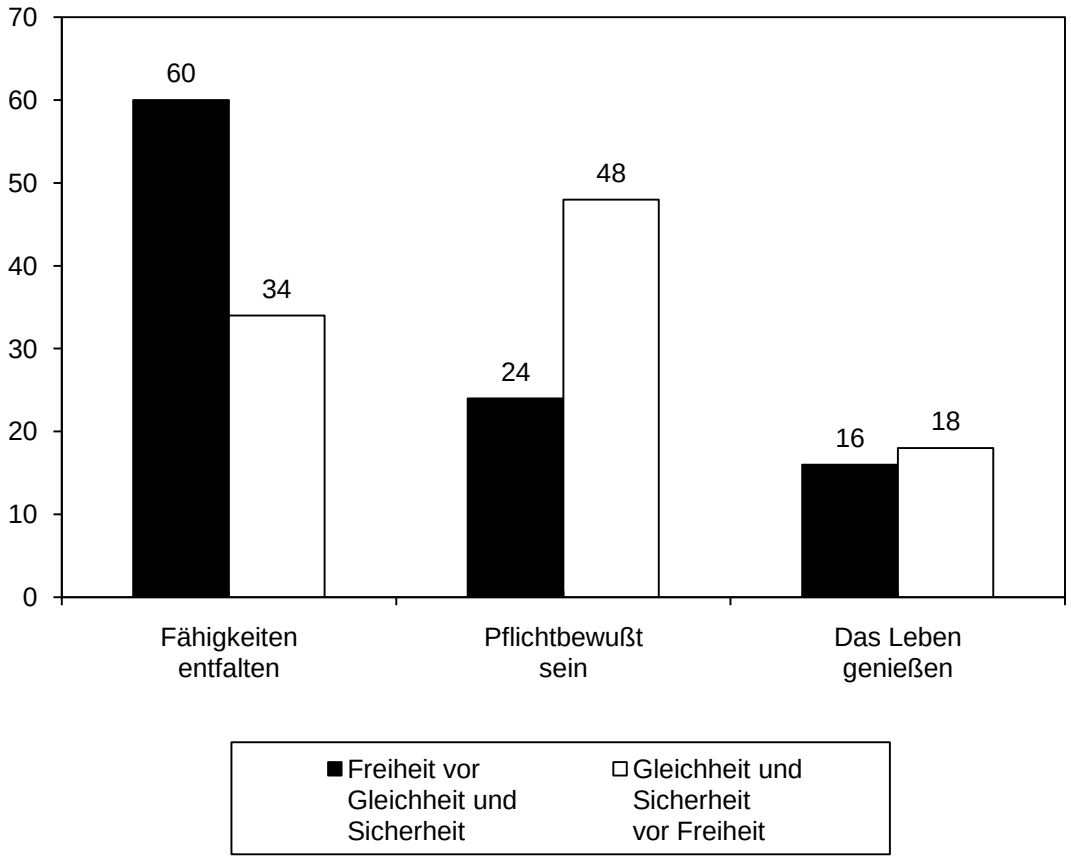
Wie sich schon im Hinblick auf das Alter zeigte, sind auch die Wertpräferenzen nicht gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt. Mit steigendem Lebensalter wird die Pflichterfüllung sehr viel wichtiger, die Selbstentfaltung und der Lebensgenuss werden weniger wichtig. Männer und Frauen unterscheiden sich nicht signifikant. Die Bedeutung des Wertes der Entfaltung der eigenen Fähigkeiten steigt mit höheren Bildungsabschlüssen, Einkommen und Berufen sowie steigendem Interesse an Politik an, während im Gegenzug der Hedonismus und das Pflichtbewusstsein zurückgehen.

Für die These einer verzögerten Modernisierung (also eine Art DDR- und post-DDR-spezifischen Wertewandels) sprächen die Unterschiede nach dem Geburtsort: Selbstentfaltung wird bei aus dem Westen zugezogenen Thüringern zu 58 Prozent vorgezogen, bei gebürtigen Thüringern nur zu 41 Prozent, umgekehrt Pflichtbewusstsein zu 23 Prozent gegenüber 42 Prozent, wenn nicht die bereits erörterte Möglichkeit eines Selektionsbias[19] zur Vorsicht riete.

Die beiden hier untersuchten Wertedimensionen sind nicht unabhängig voneinander (Abb. 16). Vielmehr sind deutliche Zusammenhänge zwischen der konsequenten Option für die Freiheit und den Werten der Lebensgestaltung erkennbar. Die große Mehrheit (60 Prozent) derjenigen, die der Freiheit vor Gleichheit und Sicherheit den Vorrang geben, will im Leben vor allem Fähigkeiten entfalten; eine Pflicht zu erfüllen und das Leben zu genießen, ist für sie sekundär. Anders diejenigen, die Gleichheit und Sicherheit vorziehen: Für knapp die Hälfte von ihnen kommt es in erster Linie darauf an, Pflichten zu erfüllen; hier sind Selbstentfaltung und Lebensgenuss nachrangig.

19 Gemeint ist, dass sich die nach Thüringen zugezogenen Westdeutschen beim Wertewandel von der übrigen westdeutschen Bevölkerung unterscheiden, also „moderner“ sein könnten als die westdeutsche Bevölkerung insgesamt und damit für diese nicht repräsentativ wäre.

Abb. 16: ***Wertpräferenzen nach dem Rang der Freiheit***
(in Prozent)



1.2. Aufgaben des Staates und seine Grenzen

Die im vorstehenden Abschnitt dargestellten Werte und Lebensziele prägen letztlich, so die Annahme, die Vorstellungen über die Gestaltung öffentlicher Haushalte, also über deren Umfang und über Prioritäten der Mittelverwendung. Einen solchen direkten Kausalnexus zu postulieren, würde jedoch den anzunehmenden komplexen Wirkungszusammenhängen nicht gerecht. Zwischen Werten und Lebenszielen einerseits und Vorstellungen über Haushaltsprioritäten andererseits wäre mindestens ein Zwischenglied zu platzieren: Vorstellungen von Reichweite und Intensität der Aufgaben des Staates. Einem solchen, etwas realistischeren gedanklichen Modell zufolge beeinflussen Werte und Lebensziele die Vorstellungen über die Staatsaufgaben, und diese ihrerseits Vorstellungen über eine sinnvolle Haushaltsgestaltung. Daher ist es geboten, die Vorstellungen der Thüringer über die Aufgaben des Staates in den Blick zu nehmen.

Die dem Staat zugeordneten Aufgaben können nun eng begrenzt oder breit gefächert, sie können von geringer Reichweite oder aber von tiefgreifender Wirkung sein. Soll der Staat selbst Produzent von Bildungsangeboten sein, oder kommt ihm hier nur die Rolle eines Rahmensetzers wie bei der Automobilproduktion zu? Hat er für umfassende soziale Absicherung zu sorgen oder nur im Falle persönlicher und familiärer Hilflosigkeit subsidiär einzuspringen? Ist Kultur vom Staat zu fördern oder der Gesellschaft zu überlassen? Kommt dem Staat überhaupt eine Einwirkung auf die Gesellschaft zu? Sollen Autobahnen mit dem Geld des Steuerzahlers (also auch der Nichtautofahrer) gebaut und betrieben oder sollen sie von den Nutzern finanziert werden? Auf solche und unzählige vergleichbare Fragen sind ganz unterschiedliche

Antworten möglich (und werden in den Staaten der Erde tatsächlich ganz unterschiedliche Antworten gegeben). Drei Varianten möglicher Aufgabenschwerpunkte des Staates wurden den Thüringern zur Stellungnahme unterbreitet: Der Staat kann Aufgaben als Produzent und Förderer von Gleichheit wahrnehmen, er kann als Beschützer und er kann als Erzieher auftreten.

Der Staat als Produzent von materieller Gleichheit: Dass Staat und Gesellschaft sich unterscheiden, und jedem Bereich eine eigene Lebenssphäre zugeordnet sei, ist altes liberales Gedankengut. Der in die Gesellschaft eingreifende Staat stellt demgegenüber eine neuere Erscheinung dar, die in den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts zum Exzess gesteigert wurde. Einer der für den Themenschwerpunkt des vorliegenden THÜRINGEN-MONITORS relevanten Bereiche ist der staatliche Eingriff in die primäre, d. h. die am Markt erzielte Einkommensverteilung. Die Thüringer wurden deshalb gebeten, zu der Behauptung Stellung zu nehmen: „Es sollte ein wichtiges Ziel des Staates sein, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern." Dabei wurde vermutet, dass die Thüringer unter anderem als Ergebnis der jahrzehntelangen DDR-Sozialisation mit ihrer rhetorischen Betonung der Gleichheit staatliche Interventionen zur Verringerung von Einkommensunterschieden für nachgerade selbstverständlich halten. Mit den dargestellten Grundentscheidungen zu Freiheit, Gleichheit und Sicherheit wurde folgender Zusammenhang postuliert: Wer Gleichheit und Sicherheit stärker als die Freiheit betont – so die Annahme – tritt stärker für staatliche Eingriffe zur Herstellung der Gleichheit ein als Personen, die der Freiheit den Vorrang einräumen. Umverteilung sollte schließlich in absteigender Intensität von den Anhängern des Pflichtbewusstseins, der Selbstentfaltung und des Lebensgenusses gefordert werden.

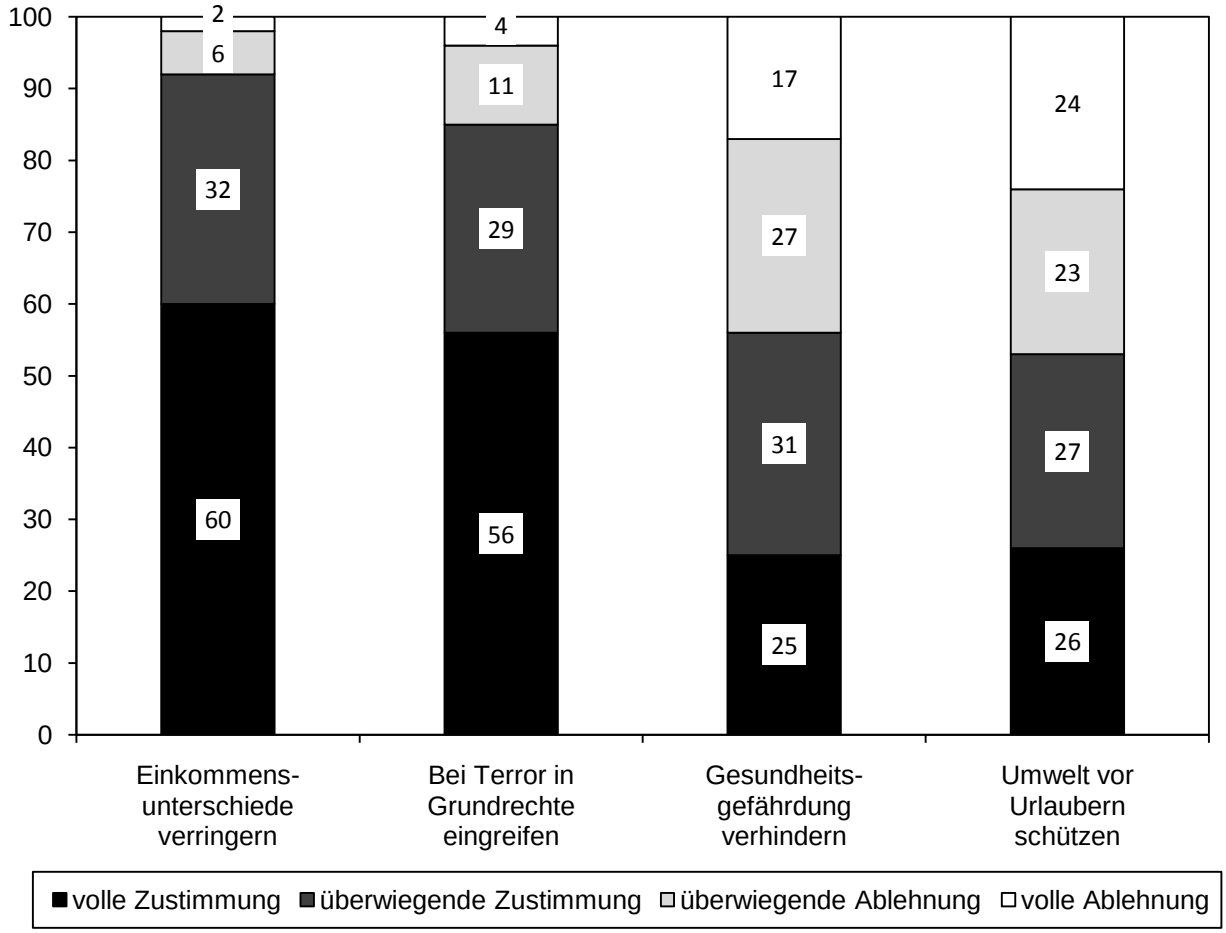
Der Staat als Beschützer: Zwischen der ureigenen und klassischen Staatsaufgabe der Gewährleistung der Sicherheit der Bürger nach innen und außen einerseits und der historisch jüngeren Forderung nach Respektierung ihrer Freiheit andererseits besteht ein – auch und gerade im Zeitalter des Terrorismus – niemals ganz befriedigend aufzulösendes Spannungsverhältnis. Einerseits ist die Nutzung der Freiheit auf ein bestimmtes Maß an Sicherheit angewiesen. Andererseits bringen staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit Eingriffe in Freiheitsrechte mit sich. Im Extrem führt maximale Sicherheit zu maximaler Unfreiheit, bedeutet umgekehrt maximale Freiheit maximale Unsicherheit. Die politische Diskussion wird stets erneut um einen annehmbaren Kompromiss zwischen diesen beiden Werten zu ringen haben. Die Thüringer wurden gefragt, ob sie mit einem deutlich verstärkten polizeilichen Eingriff in Grundrechte einverstanden wären, „wenn ein Terroranschlag droht". Es war zu vermuten, dass Befragte, die der Sicherheit und, eventuell abgeschwächt, der Gleichheit den Vorrang gegenüber der Freiheit geben, diese Frage deutlich stärker als die Befragten bejahen würden, die die Freiheit stärker betonen. Wer stärker pflichtbewusst ist, so die Vermutung, neigt zu einer stärker konservativen politischen Haltung, was gemeinhin mit stärkerem Sicherheitsbewusstsein assoziiert wird.

Der Staat als Erzieher: Der Hintergrund der Fragen[20] zu diesem Komplex ist deutlich. Auf der einen Seite die Vorstellung vom selbstverantwortlichen und autonomen Bürger, der auch ein Recht auf Torheiten hat, wie etwa auf die, seine Gesundheit zu ruinieren. Dem steht dann gegenüber, dass er nicht nur die immateriellen, sondern auch die materiellen Folgen seiner Unvernunft selbst zu tragen hat. Auf der anderen Seite das völlig andere Menschenbild des sozialen Untertans, der notfalls vor sich selbst geschützt werden muss, so wie ihm auch

20 Formulierung der Statements: (1) „Es ist Aufgabe des Staates, seine Bürger daran zu hindern, ihre eigene Gesundheit zu gefährden"; (2) „Urlaubsflüge ans andere Ende der Welt sollten aus Gründen des Umweltschutzes verteuert werden."

wenigstens die finanziellen Folgen seiner noch verbliebenen Uneinsichtigkeit abgenommen werden. Ähnlich ist der Zusammenhang der Frage nach der Verteuerung von Urlaubsflügen zu sehen: Dahinter steckt die Vermutung, dass es überflüssige, weil weite, und eher akzeptabel, weil kurze, Urlaubsflüge gebe. Von Übel, so weiß der Staat, sind beide, die weiten Flüge aber aus Umweltschutzgründen noch mehr als die kurzen. Besser, sie zu verbieten oder wenigstens zu verteuern.[21]

Abb. 17: ***Gewünschte Staatsaufgaben***
(in Prozent)

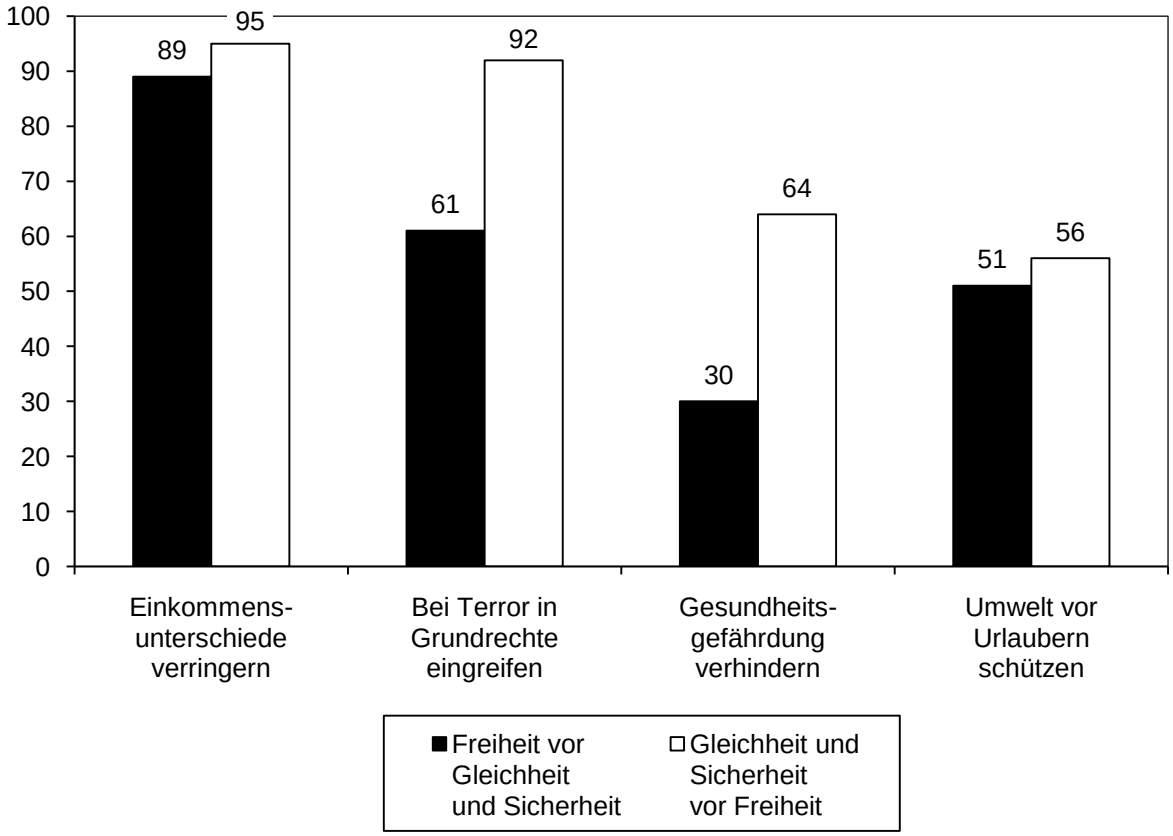


Die Reaktionen auf diese Aussagen sind sehr verschieden (Abb. 17): Zwei finden die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit, über die beiden anderen sind die Meinungen geteilt. Wie erwartet, lehnen nur winzige Minderheiten eine Verringerung von Einkommensunterschieden als wichtiges Staatsziel ab. Addiert man die Befragten, die „völlig“ oder „überwiegend“ zustimmen, ergibt sich praktisch Einstimmigkeit von nicht weniger als 92 Prozent für staatliche Eingriffe. Die Thüringer erwarten vom Staat nicht nur Schutz und Sicherheit, sondern auch die Herstellung von mindestens relativer materieller Gleichheit. Allerdings richtete sich die Frage auf die „Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich“, nicht auf ihren vollständigen Ausgleich. Damit konnte sich jeder Befragte eine Reduktion der bestehenden Unterschiede zwischen einem und 99 Prozent vorstellen und dürfte es tatsächlich getan haben. So gesehen wäre eine einfache Sozialhilfe an Menschen in

21 Ironischerweise wäre Letzteres übrigens auch die liberale Lösung: Anreize über Preise statt Verbote.

existenzieller Not ebenso von den Antworten gedeckt wie ein utopisch-sozialistisches Programm. Diese Überlegung sollte zur vorsichtigen Interpretation der Befragungsergebnisse Anlass geben. Grundsätzlich ist eine überwältigende Mehrheit (85 Prozent) auch mit dem stärkeren Grundrechtseingriff durch die Polizei einverstanden – was bestens zu dem referierten Vorrang von Sicherheit vor Freiheit bei den Befragten passt. Der Auffassung, dass es Aufgabe des Staates sei, seine Bürger daran zu hindern, ihre eigene Gesundheit zu gefährden, und der Idee einer Verteuerung von Langstreckenflügen zum Urlaub in fernen Ländern[22] stimmen jeweils knappe Mehrheiten zu.

Abb. 18: ***Gewünschte Staatsaufgaben nach dem Rang der Freiheit***
(in Prozent)



Zwischen den Antworten auf die vier Aussagen zu Staatsaufgaben bestehen nur geringe statistische Zusammenhänge; dies spricht dafür, dass die thematisierten Aufgabenschwerpunkte, anders als vermutet, eigenständige Dimensionen darstellen. Eine Ausnahme ist der positive Zusammenhang zwischen den Antworten auf die Frage nach dem Grundrechtseingriff bei Terrordrohung und der Verhinderung von Gesundheitsschädigung, was wohl bedeutet, dass hier der Schutzaspekt und nicht der Gesichtspunkt der Erziehung oder Gängelung durch den Staat im Vordergrund stand.

Insgesamt wird also nirgends die Zuständigkeit des Staates für einen der vorgeschlagenen Tätigkeits- und Kompetenzbereiche von einer Mehrheit in Frage gestellt. Allerdings ist der

22 Bei der Stellungnahme dürfte allerdings die Formulierung „aus Gründen des Umweltschutzes“ eine Rolle gespielt haben: Umweltschutz ist für die Deutschen sehr positiv besetzt; ein starker Effekt sozialer Erwünschtheit bei den Antworten ist zu vermuten. Wir halten es für wahrscheinlich, dass die schnöde Begründung „zur Erhöhung der Staatseinnahmen“ sehr andere Antworten erbracht hätte.

Enthusiasmus bei den Bereichen Gesundheit und Urlaub, bei denen man einen direkten staatlichen Eingriff in die persönliche Lebensführung befürchten muss, deutlich weniger ausgeprägt als in den beiden übrigen Bereichen. Nach der Zahl der bejahenden Antworten zu den vorgeschlagenen staatlichen Aufgaben in den einzelnen Bereichen lassen sich drei Gruppen von Befragten bilden: eine erste Gruppe (sieben Prozent), die dem Staat einen vergleichsweise bescheidenen, eine zweite Gruppe (48 Prozent), die dem Staat einen mittleren, und eine dritte Gruppe (45 Prozent), die dem Staat einen großen Aufgabenbereich zugedacht hat. Ein minimalistisches Staatsverständnis[23] stellt also eine Ausnahme dar.

Wie erwartet, unterscheiden sich konsistente Anhänger des Wertes der Freiheit hinsichtlich der Einstellung zu staatlichen Aufgaben von den Befragten, die konsequent Gleichheit und Sicherheit bevorzugen, und zwar bei allen vier Aussagen (Abb. 18). Sogar bei der nahezu einstimmig bejahten Frage nach der staatlichen Verantwortung für Umverteilung liegt ihre Zustimmung etwas unter dem Durchschnitt, wie auch beim Schutz der Umwelt durch Verteuerung von weiten Urlaubsflügen. Sehr greifbar ist der Unterschied bei dem staatlichen Eingriff in die Grundrechte und in das persönliche Gesundheitsverhalten; bei Letzterem ist sogar mehrheitlich eine Ablehnung staatlicher Überwachung durch die „Freiheitsfreunde“ zu verzeichnen. Spiegelbildlich stimmen die Anhänger von Sicherheit und Gleichheit leicht bis deutlich mehr als der Durchschnitt den vorgeschlagenen staatlichen Kompetenzen zu.

Wie bei den Präferenzen für Freiheit oder Gleichheit und Sicherheit kann man vermuten, dass die Bevorzugung eines der drei Werte Selbstentfaltung, Pflichtbewusstsein oder Lebensgenuss Zusammenhänge mit Vorstellungen von der erwünschten Rolle des Staates aufweist. Wer Pflichtbewusstsein betont, sollte danach relativ gemäßigte Ansprüche an den Staat stellen, wer das Leben genießen will, in dieser Hinsicht weniger Zurückhaltung zeigen, und wer sich selbst entfalten will, eine mittlere Position einnehmen. Diese Annahmen finden durch die Daten keine Bestätigung. Nicht diejenigen, die vorrangig ihre Pflicht erfüllen wollen, sondern die, denen es hauptsächlich um die Entfaltung ihrer Fähigkeiten geht, stellen in drei von vier Fällen die geringsten Ansprüche an den Staat. Und im Fall der Verteuerung der Urlaubsflüge im Interesse des Umweltschutzes sind es die Hedonisten, die (aus begreiflichen Gründen) einer solchen Maßnahme am deutlichsten widersprechen. Das schöne Bild vom anspruchslosen Menschen mit preußischem Pflichtbewusstsein muss also fallen gelassen werden. Nicht wer Vorgegebenes erfüllt, sondern wer seine eigenen Ziele verfolgt, erwartet am wenigsten vom Staat.

Einige sozialstrukturelle Merkmale weisen deutliche Zusammenhänge mit den Vorstellungen von staatlichen Aufgaben auf: Bei Berufen mit selbständiger Tätigkeit ist eine geringere Zustimmung zu staatlicher Umverteilung, zu Grundrechtseingriffen und zur Überwachung des Gesundheitsverhaltens zu verzeichnen. Umgekehrt steigt mit dem Alter (von der jüngsten Befragtengruppe der 18- bis 24-Jährigen abgesehen) die Zustimmung zu Grundrechtseingriffen und zur Gesundheitsüberwachung (was der diskutierten Interpretation als Schutzbedürfnis entspricht) und zum Verteuern von Urlaubsflügen deutlich. Die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung ist bei gebürtigen Thüringern und Ostdeutschen höher als bei Personen mit Geburtsort im Westen, ebenso finden Grundrechtseingriffe und verteuerte Urlaubsflüge bei ihnen deutlich mehr Billigung. DDR-Affinität geht mit etwas höheren Zustimmungsraten zu allen Fragen einher. Bei starker wie schwacher Neigung zur ehemaligen Staatspartei der DDR halten so gut wie alle Befragten die Umverteilung für eine Aufgabe des Staates.

23 Der Staat ist vorwiegend Teil des Problems, nicht der Lösung, weshalb er folgerichtig kleinzuhalten sei (Nozick 1974).

Insgesamt ist zu beobachten, dass alte, sozial schwache und deprivierte Befragte, DDR-Nostalgiker, in Thüringen und den anderen neuen Bundesländern geborene Befragte und Anhänger von Parteien des linken Spektrums überdurchschnittlich häufig einen starken und breit zuständigen Staat wünschen. Das Sicherheits- und Gleichheitsbedürfnis der Thüringer ist so ausgeprägt, dass sie Einkommensumverteilung durch den Staat (in allerdings nicht erfragtem Umfang) fordern und der staatlichen Gewalt in Gestalt der Polizei bedenkenlos Eingriffe in Grundrechte zubilligen, wenn auch der Frageformulierung zufolge nur in der Ausnahmesituation eines drohenden Terroranschlages. Der Gedanke, dass damit unter Umständen in der Geschichte mühsam errungene Freiheitsrechte gefährdet, und dass durch staatliches Handeln genau jene Werte bedroht sein könnten, die gegen Terroristen verteidigt werden sollen, entfaltet jedenfalls bei der großen Mehrzahl der Landesbürger keine wirkliche Wirkung. Zudem ist daran zu erinnern, dass ohnehin nur für 15 Prozent der Thüringer die Freiheit konsequent an erster Stelle der Werteskala steht. Allerdings ist die Situation eines Telefoninterviews zu bedenken: Anonymität und angenommene Folgenlosigkeit der jeweiligen Antwort. Ob ein wirklich vorgenommener polizeilicher Grundrechtseingriff nicht doch auf breiten Widerstand bei den Bürgern stieße, steht dahin.

1.3. Staat, Markt und Wirtschaft

Für die Wünsche der Bürger hinsichtlich des Umfangs der staatlichen Tätigkeit, der dazu erforderlichen finanziellen Mittel und der Prioritäten bei ihrer Verwendung spielen nicht nur die Vorstellungen von generellen staatlichen Kompetenzen gegenüber den Bürgern eine Rolle, wie das an Beispielen diskutiert wurde, sondern vor allem die Auffassungen vom richtigen Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Schwerpunktthemas sind dabei insbesondere zwei Themenkomplexe von Interesse: (1) die Einstellungen zu Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung; und (2) die Haltung zum Staat als Steuereinnehmer.

(1) Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung

Unter der Vielzahl von auf die Wirtschaftsordnung bezogenen Grundorientierungen sind diejenigen von besonderem Belang, die sich auf die drei Spannungslinien beziehen, die für die in Deutschland praktizierte Soziale Marktwirtschaft konstitutiv sind: Markt oder Staat als Steuerungsinstanz; Leistung oder Solidarität als Prinzip der Ressourcenzuweisung; Eigenverantwortung oder staatliche Fürsorge. Wie beim THÜRINGEN-MONITOR 2008 zur Sozialen Marktwirtschaft wurden deshalb den Befragten Entscheidungsfragen zu diesen drei Konfliktfeldern mit der Bitte gestellt, sich zu den Alternativen zu positionieren.[24]

Im Einzelnen geht es zunächst um Markt und Staat, genauer um die Frage, wie weitreichend staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sein sollten. Dahinter steckt eine der klassischen politischen (weniger wissenschaftlichen) Kontroversen um die rechte Wirtschaftsordnung: Auf der einen Seite wird die Position vertreten, dass Märkte innerhalb eines fairen und an allgemeinen Grundsätzen orientierten Ordnungsrahmens die schlechterdings allen konkurrierenden Verfahren weit überlegene Steuerung der Wirtschaft hervorbrächten (maximale Effizienz[25]). Die dem widersprechende Auffassung weist auf Ergebnisse des Marktes hin, die auf sein Versagen hinwiesen oder auch nur nach unterschiedlichen politischen Präferenzen und bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen unerwünscht seien. Diese Position verbindet sich mit der Über-

24 Die Fragentexte sind unter der Tabelle 2 dokumentiert.

25 Libertäre Auffassungen betrachten obendrein die vom Markt hervorgebrachte Einkommensverteilung als gerecht, bezweifeln also die Berechtigung des Staates, hier korrigierend einzugreifen.

zeugung, „der Staat“ oder „die Gesellschaft“ (was bedeutet, die in ihrem Namen handelnden Funktionsträger) seien ausreichend wohlwollend (also gemeinwohlorientiert und ohne Eigeninteressen), informiert, durchsetzungskräftig und bei den Vorstellungen von Gerechtigkeit hinreichend untereinander und mit den Bürgern einig, um das behauptete Marktversagen zu korrigieren und Effizienz wie Gerechtigkeit durch Eingriffe in Märkte zu erhöhen. Die Möglichkeit von Verlusten von Effizienz oder Gerechtigkeit durch diskretionäre staatliche Eingriffe in Märkte oder durch Staatsversagen wird also übersehen oder negiert. Auch für das Gegensatzpaar Leistung und Solidarität sind Zielkonflikte ersichtlich: Leistung hat Freiheit zur Voraussetzung, während „Solidarität“ in Freiheit insofern eingreift, als die Früchte der Leistung mindestens teilweise abgeschöpft werden. Ob der Begriff „Solidarität“ als persönliche Haltung sich mit solchem Zwang überhaupt verträgt, steht dahin (Wolff 2009).

Tab. 2: ***Wirtschaftliche Grundorientierungen***
(Zustimmung in Prozent)

	Befragte insg.	Bildung		Eigene finanzielle Lage		Haushaltseinkommen (in €)	
		ohne Abitur	mit Abitur	schlecht	gut	-2.000	>2.000
Eigenverantwortung vor Fürsorge (a)	87	85	91	82	89	88	87
Markt vor Staat (b)	64	63	66	63	64	65	66
Leistung vor Solidarität (c)	20	17	28	19	21	16	25

Frageformulierungen:
(a) „Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen.“

(b) „Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.“

(c) „In welcher Gesellschaft würden Sie lieber leben: In einer Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt, oder eher in einer Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt.“ Bei dieser Aussage wurde auch eine Gleichgewichtung beider Leitideen als spontane Antwort zugelassen; dafür sprachen sich neun Prozent aller Befragten aus.

Wie die erste Spalte von Tabelle 2 dokumentiert, fallen die Antworten klar, aber für die einzelnen Fragen deutlich unterschiedlich aus. Eine überaus große Mehrheit von 87 Prozent spricht sich, wie schon bei früheren Befragungen (TM 2004, TM 2008), für den Grundsatz der Eigenverantwortung statt staatlicher Fürsorge aus. Dieses Ergebnis ist geeignet, das Bild des unselbständigen Bürgers, der sich vom Staat führen, ja gängeln lässt und persönliche Entscheidungen an diesen delegiert, das die oben erörterten Befragungsergebnisse nahelegen, erheblich zu relativieren. Weit weniger Zustimmung, aber immerhin noch fast eine Zweidrittelmehrheit (64 Prozent) und damit deutlich mehr als 2008 (51 Prozent), findet die Ablehnung staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsablauf. Man kann trefflich darüber streiten, ob nach mehr als zwanzig Jahren Marktwirtschaft ein starkes Drittel Opponenten viel oder wenig ist – eine sehr beachtliche Minderheit stellt diese Gruppe in jedem Falle dar.

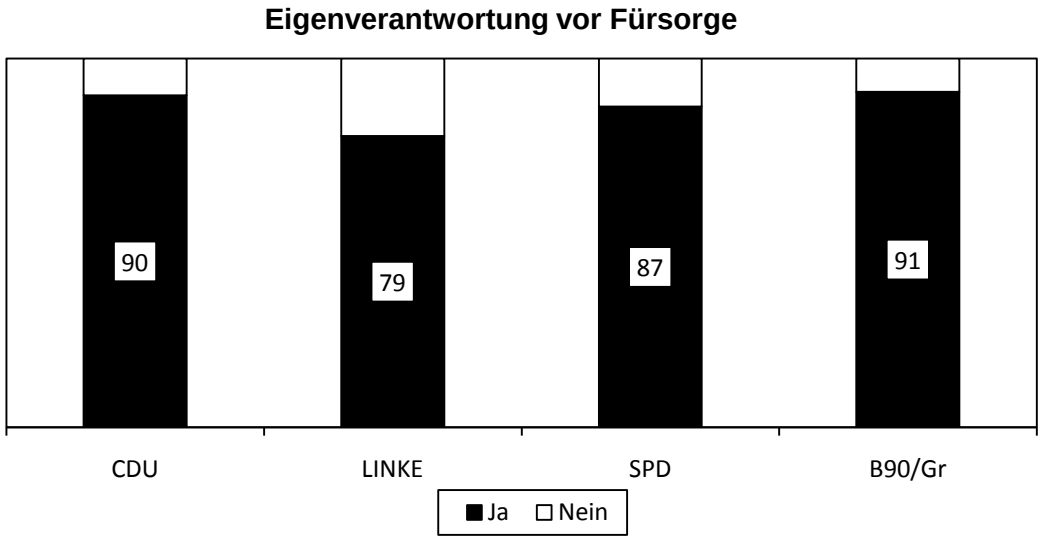
Das Leistungsprinzip hingegen wird mit nur 20 Prozent Zustimmung (gegen 71 Prozent für Solidarität und neun Prozent für „beides“) geradezu verworfen. Im Vergleich zur Befragung vor drei Jahren ist ein Zuwachs um volle 17 Prozentpunkte bei der Option für die Solidarität zu beobachten. Als Begründung für diese Zunahme bietet sich zwanglos die Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihrer offenbar weitreichenden Verunsicherung breiter Kreise der Bevölkerung an. Das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber undurchschaubaren anonymen Mächten der internationalen Finanz- und Wirtschaftswelt, wie berechtigt oder unberechtigt auch immer, hat offenbar erheblich zugenommen.

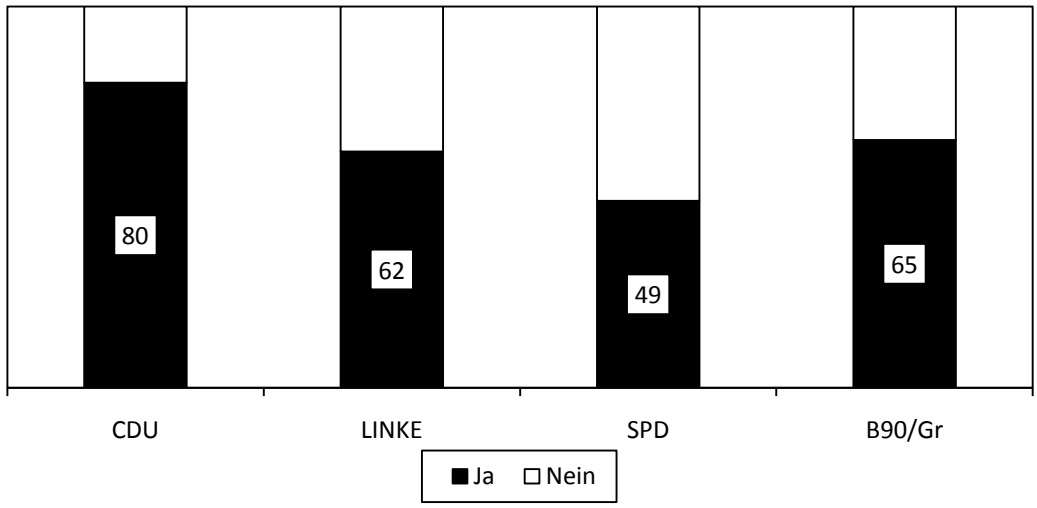
Interessanterweise ergeben sich insbesondere bei der Frage nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, aber auch bei den beiden anderen Fragen nur schwache Zusammenhänge mit dem sozioökonomischen Status der Befragten (s. oben Tab. 2). Das Bildungsniveau, die finanzielle Lage und auch das Haushaltseinkommen machen nur wenig Unterschied für die Positionierung zu grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Stärker ist der Zusammenhang mit der Parteineigung (Abb.19). Bei allen drei Fragen entsprechen die von den jeweiligen Parteianhängern eingenommenen Positionen im Allgemeinen den wirtschaftspolitischen Grundorientierungen der Parteien. Bei der Entscheidung zwischen Eigenverantwortung und Fürsorge verhalten sich die Anhänger der Grünen so wie die der CDU, bei den beiden anderen Fragen nehmen sie eine mittlere Position ein. Bei der Alternative Markt oder Staat bilden die Anhänger der SPD den linken Pol, bei den Alternativen Leistung oder Solidarität und Eigenverantwortung oder Fürsorge sind es die der LINKEN.

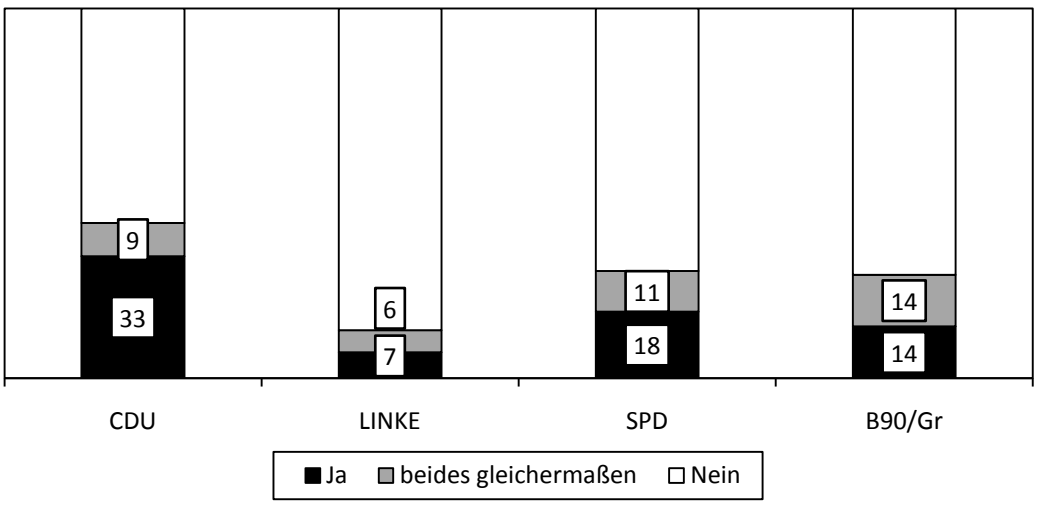
Zwischen den Stellungnahmen zu den drei Alternativen Leistung vs. Solidarität, Markt vs. Staat und Eigenverantwortung vs. Fürsorge bestehen statistische Zusammenhänge: Wer für Leistung eintritt, tendiert zur Befürwortung des freien Marktes (und umgekehrt), wer dem freien Markt den Vorrang einräumt, zu Eigenverantwortung (und umgekehrt). Schwächer, wenn auch positiv, ist hingegen der Zusammenhang zwischen Leistungsbewusstsein und Eigenverantwortung.

Schlägt sich die Option für Freiheit statt Sicherheit und statt Gleichheit in ordnungspolitischen Grundpositionen nieder? Grundsätzlich wäre eine solche Haltung zu erwarten, wenn unsere These der Stimmigkeit der Wertentscheidungen zutrifft. Diese Erwartung wird allerdings nur teilweise bestätigt. Die Option für die Freiheit macht keinen Unterschied für die Entscheidung zwischen Markt und Staat, wohl hingegen für die beiden anderen Entscheidungen. Wer konsequent für die Freiheit eintritt, optiert signifikant häufiger für Leistung und für Eigenverantwortung. Ähnliches gilt für die Effekte der Ziele der Lebensgestaltung; auch sie sind irrelevant für die Entscheidung zwischen Markt und Staat, aber bedeutsam für die übrigen: Wer der Entfaltung von Fähigkeiten den Vorrang vor Pflichterfüllung und Lebensgenuss gibt, dem ist auch Leistung und Eigenverantwortung wichtiger. Noch stärker sind die Zusammenhänge mit dem gewünschten Umfang von Staatsaufgaben. Diejenigen, die dem Staat nur wenige Aufgaben übertragen wollen, ziehen zu 39 Prozent eine Gesellschaft vor, in der Leistung statt Solidarität zählt, diejenigen, die umfangreiche Aufgaben in seine Hände legen wollen, nur zu 17 Prozent.

Abb. 19: ***Grundeinstellungen zur Wirtschaftsordnung nach Parteineigung*** *(in Prozent)*



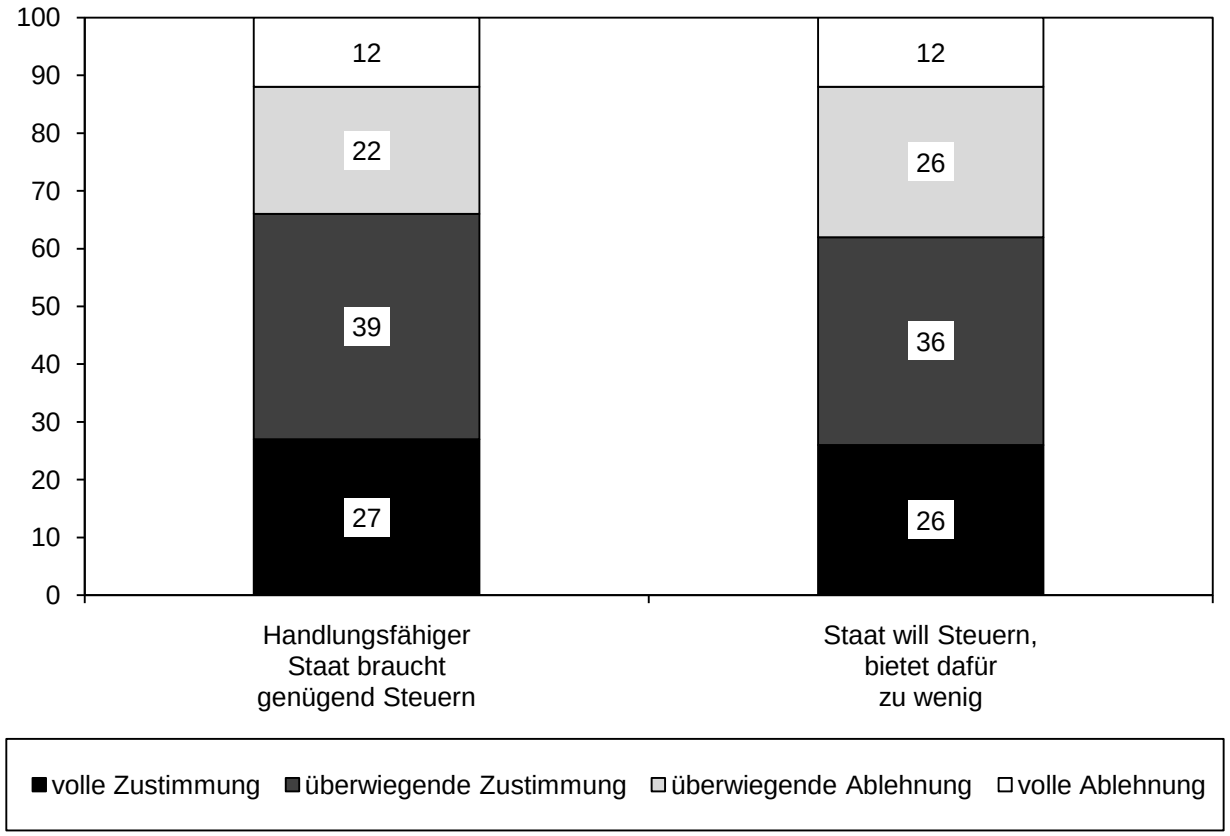




(2) Staat und Steuern

Um die Auffassungen der Thüringer auch zur Einnahmenseite des Staatshaushalts zu ermitteln, wurde die Rolle des Staates als Steuereinnehmer thematisiert. Zwei Aussagen wurden den Befragten zur Stellungnahme vorgelegt. Sie betreffen verschiedene Ebenen und gehen den Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven an. Die erste Aussage stellt auf die Perspektive der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens ab: die Handlungsfähigkeit des Staates in Relation zum Volumen der Steuereinnahmen.[26] Die zweite Aussage nimmt die Perspektive des Nutzen kalkulierenden Steuerpflichtigen ein: die Höhe der dem Einzelnen auferlegten Besteuerung in Relation zu den Leistungen des Staates.[27] Trotz unterschiedlicher Ebenen und Perspektiven sind die Aussagen in ihrer Akzentuierung gegenläufig. Impliziert die Zustimmung zur ersten Aussage eine eher positive, dem Staat gegenüber wohlwollende Grundhaltung, so beinhaltet die Zustimmung zur zweiten eher das Gegenteil: Misstrauen und Abwehr.

Abb. 20: ***Haltung zum Staat als Steuereinnehmer***
(in Prozent)



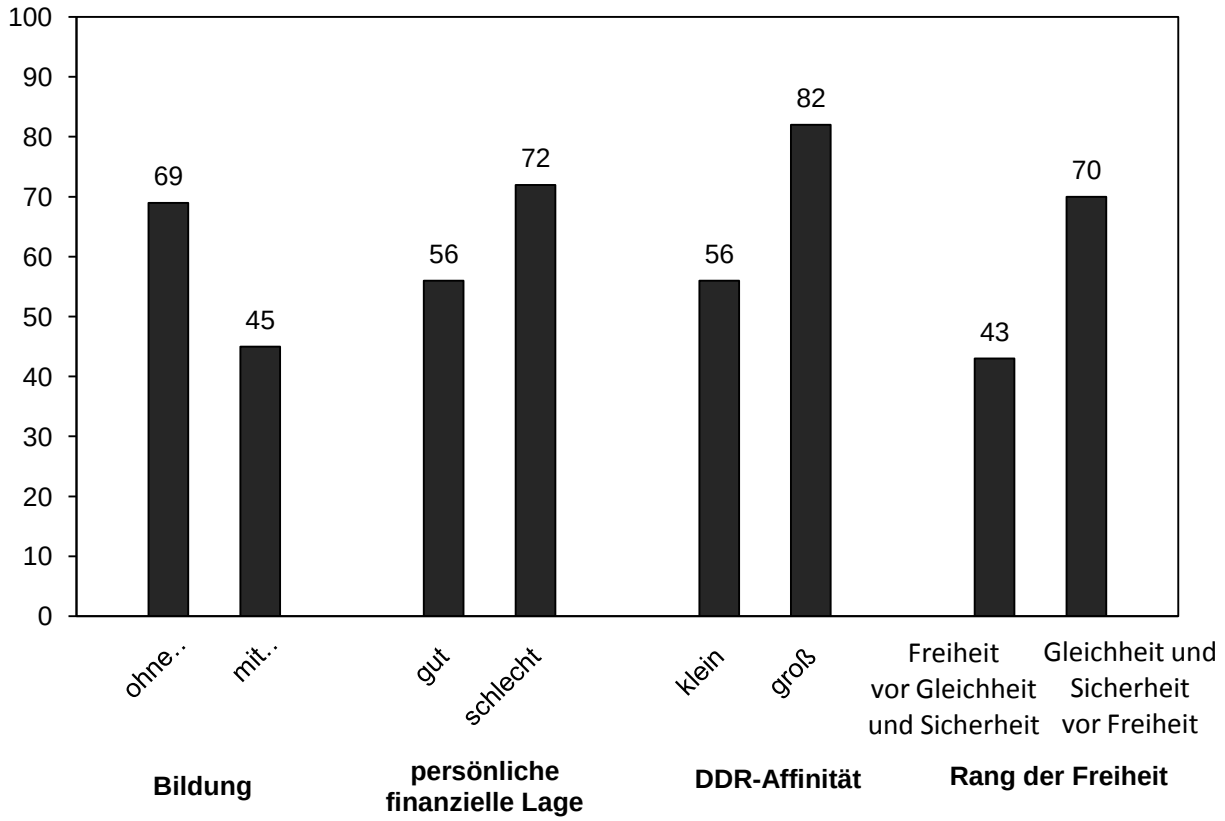
Wie Abbildung 20 zeigt, stimmen die Befragten beiden Aussagen mit deutlichen Mehrheiten in der Größenordnung von jeweils zwei Dritteln zu. Das bedeutet schon allein rechnerisch, dass ein Großteil der Befragten sowohl der Meinung ist, der Staat brauche „genügend" Einnahmen, um handlungsfähig zu bleiben, als auch, der Staat sei nur an Steuern interessiert, ohne dafür „genügend" zu bieten.

26 Formulierung der Aussage: „Nur wenn der Staat genügend Steuern einnimmt, kann er auch handlungsfähig bleiben."

27 Formulierung der Aussage: „Der Staat ist nur an meinen Steuern interessiert, ohne mir dafür genügend zu bieten."

Die Zustimmung zur ersten, dem Staat gegenüber wohlwollenden Aussage, er brauche für seine Handlungsfähigkeit genügend Steuern, variiert kaum mit soziodemographischen Merkmalen der Befragten oder dem Umfang von Aufgaben, den sie dem Staat übertragen wollen. Lediglich finanziell weniger gut Gestellte und Personen, die sich benachteiligt fühlen, stimmen der Aussage etwas seltener zu. „Freiheitsfreunde“ sind etwas stärker als der Durchschnitt bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Eine abnehmende Zustimmung reicht von den Anhängern des Pflichtbewusstseins (69 Prozent), der Entfaltung der eigenen Fähigkeiten (66 Prozent) bis zu den Hedonisten (59 Prozent), die offenbar genauer als andere bedenken, dass man einen Euro nur einmal ausgeben kann: Hat ihn der Fiskus, kann man ihn selbst nicht mehr zur Erhöhung des Lebensgenusses verwenden.

Abb. 21: ***„Der Staat ist nur an meinen Steuern interessiert, ohne mir genügend dafür zu bieten“ – Zustimmung nach Bildung, persönlicher finanzieller Lage, DDR-Affinität und Rang der Freiheit***
(in Prozent)



In deutlichem Kontrast zu diesen, wenn überhaupt vorhandenen, dann doch insgesamt nur bescheidenen Abweichungen vom Durchschnitt bei der Zustimmung zur ersten (staatsfreundlichen) Aussage stehen erhebliche Unterschiede in der Zustimmung zur zweiten (staatskritischen) Auffassung. Diejenigen Gruppen, die sich bei der Zustimmung zur ersten Frage zurückhielten, stimmen der zweiten umso stärker zu (Abb. 21). Wer in einer schlechten finanziellen Situation ist, nur wenig formale Bildung genossen hat, sich benachteiligt und ungerecht behandelt fühlt, und wer sich nach dem DDR-Sozialismus zurücksehnt, der fühlt sich vom Staat, der nur an seinen Steuern interessiert ist, ohne ihm dafür genügend zu bieten, über den Tisch gezogen. Diejenigen dagegen, für die Freiheit vor Gleichheit und Sicherheit rangiert, und auch die, für die Selbstentfaltung das wichtigste Lebensziel ist, sowie Angehörige des Öffentlichen Dienstes und wirtschaftlich gut Situierte stimmen in den Chor der Steuerstaatskritiker nicht ein.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der gegenläufigen Akzentuierung ist es nicht erstaunlich, dass ein negativer statistischer Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu beiden Aussagen zur Steuer besteht. Obwohl die gleichzeitige Zustimmung logisch nicht ausgeschlossen ist, besteht eine Neigung, die zweite Aussage abzulehnen, wenn man der ersten zustimmt, und umgekehrt.

Tab. 3: Typologie der Einstellungen zu Staat und Steuern

		Staat braucht Steuern zur Leistungserbringung	
		ja	nein
Staat bietet nichts für die Steuern	ja	**1** Staatshörige	**2** Oppositionelle
	nein	**3** Zufriedene Bürger	**4** Inkonsistente

Diese Neigung ist allerdings nicht groß genug zu verhindern, dass ein beträchtlicher Anteil der Befragten der einen Auffassung zustimmt, der Staat brauche genügend Steuermittel, und zugleich auch der anderen, der Staat kassiere die Steuern ohne Gegenleistung. Die Kombination der Antworten auf die beiden Fragen zu Steuern ergibt eine Vierfeldermatrix, die die Konstruktion einer Typologie der Einstellungen zu Staat und Steuern erlaubt (Tab. 3).

Antworten in Feld 1 (37 Prozent der Befragten) stehen für Kritik an ungenügenden Leistungen des Staates, aber gleichzeitig für sein Recht zur Steuererhebung („Staatshörige“). Wer nach Feld 2 geantwortet hat (25 Prozent), betrachtet den Staat als Räuber, der nichts leistet und daher auch kein Recht des Zugriffs auf fremdes Eigentum hat („Oppositionelle“). Feld 3 (29 Prozent) steht für den Idealfall: zufriedene Bürger, die ausreichende staatliche Leistungen sehen und daher mit der Steuererhebung einverstanden sind. Feld 4 schließlich (neun Prozent) bezeichnet widersprüchliches Antwortverhalten: Der Staat leistet etwas, hat deswegen aber noch lange kein Recht, mich zu besteuern („Inkonsistente“). Wie sich zeigt, entspricht deutlich weniger als ein Drittel der Befragten dem Ideal eines zufriedenen Bürgers. Auch wenn die Klagen über Steuern und Steuervögte uralte Topoi sind, und natürlich jedermann gerne profitiert, ohne zu zahlen (das bekannte Trittbrettfahrer- oder Free Rider-Phänomen[28]), ist eine positive Einstellung von 29 Prozent der Befragten ein niedriger Wert und als Warnzeichen für die Politik zu verstehen.

Schließlich wurde im Zusammenhang mit dem Bild der Thüringer von der angemessenen Rolle des Staates ein aktuelles Problem der Politik aufgegriffen, die Kosten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise: Sollen sie stärker von den Banken als vom Staat getragen werden? Eine geradezu überwältigende Mehrheit (92 Prozent) möchte die Banken stärker als den Staat an den Kosten der Krise beteiligen; keine Gruppe kommt auch nur in die Nähe einer

28 In der Theorie öffentlicher Güter übrigens eine der zentralen Begründungen für ihre Finanzierung über zwangsweise beigetriebene Steuern statt freiwilliger Beiträge oder Markttransaktionen.

umgekehrten Mehrheit. Zu überlegen ist allerdings, ob die Befragten die inzwischen überwundene Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 von der gegenwärtigen Staatsschulden- und Eurokrise genau getrennt haben und nicht ihren Unwillen über den Einsatz von Steuergeldern zur Rettung der Zahlungsfähigkeit europäischer Peripherieländer haben zum Ausdruck bringen wollen. Auch fragt sich, ob das massive staatliche Mitverschulden an der vergangenen Krise durch einen defizitären Rechtsrahmen, unzureichende Bankenüberwachung bei den privaten und staatliche Managementfehler bei den öffentlichen Banken (Wolff 2011 i.E.) den Befragten bei ihren Antworten bewusst war.

1.4. Zwischenfazit

Das Bild des von den Thüringern gewünschten Staates weist also durchaus unterschiedliche, ja widersprüchliche Züge auf: Auf der einen Seite ist er der große Garant für Sicherheit, Umverteilung und Solidarität, was er nach Meinung von Kritikern nur gewährleisten kann, wenn er massiv in die freie Entfaltung des Lebens seiner Bürger eingreift. Zusätzlich findet er bei einer Mehrheit der Befragten Verständnis für (hypothetische) Vorschriften zu ihrem Gesundheitsverhalten sowie zu Urlaubszielen und -reisen. Auf der anderen Seite tritt eine – wenn auch nicht überwältigende – Mehrheit bei der Alternative Gleichheit vs. Freiheit für die Freiheit ein. Auch der staatliche Eingriff in die Wirtschaft wird mehrheitlich kritisch gesehen. Weiter ist an die überraschend eindeutige zustimmende Antwort auf die Frage nach dem selbstverantwortlichen Bürger zu erinnern.

Die Daten sprechen darüber hinaus für ein verbreitetes Gefühl der Unzufriedenheit mit den Leistungen des Staates und für ein Gefühl des Ungleichgewichtes zwischen dem Zugriff des Fiskus (und, so ist zu vermuten, der Sozialversicherungen) und den subjektiv bewerteten staatlichen Leistungen. Dieses Unbehagen ist keineswegs auf einzelne Bevölkerungsschichten beschränkt. Eine solche Stimmung ist als politisches Warnzeichen zu verstehen, da sich demokratische Systeme auch durch ihre von den Bürgern gewürdigten Leistungen legitimieren müssen. Nur in extremen Ausnahmefällen scheitern blühende Demokratien an ihren Feinden – meist versetzen diese einem ohnehin kriselnden System nur den letzten Todesstoß. Die Einführung der Demokratie ist nicht die ganze Leistung oder gar das Ende der Geschichte (nicht einmal, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Fukuyama 1992 behauptete, im Hinblick auf die Legitimation von Herrschaft) – auch demokratische Staatswesen stehen immer neu im Ringen um Erfolge und die Zustimmung ihrer Bürger. Ohne diese kann auch ein demokratisches System nicht auf Dauer überleben.

2. Prioritäten der Haushaltsgestaltung

2.1. Optionen der Konsolidierung

Dass die Haushaltskonsolidierung in Thüringen angesichts der im Kapitel III beschriebenen Lage der öffentlichen Finanzen, der Schuldenlast und der Schuldenbremse im Grundgesetz unumgänglich ist, will man nicht Verfassungsbruch begehen und mittel- bis langfristig eine ungebührliche Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit nach griechischem oder argentinischem Muster und eine Belastung künftiger Generationen gewärtigen, wurde ausführlich erörtert. Der selbst bei größtem Optimismus hinsichtlich der Entwicklung des Steueraufkommens deutliche Rückgang der Gesamteinnahmen des Landes durch das Auslaufen der Transferzahlungen wird die Problematik verschärfen. Bleibt die Frage, wie die Thüringer damit umgehen wollen. Soll die Haushaltskonsolidierung in Angriff genommen werden? Und

wie soll ein Haushaltsausgleich hergestellt werden – über die Einnahmen- oder die Ausgabenseite? Deshalb wurden den Thüringern drei Optionen zur Deckung der Haushaltslücke zur Entscheidung vorgelegt: Erhöhung der Steuern, Ausgabenkürzungen oder neue Schulden.

Die Verteilung der Präferenzen ist sehr deutlich. Nur eine kleine Minderheit von acht Prozent votiert für neue Schulden und lehnt damit eine Haushaltskonsolidierung ab. Und zur Erreichung des Haushaltsausgleichs befürworten knapp 82 Prozent der Befragten Ausgabenkürzungen, dagegen nur elf Prozent Steuererhöhungen. Immerhin stellt selbst diese solide Mehrheit für Ausgabenkürzungen einen Rückgang gegenüber der allerdings leicht unterschiedlichen Fragestellung 2008 dar, als fast neun von zehn Befragten die Verminderung der Staatsausgaben befürwortet haben. In der Präferenz für Ausgabenkürzungen drückt sich entweder die diskutierte Verdrossenheit mit Art und Höhe der Steuern oder ein unerwartet realistisches Verständnis der politökonomischen Erfahrungen mit und der Restriktionen von Haushaltssanierungen aus.

Analysiert man die Antworten nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten, dann fallen folgende Besonderheiten ins Auge. Junge Erwachsene plädieren unterdurchschnittlich für Ausgabenkürzungen und dafür stärker für Steuererhöhungen. Vermutlich erklärt sich dieses Antwortverhalten durch die geringe oder fehlende Belastung der Jugendlichen mit der subjektiv als einschneidend empfundenen Steuer, der Einkommensteuer. Die Berufsgruppe der Selbständigen tritt andererseits weit überdurchschnittlich für Kürzungen ein, vermutlich aus dem spiegelbildlich gleichen Grund. Wer seinen Arbeitsplatz als gefährdet empfindet, befürwortet Kürzungen weniger stark, Steuererhöhungen und Kreditaufnahme stärker als der Durchschnitt aller Befragten, ohne dass dadurch die solide Mehrheit für Kürzungen auch bei dieser Gruppe gefährdet wäre. Unterschiede gibt es zwischen gebürtigen und zugezogenen Thüringern: Wer aus dem Westen stammt, tritt weniger für Kürzungen und stärker für Steuererhöhungen ein. Die ländliche Bevölkerung spricht sich besonders deutlich für Kürzungen aus. Wer eine grundsätzlich positive Einstellung zur Steuererhebung bekundet, ist etwas stärker als der Durchschnitt mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben zum Haushaltsausgleich einverstanden, wer die Leistungen des Staates bemängelt, konsequenterweise weniger.

Grundsätzlich entscheidet der Thüringer Landtag über den Landeshaushalt. Seit der grundgesetzlichen Kodifizierung der „Schuldenbremse“ wird darüber diskutiert, ob auch auf Landesebene eine solche Verpflichtung eingeführt werden soll, die die Landtage in ihren Haushaltsentscheidungen bindet. In Thüringen ist die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung zwischen den Parteien strittig; daher hat es im Landtag bisher keine verfassungsändernde Mehrheit für ihre Einführung gegeben. Die Thüringer Bevölkerung steht einer „Schuldenbremse“ in ihrer Mehrheit positiv gegenüber. 61 Prozent der Befragten stimmen der Auffassung zu, dass dem Bund und den Ländern, „also auch dem Freistaat Thüringen“, im Interesse zukünftiger Generationen die Aufnahme neuer Schulden durch die Verfassung verboten werden soll. Diese Mehrheit ist nicht so groß wie die, die grundsätzlich für Haushaltskürzungen eintritt; vielleicht bedingt durch den in der Frageformulierung ausdrücklich enthaltenen Hinweis auf eine mögliche Konsequenz: „… auch wenn manche staatlichen Leistungen dann entfallen“. Immerhin gibt es aber Mehrheiten für eine landesverfassungsrechtliche „Schuldenbremse“ unter den Anhängern aller Parteien: Bei denen der CDU, der SPD und der FDP liegen sie bei zwei Drittel, bei denen der LINKEN bei 59 Prozent und von Bündnis 90/Die Grünen bei 56 Prozent.

Am stärksten variiert die Zustimmung zur „Schuldenbremse“ mit dem Alter: Die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen stimmt ihr nur zu 37 Prozent zu, die der 60 Jahre Alten oder Älteren dagegen zu 76 Prozent. Insgesamt gilt, dass Personen mit ungesichertem sozialem Status dem Verbot der staatlichen Kreditaufnahme weniger abgewinnen können als die übrige Bevöl-

kerung. Wer den Haushaltsausgleich durch Kürzungen herbeiführen will, tendiert überdurchschnittlich zum Verbot von neuen Schulden in den Verfassungen. Wer dem Staat die Notwendigkeit der Steuererhebung zur Handlungsfähigkeit konzediert, stimmt der Schuldenbremse zu 69 Prozent, wer dies bestreitet, nur zu 47 Prozent zu. Zusammenhänge bestehen auch mit den persönlichen Werten: Pflichtbewusste optieren mit 67 Prozent stärker als „Selbstentfalter" (57 Prozent) und Genussmenschen (54 Prozent) für das Verbot neuer Schulden. Personen mit wirtschaftsliberaler Orientierung befürworten das Kreditaufnahmeverbot erheblich stärker als sozialstaatlich Orientierte.

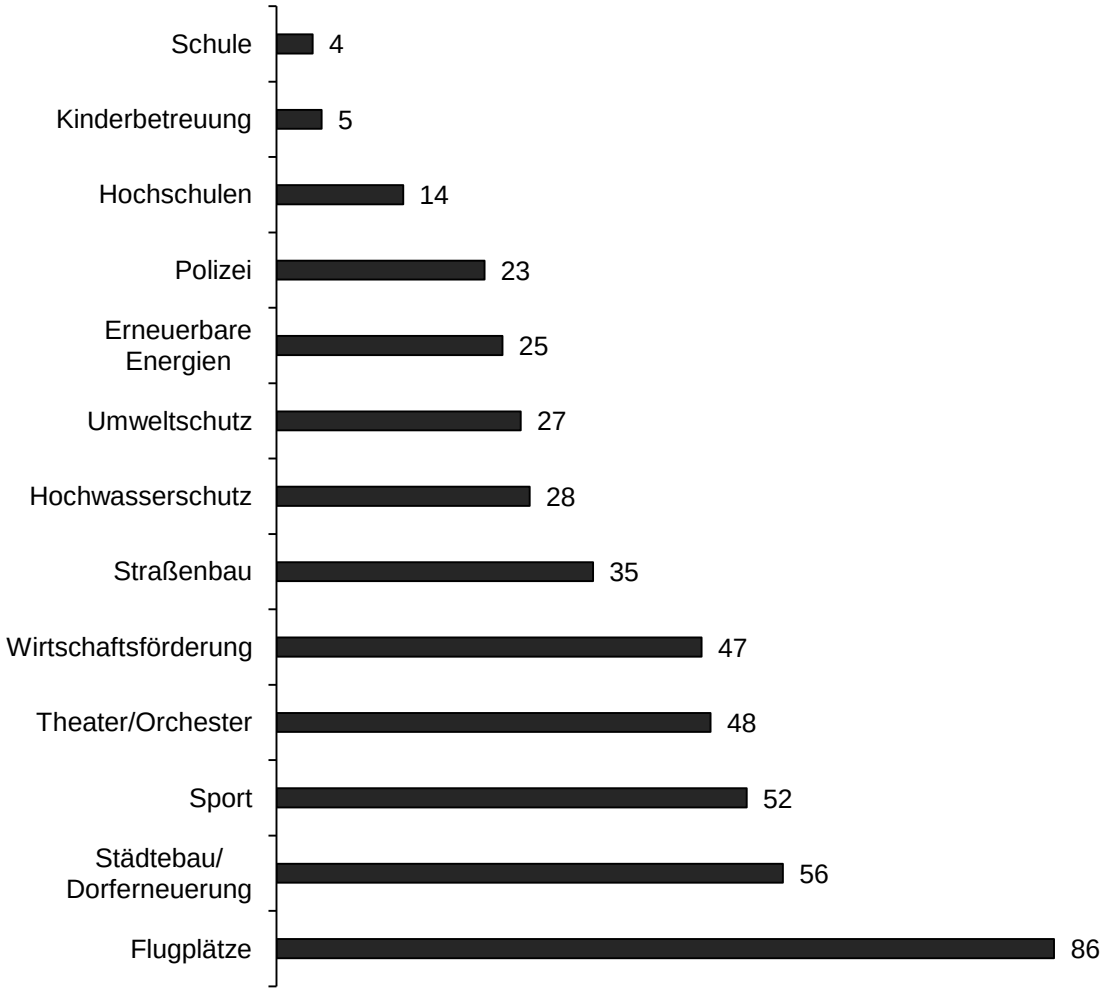
Bei allen gebotenen Differenzierungen ist zweierlei festzuhalten. Erstens kann sich die Thüringer Landespolitik bei ihren Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung auf eine breite Zustimmung zu Haushaltskürzungen stützen. Das gilt im Grundsatz; eine ganz andere Frage ist es, ob bei Kürzungen im Einzelfall nicht doch breiter Widerspruch zu erwarten wäre. Zweitens ist eine etwas geringere, aber dennoch parteiübergreifend deutliche Mehrheit der Thüringer vorhanden, die das weitere Schuldenmachen von Verfassungs wegen unterbinden möchte.

2.2. Akzeptanz von Haushaltskürzungen nach Einzelbereichen staatlicher Tätigkeit

Um über die generelle Bereitschaft zu Haushaltskürzungen hinaus auch die Akzeptanz konkreter Einsparungen zu erfassen, wurde den Befragten eine Liste von 13 Bereichen staatlicher Tätigkeit vorgelegt, in denen entweder „Kürzungen vertretbar" wären oder aber „auf keinen Fall gespart" werden sollte. Nicht bei allen genannten Bereichen liegt allerdings eine Alleinzuständigkeit des Landes vor, doch enthält die Liste Kernelemente staatlicher Aktivität auf Landes- und Kommunalebene.

Wie zu erwarten finden die verschiedenen Möglichkeiten der Einschränkung staatlicher Leistungen durchaus unterschiedlichen Anklang (Abb. 22). Nur in einem Bereich, der staatlichen Finanzierung von Flugplätzen, fänden Kürzungen eine breite Zustimmung. In vier Bereichen sind die Meinungen geteilt; hier halten sich die Voten für und gegen Kürzungen annähernd die Waage; zwei von ihnen sind dem Freizeitbereich zuzuordnen (Sport, Theater / Orchester), zwei der staatlichen Wirtschaftsförderung. Dem stehen acht Einzelbereiche gegenüber, in denen Einsparungen nur (sehr) geringe Akzeptanz fänden. Mit überwältigenden Mehrheiten von über 90 Prozent werden Kürzungen im Bereich der Schulen und bei der Kinderbetreuung allgemein verworfen, recht dicht gefolgt von der Ablehnung im Bereich der Hochschulen, Dreiviertelmehrheiten gegen Einschränkungen bei der Polizei, bei den Erneuerbaren Energien, dem Umwelt- und dem Hochwasserschutz und immer noch fast einer Zweidrittelmehrheit (65 Prozent) beim Straßenbau. Wie sich bereits bei der Einschätzung der Standortfaktoren zeigte (s. oben Kap. II), gehören Bildung und Kinderbetreuung somit zu den Bereichen, in denen Leistungskürzungen am allerwenigsten hingenommen werden. Im Vergleich zu 2008, als im THÜRINGEN-MONITOR die Frage nach möglichen Haushaltskürzungen bereits gestellt wurde (allerdings mit nur fünf vorgegebenen Bereichen), ist für 2011 eine rückläufige Bereitschaft zu Leistungseinschränkungen zu erkennen (Umweltschutz und Wirtschaftsförderung jeweils minus sechs Prozentpunkte; Polizei minus vier Prozentpunkte).

Abb. 22: ***Akzeptanz von Kürzungen der Staatsausgaben in den Bereichen …***
(in Prozent)



Die isolierte Betrachtung der einzelnen Bereiche vermittelt noch kein vollständiges Bild. Es stellt sich zusätzlich die Frage, mit wie viel Einzelbereichen der vorgeschlagenen Kürzungen die Befragten einverstanden wären. In dieser Betrachtungsweise erscheint die harte Ablehnungsfront sehr geschrumpft (Abb. 23): Nur fünf Prozent der Befragten sind gegen Kürzungen in auch nur einem Bereich, immerhin fast ein Drittel kann sich fünf bis sechs Bereiche vorstellen, in denen Leistungen eingeschränkt würden; dies ergibt kumuliert 80 Prozent zwischen einem und sechs Bereichen. Das Problem ist nur, dass kein Konsens über die Gebiete möglicher Kürzungen besteht, so dass sich die referierten deutlichen Mehrheiten gegen acht von dreizehn Einzelbereichen ergeben. Die Bereiche, in denen Kürzungen allenfalls als vertretbar erscheinen, sind obendrein relativ wenig kostenintensiv, würden also auch bei radikalen Einschränkungen die Staatskasse nur wenig entlasten.

Abb. 23: ***Zahl der Bereiche, in denen Ausgabenkürzungen akzeptiert werden***
(in Prozent)

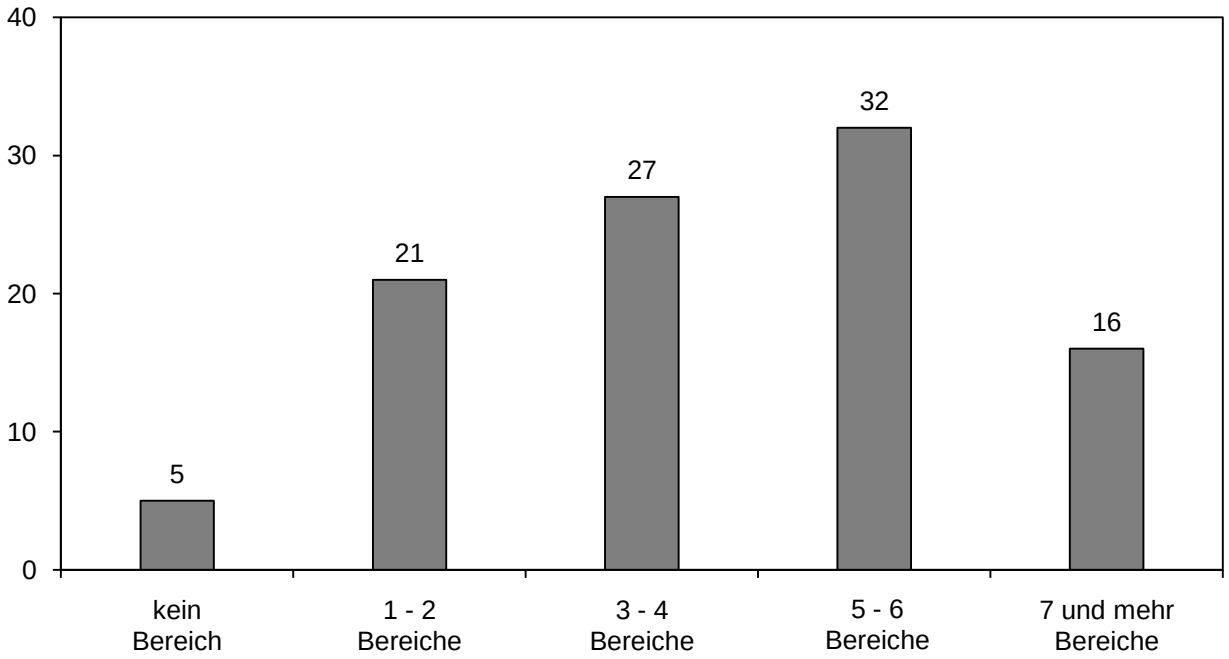
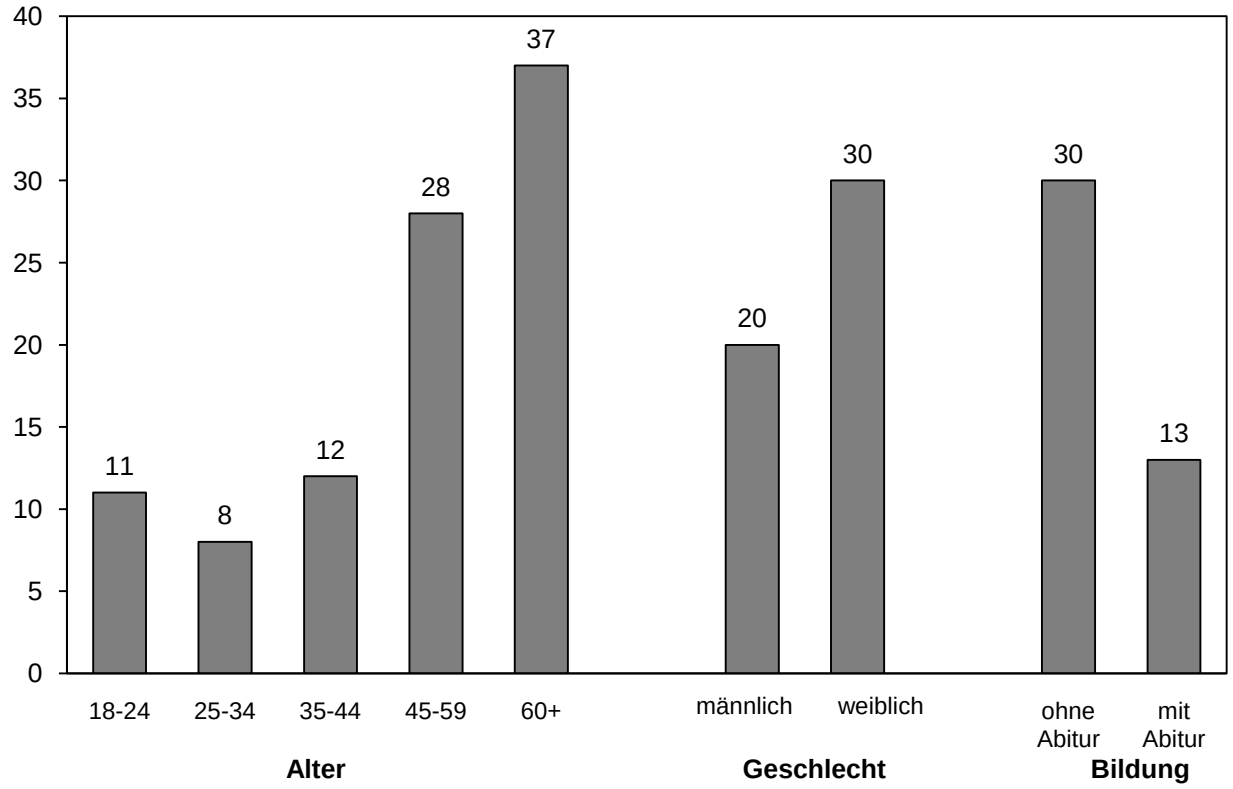


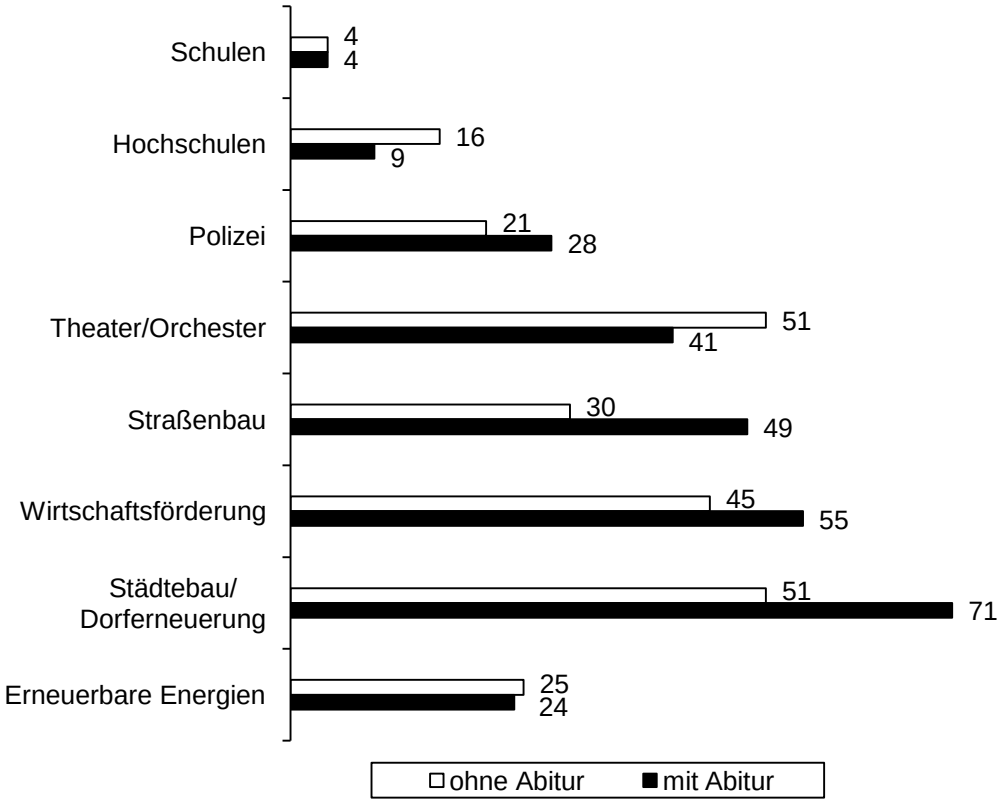
Abb. 24: ***Geringe/keine Bereitschaft zur Ausgabenkürzung nach Alter, Geschlecht und Bildung***
(in Prozent)



Des Weiteren ist eine Inkonsistenz bei den Antworten zu erkennen: Wer bei der Frage nach Optionen der Haushaltskonsolidierung grundsätzlich (und allgemein) Kürzungen statt neuer Schulden oder Steuererhöhungen befürwortet (s. oben, Abschnitt IV.2.1), ist bei der Frage nach konkreten Einschränkungen kaum mit mehr Sparsamkeit einverstanden als die prinzipiellen Opponenten. Ganz gleich, wie die Grundsatzfrage beantwortet wird: Alle Gruppen stimmen etwa zur Hälfte fünf und mehr Kürzungsvorschlägen zu.

Wer will nur wenige Kürzungen? Geringe bis fehlende Bereitschaft[29] dazu variiert sehr deutlich mit dem Alter (Abb. 24): Die Opposition bei den Sechzigjährigen und Älteren ist mehr als viereinhalbmal so ausgeprägt wie bei den 25- bis 34-Jährigen (eine Ausnahme machen die Bereiche Kultur und Sportförderung). Junge Erwachsene wollen vor allem bei der Polizei und dem Hochwasserschutz sparen. Auch erweisen sich Frauen als deutlich stärker status-quo-fixiert als Männer. Mit dem Bildungsgrad nimmt die Bereitschaft zu Einschränkungen sehr deutlich zu, möglicherweise gegenläufig zum Gefühl des Angewiesenseins auf staatliche Leistungen, vielleicht auch wegen besserer Information über den Zustand der Staatsfinanzen. Allerdings gelten diese generellen Zusammenhänge nicht immer durchgängig für sämtliche Bereiche, wie sich am Beispiel des Bildungsstandes zeigen lässt (Abb. 25).

Abb. 25: ***Bereitschaft zur Haushaltskürzung in Einzelbereichen nach Bildung*** *(in Prozent)*



29 In Abbildung 24 wird jeweils der Anteil derjenigen berichtet, die Ausgabenkürzungen entweder in keinem oder nur in einem bis maximal zwei Bereichen akzeptieren.

Die allgemein stärkere Kürzungsbereitschaft der höher Gebildeten zeigt sich bei der Polizei, beim Straßenbau, bei der Wirtschaftsförderung, beim Städtebau und der Dorferneuerung. Keinen nennenswerten Effekt hat Bildung jedoch bei den Erneuerbaren Energien und den Schulen. Und entgegen ihrer generell stärkeren Sparneigung verteidigen die höher Gebildeten die ihnen wichtigen Bereiche, die Hochschulen und die Kultur, d.h. Theater und Orchester.

Diese Beobachtung lässt sich generalisieren: Die Akzeptanz von Kürzungen und auch der Widerstand gegen sie scheinen vielfach von handfesten Interessen bestimmt zu sein. Mit der Wertschätzung der Hochschulen sowie der Theater und Orchester durch die Gebildeten korrespondiert die hohe Sparneigung der Geringverdiener in diesen Bereichen. Rollen- und situationsgerecht wenden sich 25- bis 34-Jährige massiv gegen Einschränkungen bei der Kinderbetreuung und den Schulen. Im Vergleich aller Berufsgruppen neigen die Beamten am wenigsten zu Kürzungen bei der Polizei. Allerdings lässt sich interessanterweise nicht nachweisen, dass die Bewohner von Städten mit eigenem Theater oder Orchester überdurchschnittlich stark gegen entsprechende Kürzungen votieren.

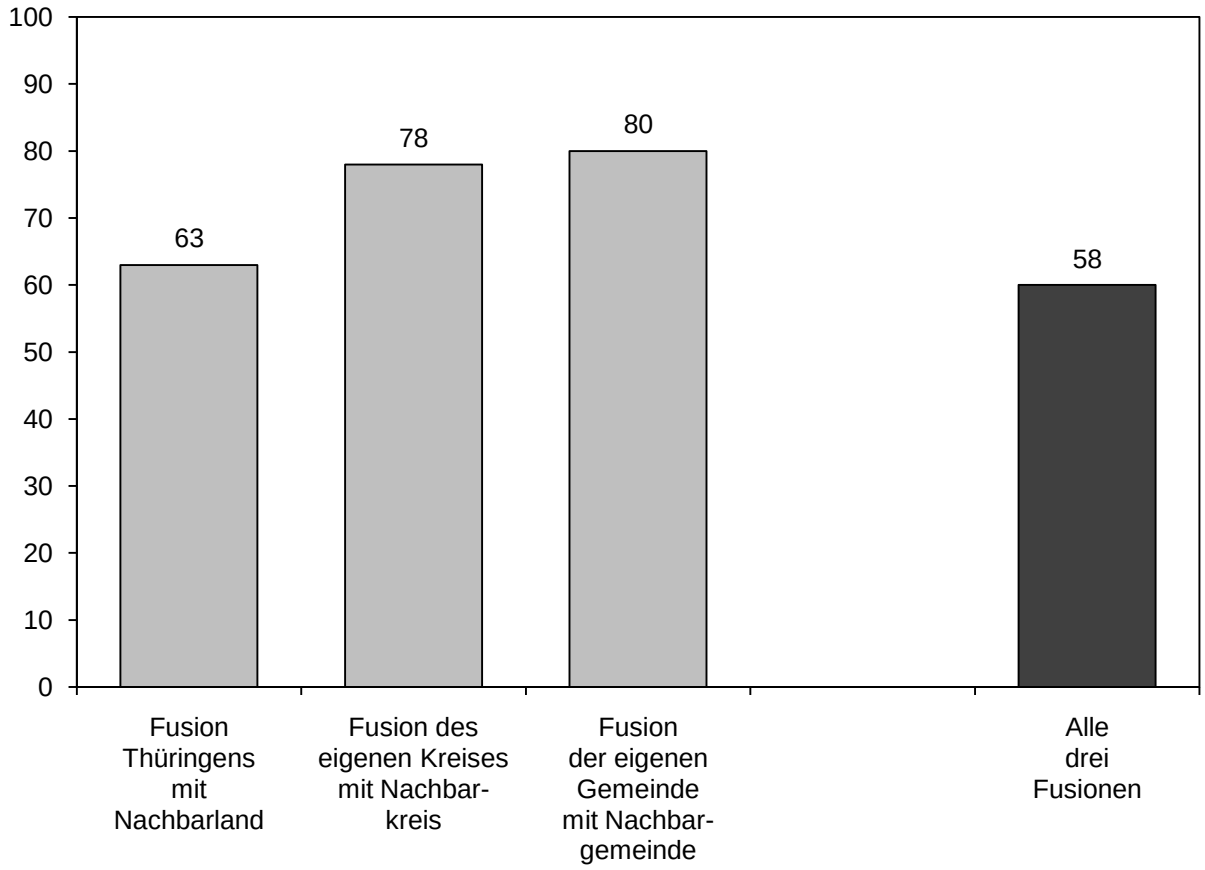
Abschließend ist zum einen festzuhalten, dass die allgemeine Bereitschaft zur Sanierung des Staatshaushaltes über Ausgabenkürzungen bemerkenswert stark mit der Ablehnung konkreter Kürzungsvorschläge kontrastiert. Gerade bei den Aufgaben des Landes, die personal- und damit kostenintensiv sind, werden Kürzungen mit überwältigenden Mehrheiten abgelehnt. Jedenfalls kann die Thüringer Politik bei den vor ihr liegenden Sanierungs- und Gestaltungsaufgaben sicherlich nicht auf einer Welle populärer Zustimmung reiten. Zum anderen zeigen die Veränderungen der Akzeptanz von Ausgabenkürzungen im Jahr 2011 gegenüber denen von 2008, dass alle Befragungen Momentaufnahmen einer gesellschaftlichen Wirklichkeit sind, die immer im Fluss ist. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die Knappheit der öffentlichen Finanzen ein Umdenken in der öffentlichen Meinung anstoßen wird.

2.3. Sparen durch Gebietsreform?

Als weitere Möglichkeit zur Einsparung staatlicher Ausgaben werden immer wieder Gebietsreformen auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert. Daher wurden die Thüringer um ihre Meinung zu einer Fusion von Bundesländern sowie zu entsprechenden Reformen auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten und schließlich auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden gebeten. Um eine Verzerrung der Befragungsergebnisse dadurch, dass ein Vorschlag möglicherweise zwar abstrakt begrüßt oder abgelehnt wird, bei einer Konkretisierung, die die eigene Lebenssituation der Befragten betrifft, dann aber das jeweils gegenteilige Ergebnis befürwortet wird, zu vermeiden, wurden die Fragen zur jeweiligen Ebene aufgespaltet. Die Thüringer hatten also jeweils die Möglichkeit, sich zunächst grundsätzlich zu der Wünschbarkeit einer Gebietsreform auf den drei unterschiedlichen Ebenen zu äußern und dann konkret ihre Meinung zum Vorschlag einer solchen Reform in ihrem eigenen Lebensumfeld zu formulieren.[30]

30 Frageformulierung: „Außerdem wird diskutiert, aus Kostengründen einzelne Bundesländer zusammenzulegen. Könnten Sie sich eine Zusammenlegung vorstellen, oder sind Sie grundsätzlich dagegen?“ Denjenigen, die eine Fusion „vorstellbar“ genannt hatten, wurde dann die Anschlussfrage vorgelegt: „Wären Sie gegebenenfalls einverstanden, dass Thüringen mit einem seiner Nachbarländer zusammengelegt wird?“ Entsprechend lauteten die Formulierungen der Fragen zu den Kreisen/Kreisfreien Städten und den Kommunen. In Abbildung 26 wird jeweils der Anteil derjenigen, die in der zweiten Frage ihr Einverständnis geäußert haben, an der Gesamtheit derer wiedergegeben, die die Fragen beantwortet haben.

Abb. 26: ***Einverständnis mit Gebietsreformen***
(in Prozent)



Auf allen Ebenen erklären große Mehrheiten der Thüringer Gebietsreformen für „vorstellbar“, um Kosten zu sparen. Und wer einer Fusion grundsätzlich zustimmt, der stimmt in aller Regel auch dann dafür, wenn Thüringen, der eigene Kreis, die eigene Stadt oder Gemeinde berührt würde. Das angesprochene mögliche Ergebnis eines Auseinanderfallens abstrakter Zustimmung zu einem Vorschlag, der dann bei Konkretisierung für das eigene Umfeld abgelehnt würde, ist daher von geringer Bedeutung. Die Thüringer erweisen sich hier als bemerkenswert konsequent. Im Ergebnis stimmen fast zwei Drittel der Fusion Thüringens mit einem seiner Nachbarländer zu; noch höher sind die Zustimmungsraten für die Zusammenlegung von Kreisen bzw. Kommunen (Abb. 26). Außerdem ist die Einstellung zu Gebietsreformen ebenenübergreifend; wer also die Reform auf einer Ebene befürwortet, tut dies in der Regel auch für die anderen Ebenen. Ein hoher Anteil der Befragten (58 Prozent) ist somit mit Gebietsreformen auf sämtlichen drei Ebenen einverstanden.

Größere Abweichungen von dem Bild genereller Zustimmung sind kaum zu verzeichnen. In keiner wie auch immer umschriebenen Gruppe gibt es Mehrheiten gegen Fusionen auf einer der Ebenen. Wohl aber sind Faktoren erkennbar, die die Zustimmung zu Gebietsreformen begünstigen oder erschweren. Es ist wenig überraschend, dass Befragte, die sich vorrangig als Thüringer bezeichnen, der Aufgabe der Selbständigkeit des Landes überdurchschnittlich stark widersprechen. Im Vergleich dazu hat eine Herkunft aus Thüringen als Geburtsland ein geringeres Gewicht. Immerhin sind aus Westdeutschland zugezogene Thüringer etwas stärker bereit, die Selbständigkeit Thüringens zu opfern. Für die Einstellung zu einer Kreis- oder Gemeindefusion hat weder die Identifikation mit noch die Herkunft aus Thüringen eine nennenswerte Bedeutung.

Dagegen spielt das Alter der Befragten eine erhebliche, gleichwohl für die einzelnen Ebenen gegenläufige Rolle. Wie sich schon in früheren Befragungen zeigte (TM 2006, S. 15; TM 2007, S. 14), hängt die ältere Generation deutlich weniger an der Selbständigkeit Thüringens als die jüngere. Wer Mitte 30 und älter ist, kann sich zu 65 Prozent mit einer Länderfusion anfreunden, die Jüngeren nur zu 54 Prozent. Das spricht für eine festere Verankerung Thüringens in den Vorstellungen der Generation, die schon in das wiedererrichtete Bundesland hineingeboren wurde oder hier ihre Sozialisation erfahren hat.[31] Umgekehrt verhält es sich bei Gebietsreformen auf Kreis- und Gemeindeebene. Hier wird mit zunehmendem Alter stärker an der gewohnten Gemeinde oder am gewohnten Kreis festgehalten. Offensichtlich konnte die Identifikation mit der eigenen Gemeinde und dem eigenen Kreis kontinuierlicher wachsen.

Unterschiedliche Effekte je nach Ebene hat auch das Geschlecht. Frauen hängen stärker als Männer an Thüringen als eigenständigem Land; das gilt aber kaum für die Kreise; und für die Gemeinden macht das Geschlecht keinen Unterschied. Für die Landes-, Kreis- und Gemeindeebene gleichermaßen bedeutsam ist die Höhe des formalen Bildungsabschlusses: je höher der Bildungsstand, desto größer die Offenheit für Gebietsreformen. Die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst ist bedeutungslos für das Maß der Zustimmung zu Gebietsreformen auf allen Ebenen – wohl ein Ergebnis der lebenslangen Arbeitsplatzgarantie. Wer dem Staat bedeutendere Aufgaben zuschreibt, spricht sich etwas stärker als der Durchschnitt für die Beibehaltung der Kreise und Gemeinden aus.

Bei der sehr großen Zustimmung zu Kreisgebietsreformen (gerade auch in den kreisfreien Städten Gera, Jena und Weimar) erscheint es fraglich, ob allen Befragten die Folge einer Zusammenlegung einer kreisfreien Stadt mit einem Landkreis bewusst gewesen ist. Sie bedeutet für die betreffende Stadt ja die Aufgabe des Status der Kreisfreiheit, die nach aller Erfahrung erbittert bekämpft wird, wenn es konkret wird.

Wie sich zeigt, ist die Bereitschaft der Thüringer hoch, Gebietsreformen bis hin zur Aufgabe der Eigenständigkeit des Landes zu akzeptieren. Soweit Politik auf ein bestimmtes Mindestmaß an Konsens angewiesen ist, scheinen sich hier Reformmöglichkeiten zu eröffnen. Ein solches Vorgehen erforderte von der finanziellen bis zur politischen Logik indes sorgfältige Abwägung.

Die Erfahrungen mit einer Neugliederung des Bundesgebietes (eine Länderfusion fiele unter diesen Begriff), die sogar jahrzehntelang als nicht erfüllter Verfassungsauftrag im Grundgesetz stand, sind bekannt: Mit Ausnahme der Gründung des Landes Baden-Württemberg aus kurzlebigen Kunstprodukten, die einzig den Interessen der westlichen Besatzungsmächte, voran Frankreichs, ihre Existenz verdankten, und dem Sonderfall Berlin sind sämtliche Initiativen gescheitert[32]. Es ist nicht einmal gelungen, Brandenburg mit seiner historischen Hauptstadt wiederzuvereinigen; auch die „Bindestrichländer“ ohne historische Tradition haben ein unerwartetes Maß an Beharrungsvermögen gezeigt. Kurz: Die politischen Widerstände dürften ungeachtet der vorliegenden Befragungsergebnisse, die sich ja nur auf Thüringen beziehen, enorm sein; der Einspareffekt ist darüber hinaus mangels Anschauungsmaterial unklar.

Was die im Alleingang des Landes möglichen Gebietsreformen angeht, ist ein sorgfältiges Studium der Erfahrungen in anderen Ländern geboten. Mindestens zwei Aspekte wären genauer zu prüfen:

---

31 Gleichwohl gilt für die Thüringen-Identifikation das Umgekehrte; sie nimmt mit dem Alter zu (s. oben Kap. II).

32 Selbst im Südwesten gab es jahrzehntelangen juristischen wie politischen Widerstand der altbadischen Traditionalisten gegen die längst vollzogene Vereinigung mit dem ungeliebten Württemberg.

Führt die Zusammenlegung von Gebietskörperschaften tatsächlich zu Kosteneinsparungen? Manche Erfahrungen mit solchen Reformen, etwa im deutschen Südwesten, machen hier skeptisch.[33] Kurz- bis mittelfristig sind vielmehr sogar zusätzliche Belastungen zu erwarten. Des Weiteren wäre zu prüfen, ob erhoffte Einsparungen beim Staat nicht durch Mehrkosten beim Bürger (etwa durch weitere Wege und größeren Zeitaufwand bei Behördengängen) ganz oder zum Teil aufgewogen würden.

Zum anderen sollte untersucht werden, ob und wie weit die technokratische Rationalisierung, falls sie denn erreicht würde, mit einem Verlust an demokratischer Teilhabe einherginge. In aller Regel sinken durch solche Reformen die Zahl und häufig auch die Bedeutung kommunaler und regionaler Ehrenämter mehr oder weniger drastisch. Wiegt eine effizientere Verwaltung diesen Nachteil auf? Es sollten also nicht beabsichtigte, deswegen aber nicht minder reale negative Nebenwirkungen sorgfältig geprüft und in ihrem Gewicht gegenüber den Vorteilen der Reformen abgewogen werden.

2.4. Personalabbau und verstärkter Computereinsatz in der öffentlichen Verwaltung?

Einer der größten Kostenblöcke des Thüringer Landeshaushalts sind die Personalausgaben (s. oben Kap. III, Abb. 12). Dabei ist keineswegs nur an die laufenden Ausgaben weniger Jahre zu denken: Mit jeder Einstellung eines Beamten geht das Land eine lebenslange Versorgungsverpflichtung ein, was bedeutet, dass die Ruhestandsbezüge analytisch wie eine Verschuldung (eine Zahlungsverpflichtung in der Zukunft ohne gleichzeitige Gegenleistung) betrachtet werden können bzw. müssen. Umgekehrt kommt jede Nichtbesetzung einer freigewordenen Beamtenstelle nicht nur einer Entlastung des laufenden Haushalts, sondern dem Abbau von Schulden gleich. Eine realistische Bilanzierung des Zustandes der Landesfinanzen hat daher den Gegenwartswert der Pensionsverpflichtungen zu berücksichtigen.[34] Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass das nicht gerade rosige Bild der Landesfinanzen dadurch noch weiter verdüstert wird.

Kurz: Kürzungen, gleich in welchem Bereich, kommen nach Lage der Dinge um einen deutlichen Personalabbau nicht herum. Der THÜRINGEN-MONITOR 2011 ermittelte die Meinung der Thüringer zu diesem Vorschlag. Erfragt wurde die Stellungnahme zu Personalkürzungen[35] in vier zentralen Einzelbereichen staatlicher Tätigkeit der Länder mit hohem Personalbestand (Justiz, Polizei, Schulen, Hochschulen)[36] und zu einem mehr technischen Vorschlag, dem vermehrten Einsatz von Computern bei Kontakten zwischen Bürger und Verwaltung,[37] der ebenfalls auf Personalersparnis abzielt.

---

33 Die modisch so genannten „Synergieeffekte“ wollten sich hier so wenig einstellen wie bei vielen Unternehmensfusionen. Die Gründe können hier nicht erörtert werden.

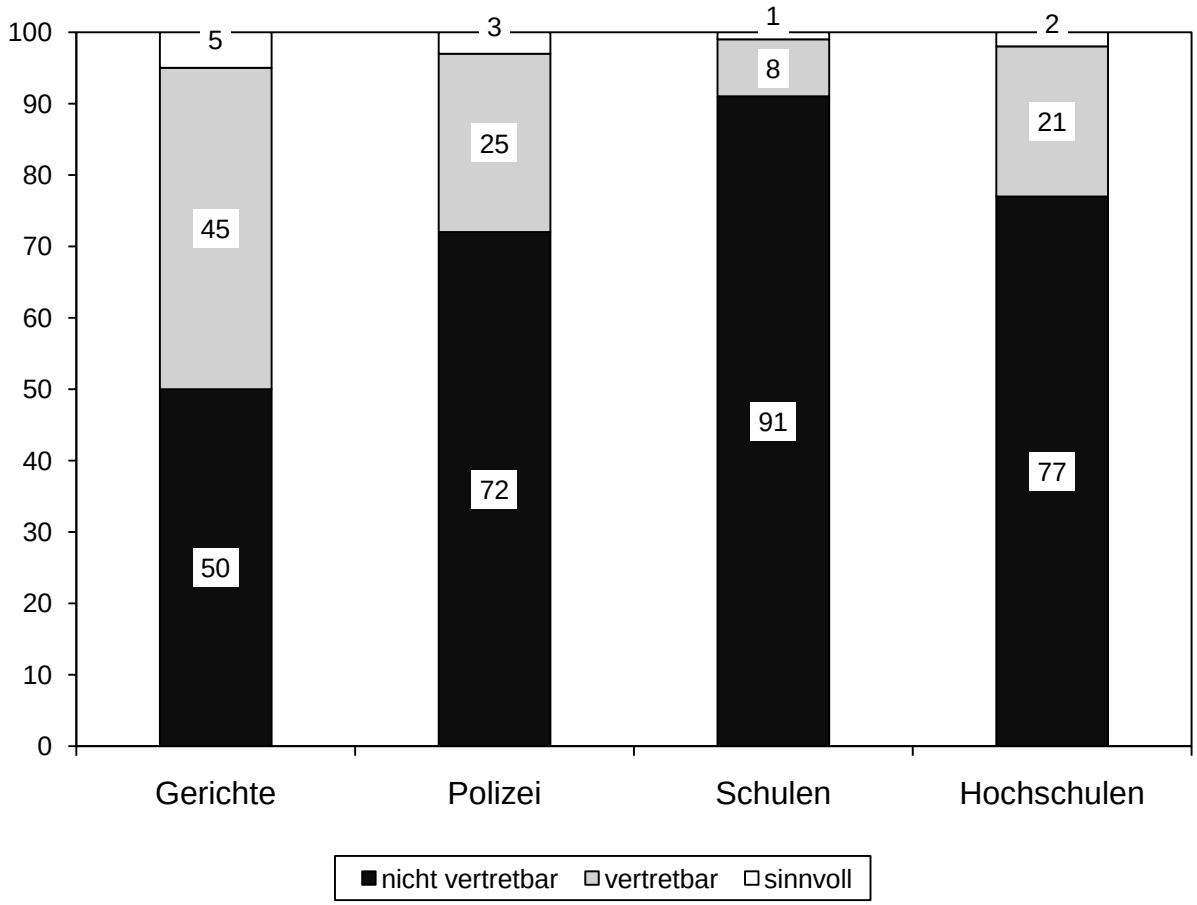
34 Der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen hat das sogenannte „Generational Accounting“ in Deutschland bekannt gemacht. Der Grundgedanke ist oben dargelegt; er wird dabei auf die Ebene der Gesamtgesellschaft einschließlich der sozialen Sicherungssysteme ausgeweitet.

35 Nach der Befürwortung von Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst wurde nicht gefragt.

36 Frageformulierung: „In welchem der folgenden Bereiche halten Sie einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für sinnvoll, für noch vertretbar oder für auf keinen Fall vertretbar? Wie ist das mit den Gerichten? ... der Polizei? … den Schulen? … den Hochschulen?“

37 „Für den Fall, dass Behördenpersonal in Ihrer Gemeinde bzw. Stadt eingespart würde und damit für Sie weniger persönliche Ansprechpartner vor Ort da wären: Würden Sie dann mehr Behördenangelegenheiten per Internet erledigen?“

Abb. 27: ***Bereitschaft zum Personalabbau nach Bereichen*** *(in Prozent)*

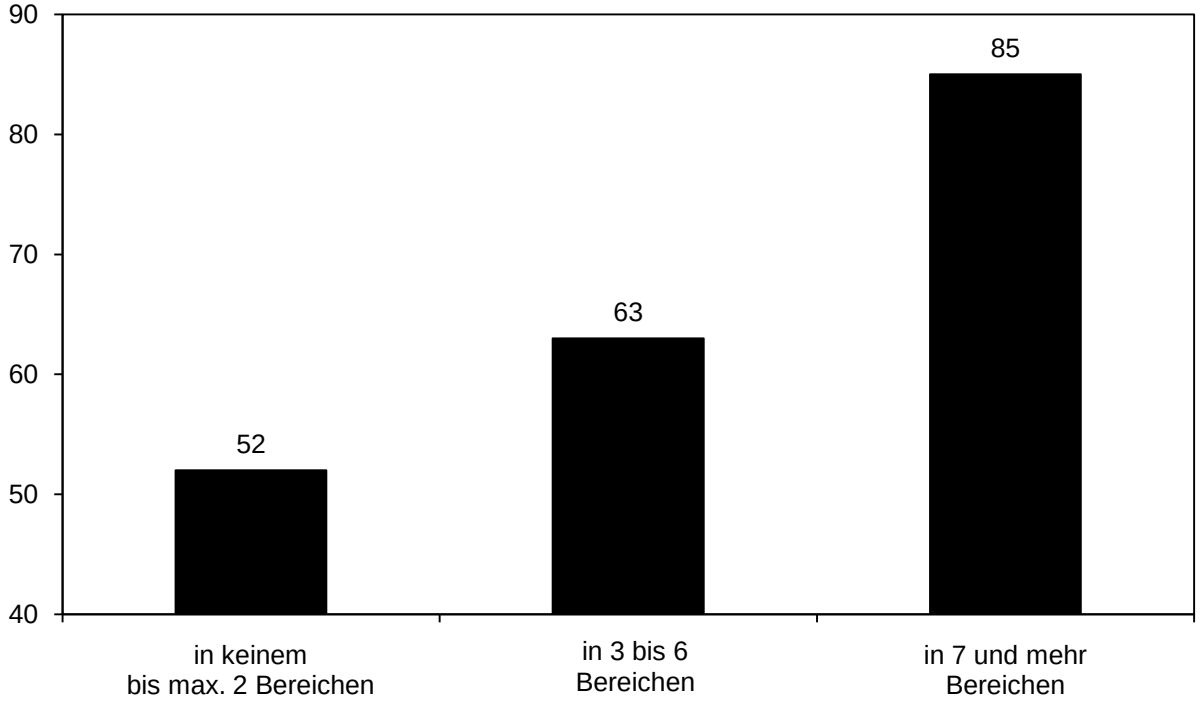


Wie Abbildung 27 zeigt, hält fast niemand einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für „sinnvoll“, sondern wenn überhaupt, dann nur für „vertretbar“. Stattdessen nehmen große Mehrheiten gegen ein solches Vorgehen Stellung: mit 91 Prozent, also fast einhellig, bei den Schulen, mit 77 Prozent bei den Hochschulen und mit 72 Prozent bei der Polizei, während bei den Gerichten 50 Prozent der Befragten Kürzungen für „nicht vertretbar“, aber 45 Prozent für „noch vertretbar“ oder gar „sinnvoll“ (fünf Prozent) halten, es also gleich viele Befürworter und Kritiker eines Personalabbaus gibt. Das Schulwesen gilt also – wie bei Ausgabenkürzungen generell – als weitgehend tabu.

Wie bei den Kürzungsvorschlägen zu Einzelbereichen staatlicher Tätigkeit wurde ermittelt, wie sich die Antworten nach der Zahl der Bereiche verteilten, deren Personal verkleinert werden sollte: Der harte Kern der Opposition (in keinem Bereich wird eine Kürzung für sinnvoll oder auch nur für vertretbar gehalten) macht 36 Prozent aus, 53 Prozent nennen ein bis zwei Bereiche, elf Prozent könnten sich sogar mit Kürzungen in drei bis vier Bereichen abfinden.

Zwischen der Bereitschaft zu Personalkürzungen und der Bereitschaft, Ausgabenkürzungen allgemein hinzunehmen, besteht ein positiver statistischer Zusammenhang (Abb. 28): Von den Befragten, die Ausgabenkürzungen nur in zwei oder weniger Bereichen staatlicher Tätigkeit zustimmen, sind 52 Prozent, von denen, die dies für drei bis sechs Bereiche tun, 63 Prozent und von denen, die Kürzungen in sieben oder mehr Bereichen akzeptieren, gar 85 Prozent grundsätzlich mit Personalkürzungen in mindestens einem der hier diskutierten Bereiche einverstanden.

Abb. 28: ***Bereitschaft zum Personalabbau in Abhängigkeit von der Bereitschaft zur Ausgabenkürzung*** *(in Prozent der Befragten, die einen Personalabbau in mindestens einem Bereich für sinnvoll oder vertretbar halten)*



Hier ergibt sich also eine gewisse Konsistenz des Antwortverhaltens. Auch wer Kreisreformen gutheißt, stimmt Personalabbau überdurchschnittlich oft zu; für die Bereitschaft zu Gebietsreformen auf der Ebene von Land und Gemeinden gilt dies hingegen nicht.

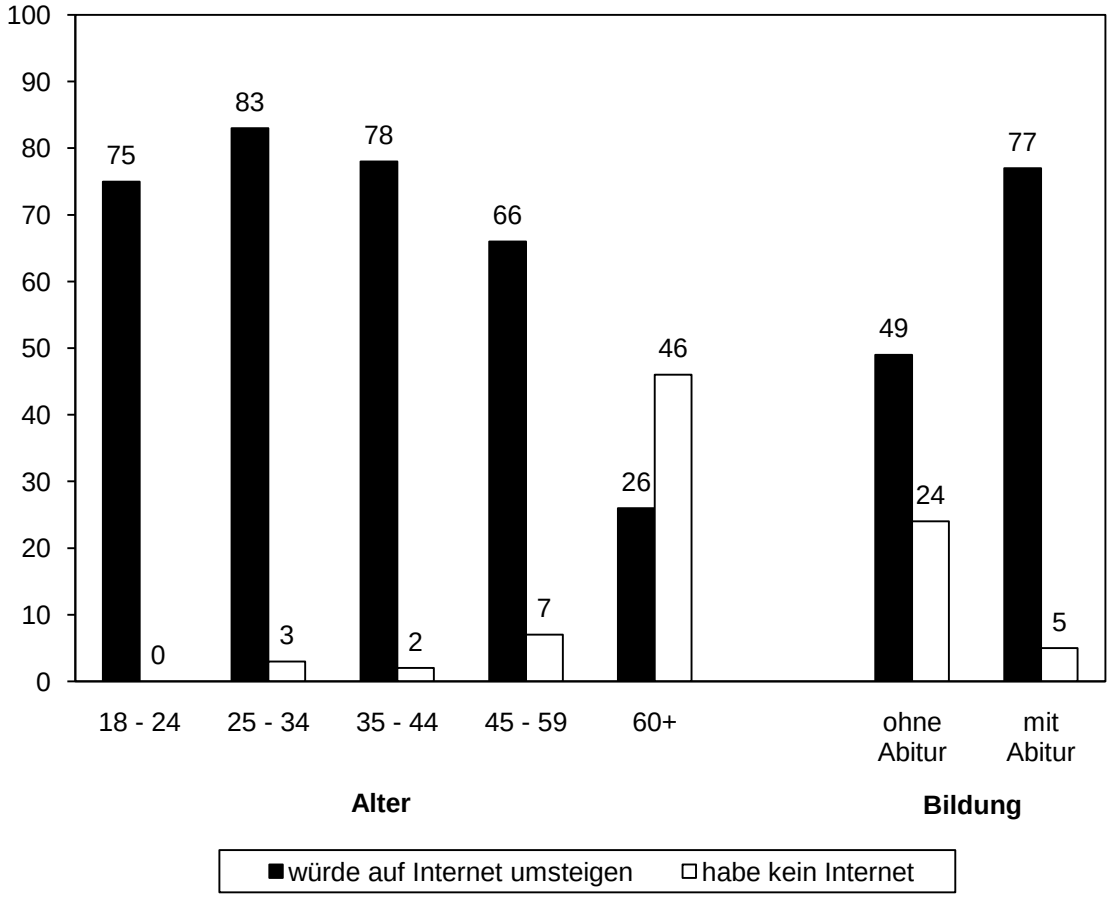
Unterschiede im Antwortverhalten je nach soziodemographischen oder anderen Merkmalen der Befragten sind kaum zu verzeichnen. Generelle Effekte auf die Zustimmung zu Personaleinsparungen (bzw. in den meisten Fällen ihre Ablehnung) gehen weder vom Bildungsstand, noch der Größe des Wohnorts, noch der Parteibindung, ja nicht einmal von der Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst aus. Einen begrenzten Einfluss haben der Beschäftigungsstand, das Alter, die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen und die regionale Herkunft. So lehnen Arbeitslose, Rentner und Ältere generell einen Personalabbau häufiger ab (Ältere aber nur bei den Gerichten und der Polizei); umgekehrt treten Arbeiter, Freiberufler und Selbständige im Unterschied zu höheren Angestellten und Beamten überdurchschnittlich für einen Personalabbau (Gerichte und Polizei) ein; gebürtige Ostdeutsche stehen Personaleinsparungen deutlich ablehnender gegenüber als Thüringer westdeutscher Herkunft – Nachwirkung der Gewöhnung an einen üppig besetzten Öffentlichen Dienst?

Wie schon die Irrelevanz der Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst vermuten lässt, spielen persönliche Betroffenheiten bei der Frage der Personaleinsparungen im Unterschied zu der der Haushaltskürzungen (s. oben Abschnitt IV.3.2) nur eine geringe Rolle. Lediglich mit Blick auf die Hochschulen sind derartige Effekte erkennbar: So wehren sich Befragte mit Abitur überdurchschnittlich gegen Personalkürzungen bei den Hochschulen (angesichts der in Deutschland vergleichsweise hohen Selbstreproduktion der akademischen Eliten nicht sehr überraschend), umgekehrt haben Bezieher niedriger Einkommen hiermit weniger Probleme.

Als Fazit ist festzuhalten: Eine große Mehrheit der Thüringer ist gegen Personalkürzungen im öffentlichen Bereich mit Ausnahme der Gerichte. Mit der allgemein bekundeten Präferenz für Haushaltssanierung durch Ausgabenkürzungen passt diese Haltung schwerlich zusammen. Übrigens scheint der bereits eingetretene und der zu erwartende weitere massive Rückgang der Schülerzahlen von den Befragten bei ihrer Opposition gegen Personalkürzungen in den Schulen nicht berücksichtigt, vielleicht nicht einmal zur Kenntnis genommen worden zu sein.

Im Kontrast zur großenteils massiven Ablehnung eines Personalabbaus im Öffentlichen Dienst besteht bei einer Mehrheit von 56 Prozent der Befragten die Bereitschaft, zum Ausgleich für ggf. weggefallenes Personal in der Verwaltung Computer zu nutzen. Die Praktikabilität eines solchen Vorschlags wird jedoch dadurch eingeschränkt, dass 19 Prozent nach eigenen Angaben keinen Zugang zum Internet haben.

Abb. 29: Umstieg auf Internet bei Einsparung von Behördenpersonal nach Alter und Bildung *(in Prozent)*



Letzteres gilt insbesondere für die Älteren, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Im Übrigen sind die zu erwartenden Muster zu beobachten (Abb. 29): Computer und Internet werden stärker genutzt von gut Ausgebildeten, Männern, Menschen mit höheren Berufen und Einkommen, politisch Interessierten, die denn auch ihre Bereitschaft erklären, den Computer verstärkt zur Erledigung von Behördenangelegenheiten einzusetzen. Unterschiede nach der Größe des Wohnortes lassen sich nicht ausmachen: Das Internet lässt nicht nur die Welt ganz allgemein, sondern auch Stadt und Land zusammenrücken. Die ausgeprägten Altersgruppeneffekte lassen vermuten, dass die Zahl derjenigen, die den Computer für die Erledigung von Behördenangelegenheiten entweder nicht nutzen können oder nicht nutzen wollen, sukzessive zu-

rückgehen wird. So gesehen spricht wenig gegen die Verstärkung der Erreichbarkeit von Behörden über das Netz, doch sollte, wie vielfache und oft leidvolle Erfahrung lehrt, für den Notfall und für Vorgänge außerhalb der üblichen Routinen immer noch ein denkender Mensch statt des schematisierenden Computers als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

3. Zusammenfassung

Wie deutlich geworden sein dürfte, geben die Thüringer im Jahre 2011 eine ambivalente Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten, mit den vor dem Land liegenden finanziellen Herausforderungen fertig zu werden. Auf der einen Seite ist die grundsätzliche Bereitschaft sehr groß, Einschränkungen hinzunehmen. Nur eine verschwindende Minderheit spricht sich zur Aufrechterhaltung der gewohnten Staatsleistungen für Steuererhöhungen aus, eine noch kleinere Gruppe für den politisch zunächst einfacheren Weg der Aufnahme zusätzlicher Schulden.

Diese Haltung stimmt vollständig mit den historischen Erfahrungen mit Haushaltskonsolidierungen überein: Abgesehen von Staatsbankrott und Inflation kann eine solche Sanierung aus eigener Kraft grundsätzlich durch Erhöhung der staatlichen laufenden Einnahmen oder durch eine Verminderung der Ausgaben (oder durch eine Kombination aus beidem) erreicht werden. Das erste Verfahren hat für die Politik den Charme, dass „wohlerworbene“ Ansprüche oder auch nur zur lieben Gewohnheit gewordene staatliche Leistungen nicht beschnitten werden, man sich also, so geht das Kalkül, weniger Ärger mit organisierten Gruppen einhandelt als durch Steuererhöhungen, die von den Steuerzahlern insgesamt zu schultern wären. Diese sind nach der Theorie des kollektiven Handelns von Mancur Olson (2004/1965, passim) bekanntlich eine schwierig bis überhaupt nicht organisierbare Gruppe.

Der allgemeine Konsens in der Forschung zu den Chancen von Haushaltskonsolidierungen (zusammengefasst in European Commission 2010, S.177 ff.) zeigt trotz einiger Einschränkungen in neueren Studien jedoch folgendes Bild: Konsolidierungsbemühungen über die Verminderung von Ausgaben sind erfolgreicher als solche über die Erhöhung von Einnahmen. Eine Erklärung könnte die in der Fachliteratur diskutierte „Laffer-Kurve“ sein: Die fortgesetzte Erhöhung der Steuersätze führt zu immer geringeren Mehreinnahmen, bis diese sogar negativ werden, der Staat also trotz höherer Steuersätze weniger statt mehr Steuern einnimmt.[38] Ein zweiter Grund dürfte in der skizzierten Interessenstruktur von Politikern und Interessengruppen liegen: Mehr Geld weckt Begehrlichkeiten, die abzuwehren viele Politiker weder Kraft noch (und insbesondere) aus wahltaktischem Kalkül Motivation und Interesse haben. Zu bedenken ist drittens bei Steuererhöhungen und zusätzlicher Verschuldung die Erhöhung der Staatsquote, die möglicherweise, wie diskutiert, über die Reduktion des wirtschaftlichen Wachstums die Steuerbasis erodiert. (Dies könnte eine der Ursachen für die Laffer-Kurve darstellen.) In eine ähnliche Richtung zielt die Europäische Kommission (Bericht 2008), die das Defizit selbst diskutiert und feststellt, dass Länder mit einem hohen fiskalischen Defizit mittelfristig ein geringeres Wachstum als solche mit einem stärker ausgeglichenen Haushalt aufweisen – mit dem notwendigerweise gleichen Ergebnis einer gegenüber höherem Wachstum geringeren Steuerbasis.

Die Bereitschaft der Thüringer zur Hinnahme von Kürzungen ist allerdings sofort dahin, wenn es bei den Sparvorschlägen konkret wird: Mit sehr deutlichen, je nach Sachgebiet und

38 Der Umkehrpunkt kann allerdings a priori nicht genau angegeben werden. Vgl. Bohley 2003, S. 127.

befragter Gruppe unterschiedlichen Mehrheiten sind sie der Meinung, dass ausgerechnet die wichtigsten Ausgabenblöcke nicht angetastet werden dürfen. Und nur dort können Einsparungen gemacht werden, die wirklich zu Buche schlagen.

Damit steht die Landesregierung (jede Landesregierung, gleichgültig, von welcher Partei oder welchen Parteien sie parlamentarisch getragen wird) vor dem bereits ausführlich diskutierten Dilemma: Der weitere Weg in den Schuldenstaat ist angesichts des gegenwärtigen Schuldenstandes, der auslaufenden Transferzahlungen und der Schuldenbremse des Grundgesetzes nicht mehr praktikabel. Ernsthafte Konsolidierungsbemühungen jedoch kennen notwendig Verlierer und ideologisch motivierte Opponenten, was zum Verlust der parlamentarischen Mehrheit führen kann, auch wenn sich ein Wahlgewinner, der höhere Wahlversprechen abgegeben hat, in der gleichen Situation der Knappheit und des Zwanges zur Konsolidierung wiederfindet. Hier wäre ein überparteilicher Konsens zu wünschen, der bei Wahlkämpfen und darüber hinaus auf das wechselseitige Überbieten von Wahlversprechen und das Wecken immer neuer Begehrlichkeiten verzichtete, die nach Lage der Dinge nicht (oder doch nicht ohne mittel- bis langfristig untragbare Folgen) erfüllt werden können.

V. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Politisches Engagement: Formen und Beteiligung

Demokratie ist die anspruchvollste aller Staatsformen. Damit sie auf Dauer Bestand hat, genügt es nicht, eine demokratische Verfassung zu installieren; und es genügt auch nicht, dass ihre Bürger demokratische Grundsätze und Verfahren gutheißen. Demokratie ist kein „Selbstläufer“: Sie verlangt aktive Bürger, die Politik als ihre eigene Angelegenheit betrachten, die sie ernst nehmen und ihr einen wichtigen Platz in ihrem Leben einräumen. Welchen Stellenwert Politik im Leben der Bürger einnimmt, lässt sich daran ablesen, wie sehr sie politische Verhältnisse wahrnehmen und politische Vorgänge verfolgen. Der THÜRINGEN-MONITOR stellt daher seit Beginn seiner Erhebungen die Frage nach dem politischen Interesse. Auch 2011 bekundet, wie in den Vorjahren, mit knapp 80 Prozent der Befragten die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer Interesse an Politik. Allerdings hat 2011 die Stärke des Interesses im Vergleich zum hohen Niveau des Nachwahljahres 2010 etwas nachgelassen: 44 Prozent geben nur noch mittleres Interesse an gegenüber 36 Prozent (sehr) stark Interessierter; im Vorjahr war die Relation umgekehrt.

Wie der Grad des Interesses im Zeitverlauf schwankt, so gibt es innerhalb der Bevölkerung deutliche Niveauunterschiede. So interessieren sich auch 2011 wie zuvor Männer signifikant mehr für Politik als Frauen. Bei Männern und Frauen steigt das politische Interesse mit dem Lebensalter linear an. 2011 gaben nur 16 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, dafür aber 42 Prozent der 60-Jährigen und Älteren (sehr) starkes politisches Interesse an. Hier schlägt sich eine für die Aufeinanderfolge der Lebensphasen typische Zunahme von Erfahrungen mit Politik nieder. Nicht an Zwangsläufigkeiten des Lebenszyklus geknüpft und damit bewusster Einflussnahme zugänglich ist dagegen, dass der Grad von Interesse an Politik auch vom erreichten Bildungsniveau abhängig ist.

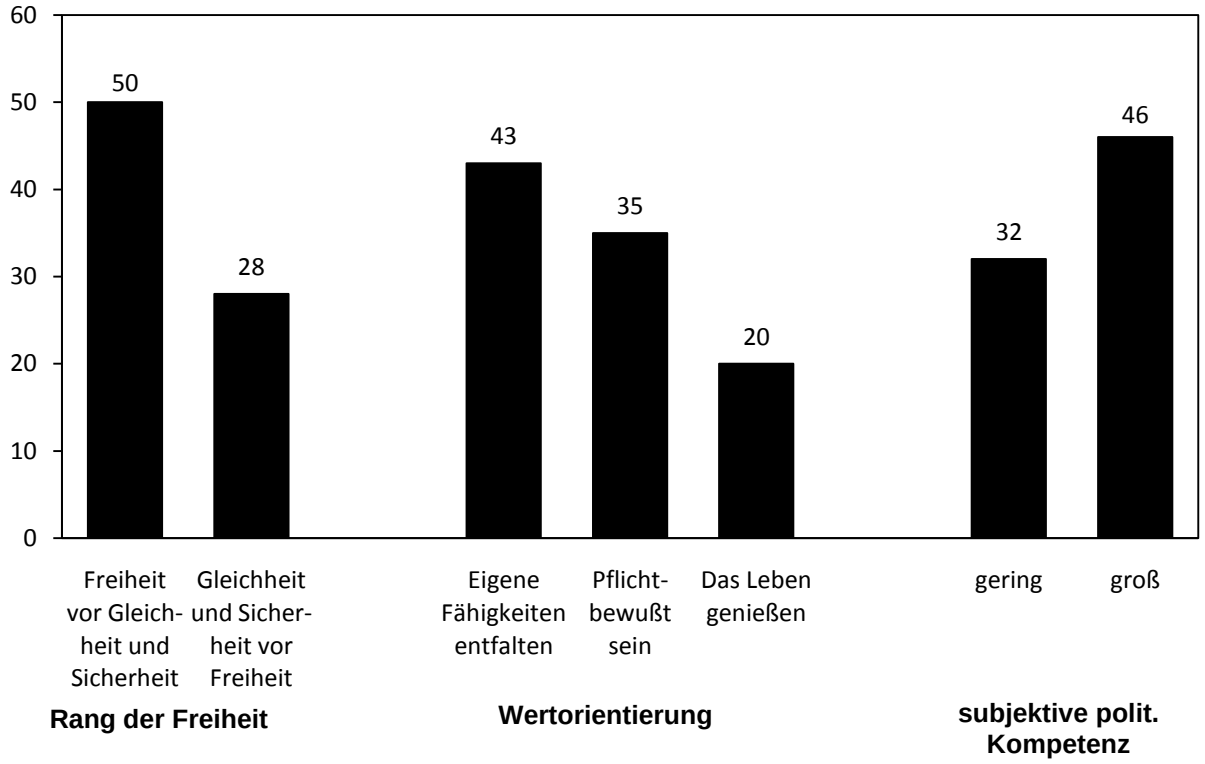
Große Niveauunterschiede des politischen Interesses zeigen sich nicht allein im Blick auf Alter und Bildung, sondern auch hinsichtlich grundlegender Orientierungen der Lebensgestaltung (Abb. 30). Unter denjenigen, für die Freiheit wichtiger ist als Gleichheit und Sicherheit, ist der Anteil der stark politisch Interessierten fast doppelt so hoch wie unter denen, die Gleichheit und Sicherheit den Vorzug geben. Wer im Leben vor allem seine Fähigkeiten entfalten will, steht der Welt der Politik offener gegenüber als diejenigen, die im Leben vorrangig ihre Pflicht erfüllen wollen; und für einen Großteil der Hedonisten vollzieht sich der Lebensgenuss in einem Raum, in dem die Politik kaum eine Rolle spielt. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen dem Grad politischen Interesses und der subjektiv wahrgenommenen Chance, die Politik selbst beeinflussen zu können. Wer der Ansicht ist, dass er ohnehin keinen Einfluss ausüben kann,[39] den interessiert auch Politik weniger.

Sind die Überzeugung, politisch etwas bewirken zu können, Interesse an der Welt der Politik, die Wahrnehmung politischer Vorgänge und die dabei erworbenen Kenntnisse über Situationen, Prozesse und Akteure auch notwendige Bedingungen für demokratisches Handeln, so ist Demokratie doch erst dann verwirklicht, wenn ihre Bürger sich an der Gestaltung ihrer eige-

39 Frageformulierung: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“

nen Angelegenheiten selbst aktiv beteiligen. Wie steht es mit der politischen Beteiligung der Thüringer?

Abb. 30: ***Starkes politisches Interesse nach dem Rang der Freiheit, Wertorientierung und subjektiver politischer Kompetenz***
(in Prozent)



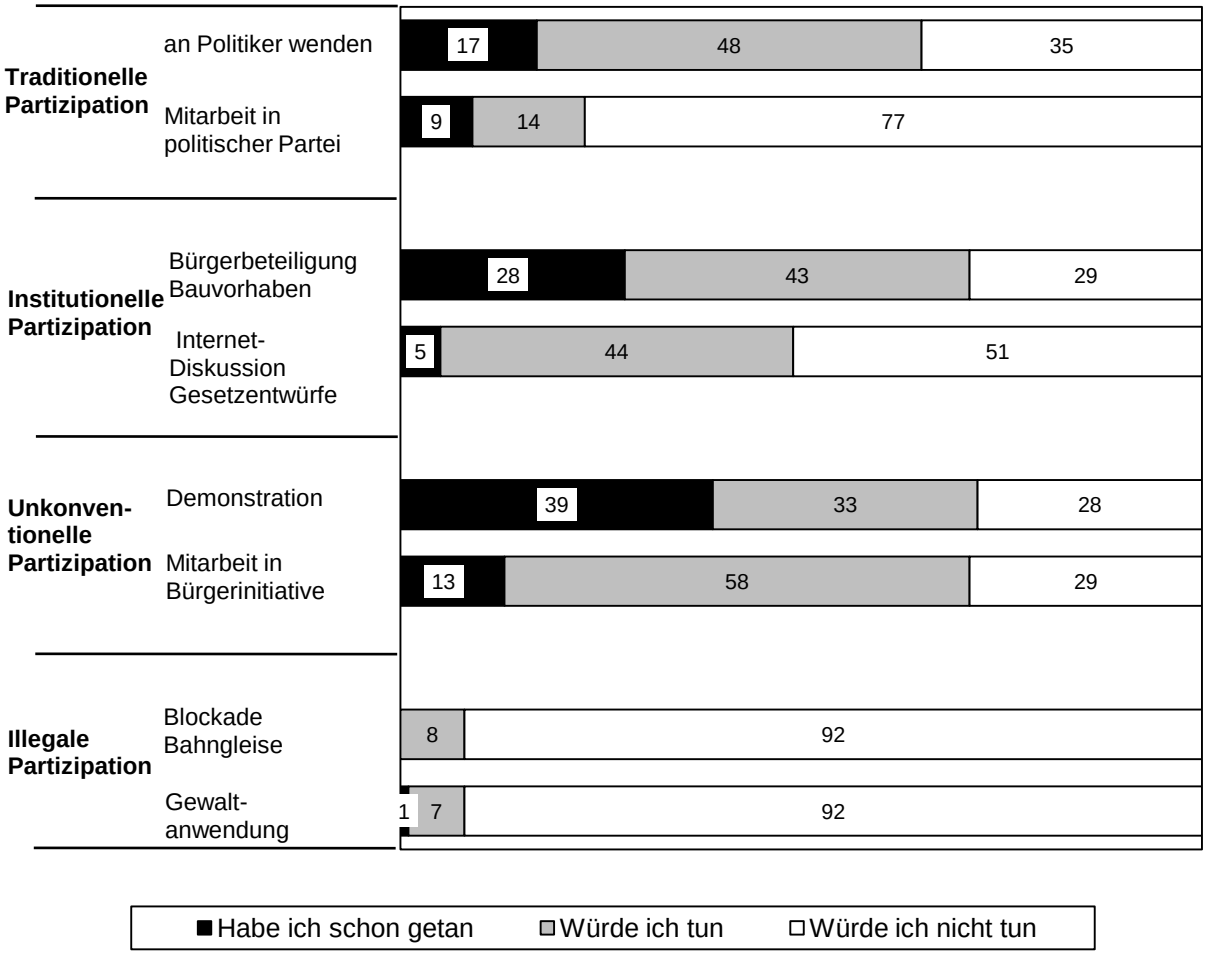
Aufschlüsse darüber geben Antworten auf Fragen, die auf Auskünfte über das tatsächliche politische Verhalten zielen. Dazu wurden die Thüringer gefragt, ob sie schon einmal in bestimmter Weise politisch aktiv geworden sind, ob sie sich dies für die Zukunft vorstellen können bzw. derartiges für die Zukunft ausschließen. Wie bereits in den Vorjahren so wurden auch 2011 drei Arten politischer Beteiligung erfasst: „traditionelle" Partizipationskanäle (Parteimitgliedschaft, Kontaktaufnahme zu Politikern), „unkonventionelle" Beteiligungsformen (Teilnahme an Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerbewegungen) und illegale Aktionsformen (Blockieren von Bahngleisen, Einsatz von Gewalt für politische Ziele). Darüber hinaus wurde 2011 nach der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gefragt, die sich in institutionell vorgegebenen Bahnen vollziehen („institutionelle" Partizipation – Beteiligung an Planungsverfahren, Internet-Diskussion von Gesetzesinitiativen).

Ein Vergleich dieser vier Beteiligungstypen (Abb. 31) ergibt zunächst, dass unkonventionelle Formen politischer Partizipation am häufigsten praktiziert werden. Dies gilt insbesondere für die Teilnahme an Demonstrationen; aber auch die Mitarbeit in Bürgerinitiativen ist deutlich verbreiteter als die in einer politischen Partei. Fast drei Viertel der Thüringer haben eine dieser Formen bereits praktiziert oder können sich das für die Zukunft vorstellen.

Illegale Formen der Partizipation sind dagegen die Sache einer kleinen Minderheit; ein Prozent der Befragten berichtet, bereits Gewalt zur Erreichung politischer Ziele angewandt zu haben, für weitere sieben Prozent kommt dies für die Zukunft in Betracht. Auf die 2011 aus gegebenem Anlass erstmals gestellte Frage nach der Blockade von Eisenbahngleisen zur Verhinderung von Atommülltransporten haben lediglich drei der 1.064 Befragten der Stichprobe

geantwortet, sie hätten dies bereits getan, aber 85 Befragte (acht Prozent) können sich das für die Zukunft vorstellen. Allerdings schließen die drei Befragten, die angeben Bahngleise blockiert zu haben, und die 69 der 85 Befragten, die sich das in Zukunft vorstellen können, für sich den Einsatz von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele aus. Das bedeutet zum einen, dass eine solche Blockade von den Beteiligten nicht unter „Gewalt" subsumiert wird; und zum anderen, dass wir es bei den „Blockierern" und bei denen, die sich Gewaltanwendung vorstellen können, mit jeweils separaten Gruppen zu tun haben. Der Gesamtanteil derjenigen, die bereits illegale Partizipationsformen praktiziert haben bzw. diese für die Zukunft nicht ausschließen, summiert sich deshalb auf 15 Prozent.

Abb. 31: ***Formen politischer Partizipation***
(in Prozent)



Auch bei institutionell detailliert geregelten Verfahren können die Beteiligungsraten unter bestimmten Umständen hohe Werte erreichen. Dies gilt für die Bürgerbeteiligung an öffentlichen Bauplanungsverfahren, bei denen zwei günstige Voraussetzungen gegeben sind: zum einen die direkte individuelle Betroffenheit (etwa bei Straßenbauvorhaben), zum anderen klar festgelegte Einflusschancen. Beides ist bei den (noch relativ unbekannten) Diskussionen im Internet über Gesetzentwürfe in der Regel nicht der Fall.

Außerdem zeigt sich, dass sporadische Formen des Engagements wie die Kontaktaufnahme zu einem Politiker, die Mitsprache bei einem Bauvorhaben oder die Beteiligung an einer Demonstration – ganz gleich, ob sie dem „traditionellen", dem „institutionellen" oder dem „unkonventionellen" Partizipationstypus zuzurechnen sind – attraktiver sind als solche, die eine

dauerhafte Verpflichtung verlangen (Mitarbeit in einer Partei oder einer Bürgerinitiative). Diese höhere Schwelle gilt auch für die Internet-Diskussion über Gesetzentwürfe, denn diese setzt ein hohes Maß an Vertrautheit sowohl mit der jeweiligen Materie als auch mit dem Verfahren und damit eine hohe Investition zur Einarbeitung voraus.

Die Beobachtung, dass sporadische Beteiligungsformen eine besondere Attraktivität ausüben, wird durch einen weiteren Befund bestätigt. Im THÜRINGEN-MONITOR 2010 wurde erstmals nach der Teilnahme an Unterschriftensammlungen gefragt, einer im Zuge der Einführung und Erleichterung direktdemokratischer Verfahren auf Kommunal- und Landesebene an Bedeutung gewinnenden Beteiligungsform. Sowohl 2010 als auch bei der Wiederholung im THÜRINGEN-MONITOR 2011 ergaben sich für diese niedrigschwellige Form die höchsten Beteiligungsraten im Vergleich sämtlicher Partizipationsformen (2011: 60 Prozent „schon getan", 29 Prozent „würde ich tun"). Wie bei der Teilnahme an einer Demonstration ist es die Unverbindlichkeit, die der Teilnahme an einer Unterschriftensammlung eine breite Beteiligung sichert. Allerdings ist die Folgerung, allein das Niedriglegen der Schwellen durch Unverbindlichkeit der Teilnahme führe zu hohen Beteiligungsraten, schon allein deshalb nicht gerechtfertigt, weil – wie sich am Beispiel der Bauplanung zeigte – gerade die Verbindlichkeit der Beteiligung die Attraktivität eines Verfahrens ausmachen kann. Unabhängig davon ist auch aus demokratietheoretischer Perspektive Vorsicht geboten, von der Reduktion der Kosten auf Null oder von zusätzlichen Anreizen, etwa in Gestalt von Unterhaltungselementen, eine gesteigerte politische Teilnahme zu erwarten. Den Bürgern zu suggerieren, demokratische Teilhabe sei kostenlos zu haben, hieße den hohen Wert dieses Gutes auszuhöhlen.

Bislang wurden die einzelnen Partizipationsformen jeweils gesondert betrachtet. Nimmt man sie gemeinsam in den Blick, so ergibt sich, dass mehr als die Hälfte der Befragten sich bereits in einer der Formen der „traditionellen" oder der „unkonventionellen" Partizipation betätigt haben: 34 Prozent an einer Form, 13 Prozent an zwei und fünf Prozent an drei oder vier Formen. Der Anteil derjenigen, die sich bisher an keiner dieser Formen beteiligt haben, reduziert sich von 48 auf 26 Prozent, wenn man die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung einbezieht, und auf 22 Prozent, wenn man sämtliche Formen legalen politischen Engagements (also auch die „institutionellen") berücksichtigt. Nur eine Minderheit der Thüringer hat sich demnach bislang noch nicht politisch betätigt. Und weniger als jeder zwanzigste Thüringer schließt für sich politisches Engagement auch für die Zukunft aus, ist also als politisch „apathisch" einzustufen.

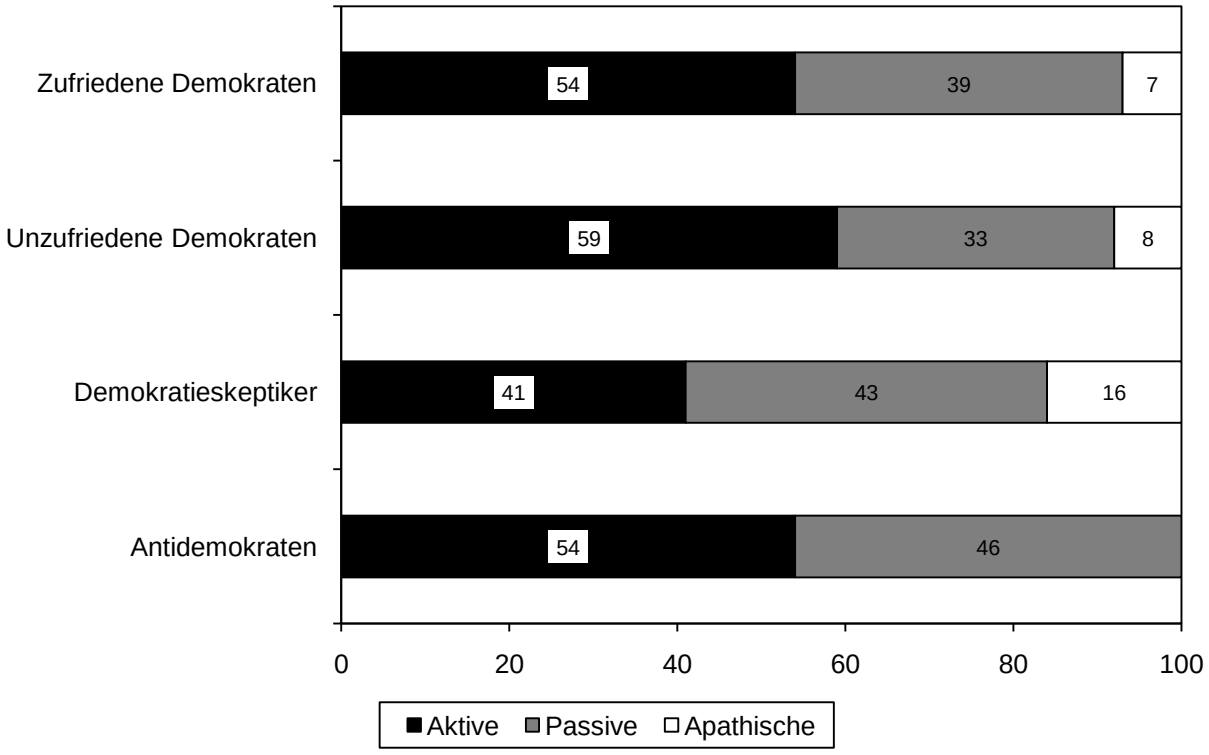
Nimmt man diese Befunde zusammen, so ergibt sich ein insgesamt positives Bild der politischen Beteiligung der Thüringer. Bezieht man alle Varianten legaler Partizipation mit ein, so haben sich bisher vier von fünf Thüringern auf die eine oder andere Weise politisch betätigt. Darüber hinaus gibt es für alle Partizipationsformen ein großes, bislang nicht ausgeschöpftes Potential, das das bisher praktizierte Engagement noch deutlich übertrifft. Politisch „Apathische", also Personen, die jede politische Betätigung für sich ausschließen, sind sehr selten. Unter den Formen der Beteiligung dominieren niedrigschwellige Spielarten, die nur ein sporadisches Engagement verlangen; andererseits sind auch formalisierte Verfahren attraktiv. Sehr selten wurden bisher illegale Partizipationsformen praktiziert; allerdings ist auch hier für die Zukunft noch beträchtliches Potential erkennbar.

Dieses Bild bedarf jedoch insofern der Ergänzung, als bislang außer Betracht geblieben ist, von welchen Personengruppen und mit welchen Zielen politische Aktivitäten ausgeübt werden. Denn so unverzichtbar politische Beteiligung für die Demokratie ist, so kommt es doch auch auf die Richtung an, in die sie zielt. Hier stellt sich nicht zuletzt die Frage, ob und wie die Intensität und die Form der politischen Beteiligung mit Einstellungen zur Demokratie zu-

sammenhängen. Sind überzeugte Anhänger der Demokratie aktiver als ihre Verächter? Fördert Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie die politische Partizipation, oder animiert im Gegenteil die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Politik in der Demokratie betrieben wird, zu politischem Engagement?

Ein Blick auf die legalen Partizipationsformen[40] zeigt, dass es bei den überzeugten Demokraten[41] einen Unterschied macht, ob sie mit der Praxis der Demokratie zufrieden sind oder nicht (Abb. 32). Unzufriedene Demokraten sind etwas aktiver als zufriedene. Allerdings ist auf der Grundlage dieser Daten eine Aussage über die Richtung einer Kausalität nicht zu treffen. Ob Unzufriedenheit zur Aktivität mobilisiert, oder ob umgekehrt Aktivität in schlechten Erfahrungen und in Unzufriedenheit mündet, muss offenbleiben.

Abb. 32: ***Legale politische Beteiligung nach Einstellung zur Demokratie***
(in Prozent)



Wer die Idee der Demokratie ablehnt, ohne zugleich einer Diktatur das Wort zu reden („Demokratieskeptiker"), gehört zur Gruppe mit der geringsten politischen Partizipation: 16 Prozent lehnen hier jede politische Aktivität ab, weitere 43 Prozent sind in keiner Form je politisch aktiv geworden, schließen das aber nicht grundsätzlich aus. Die konsequenten „Antidemokraten" jedoch, die nicht nur die Idee der Demokratie ablehnen, sondern darüber hinaus für eine Diktatur plädieren, sind im Vergleich zu den „Demokratieskeptikern" politisch wesentlich engagierter; unter ihnen ist ein deutlich höherer Anteil politisch aktiv, und im Unterschied zu allen anderen Gruppen gibt es bei ihnen keine politische Apathie. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die zahlenmäßig kleine Gruppe der „Antidemokraten" (knapp fünf Prozent der Befragten) nicht nur in vielen legalen Partizipationsformen versiert

40 In Abbildung 32 werden traditionelle und unkonventionelle Partizipationsformen berücksichtigt.

41 Zur Typologie demokratiebezogener Einstellungen vgl. den nächsten Abschnitt V. 2.

ist – ob Unterschriftensammlung, Kontaktaufnahme zu Politikern, Internetdiskussionen oder Engagement in Bürgerinitiativen: Die „Antidemokraten“ sind überproportional präsent. Dies gilt auch für illegale Partizipationsformen, zwar nicht für das Blockieren von Bahngleisen bei Atommülltransporten, wohl aber für eine generelle Gewaltbereitschaft: Mit 33 Prozent bekunden sich „Antidemokraten“ weit überproportional dazu bereit, zur Erreichung politischer Ziele auch Gewalt einzusetzen („Demokratieskeptiker“: fünf Prozent; „Demokraten“: sechs Prozent).

2. Einstellungen zur Demokratie und ihren Institutionen

Politisches Engagement erhält seinen Rahmen und seine Richtung erst innerhalb einer demokratischen Ordnung. Deshalb ist Demokratie als Ordnungsprinzip des politischen Systems auf die Unterstützung seiner Bürger angewiesen. Diese Demokratieunterstützung kann sich auf durchaus unterschiedliche Gegenstände beziehen: die demokratischen Werte, das demokratische Regime und die praktizierte Demokratie. Daher wird Demokratieunterstützung im THÜRINGEN-MONITOR 2011 wie in den Vorjahren in Anlehnung an Dieter Fuchs (1997, 2002) differenziert auf drei Ebenen erfasst: der der normativen Prinzipien der Demokratie (Ebene der Werte bzw. der Kultur), der der demokratischen Verfassungsordnung (Ebene des Regimes bzw. der Struktur) und der ihrer konkreten Ausgestaltung in der politischen Praxis (Ebene des Prozesses bzw. der Performanz).

Tab. 4: Konzept der Demokratieunterstützung und Messung im THÜRINGEN-MONITOR

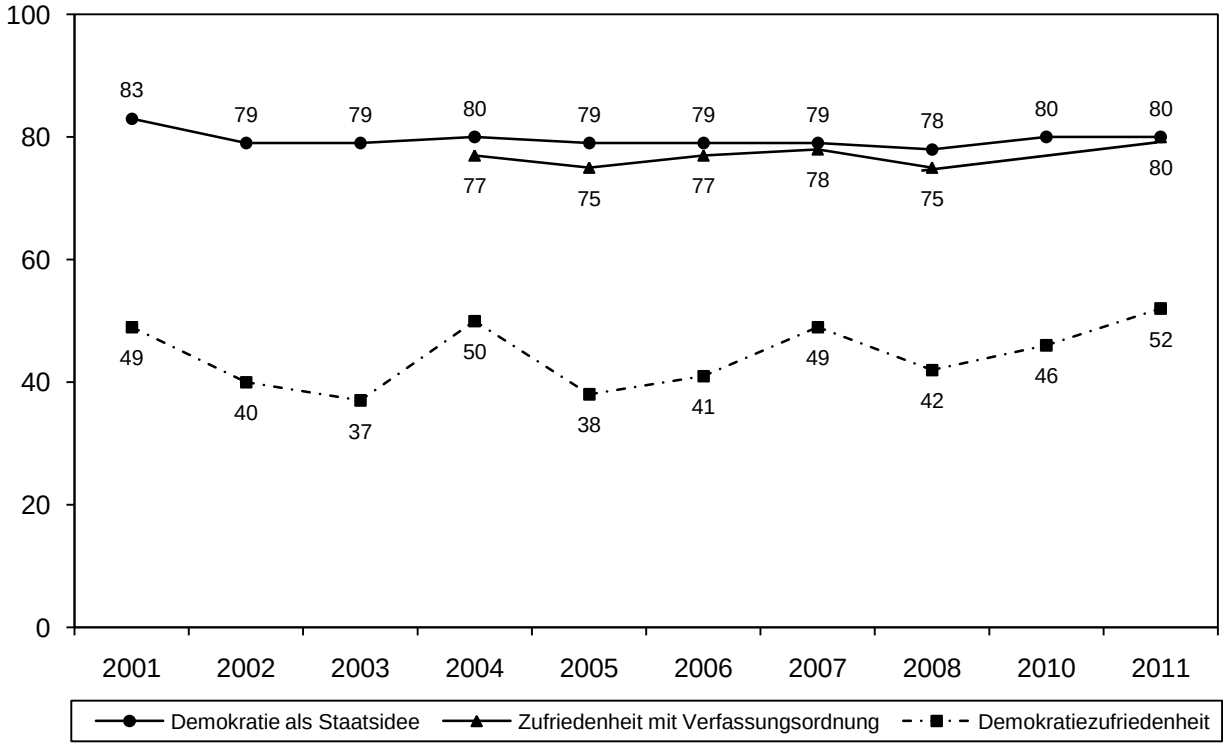
Einstellungsobjekte (Ebene)	**Indikatoren**	**Frage/Item im THÜRINGEN-MONITOR**
Bindung an demokratische Werte (Kultur)	Idee der Demokratie	„Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.“
Unterstützung des demokratischen Regimes (Struktur)	Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem	„Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.“
Unterstützung des politischen Prozesses bzw. der politischen Entscheidungsträger (Performanz)	Umsetzung der Demokratie in der Praxis	„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?“

Eigene Darstellung in Anlehnung an Fuchs 2002, S. 37.

Auf jeder dieser Ebenen ist einer der genannten Gegenstände der Demokratieunterstützung („Einstellungsobjekte“) angesiedelt, auf die die Einstellungen der Bürger bezogen sind (Tab. 4). Die Akzeptanz demokratischer Werte wird durch die Einschätzung der Demokratie als Staatsidee gemessen, die Unterstützung des demokratischen Regimes durch die Bewertung der deutschen Verfassungsordnung und schließlich die Performanz durch den Grad der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis. Während die Fragen zur Messung demokratischer Werte („Demokratie beste Staatsidee“) und der Performanz („Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis“) seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORs gestellt wurden, ist die Frage zur Unterstützung des demokratischen Regimes („Zufriedenheit mit der Verfassung“) nicht kontinuierlich sondern nur in den Jahren 2004 bis 2008 und 2011 gestellt worden. Auf dieser Datengrundlage sind Aussagen über Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Ebenen der Demokratieunterstützung und über Entwicklungen im Zeitverlauf möglich.

Auf der Wertebene der Demokratieunterstützung ist für 2011 Konstanz auf hohem Niveau zu verzeichnen: Wie 2010 halten 80 Prozent der Thüringer die Demokratie für die beste Staatsidee (Abb. 33). Die Unterstützung des demokratischen Regimes hat 2011 den gleichen Wert erreicht: Ebenfalls 80 Prozent der Befragten sind mit der deutschen Verfassungsordnung zufrieden. Auch auf der Ebenen der Performanz haben die positiven Bewertungen zugenommen. Mit 52 Prozent sind 2011 erstmals mehr als die Hälfte der Thüringer mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis zufrieden. Trotz dieser Angleichung bleiben – wie auch bundesweite Untersuchungen immer wieder gezeigt haben (vgl. etwa Völkl 2005) – erhebliche Niveauunterschiede zwischen den Ebenen der Demokratieunterstützung bestehen. Als Werteordnung und Verfassungskonzept erfreut sich die Demokratie auch in Thüringen sehr hoher Wertschätzung, ihre Umsetzung in der Praxis hingegen wird weithin als unbefriedigend empfunden.

Abb. 33: ***Demokratieunterstützung nach Ebenen 2001-2011***
(in Prozent)



Der Anstieg der Demokratiezufriedenheit um sechs Prozentpunkte bestätigt einen zweiten wichtigen Befund früherer Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS: Die Demokratieunterstützung unterscheidet sich auf den einzelnen Ebenen nicht nur in ihrem Niveau, sondern auch hinsichtlich ihres Maßes an Konstanz. Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee und die zur Demokratie als Verfassungssystem zeichnen sich im Zeitverlauf durch hohe Stabilität aus; die Beurteilung des praktischen Funktionierens der Demokratie in der Verfassungswirklichkeit dagegen schwankt in Reaktion auf aktuelle Entwicklungen erheblich von einem Jahr zum anderen. Die Ursachen der Veränderung können nicht ohne weiteres der Bundes- oder der Landesebene zugerechnet werden. Die Zunahme von 2010 auf 2011 dürfte mit dem Wirtschaftsaufschwung und der zum Zeitpunkt der Befragung sehr positiv eingeschätzten allgemeinen Wirtschaftslage (s. oben Kap. II) im Zusammenhang stehen.

Zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis und ihrer Bejahung als Idee und Verfassungsordnung gibt es wie zuvor auch 2011 statistische Zusammenhänge: Mit der Zufriedenheit mit der Praxis steigt auch die Zustimmung im Grundsätzlichen. Umso bemerkenswerter ist es, dass bislang die im Zeitverlauf aufgetretenen Wellen der Unzufriedenheit mit der praktischen Ausgestaltung der Demokratie sich nicht in entsprechenden Schwankungen der Zustimmung zu Idee und Verfassungsordnung niedergeschlagen haben. Diese große Stabilität der Wertschätzung der Demokratie im Grundsätzlichen spricht für deren Verfestigung und für deren Abkopplung von der Bewertung der demokratischen Performanz. Allerdings verführt die Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis offensichtlich auch von der Idee der Demokratie Überzeugte zu einer gewissen Inkonsequenz. So sind 2011 immerhin 14 Prozent der grundsätzlich von der Demokratie Überzeugten, aber zugleich mit ihrer Praxis Unzufriedenen der Meinung, dass unter bestimmten Umständen einer Diktatur der Vorzug zu geben ist.

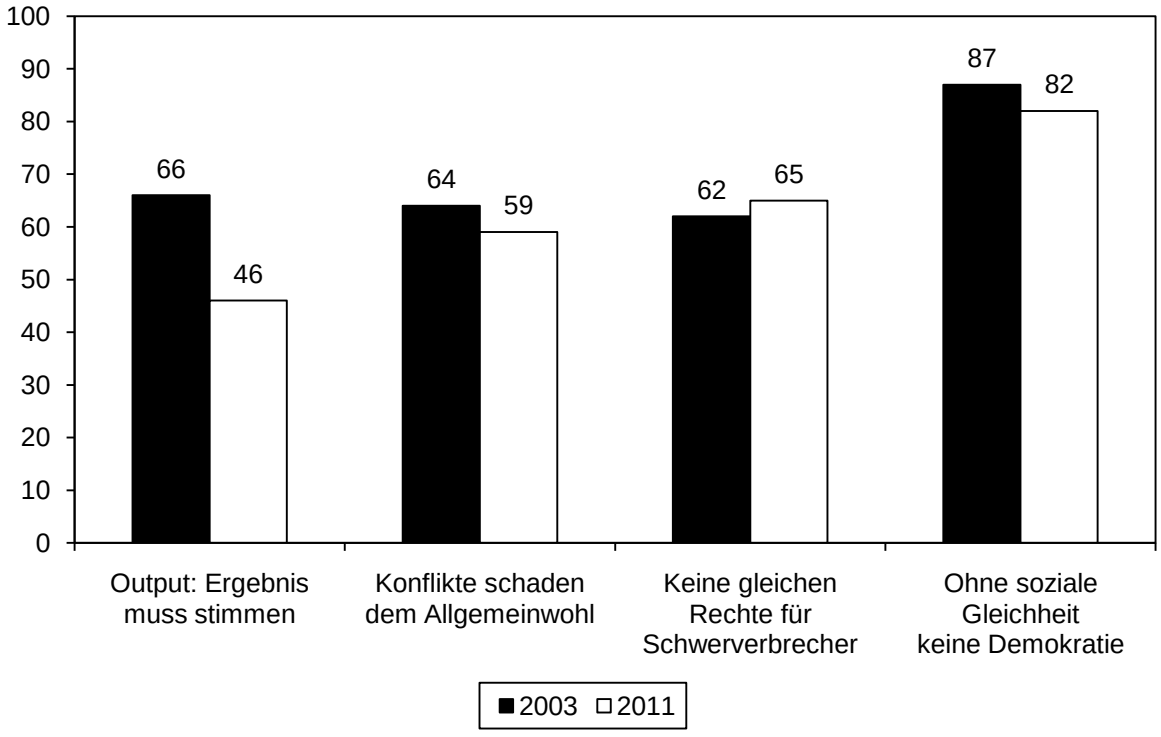
Um die Beziehungen zwischen den demokratiebezogenen Einstellungen zu systematisieren, können wie in den Vorjahren Typen gebildet werden, die einen Zeitvergleich der solchermaßen gebildeten Gruppen erlauben. Diejenigen, die die Demokratie im Grundsatz bejahen, können – je nachdem, wie sie ihre Praxis bewerten – in „zufriedene“ und „unzufriedene Demokraten“ unterschieden werden. Die Gruppe derjenigen, die hingegen die Demokratie als Idee grundsätzlich ablehnen, lässt sich danach weiter unterteilen, welche Position sie zur Diktatur einnehmen. Wer von den Verächtern der Demokratie so weit geht, auch eine Diktatur zu bejahen, kann als „Antidemokrat“ gelten, wer von ihnen diese Konsequenz jedoch nicht zieht, der bloße Demokratieskeptiker also, kann immerhin als „Nichtdemokrat“ bezeichnet werden. Eine zeitvergleichende Betrachtung zeigt, dass die für die Stabilität der Demokratie problematischste Gruppe der „Antidemokraten“ im Erhebungszeitraum in Thüringen stets eine Minderheit von weniger als zehn Prozent geblieben ist. Seit 2010 ist der Anteil noch weiter von sechs auf fünf Prozent zurückgegangen. Der Anteil der „Nichtdemokraten“ liegt 2011 mit 14 Prozent im langjährigen Durchschnitt. In der großen Gruppe der die Demokratie grundsätzlich Bejahenden hat sich 2011 die Relation zwischen den „zufriedenen“ (47 Prozent) und den „unzufriedenen Demokraten“ (34 Prozent) noch deutlicher als im Vorjahr zugunsten der ersten Gruppe verschoben.

Das hohe und stabile Niveau der Wertschätzung der Demokratie als Staatsidee, die Zunahme der Bejahung der demokratischen Verfassungsordnung sowie der Zufriedenheit mit ihrer Praxis und schließlich die rückläufige Neigung, eine Diktatur als (Reserve-)Lösung in Betracht zu ziehen – diese Befunde zusammengenommen vermitteln das Bild einer weiteren Konsolidierung positiver Grundeinstellungen zur Demokratie in Thüringen.

Einer Bilanz wie dieser muss allerdings einschränkend hinzugefügt werden, dass die bisher berichteten Befunde zwar Aufschluss über unterschiedliche Intensitäten der Demokratieun-

terstützung je nach der betrachteten Ebene geben, aber nicht erfassen, was die Befragten unter „Demokratie“ verstehen, oder welchen Spielarten von Demokratie sie den Vorzug geben. Um wenigstens Umrisse des Demokratieverständnisses der Thüringer erkennbar zu machen, sind 2011 einige Fragestellungen früherer Erhebungen (2003, 2004) des THÜRINGEN-MONITORS wieder aufgegriffen worden. Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema interessieren dabei insbesondere diejenigen Dimensionen des Demokratieverständnisses, die mit der Reichweite der Aufgaben des Staats und der Umschreibung der Bürgerrolle im Zusammenhang stehen. Daher wurden folgende vier Dimensionen ausgewählt: Input- vs. Outputorientierung („In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt“); Pluralismus vs. Allgemeinwohl („Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl“); Rechtsstaatlichkeit vs. Verbrechensbekämpfung („Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen“); soziale Demokratie/Reichweite der Demokratie („Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie“).

Abb. 34: ***Aspekte des Demokratieverständnisses: 2003 und 2011 im Vergleich*** *(in Prozent)*



Vor dem Hintergrund der oben (Kapitel IV) analysierten Wahrnehmungen der Staatsaufgaben und der Rollenverteilung zwischen Bürger und Staat kann die Positionierung der Befragten zu diesen Aussagen nicht überraschen (Abb. 34). Für fast die Hälfte unter ihnen ist 2011 in einer Demokratie das Ergebnis wichtiger als politische Beteiligung, eine deutliche Mehrheit sieht in Konflikten einen Schaden für das Allgemeinwohl, eine Mehrheit von fast zwei Dritteln gibt der Verbrechensbekämpfung Vorrang vor Rechtsstaatlichkeit und ist bereit, auf die Gleichheit vor dem Gesetz zu verzichten; und für mehr als vier von fünf Befragten ist schließlich die (dem Angeklagten nicht zugestandene) Gleichheit so wichtig, dass für sie eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, „keine richtige Demokratie“ ist. Ergebnisorientierung statt Beteiligung, das Ausspielen des Allgemeinwohls gegen Konfliktaustragung und der Ord-

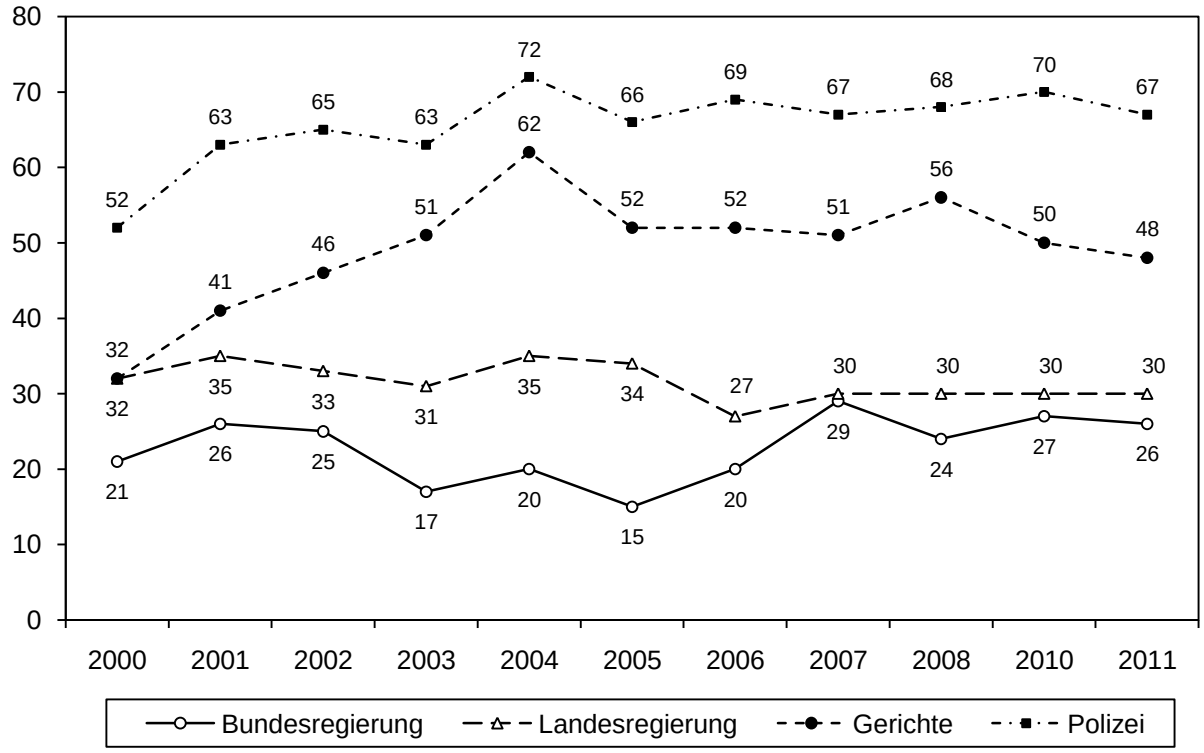
nung gegen das Recht sowie sozialer Egalitarismus sind allesamt Prioritäten, denen die Distanz zu einem liberalen Demokratiemodell gemeinsam ist.

Gleichwohl stehen die Positionen bezüglich der vier Dimensionen des Demokratieverständnisses in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Akzeptanz der Demokratie als Staatsidee. So definieren beispielsweise diejenigen, für die „das Ergebnis stimmen" muss, sich selbst in gleichem Maße als Demokraten wie diejenigen, für die die Beteiligung wichtiger ist. Das bedeutet, dass im Selbstverständnis der Befragten sämtliche Positionen gleichermaßen mit „Demokratie" vereinbar sind, dass sie gleichermaßen in die Bandbreite des aus ihrer Sicht vom Demokratiebegriff Gedeckten fallen. Allerdings ist offensichtlich, dass die hier zutage getretenen Mehrheitspräferenzen des Demokratieverständnisses eher zu einem Obrigkeitsstaat passen als zu einer pluralistischen und rechtsstaatlichen Demokratie. Zugleich wird deutlich, dass ein dem letzteren Modell entsprechendes Verständnis der Rollenverteilung zwischen Bürger und Staat bei vielen Thüringern noch wenig ausgeprägt ist und tief verwurzelte Leistungserwartungen einer Reduzierung der Staatsaufgaben entgegenstehen. Der Vergleich der Befunde von 2011 mit denen von 2003 zeigt jedoch, dass (mit Ausnahme der Rechtsstaatlichkeit) in drei der vier Dimensionen die Entwicklung zumindest in die Richtung eines liberalen Demokratieverständnisses weist.

Die bisher berichteten Befunde zur Demokratieunterstützung und zum Demokratieverständnis bedürfen der Ergänzung. Denn sie sind insofern unspezifisch, als sie weder eine Unterscheidung nach den föderalen Ebenen des politischen Systems erlauben noch nach den Funktionen seiner Strukturelemente. Deshalb müssen außer der generellen Bewertung des politischen Systems als Ganzem auch Einstellungen gegenüber einzelnen Institutionen betrachtet werden. Im THÜRINGEN-MONITOR wird dem dadurch Rechnung getragen, dass das in der Demokratieforschung bewährte Konzept zur Messung des Institutionenvertrauens eingesetzt wird. Während in früheren Erhebungen (insbes. 2003 und 2006) entsprechend den damaligen thematischen Schwerpunktsetzungen ein breites Spektrum von Institutionen in die Untersuchung einbezogen wurde, ist 2011 nur nach dem Vertrauen in vier Institutionen gefragt worden, für die jedoch Vergleichsdaten seit dem Jahr 2000 vorliegen: Bundesregierung, Landesregierung, Gerichte und Polizei.

Wie Abbildung 35 zeigt, haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine gravierenden Änderungen ergeben. Das insgesamt große Vertrauen in die Polizei und die Gerichte ist etwas gesunken; der Landesregierung wird das gleiche geringe Maß an Vertrauen entgegengebracht wie zuvor, dagegen ist das Vertrauen auf die Bundesregierung, das stets noch niedriger war, zurückgegangen. Insgesamt bestätigt sich 2011 somit das aus den Vorjahren bekannte Bild: Mit der Polizei und den Gerichten genießen die ausführenden, der Politik entzogenen rechtsstaatlichen Institutionen erheblich mehr Vertrauen als die Kerninstitutionen des demokratischen Verfassungsstaats: die Regierungen (und die Parlamente, denen ebenso geringes Vertrauen entgegen gebracht wird), in denen in kontroverser Auseinandersetzung Problemlösungen vorbereitet und Entscheidungen getroffen werden. So erfreulich es ist, dass die Justiz und die Polizei nach ihrer politischen Instrumentalisierung in der DDR-Ära sukzessive wieder hohes Ansehen erworben haben, so deutet doch das Faktum, dass die Entscheidungsinstitutionen deutlich weniger Vertrauen genießen, auf eine Schwachstelle der politischen Kultur hin. Denn wie eine genauere Analyse zeigt (vgl. TM 2010, S. 78f.), ist diese Vertrauenskluft nicht etwa der Funktionslogik parlamentarischer Systeme zuzuschreiben, sondern Ausdruck tradierter obrigkeitsstaatlicher Denkmuster, nach denen staatliche Leistungen und Konsens positiv und Interessengegensätze und Streit negativ bewertet werden. Im Ergebnis bedeutet das eine Schwächung der Legitimationsbasis parteienstaatlicher Demokratie.

Abb. 35: ***Vertrauen auf Institutionen 2000-2011***
(kumulierte Prozentwerte für „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“)



3. Rechtsextreme Einstellungen: neue Konjunktur?

Der Anschlag auf die Erfurter Synagoge im April 2000 hat den Anstoß zu den Studien des THÜRINGEN-MONITORS gegeben; die Beobachtung des Rechtsextremismus war deshalb von Beginn an einer seiner kontinuierlichen Schwerpunkte. Dabei hat es sich als sinnvoll erwiesen, zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremem Verhalten zu unterscheiden. Beide Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind hinsichtlich ihrer Trägergruppen nicht identisch; ihr Auftreten folgt unterschiedlichen, ja bisweilen gegenläufigen Trends. Dies gilt auch für die gegenwärtige Situation. Während in Thüringen wie im Bundesgebiet insgesamt nach den Wahlniederlagen der rechtsextremen Parteien 2009 für das Jahr 2010 eine „gedämpfte Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit“ der rechtsextremen Szene und eine gegenüber den Vorjahren rückläufige Zahl rechtsextrem motivierter politischer Kriminalität zu verzeichnen ist (Thüringer Innenministerium 2011, S. 11f., 55f.; Bundesinnenministerium 2011, S. 27ff.), zeigt die vorliegende Studie eine Zunahme der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung. Zum Zeitpunkt der Befragung im Mai 2011 haben sich im Vergleich zur vorangegangenen Befragung im Januar 2010 die Zustimmungsraten zu einigen Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms erhöht. Dieser Befund steht im Einklang mit den Ergebnissen einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie, die für das Jahr 2010 eine Zunahme rechtsextremer Einstellungen insbesondere in Ostdeutschland berichtete (Decker u. a. 2010).

Tab. 5: Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items 2011 im Vergleich

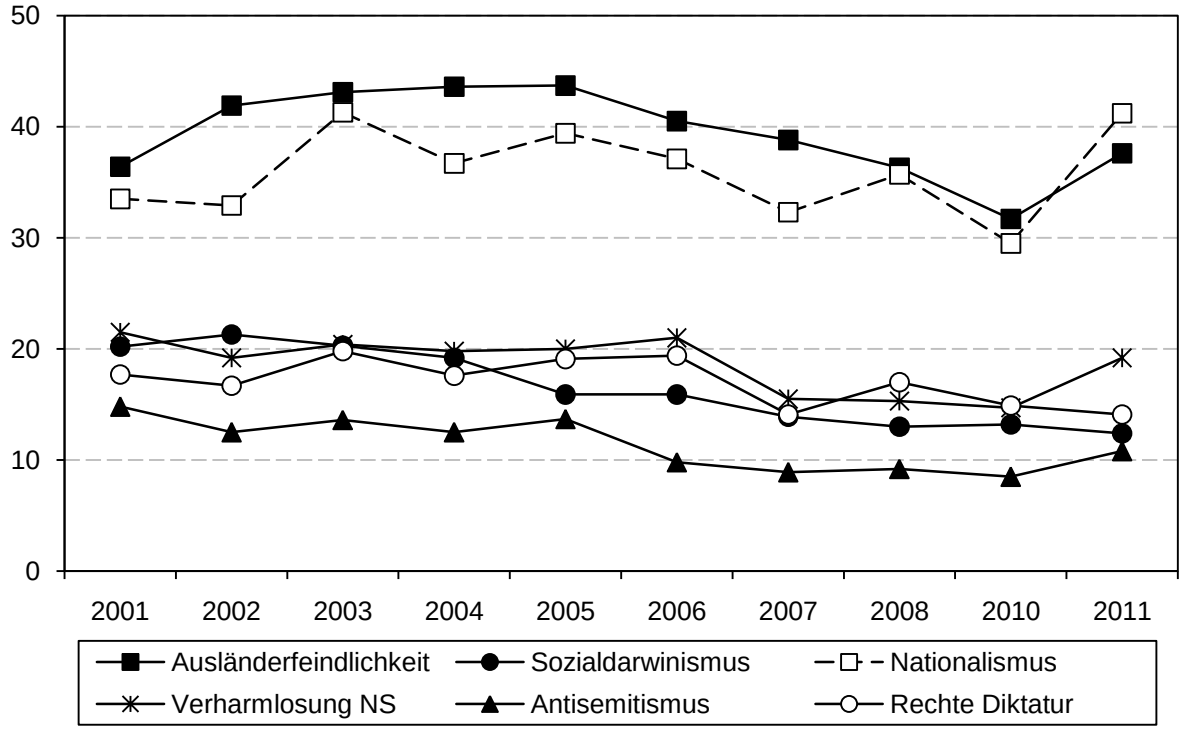
Dimensionen und Statements	**Zustimmung 2011**	**Ø Zustimmung (2001-2010)**	**Minimum Zustimmung (2001-**	**Maximum Zustimmung (2001-**
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	**56**	53	47	60
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	**53**	50	40	58
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	**20**	22	17	28
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	**25**	30	24	35
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	**19**	22	18	29
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	**63**	59	51	66
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	**39**	33	29	39
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	**19**	19	15	22
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	**11**	12	9	15
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	**14**	17	14	20

Auch im THÜRINGEN-MONITOR 2011 erfolgt die Messung des Rechtsextremismus mit dem seit 2001 bewährten Instrument, das die sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen – Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, übersteigerter Nationalismus, Sozialdarwinismus, Unterstützung einer rechtsautoritären Diktatur und Ausländerfeindlichkeit – durch zehn Statements erfasst. Eine differenzierte Betrachtung der Einzelstatements lässt erkennen, dass 2011 eine Zunahme der Zustimmung zu rechtsextremen Auffassungen in vier der sechs Dimensionen der Rechtsextremismus-Skala des THÜRINGEN-MONITORS festzustel-

len ist (Tab. 5). Zugenommen hat zunächst die Ausländerfeindlichkeit. Mehr als die Hälfte der Befragten hält Deutschland für in einem gefährlichen Maße überfremdet und ist der Meinung, dass die Ausländer nur ins Land kommen, um den Sozialstaat auszunutzen. Jeder Fünfte wünscht, dass Ausländer ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen. Gegenüber 2010 zugenommen hat auch der Nationalismus. 63 Prozent der Befragten fordern ein hartes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland, 39 Prozent halten deutsche Leistungen für unvergleichlich. Der Nationalsozialismus wird zunehmend verharmlost – für 19 Prozent (2010: 15 Prozent) hatte er auch „seine guten Seiten" – und auch der Antisemitismus findet größere Verbreitung. Andererseits ist die Zustimmung zu rechtsextremen Statements in zwei der sechs Dimensionen rückläufig: sozialdarwinistische Auffassungen werden seltener vertreten, eine Diktatur „im nationalen Interesse" findet geringere Unterstützung.

Eine Einordnung dieser Befunde muss sowohl die Entwicklung der letzten Jahre als auch das Maß der Unterstützung der einzelnen Komponenten des Rechtsextremismus in der Bevölkerung in den Blick nehmen (Abb. 36). Am stärksten verbreitet, auch in Thüringen mit seinem sehr geringen Ausländeranteil, ist bislang die Ausländerfeindlichkeit[42] und damit der Kristallisationspunkt eines „neuen Rechtsextremismus", der als Abwehrreaktion gegen Migration und die Entwicklung Deutschlands zu einer Einwanderungsgesellschaft verstanden werden kann. Dagegen finden die Dimensionen „Antisemitismus", „Verharmlosung des Nationalsozialismus" und „Unterstützung einer rechten Diktatur" als Kernbestandteile des „alten Rechtsextremismus" deutlich weniger Resonanz.

Abb. 36: ***Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus im Zeitverlauf*** *(in Prozent)*

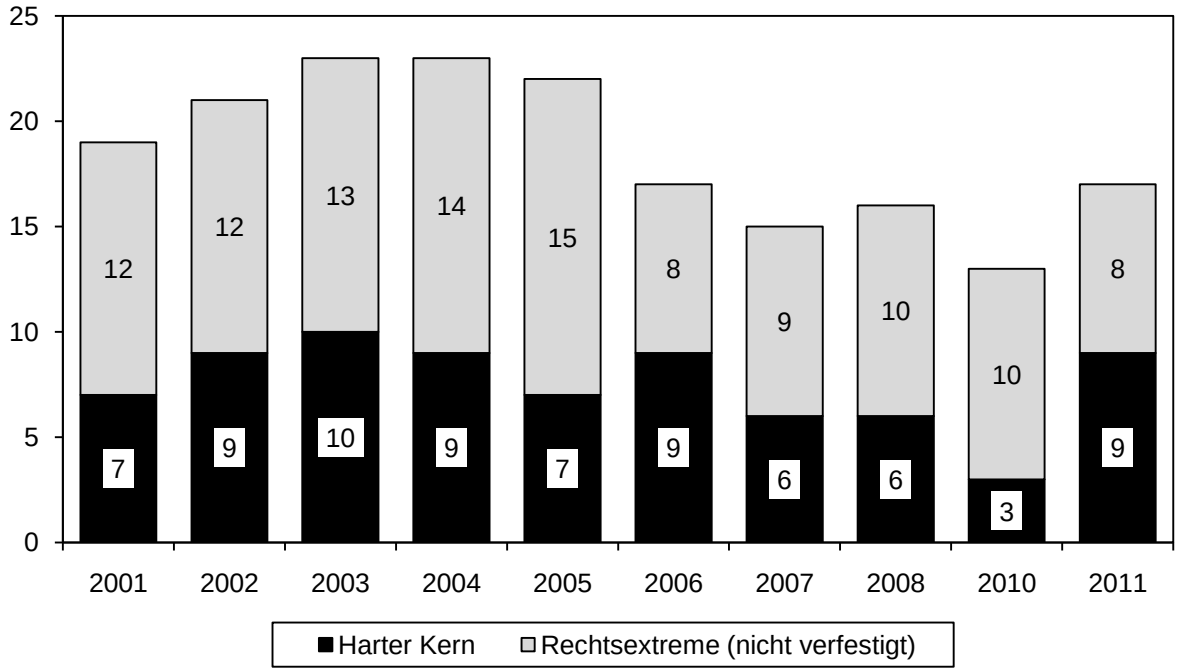


42 Als „ausländerfeindlich" werden alle Befragten eingestuft, die bei einem von drei bis zwölf Punkte reichenden Summenindex der drei ausländerfeindlichen Aussagen mindestens acht Punkte erreichen.

Allerdings war bisher ein übersteigerter Nationalismus, der als Bindeglied zwischen „altem“ und „neuem“ Rechtextremismus gesehen werden kann, in etwa in der gleichen Größenordnung wie die Ausländerfeindlichkeit verbreitet. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts waren die Werte in allen Dimensionen rückläufig. Dieser Trend wurde 2011 unterbrochen, sowohl für den „alten“ als auch für den „neuen“ Rechtsextremismus; allerdings liegen die Zustimmungswerte für die einzelnen Statements (mit einer Ausnahme) innerhalb der Bandbreite des vergangenen Jahrzehnts.

Ob sich in dieser Unterbrechung des Trends niederschlägt, dass infolge der Sarrazin-Debatte bereits bestehende ausländerfeindliche und nationalistische Einstellungen leichter artikuliert werden oder gar gefestigt wurden, oder ob es sich hier um eine Spätfolge der Weltwirtschaftskrise handelt (so Decker u. a. 2010, S. 139), lässt sich mit den Daten des THÜRINGEN-MONITORS nicht klären. Letzteres Szenario erscheint aber angesichts der sehr positiven Einschätzung sowohl der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens als auch der individuellen finanziellen Situation (s. o. Kap. II) unwahrscheinlich. Ohne systematische Erklärung muss auch offenbleiben, ob die Befunde des Jahres 2011 eine längerfristig wirksame Umkehrung einleiten, oder nur eine kurze Unterbrechung des bisherigen Entwicklungstrends bedeuten. Bildet man aus den Aussagen zu den zehn Statements einen Summenindex des Rechtsextremismus[43], so ergibt sich für das Jahr 2011 eine deutliche Steigerung des Anteils der Rechtsextremen von 13 auf 17 Prozent, was vor allem auf das Anwachsen des „harten Kerns“ Rechtsextremer mit einem festen Überzeugungssystem auf nunmehr neun Prozent zurückgeht (Abb. 37). Damit werden die Anteile des Jahres 2006 wieder erreicht.

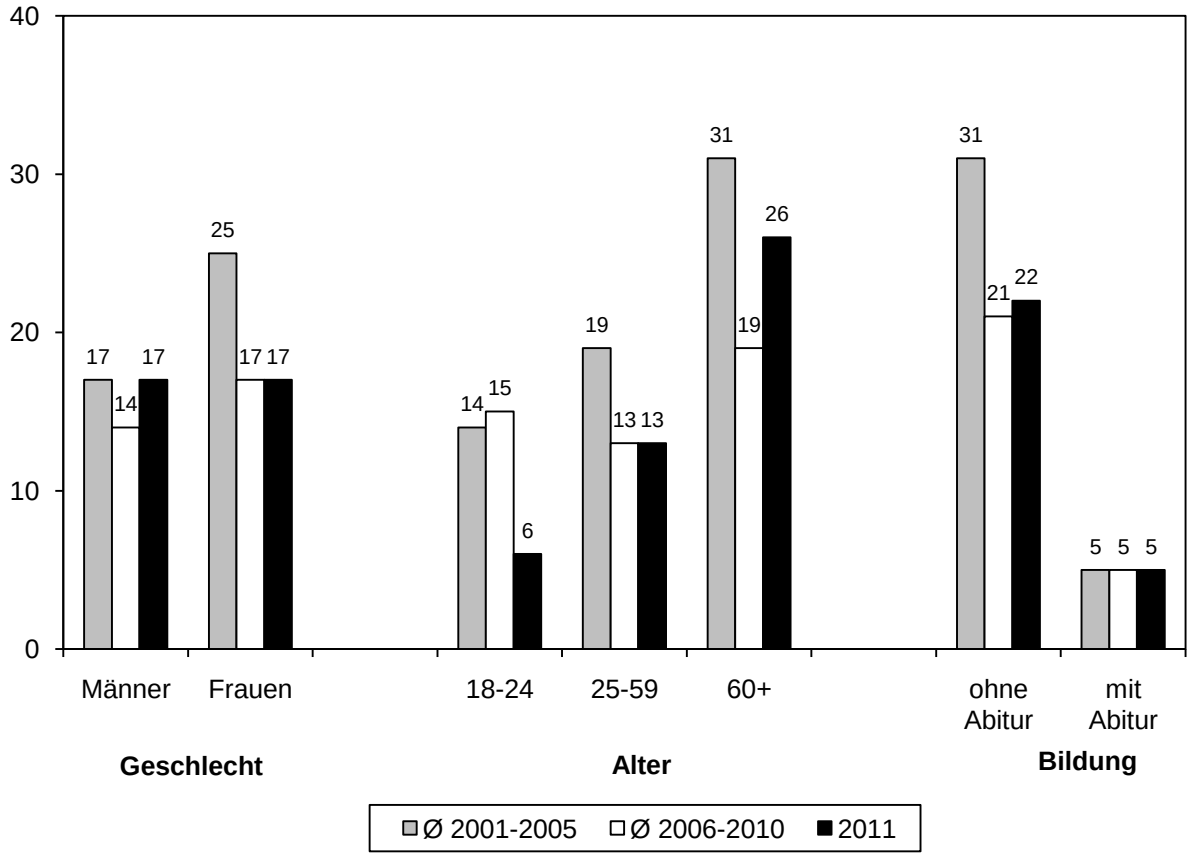
Abb. 37: ***Rechtsextremismus im Zeitverlauf (2001-2011)***
(in Prozent)



43 Wie in allen Vorjahren wird die Rechtsextremismus-Skala gebildet, indem die starke Ablehnung eines Statements mit 1 vercoded wird, die moderate Ablehnung mit 2, die moderate Zustimmung mit 3 und die starke Zustimmung mit 4. Addiert man diese Werte, so können die Befragten Werte zwischen 10 und 40 Punkten auf der Rechtsextremismus-Skala erreichen. Befragte mit Werten über 25 Punkten (Skalenmittelpunkt) gelten als rechtsextrem, Befragte mit Werten ab 30 Punkten zählen zum „harten Kern“.

Gibt es bestimmte Gruppen, in denen 2011 eine über- (bzw. unter-)durchschnittliche Zunahme rechtsextremer Auffassungen zu verzeichnen ist, oder haben sich die Veränderungen gleichmäßig in der Bevölkerung vollzogen? Da in den vergangenen Jahren größere Unterschiede insbesondere nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand auftraten, sollen diese Merkmale näher betrachtet werden, indem die Werte für 2011 jeweils mit dem Durchschnitt der Abschwungphase (2006-2010) und der Aufschwungphase (2001-2005) verglichen werden (Abb. 38).

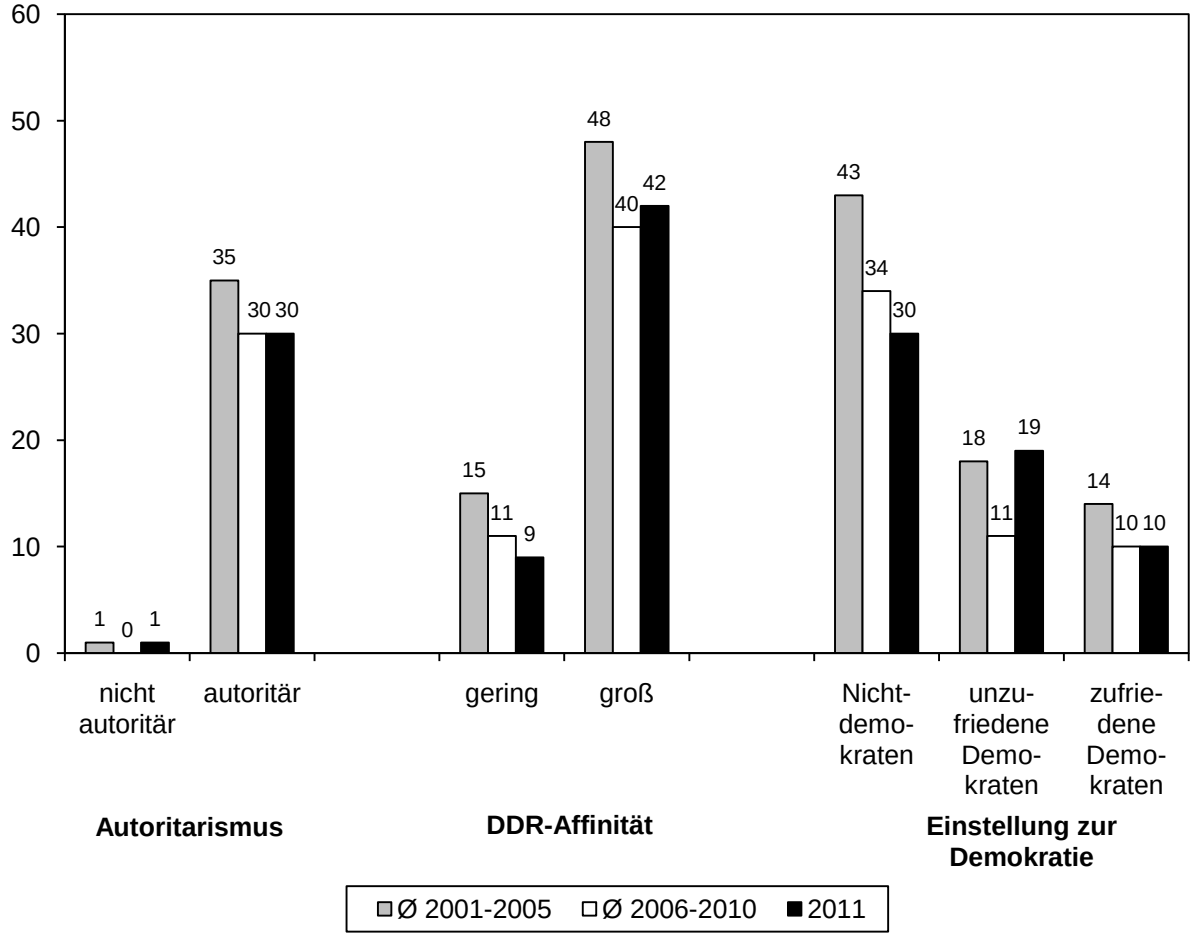
Abb. 38: ***Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung im Zeitverlauf*** *(in Prozent)*



Mit Blick auf den Effekt des Geschlechts der Befragten ist festzustellen, dass sich der Anteil der Frauen (17 Prozent) gegenüber der vorangegangenen Phase nicht verändert hat. Der generelle Anstieg ist deshalb darauf zurückzuführen, dass die Männer vermehrt rechtsextreme Einstellungen artikulieren und 2011 mit den Frauen gleichzogen. Damit ist der zunächst große „Vorsprung“ der Frauen (Ø 2001-2005: acht Prozentpunkte; Ø 2006-2010: drei Prozentpunkte) verschwunden. Eine andere Entwicklung zeigt sich hinsichtlich der Altersgruppen. Wies im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 die ältere Generation im Vergleich zu der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen etwa doppelt so hohe Anteile von Rechtsextremen auf, so haben sich diese Unterschiede im folgenden Jahrfünft fast nivelliert. 2011 hingegen wirkt sich das Alter wieder stark aus: In der ältesten Gruppe hat der Rechtsextremismus am stärksten zugenommen, in der jüngsten hat er dagegen sogar abgenommen. Höhere Bildung immunisiert 2011 wie schon zuvor weitgehend gegen Rechtsextremismus. Bei Befragten mit Abitur bleibt es 2011 wie in den Vorjahren bei einem Anteil von fünf Prozent, während er bei Befragten ohne Abitur auf 22 Prozent ansteigt.

Wie in der Vergangenheit stehen 2011 neben sozialstrukturellen Merkmalen auch Persönlichkeitsstrukturen und Einstellungen zum politischen System in engem Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen (Abb. 39). Autoritäre Persönlichkeitsprägungen gehen mit Rechtsextremismus einher. Wer Gehorsam und Disziplin als vorrangige Erziehungsziele ansieht und in unserer Zeit eine starke Hand als unabdingbar betrachtet, der neigt stark zu rechtsextremem Gedankengut. Umgekehrt ist der Rechtsextremismus für den nicht attraktiv, der die Demokratie als Ordnungsprinzip des Staates bejaht und darüber hinaus auch mit der Art, wie Demokratie in der Praxis betrieben wird, zufrieden ist.

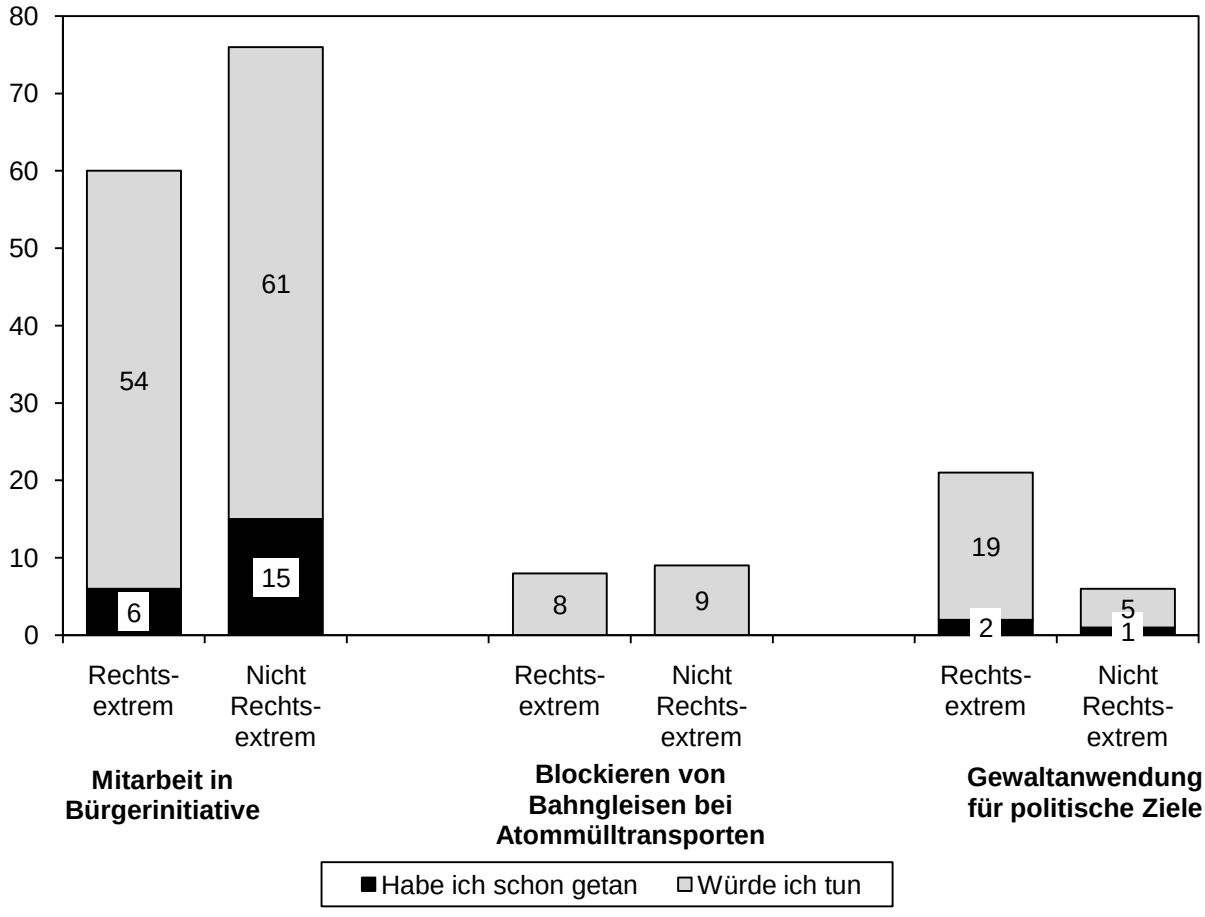
Abb. 39: ***Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Affinität und Einstellung zur Demokratie***
(in Prozent)



In ihrer Stärke haben sich diese Zusammenhänge im Zeitverlauf jedoch verändert: „Nichtdemokraten“ neigen 2011 in geringerem Maße dem Rechtsextremismus zu als in den vorangegangenen Jahren; dagegen sind „unzufriedene Demokraten“ 2011 offener für rechtsextreme Einstellungen als zuvor. Konstant geblieben ist die Affinität des rückwärtsgewandten Liebäugelns mit der untergegangenen Systemalternative des DDR-Sozialismus. Wer der DDR in der Rückschau mehr gute als schlechte Seiten abgewinnt oder wer gar zum Sozialismus zurückkehren möchte, neigt um ein Vielfaches häufiger zum Rechtsextremismus als diejenigen, denen diese Nostalgie fremd ist.

Von mindestens gleicher praktischer Relevanz wie die Frage nach Erklärungsfaktoren des Rechtsextremismus ist die nach den Folgen rechtsextremer Einstellungsmuster für das politische Verhalten. Nimmt man zunächst das Wahlverhalten in den Blick, so ist offensichtlich, dass eine unmittelbare Umsetzung von Einstellungen in ihnen entsprechendes Verhalten nicht die Regel sondern eher die Ausnahme ist. Denn einerseits wurde in Thüringen eine Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bei zwischen 13 und 23 Prozent der Wählerschaft gemessen, andererseits haben die rechtsextremen Parteien im Freistaat die Fünf-Prozent-Schwelle bei keiner Wahl erreicht. Dies liegt zum einen daran, dass Rechtsextreme und zumal der „harte Kern“ der Überzeugten zwar überdurchschnittlich rechtextremen Parteien zuneigen, weit überwiegend jedoch den im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien. Zum anderen gehören Rechtsextreme nicht zum politisch aktiven, sondern im Gegenteil zum eher passiven, politisch lethargischen Teil der Bevölkerung. Sie sind unterdurchschnittlich an politischen Fragen interessiert, gehen seltener zur Wahl und stehen vielen Formen politischer Beteiligung distanziert gegenüber. Dies gilt für die Kontaktaufnahme mit einem Politiker, auch für die Beteiligung an einer Demonstration und ebenso für die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einer Partei (Abb. 40). Zwei Drittel der Rechtsextremen, aber nur 43 Prozent der Nicht-Rechtsextremen geben an, sich noch nie in einer der genannten Formen politisch betätigt zu haben. Auch der Bürgerbeteiligung an öffentlichen Bauvorhaben und der Diskussion von Gesetzentwürfen der Regierung im Internet stehen sie mit vergleichsweise hoher Skepsis gegenüber.

Abb. 40: ***Rechtsextremismus: Bereitschaft zu legaler und illegaler politischer Beteiligung sowie politischer Gewalt***
(in Prozent)



Einzig in ihrer Bereitschaft, zur Erreichung politischer Ziele Gewalt anzuwenden, übertreffen Rechtsextreme die übrige Bevölkerung: Zwei Prozent geben an, bereits Gewalt angewandt zu haben, und weitere 19 Prozent erklären, dazu bereit zu sein (Nicht-Rechtsextreme: ein bzw. fünf Prozent). Ebenfalls in den Bereich der Gewaltanwendung und damit der illegalen politischen Beteiligung gehört die Blockade von Bahngleisen, die im Herbst 2010 bei Atommülltransporten auch in Thüringen in größerem Maße praktiziert wurde. Dass Rechtsextreme in etwa die gleiche Bereitschaft wie Nicht-Rechtsextreme bekunden, sich an einer Blockade der Bahngleise zur Verhinderung von Atommülltransporten zu beteiligen, zeigt, wie fließend die Übergänge zwischen gewaltbereiten Gruppen unterschiedlicher Zielsetzung sind.

VI. Fazit

Das Jahr 2010 war ein gutes Jahr für Thüringen; und auch in das Jahr 2011 ist der Freistaat gut gestartet. Thüringen hatte die jüngste Wirtschaftskrise vergleichsweise gut gemeistert. Im Durchschnitt des Jahres 2010 sank die Arbeitslosenquote in Thüringen erstmals seit Anfang der 1990er Jahre wieder unter 10 Prozent und im 1. Quartal 2011 übertrafen die Thüringer Exporte ihren bisherigen Höchststand. Vor diesem Hintergrund kann die sehr aufgehellte Stimmungslage nicht überraschen, in der die Thüringer bei der diesjährigen Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS Anfang Mai auf die jüngste Entwicklung zurückblickten. Nicht nur wurde die eigene finanzielle Situation von unverändert 61 Prozent mit gut oder sogar sehr gut eingeschätzt, auch der Anteil derjenigen, die die – im Regelfall skeptischer gesehene – allgemeine Wirtschaftslage Thüringens als (sehr) gut einstuften, stieg von Januar 2010 bis Mai 2011 von 38 auf 60 Prozent an – der stärkste Anstieg von einem Jahr zum nächsten und der höchste Wert, der bei den Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS bisher gemessen wurde. Entsprechend gut steht Thüringen im Vergleich da: Zwei Drittel der Befragten halten die Wirtschaftslage Thüringens für besser als die der anderen neuen Länder; für vier von fünf braucht Thüringen auch den Vergleich mit vielen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen. Neun von zehn Thüringern sind stolz auf das seit 1990 im Freistaat erreichte und der Anteil derjenigen, die sich in erster Linie als „Thüringer“ verstehen, war mit 56 Prozent noch nie so hoch.

Wie passt zu diesen guten Wirtschaftsdaten, wie passt zu dieser recht aufgeräumten Stimmung im Land, dass der Thüringer Rechnungshof sich im Oktober 2010 veranlasst sah, dem Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung einen Sonderbericht zu erstatten, in dem die finanzielle Lage des Freistaats als „dramatisch und besorgniserregend“ bezeichnet wird? Die Erklärung für diese kontrastierenden Befunde liegt in den unterschiedlichen Perspektiven. Kurzfristig betrachtet erlebte die Thüringer Wirtschaft 2010 und 2011 einen kräftigen Aufschwung. Langfristig betrachtet bedürfen die Thüringer Staatsfinanzen einer Konsolidierung, die „außerordentliche Kraftanstrengungen und drastische Einsparungen“ erfordert – die „bisher größte finanzwirtschaftliche Herausforderung in der Geschichte des Freistaats“ (Thüringer Rechnungshof).

Im Wesentlichen drei Faktoren führen die Thüringer Staatsfinanzen in diese prekäre Situation: Erstens der schrittweise Abbau der West-Ost-Transferleistungen des Solidarpakts II, die einen Großteil der bisherigen Staatseinnahmen ausmachen, bis 2019; zweitens das ab 2020 wirksame verfassungsrechtliche Verbot der Kreditfinanzierung; und schließlich drittens die Last der seit 1991 angehäuften Staatsschulden, deren Zinsleistungen (ohne Rückzahlungen) voraussichtlich über zehn Prozent der zukünftigen Ausgaben des Landeshaushalts ausmachen und damit die Handlungsfähigkeit des Landes erheblich einschränken werden. Dem Freistaat bleibt also eine Frist von wenigen Jahren, in der er sich auf das Szenario der Zeit ab 2020 einstellen kann. Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung befindet sich Thüringen dann in der „Normallage“ aller deutschen Länder: Es muss bei einer Steuerkraft von derzeit ca. der Hälfte des Durchschnitts der deutschen Länder und ohne die Möglichkeit der weiteren Verschuldung von eigenen Einnahmen sowie von Einkünften aus dem vertikalen und dem horizontalen Finanzausgleich wirtschaften. Es steht außer Frage, dass die Einstellung auf diese „Normallage“ drastische Einschnitte der Staatsausgaben und damit eine neue Prioritätensetzung der Staatsaufgaben erfordert.

Wie sehen die Thüringer die Aufgaben des Staates? Wie stehen sie zu den unterschiedlichen Optionen der Haushaltskonsolidierung? Können sie sich mit Ausgabenkürzungen anfreunden? Und gegebenenfalls mit welchen? Die Thüringer haben ein weites Verständnis der Staatsaufgaben; ihre Erwartungen an den Staat sind hoch. So soll der Staat für die (soziale) Sicherheit sorgen, er soll auch die sozialen Unterschiede ausgleichen; er soll als Erzieher nicht nur der Heranwachsenden sondern aller Bürger auftreten, der diese daran hindert, ihre eigene Gesundheit oder die Umwelt zu gefährden; seine Rolle als Beschützer wird so wichtig genommen, dass ihm zugestanden wird, notfalls auch in die Grundrechte einzugreifen.

Ungeachtet der hohen Erwartungen, an den Staat gerichtet werden, rangiert für die Thüringer die Eigenverantwortung der Bürger vor der Fürsorge des Staates. „Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen“, fordern neun von zehn Befragten. Und auch die Wirtschaft sehen die Thüringer nicht als Domäne des Staates: Für die wirtschaftliche Entwicklung sei es am besten, wenn der Staat nicht in die Wirtschaft eingreife. Deshalb sollten auch die Banken und nicht der Staat die Kosten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise tragen. Gleichwohl erwarten die Thüringer in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit eine Absicherung des Einzelnen durch die Solidargemeinschaft; sie wollen in einer Gesellschaft leben, in der Solidarität mehr zählt als Leistung.

Den besten Weg zur Konsolidierung des Landeshaushalts sehen die Thüringer auf der Ausgabenseite: 82 Prozent geben Ausgabenkürzungen gegenüber Steuererhöhungen (elf Prozent) oder der Aufnahme neuer Schulden (acht Prozent) den Vorzug. Auch der Vorschlag, die Aufnahme neuer Schulden in der Verfassung zu verbieten, findet eine wenn auch geringere, so doch deutliche Mehrheit (61 Prozent). Und Mehrheiten unter den Anhängern sämtlicher Parteien unterstützen die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die Thüringer Landesverfassung. Das Votum für Ausgabenkürzungen und gegen die Aufnahme neuer Schulden mag nicht zuletzt deshalb so klar ausfallen, weil die aktuelle Entwicklung in Griechenland, Spanien und Portugal sowie die nur knapp abgewendete Zahlungsunfähigkeit der Regierung der wichtigsten Wirtschaftsmacht der Welt die Folgen exzessiver Staatsverschuldung vor Augen geführt haben.

Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung sehr deutlich, dass auch in Thüringen die Einsicht in die Notwendigkeit der Reduktion der Staatsausgaben einerseits und die Bereitschaft, Einschnitte in konkreten Bereichen zu akzeptieren, andererseits nicht das Gleiche sind. Wird nach einzelnen Bereichen gefragt, so erweist sich, dass die Akzeptanz von Kürzungen in zweifacher Hinsicht begrenzt ist: Sie richtet sich zum einen die Interessenlage der Betroffenen (z. B. Widerstand der höher Gebildeten gegen Einschnitte bei Hochschulen, Theatern und Orchestern; der Eltern gegen solche bei Schulen und Kinderbetreuung). Zum anderen sind die Bereiche Bildung und Polizei weitgehend tabu. So werden aber gerade bei denjenigen Aufgaben des Landes Kürzungen abgelehnt, die personal- und damit kostenintensiv sind. Noch deutlicher sind die Reserven, wenn nicht generell nach Kürzungen, sondern speziell nach Personaleinsparungen gefragt wird. Mehr als ein Drittel hält eine Personalreduktion in keinem Bereich für vertretbar oder gar für sinnvoll. Eine nennenswerte Bereitschaft zu Personaleinsparungen ist lediglich für die Gerichte erkennbar.

Im Unterschied zu Ausgaben- und Personalkürzungen findet ein anderer Einsparungsvorschlag große Akzeptanz: Gebietsreformen. Fast zwei Drittel der Befragten wären, würden damit Kosten gespart, mit der Zusammenlegung Thüringens mit einem seiner Nachbarländer einverstanden. Mit einer noch größeren Zustimmung von jeweils vier Fünfteln könnte die Fusion benachbarter Landkreise und Kommunen rechnen. Und 58 Prozent der Thüringer könnten sich sogar mit Fusionen auf allen drei Ebenen anfreunden. Eine realistische Einschätzung wird jedoch zu dem Ergebnis kommen, dass einerseits mit einer Länderneugliederung

nach allen mit derartigen Projekten gemachten Erfahrungen mittelfristig nicht zu rechnen ist, und dass andererseits Gebietsreformen innerhalb des Landes nicht nur wegen möglicherweise nachteiliger Folgen für die Bürgernähe, sondern auch im Hinblick auf das zu erwartende Einsparpotential umstritten sind. Jedoch: Wie auch immer die Realisierungschancen und die Einspareffekte einzuschätzen sind, unstrittig ist, dass Gebietsreformen nicht als Alternative, sondern im besten Fall als Ergänzung von Ausgabenreduktionen in anderen Bereichen gelten können.

Es bleibt also die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger in Thüringen, Wege zu Einsparungen zu finden; ohne sie ist eine Konsolidierung des Landeshaushalts unmöglich. Wie kann das gelingen mit Bürgern (und Wählern), die in ihrer großen Mehrheit zwar grundsätzlich Haushaltskürzungen gutheißen, jedoch wenn es konkret wird (v.a. wenn es sie selbst betrifft), keine Abstriche an den Leistungen zulassen wollen, auf die sie glauben berechtigte Ansprüche zu haben? Um einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen, ist der Blick auf ein breiteres Spektrum politischer Denk- und Verhaltensmuster der Thüringer zu richten, als das bisher geschehen ist.

Die Thüringer können in ihrer weit überwiegenden Mehrheit als Demokraten gelten; sie halten die Demokratie für die beste Staatsform und bejahen die Verfassungsordnung des Grundgesetzes. Ein zunehmender Teil von ihnen ist auch mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Praxis funktioniert, zufrieden. Wiewohl einige Anzeichen für eine Verfestigung demokratischer Orientierungen sprechen, wird das Bild durch das Fünftel der Thüringer eingetrübt, die von Demokratie nichts halten. Zu ihnen gehören auch die Rechtsextremen. Seit 2004 rückläufig, hat die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen 2011 erstmals wieder zugenommen. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus sind häufiger anzutreffen, sodass 2011 rechtsextremes Gedankengut bei 17 Prozent der Thüringer verbreitet ist. Ob sich in dieser Unterbrechung des rückläufigen Trends niederschlägt, dass infolge der Sarrazin-Debatte bereits bestehende ausländerfeindliche oder chauvinistische Auffassungen leichter artikuliert werden oder gar gefestigt wurden, oder ob es sich hier etwa um die Spätfolge der Weltwirtschaftskrise handelt, lässt sich mit den Daten des THÜRINGEN-MONITORS nicht klären. Gerade weil mangels schlüssiger Erklärung offenbleiben muss, ob die Befunde des Jahres 2011 nur eine kurze Unterbrechung des bisher rückläufigen Trends bedeuten oder aber eine längerfristig wirksame Umkehr, bleibt hohe Wachsamkeit geboten.

So große Aufmerksamkeit der Rechtsextremismus auch verdient, es sind ganz andere politische Denkmuster der Mehrheit der Thüringer, die ihr Verhältnis zu Staatsaufgaben und Staatsausgaben verständlich machen. Ein Schlüssel liegt in ihrem Demokratieverständnis. Dieses ist geprägt von Vorstellungen wie der, dass es in einer Demokratie mehr auf das Ergebnis von Politik als auf die politische Beteiligung ankomme, oder dass die Austragung von Konflikten zwischen Interessen dem Allgemeinwohl schade. Die Wirksamkeit solcher Denkmuster zeigt sich auch in dem unterschiedlichen Maß an Vertrauen, das staatlichen Institutionen entgegen gebracht wird. Die ausführenden, der Politik entzogenen rechtsstaatlichen Institutionen (Polizei, Gerichte) genießen erheblich mehr Vertrauen als die Kerninstitutionen des demokratischen Verfassungsstaats: die Regierungen und die Parlamente. Denjenigen Institutionen, die in einer Demokratie für Konfliktaustragung und politische Willensbildung verantwortlich sind, fällt es offensichtlich schwerer, das Vertrauen der Bürger zu erwerben, als denjenigen, die unabhängig vom Charakter des politischen Systems bestimmte, für das Alltagsleben der Bürger relevante Leistungen zu erbringen.

Hier werden Züge eines Demokratieverständnisses sichtbar, das die staatlichen Institutionen vornehmlich an den von ihnen erbrachten Leistungen misst, der Vertretung von Interessen

misstraut und die Austragung von Konflikten scheut. In einem solchen obrigkeitsstaatlich geprägten Staatsverständnis besteht die Beziehung von Staat und Bürger im Kern in einem Verhältnis von Treue gegen Sorge, von Loyalität gegen Leistung. Die Rolle des Bürgers reduziert sich auf die eines Leistungsempfängers. Aus dieser Rolle begründen sich Ansprüche auf Leistungen, ja auf einmal erreichte „Besitzstände". Es ist dieses weitverbreitete Rollenverständnis, das in demokratischen Systemen mit regelmäßig wiederkehrenden Wahlen diejenigen Parteien und Politiker prämiiert, die den Leistungsforderungen oder auch nur den Erwartungen der Wähler am weitesten entgegen kommen. Die Wähler können sich dabei mangels hinreichender Kenntnisse der Staatsfinanzen in der „Fiskalillusion" (Buchanan/Wagner) wiegen, die staatlichen Leistungen seien zu geringen Kosten zu erbringen.

Dieser Mechanismus, in dem die politischen Entscheidungsträger auf tatsächlichen oder vermeintlichen Druck der Wähler Ausgabenentscheidungen treffen (notfalls zu Lasten Dritter, nämlich der nächsten Generationen), kann nur durchbrochen werden, wenn beide Seiten die Kosten, die mit diesen Entscheidungen verbunden sind, in ihre Kalküle mit einbeziehen müssen. Auf dieser Überlegung beruhen Vorschläge, etwa die Höhe staatlicher Leistungen von der Höhe der Staatsverschuldung abhängig zu machen, oder die in den Regelungen der „Schuldenbremse" vorgesehene Konjunktur-Ausgleichspflicht an die Wahlperioden zu koppeln.

Für die Seite der Wähler kommt es darauf an, dass sie die Staatsfinanzen wieder als ihre eigenen Steuergelder wahrnehmen und wie bei privaten Ausgabenentscheidungen Kosten gegen Nutzen abwägen lernen, statt ohne Rücksicht auf Kosten auf Leistungsexpansion zu drängen. Das setzt voraus, dass die „Fiskalillusion" der Bürger durch möglichst umfassende Information bekämpft wird. Zu Recht fordert daher der Thüringer Rechnungshof (2010, S. 27): „Der Öffentlichkeit ist die äußerst prekäre finanzielle Lage des Freistaats schonungslos darzulegen sowie das Ziel und der Zweck der notwendigen (Spar-) Maßnahmen zu erläutern." Erfahrungen in der Schweiz, wo parlamentarische und direktdemokratische Entscheidungsverfahren über Budgetfragen ineinandergreifen, zeigen, dass bei großer Transparenz das Vertrauen auf das Verantwortungs- und Kostenbewusstsein der Bürger gerechtfertigt ist. Die Erfahrungen deutscher, auch Thüringer Kommunen mit „Bürgerhaushalten" lassen erkennen, dass auch durch nichtverbindliche Beteiligungsmöglichkeiten an kommunalen Haushaltsentscheidungen ein neues Bewusstsein im Umgang mit öffentlichen Geldern entstehen kann.

Will der Freistaat Thüringen auch in der haushaltspolitischen „Normallage" nach der Zäsur von 2020 weiterhin eigene Entscheidungen über Prioritäten der Aufgabenwahrnehmung treffen können, so muss er seine jetzt gegebenen Handlungsspielräume nutzen. Dazu gehören Haushaltsdisziplin und Schuldentilgung zur Minimierung von Haushaltsrisiken, umfassende Information der Bürger über die finanzwirtschaftliche Lage und eine Debatte über mittel- und langfristige Perspektiven des Freistaats.

Literatur

Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.

Altmann, Jörn (2007): Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Stuttgart.

Bajohr, Stefan (2007): Grundriß staatliche Finanzpolitik. Eine praktische Einführung, 2. Auflage, Wiesbaden.

Bertelsmann-Stiftung (2008): Bürger und Föderalismus. Eine Umfrage zur Rolle der Bundesländer, Gütersloh.

Biedenkopf, Kurt (2011): Wir haben die Wahl. Freiheit oder Vater Staat, Berlin.

Bohley, Peter (2003): Die öffentliche Finanzierung: Steuern, Gebühren und öffentliche Kreditaufnahme, München.

Buchanan, James / Wagner, Richard E.(1977): Democracy in Deficit. The Political Legacy of Lord Keynes, London u.a.

Bundesfinanzministerium (2011): Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2010.

Bundesinnenministerium (2011): Verfassungsschutzbericht 2010.

Decker, Oliver u. a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland.

Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York.

European Commission (2008): Public Finance in EMU-2008, Brüssel.

European Commission (2010): Public Finance in EMU-2010, Brüssel.

Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 81-113.

Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: ders. / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess (Festschrift für Hans-Dieter Klingemann), Wiesbaden, S. 27-49.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München.

Gensicke, Thomas (1996): Modernisierung, Wertewandel und Mentalitätsentwicklung in der DDR, in: Bertram, Hans / Hradil, Stefan / Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen, S. 101-140.

Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Public, Princeton.

Institut für Demoskopie (2004): Der Wert der Freiheit. Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen, Allensbach.

Kaase, Max (1979): Legitimitätskrise in westlichen Industriegesellschaften. Mythos oder Realität?, in: Helmut Klages u. a. (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/Main und New York, S. 328-350.

Keynes, John Maynard (1971-1998): Collected Writings (Cambridge), Band 21, S. 84-92.

Kirchgässner, Gebhard (2004): Zum Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und wirtschaftlicher Entwicklung, Discussion Paper 2004-16, University of St. Gallen, Department of Economics.

Kirchhof, Paul (2005): Die Staatsverschuldung als Ausnahmeinstrument, in: Grupp, Klaus / Hufeld, Ulrich (Hrsg.): Recht – Kultur – Finanzen. Festschrift für Reinhard Mußgnug, Heidelberg, S. 131-147.

Klages, Helmut / Gensicke, Thomas (2006): Wertesynthese – funktional oder dysfunktional?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58, S. 332-351.

Lieberknecht, Christine (2010): Thüringen 2020. Jenaer Rede zum Tag der Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 10. Juni 2010.

Lingelbach, Gerhard (Hrsg.) (2000): Staatsfinanzen – Staatsverschuldung – Staatsbankrotte in der europäischen Staaten- und Rechtsgeschichte, Köln u.a..

Machiavelli, Niccolò (1513/1532): Il Principe, zahlreiche Ausgaben.

Mayer, Tilmann / Kortmann, Martina (2010): Politische Kultur, in: Irene Gerlach u. a. (Hrsg.): Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden, S. 181-199.

Mühlfriedel, Wolfgang (1996): Die thüringische Wirtschaft im Wandel, in: Karl Schmitt (Hrsg.): Thüringen. Eine politische Landeskunde, 1. Auflage, Weimar / Köln / Wien, S. 242-266.

Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, Bd. 11, München.

Norgaard, Richard B. (1992): Sustainability and the Economics of Assuring Assets for Future Generations, World Bank Policy Research Working Paper WPS 832, Washington.

Nozick, Robert (1974): Anarchy, State, and Utopia, New York.

Olson, Mancur (2004/1965): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Logik der Gruppen, Tübingen (Original: The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups, 1965).

Paqué, Karl-Heinz (2009): Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München.

Roller, Edeltraud (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des soziokulturellen Wertewandels, in: Thomas Ellwein und Everhard Holtmann, (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen - Perspektiven, PVS- Sonderheft 30, Opladen / Wiesbaden, S. 229- 246.

Ryczweski, Christoph (2011): Die Schuldenbremse im Grundgesetz, Berlin.

Schemmel, Lothar (o. J.): Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen, Berlin.

Schweinberger, Andreas (2005): Ein VAR-Modell für den Zusammenhang zwischen öffentlichen Ausgaben und Wirtschaftswachstum in Deutschland, Arbeitspapier, Institut für Statistik und Ökonometrie, Universität Mainz.

Sonntag, André / Walter, Rolf / Schreiber, Jürgen (2011): Thüringens Wirtschaft im Wandel, in: Karl Schmitt (Hrsg.): Thüringen. Eine politische Landeskunde, 2. Auflage, Baden-Baden, S. 287-307.

Stabilitätsrat (2010), Sitzung am 15. Oktober 2010, TOP 1, Beschluss zur Haushaltsüberwachung.

Thüringer Finanzministerium (2010): Bericht an den Stabilitätsrat für das Jahr 2010.

Thüringer Finanzministerium (2010a): Rede zur Einbringung des Thüringer Landeshaushalts 2011 am 7. Oktober 2010 im Thüringer Landtag.

Thüringer Finanzministerium (2010b): Zwischenbericht der Thüringer Haushaltsstrukturkommission.

Thüringer Finanzministerium (2010c): Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ für das Jahr 2009.

Thüringer Innenministerium (2011): Verfassungsschutzbericht 2010.

Thüringer Rechnungshof (2010): Sonderbericht „Konsolidierung des Thüringer Landeshaushalts“.

Thüringer Rechnungshof (2011): Jahresbericht 2011 mit Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrechnung 2009.

Walter, Rolf / Meißner, Betina / Schreiber, Jürgen (2009): Brücken in die Zukunft. Die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens 1989-2009, Jena.

Wolff, Jürgen H. (2009): „Solidarität“ und Entwicklungshilfe. Zur Moralisierung eines Politikbereiches in nicht immer ganz uneigennütziger Absicht, in: Theodor Hanf u. a. (Hrsg.): Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt, Baden-Baden, S. 469-472.

Wolff, Jürgen H. (2011 i.E.): „Renaissance des Staates?“ – und die Wirtschaftskrise. Anmerkungen zu einem missverständlichen Tagungsthema, Baden-Baden.

World Bank (1992): World Development Report. Development and the Environment, Washington.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORe

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u. a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen, Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORe sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/ abrufbar.

Anhang

Tabellarische Übersichten

A 1	Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen
A 2	Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern
A 3	Stolz auf das seit 1990 in Thüringen Erreichte
A 4	Standortfaktoren: Arbeits- und Ausbildungsplätze
A 5	Standortfaktoren: Kulturangebot
A 6	Standortfaktoren: Hochschulen
A 7	Standortfaktoren: Kinderbetreuung
A 8	Standortfaktoren: Verdienstmöglichkeiten
A 9	Standortfaktoren: schöne Städte
A 10	Standortfaktoren: Verkehrsinfrastruktur
A 11	Identifikation
A 12	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A 13	Eigene finanzielle Situation
A 14	Gerechter Anteil
A 15	Freiheit oder Gleichheit
A 16	Freiheit oder Sicherheit
A 17	Wertorientierungen
A 18	Bevorzugte Gesellschaft: Leistung oder Solidarität
A 19	Aufgaben des Staates: Einkommensunterschiede verringern
A 20	Aufgaben des Staates: Freie Wirtschaft
A 21	Aufgaben des Staates: Eingriff in Grundrechte bei Terrorgefahr
A 22	Aufgaben des Staates: Einschränkung Freiheitsrechte zum Schutz der Gesundheit
A 23	Aufgaben des Staates: Verteuerung von Langstreckenflügen für Umweltschutz
A 24	Aufgaben des Staates: Kosten der Finanzkrise sollten Banken tragen
A 25	Wirtschaftsordnung: Verhältnis Markt und Soziales
A 26	Staat und Wirtschaft: Steuereinnahmen Grundlage staatlicher Handlungsfähigkeit
A 27	Staat und Wirtschaft: Schuldenbremse in Verfassung verankern
A 28	Staat und Wirtschaft: Eigenverantwortung statt staatlicher Stütze
A 29	Staat und Wirtschaft: Staat nimmt Steuern ohne Gegenleistung

A	30	Ausgleich Staatshaushalt bis 2020
A	31	Ausgabenkürzungen: Umweltschutz
A	32	Ausgabenkürzungen: Kinderbetreuung
A	33	Ausgabenkürzungen: Schulen
A	34	Ausgabenkürzungen: Hochschulen
A	35	Ausgabenkürzungen: Polizei
A	36	Ausgabenkürzungen: Theater und Orchester
A	37	Ausgabenkürzungen: Sportförderung
A	38	Ausgabenkürzungen: Flugplätze
A	39	Ausgabenkürzungen: Straßenbau
A	40	Ausgabenkürzungen: Wirtschaftsförderung
A	41	Ausgabenkürzungen: Städtebau-Förderung und Dorf-Erneuerung
A	42	Ausgabenkürzungen: Hochwasserschutz
A	43	Ausgabenkürzungen: Ausbau erneuerbarer Energien
A	44	Zusammenlegung Thüringen mit Nachbarländern
A	45	Zusammenlegung eigene(r) Kreis/Stadt mit Nachbarkreis/-stadt
A	46	Zusammenlegung eigene Stadt/Gemeinde mit Nachbarstadt/-gemeinde
A	47	Personalabbau Öffentlicher Dienst: Gerichte
A	48	Personalabbau Öffentlicher Dienst: Polizei
A	49	Personalabbau Öffentlicher Dienst: Schulen
A	50	Personalabbau Öffentlicher Dienst: Hochschulen
A	51	Akzeptanz Onlineabwicklung von Behördengängen
A	52	Interesse an Politik
A	53	Demokratiezufriedenheit
A	54	Demokratie beste Staatsidee
A	55	Demokratie: unvereinbar mit großer sozialer Ungleichheit
A	56	Demokratie: Ergebnis wichtiger als Beteiligung
A	57	Demokratie: Pluralismus schadet Allgemeinwohl
A	58	Demokratie: keine Rechtsgleichheit für Schwerverbrecher
A	59	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A	60	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A	61	Institutionenvertrauen: Gerichte
A	62	Institutionenvertrauen: Polizei
A	63	Zufriedenheit mit Verfassungsordnung

A 64	Fehlender Einfluss auf Regierung
A 65	Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
A 66	Politische Partizipation: an einen Politiker wenden
A 67	Politische Partizipation: an einer Unterschriftensammlung teilnehmen
A 68	Politische Partizipation: in einer politischen Partei mitarbeiten
A 69	Politische Partizipation: in einer Bürgerinitiative mitarbeiten
A 70	Politische Partizipation: an einer Demonstration teilnehmen
A 71	Politische Partizipation: bei Atommülltransporten Bahngleise blockieren
A 72	Politische Partizipation: wenn notwendig, mit Gewalt für Ziele kämpfen
A 73	Politische Partizipation: an öffentlichen Bauvorhaben beteiligen
A 74	Politische Partizipation: an Diskussion zu Gesetzesentwürfen teilnehmen
A 75	Wir brauchen eine starke Hand
A 76	Gehorsam und Disziplin wichtig
A 77	Angst vor sozialem Abstieg
A 78	Bewertung der deutschen Einheit
A 79	DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
A 80	Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren
A 81	Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet
A 82	Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
A 83	Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
A 84	Es gibt wertvolles und unwertes Leben
A 85	Der Stärkere sollte sich durchsetzen
A 86	Deutschland braucht hartes Durchsetzen gegenüber Ausland
A 87	Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
A 88	Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
A 89	Juden passen nicht so recht zu uns
A 90	Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

Tabelle A1

Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	37	43	11	5	4
Geschlecht						
männlich	510	32	45	13	7	3
weiblich	554	42	42	10	2	4
Alter						
18-24 Jahre	83	26	44	20	9	0
25-34 Jahre	131	36	47	14	0	3
35-44 Jahre	167	36	43	13	6	2
45-59 Jahre	317	39	46	10	3	2
60 Jahre und älter	366	40	39	9	5	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	44	34	10	7	6
10. Klasse	497	37	46	11	3	3
Abitur	76	38	44	18	1	0
(Fach-)Hochschule	209	31	50	11	5	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	36	46	12	4	2
in Ausbildung	53	39	48	14	0	0
arbeitslos	51	31	38	18	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	40	39	10	5	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	41	41	8	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	34	49	15	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	30	45	17	5	4
Landw./Selbst./Freib.	57	38	54	3	4	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	39	41	12	5	3
evangelisch	283	35	48	8	5	5
katholisch	89	33	47	20	0	1

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	16	41	25	8	10
Geschlecht						
männlich	510	18	40	22	10	10
weiblich	554	15	42	27	7	10
Alter						
18-24 Jahre	83	20	44	23	0	13
25-34 Jahre	131	13	52	20	12	3
35-44 Jahre	167	18	48	22	9	3
45-59 Jahre	317	16	40	30	6	8
60 Jahre und älter	366	15	35	24	10	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	17	32	26	10	16
10. Klasse	497	15	38	27	10	9
Abitur	76	18	55	23	1	4
(Fach-)Hochschule	209	14	55	21	5	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	16	45	26	7	6
in Ausbildung	53	13	64	9	5	8
arbeitslos	51	20	21	32	13	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	16	34	26	10	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	19	43	19	9	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	17	39	32	8	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	10	58	25	2	4
Landw./Selbst./Freib.	57	12	59	20	5	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	17	39	27	9	9
evangelisch	283	14	45	24	7	11
katholisch	89	17	45	17	10	12

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A3

Stolz auf das seit 1990 in Thüringen Erreichte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	43	44	8	2	2
Geschlecht						
männlich	510	36	47	11	3	3
weiblich	554	50	41	6	1	2
Alter						
18-24 Jahre	83	40	51	7	0	3
25-34 Jahre	131	31	51	10	2	5
35-44 Jahre	167	49	44	5	2	0
45-59 Jahre	317	42	45	10	2	1
60 Jahre und älter	366	46	39	8	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	50	36	7	4	4
10. Klasse	497	42	45	10	2	2
Abitur	76	38	52	8	1	1
(Fach-)Hochschule	209	38	50	7	1	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	41	47	9	2	2
in Ausbildung	53	35	54	6	0	5
arbeitslos	51	37	47	9	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	48	38	8	3	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	37	46	12	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	43	49	7	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	42	44	10	0	4
Landw./Selbst./Freib.	57	44	45	5	2	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	42	42	10	3	3
evangelisch	283	43	51	4	1	1
katholisch	89	49	37	10	0	4

Auf das, was hier in Thüringen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein.

Tabelle A4

Standortfaktoren: Arbeits- und Ausbildungsplätze

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	83	16	1	0	0
Geschlecht						
männlich	510	78	21	1	0	0
weiblich	554	87	12	1	0	1
Alter						
18-24 Jahre	83	86	14	0	0	0
25-34 Jahre	131	82	15	2	0	0
35-44 Jahre	167	90	9	0	0	0
45-59 Jahre	317	84	15	1	0	0
60 Jahre und älter	366	79	20	1	0	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	76	22	1	0	1
10. Klasse	497	84	15	1	0	0
Abitur	76	91	9	0	0	0
(Fach-)Hochschule	209	85	14	1	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	86	13	1	0	0
in Ausbildung	53	89	11	0	0	0
arbeitslos	51	78	22	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	78	20	0	0	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	81	19	0	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	89	11	0	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	88	8	4	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	86	11	4	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	82	17	1	0	0
evangelisch	283	86	12	0	0	1
katholisch	89	83	16	0	0	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen?

Tabelle A5

Standortfaktoren: Kulturangebot

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	36	49	13	1	1
Geschlecht						
männlich	510	29	52	17	2	1
weiblich	554	43	46	8	1	1
Alter						
18-24 Jahre	83	41	34	25	0	0
25-34 Jahre	131	33	52	13	2	0
35-44 Jahre	167	44	46	8	2	0
45-59 Jahre	317	37	48	14	1	1
60 Jahre und älter	366	32	54	10	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	30	54	13	1	2
10. Klasse	497	38	48	12	2	1
Abitur	76	36	40	23	1	0
(Fach-)Hochschule	209	40	50	9	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	37	48	14	1	0
in Ausbildung	53	53	28	19	0	0
arbeitslos	51	37	46	15	3	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	33	54	10	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	28	54	16	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	43	44	13	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	37	51	10	1	0
Landw./Selbst./Freib.	57	42	42	14	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	36	49	13	2	1
evangelisch	283	37	51	11	0	1
katholisch	89	33	48	18	1	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit dem Kulturangebot?

Tabelle A6

Standortfaktoren: Hochschulen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	57	39	3	1	1
Geschlecht						
männlich	510	56	40	2	1	1
weiblich	554	57	38	3	1	2
Alter						
18-24 Jahre	83	58	34	7	0	0
25-34 Jahre	131	57	39	4	0	0
35-44 Jahre	167	59	35	3	2	1
45-59 Jahre	317	54	41	3	0	2
60 Jahre und älter	366	57	39	1	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	52	41	4	1	2
10. Klasse	497	50	45	3	1	1
Abitur	76	76	24	0	0	0
(Fach-)Hochschule	209	72	25	1	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	55	40	3	1	1
in Ausbildung	53	76	24	0	0	0
arbeitslos	51	53	40	6	1	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	56	39	2	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	43	52	3	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	56	40	3	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	71	23	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	67	25	5	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	55	39	4	1	1
evangelisch	283	57	40	1	0	2
katholisch	89	64	33	3	0	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit den Hochschulen?

Tabelle A7

Standortfaktoren: Kinderbetreuung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	80	18	1	0	1
Geschlecht						
männlich	510	74	24	1	0	0
weiblich	554	86	13	0	0	1
Alter						
18-24 Jahre	83	84	15	1	0	0
25-34 Jahre	131	82	17	1	0	0
35-44 Jahre	167	88	12	0	0	0
45-59 Jahre	317	79	19	1	0	1
60 Jahre und älter	366	76	22	1	1	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	74	23	0	1	1
10. Klasse	497	82	17	0	0	0
Abitur	76	88	11	1	0	0
(Fach-)Hochschule	209	79	17	3	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	83	16	1	0	0
in Ausbildung	53	89	9	2	0	0
arbeitslos	51	73	28	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	76	21	1	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	81	19	0	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	86	13	0	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	80	18	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	78	17	4	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	80	19	1	0	0
evangelisch	283	83	15	1	0	1
katholisch	89	77	23	0	0	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit der Kinderbetreuung?

Tabelle A8

Standortfaktoren: Verdienstmöglichkeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	74	23	2	0	0
Geschlecht						
männlich	510	72	24	3	0	0
weiblich	554	76	22	1	0	0
Alter						
18-24 Jahre	83	71	24	4	0	0
25-34 Jahre	131	70	27	4	0	0
35-44 Jahre	167	83	16	1	0	0
45-59 Jahre	317	74	24	2	0	0
60 Jahre und älter	366	73	25	2	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	70	28	2	0	0
10. Klasse	497	80	18	2	0	0
Abitur	76	59	33	7	0	0
(Fach-)Hochschule	209	72	26	2	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	76	22	2	0	0
in Ausbildung	53	69	25	7	0	0
arbeitslos	51	78	20	2	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	72	25	2	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	76	22	2	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	77	22	1	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	74	21	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	73	27	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	75	24	1	0	0
evangelisch	283	77	20	3	0	0
katholisch	89	66	27	7	0	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit guten Verdienstmöglichkeiten?

Tabelle A9

Standortfaktoren: schöne Städte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	33	55	11	1	1
Geschlecht						
männlich	510	29	59	11	1	0
weiblich	554	38	51	11	0	1
Alter						
18-24 Jahre	83	24	56	19	2	0
25-34 Jahre	131	15	58	27	0	0
35-44 Jahre	167	34	56	10	0	0
45-59 Jahre	317	36	52	9	1	1
60 Jahre und älter	366	40	54	6	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	36	57	7	0	0
10. Klasse	497	33	55	11	1	1
Abitur	76	23	58	16	2	0
(Fach-)Hochschule	209	34	52	14	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	29	55	15	0	1
in Ausbildung	53	23	67	7	3	0
arbeitslos	51	39	51	7	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	40	54	6	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	25	57	16	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	34	52	13	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	23	53	23	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	31	61	7	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	35	52	12	1	0
evangelisch	283	33	58	8	1	1
katholisch	89	22	64	11	0	3

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit schönen Städten?

Tabelle A10

Standortfaktoren: Verkehrsinfrastruktur

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	60	37	3	0	0
Geschlecht						
männlich	510	59	38	3	0	0
weiblich	554	61	36	3	0	0
Alter						
18-24 Jahre	83	59	30	12	0	0
25-34 Jahre	131	51	44	5	0	0
35-44 Jahre	167	64	34	2	0	0
45-59 Jahre	317	64	35	1	0	0
60 Jahre und älter	366	58	40	3	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	53	42	5	0	0
10. Klasse	497	63	34	3	0	0
Abitur	76	53	45	2	0	0
(Fach-)Hochschule	209	63	35	2	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	61	36	3	0	0
in Ausbildung	53	55	42	2	0	0
arbeitslos	51	68	29	3	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	57	40	3	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	60	37	3	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	59	38	3	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	64	30	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	68	32	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	60	37	3	0	0
evangelisch	283	60	36	4	0	0
katholisch	89	57	42	1	0	0

Damit Thüringen für Fachkräfte attraktiv ist, sind bestimmte Standortfaktoren wichtig. Welche der folgenden Faktoren sind nach Ihrer Meinung sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig – Wie ist das mit einer guten Verkehrsinfrastruktur?

Tabelle A11

Identifikation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	56	10	27	5	1	1
Geschlecht							
männlich	510	48	12	33	5	2	1
weiblich	554	63	9	22	5	1	0
Alter							
18-24 Jahre	83	44	6	46	2	2	0
25-34 Jahre	131	42	10	39	8	0	0
35-44 Jahre	167	61	11	24	4	1	0
45-59 Jahre	317	58	12	23	6	1	0
60 Jahre und älter	366	59	10	23	4	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	61	8	25	3	2	2
10. Klasse	497	61	11	23	4	1	0
Abitur	76	41	10	38	9	3	0
(Fach-)Hochschule	209	42	13	36	9	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	53	11	30	5	1	0
in Ausbildung	53	46	1	40	10	4	0
arbeitslos	51	52	21	24	3	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	61	10	21	4	2	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	56	13	28	2	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	56	11	26	7	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	40	7	45	8	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	50	11	34	4	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	53	13	27	5	2	1
evangelisch	283	65	6	22	7	0	0
katholisch	89	49	6	42	3	0	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A12

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	2	58	34	5	2
Geschlecht						
männlich	510	3	59	32	5	1
weiblich	554	1	56	37	4	2
Alter						
18-24 Jahre	83	6	56	37	1	1
25-34 Jahre	131	1	60	35	4	0
35-44 Jahre	167	2	63	30	4	1
45-59 Jahre	317	3	54	37	5	1
60 Jahre und älter	366	1	57	34	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	2	54	36	6	2
10. Klasse	497	3	56	36	5	1
Abitur	76	1	65	29	3	2
(Fach-)Hochschule	209	2	63	31	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	3	60	33	3	1
in Ausbildung	53	0	71	28	0	1
arbeitslos	51	6	45	36	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	1	53	37	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	3	63	30	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	56	37	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	2	66	31	2	0
Landw./Selbst./Freib.	57	1	63	31	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	2	55	36	5	2
evangelisch	283	1	62	31	4	1
katholisch	89	5	60	31	3	0

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A13

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	5	56	28	10	1
Geschlecht						
männlich	510	6	56	27	10	2
weiblich	554	5	56	29	10	1
Alter						
18-24 Jahre	83	4	49	32	12	4
25-34 Jahre	131	7	55	28	9	1
35-44 Jahre	167	8	59	24	8	2
45-59 Jahre	317	6	56	27	11	1
60 Jahre und älter	366	3	56	30	11	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	2	53	31	14	0
10. Klasse	497	4	54	30	11	2
Abitur	76	3	57	30	9	1
(Fach-)Hochschule	209	12	64	18	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	8	61	22	8	2
in Ausbildung	53	2	51	40	5	2
arbeitslos	51	1	23	38	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	3	53	34	10	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	3	50	35	11	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	8	66	18	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	14	69	9	6	2
Landw./Selbst./Freib.	57	11	60	19	10	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	4	56	28	11	1
evangelisch	283	5	57	30	7	1
katholisch	89	11	54	24	10	2

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A14

Gerechter Anteil

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr als gerecht	gerecht	etwas weniger	sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	1	37	44	14	4
Geschlecht						
männlich	510	0	39	44	13	3
weiblich	554	1	36	44	14	5
Alter						
18-24 Jahre	83	1	58	25	14	2
25-34 Jahre	131	2	41	45	10	1
35-44 Jahre	167	1	39	41	15	4
45-59 Jahre	317	1	36	46	13	4
60 Jahre und älter	366	0	32	48	15	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	0	31	47	17	5
10. Klasse	497	1	36	46	15	3
Abitur	76	4	56	34	4	3
(Fach-)Hochschule	209	1	44	40	9	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	1	37	46	13	3
in Ausbildung	53	5	81	10	0	4
arbeitslos	51	0	20	42	33	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	0	34	46	15	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	1	26	54	16	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	1	39	44	14	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	1	50	39	7	3
Landw./Selbst./Freib.	57	3	45	42	8	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	1	34	47	15	4
evangelisch	283	0	43	40	12	5
katholisch	89	0	46	36	14	3

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich mehr als Ihren gerechten Anteil erhalten, Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A15

Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	Gleichheit	beides	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	49	40	9	2
Geschlecht					
männlich	510	52	37	8	2
weiblich	554	46	43	9	2
Alter					
18-24 Jahre	83	55	43	0	2
25-34 Jahre	131	62	32	6	0
35-44 Jahre	167	55	39	3	2
45-59 Jahre	317	48	38	10	4
60 Jahre und älter	366	42	45	13	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	42	45	13	1
10. Klasse	497	49	43	6	2
Abitur	76	63	30	6	2
(Fach-)Hochschule	209	53	34	10	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	54	38	7	2
in Ausbildung	53	62	38	0	0
arbeitslos	51	51	38	9	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	41	44	13	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	45	47	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	54	37	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	55	35	9	1
Landw./Selbst./Freib.	57	76	20	1	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	46	43	9	2
evangelisch	283	52	39	8	2
katholisch	89	60	25	14	2

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten – was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A16

Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	Sicherheit	beides	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	20	73	7	1
Geschlecht					
männlich	510	25	67	7	1
weiblich	554	15	78	7	0
Alter					
18-24 Jahre	83	25	66	8	2
25-34 Jahre	131	40	56	3	2
35-44 Jahre	167	21	76	3	0
45-59 Jahre	317	22	70	7	0
60 Jahre und älter	366	9	81	9	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	7	84	9	0
10. Klasse	497	21	74	6	0
Abitur	76	32	66	1	1
(Fach-)Hochschule	209	30	59	8	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	24	69	6	1
in Ausbildung	53	27	71	2	0
arbeitslos	51	31	62	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	11	80	8	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	23	72	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	18	76	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	36	52	10	3
Landw./Selbst./Freib.	57	33	62	4	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	20	74	6	1
evangelisch	283	16	77	7	0
katholisch	89	30	55	14	1

Und sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten – was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A17

Wertorientierungen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Selbstent-faltung	Pflichtbe-wusstsein	Leben genießen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	40	42	17	2
Geschlecht					
männlich	510	40	41	16	3
weiblich	554	39	42	17	2
Alter					
18-24 Jahre	83	48	20	31	1
25-34 Jahre	131	43	36	21	0
35-44 Jahre	167	45	36	17	2
45-59 Jahre	317	43	40	15	3
60 Jahre und älter	366	31	53	13	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	27	53	17	3
10. Klasse	497	36	43	19	2
Abitur	76	58	21	20	1
(Fach-)Hochschule	209	60	28	10	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	44	38	16	2
in Ausbildung	53	65	15	18	2
arbeitslos	51	25	40	35	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	32	51	15	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	41	38	19	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	39	43	17	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	55	33	10	1
Landw./Selbst./Freib.	57	58	28	12	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	42	38	19	2
evangelisch	283	37	50	11	2
katholisch	89	33	45	20	1

Können Sie uns sagen, welcher der folgenden Werte in Ihrem Leben der wichtigste ist? Eigene Fähigkeiten entfalten, pflichtbewusst sein oder das Leben genießen?

Tabelle A18

Bevorzugte Gesellschaft: Leistung oder Solidarität

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Leistung zählt mehr	Solidarität zählt mehr	beides	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	20	70	9	1
Geschlecht					
männlich	510	25	63	10	1
weiblich	554	15	76	8	1
Alter					
18-24 Jahre	83	20	80	0	0
25-34 Jahre	131	28	68	4	0
35-44 Jahre	167	21	72	7	0
45-59 Jahre	317	23	65	11	2
60 Jahre und älter	366	14	72	13	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	12	76	12	1
10. Klasse	497	20	72	8	1
Abitur	76	20	72	8	0
(Fach-)Hochschule	209	30	57	10	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	25	66	8	1
in Ausbildung	53	17	83	1	0
arbeitslos	51	19	69	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	14	73	12	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	22	73	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	19	71	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	33	57	9	2
Landw./Selbst./Freib.	57	44	42	9	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	22	68	9	1
evangelisch	283	18	70	9	3
katholisch	89	11	81	7	2

In welcher Gesellschaft würden Sie lieber leben: In einer Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt, oder in einer Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt?

Tabelle A19

Aufgaben des Staates: Einkommensunterschiede verringern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	59	31	6	3	1
Geschlecht						
männlich	510	57	31	7	4	1
weiblich	554	61	31	6	1	1
Alter						
18-24 Jahre	83	42	39	14	5	1
25-34 Jahre	131	57	32	9	2	0
35-44 Jahre	167	58	35	5	2	1
45-59 Jahre	317	59	32	5	2	2
60 Jahre und älter	366	64	27	5	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	62	26	6	4	2
10. Klasse	497	63	30	5	2	1
Abitur	76	51	41	6	2	1
(Fach-)Hochschule	209	47	38	11	3	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	57	34	7	2	1
in Ausbildung	53	48	37	14	2	0
arbeitslos	51	63	23	4	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	63	28	5	2	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	66	31	2	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	60	33	5	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	36	39	19	4	3
Landw./Selbst./Freib.	57	44	40	9	5	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	59	31	7	3	1
evangelisch	283	62	31	4	3	0
katholisch	89	52	36	10	0	2

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Es sollte ein wichtiges Ziel des Staates sein, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern.

Tabelle A20

Aufgaben des Staates: Freie Wirtschaft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	15	45	27	6	7
Geschlecht						
männlich	510	15	45	28	8	4
weiblich	554	15	44	26	5	10
Alter						
18-24 Jahre	83	5	50	35	1	9
25-34 Jahre	131	8	61	23	5	3
35-44 Jahre	167	13	47	28	8	4
45-59 Jahre	317	18	46	24	6	7
60 Jahre und älter	366	19	34	30	8	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	18	31	31	7	13
10. Klasse	497	16	46	25	7	6
Abitur	76	6	61	30	4	0
(Fach-)Hochschule	209	13	51	28	4	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	13	53	25	5	5
in Ausbildung	53	8	47	40	1	5
arbeitslos	51	18	30	25	16	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	20	34	29	8	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	15	44	28	6	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	7	58	27	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	9	60	23	6	3
Landw./Selbst./Freib.	57	31	45	15	4	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	15	42	29	8	6
evangelisch	283	16	48	24	2	9
katholisch	89	14	50	26	4	7

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.

Tabelle A21

Aufgaben des Staates: Eingriff in Grundrechte bei Terrorgefahr

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	56	28	10	4	2
Geschlecht						
männlich	510	51	27	14	6	2
weiblich	554	60	29	7	2	2
Alter						
18-24 Jahre	83	36	41	20	3	1
25-34 Jahre	131	40	31	19	10	0
35-44 Jahre	167	50	27	11	9	3
45-59 Jahre	317	56	31	9	3	2
60 Jahre und älter	366	67	23	7	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	67	25	7	0	1
10. Klasse	497	57	27	9	5	2
Abitur	76	27	46	21	5	1
(Fach-)Hochschule	209	47	29	15	7	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	51	30	12	5	2
in Ausbildung	53	19	53	19	9	0
arbeitslos	51	54	21	15	9	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	67	23	7	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	49	31	11	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	53	35	8	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	44	25	21	8	3
Landw./Selbst./Freib.	57	63	15	15	4	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	56	27	10	4	2
evangelisch	283	55	32	9	3	2
katholisch	89	52	27	16	5	0

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Wenn ein Terroranschlag droht, muss es der Polizei erlaubt sein, deutlich stärker in Grundrechte einzugreifen als sonst.

Tabelle A22

Aufgaben des Staates: Einschränkung Freiheitsrechte zum Schutz der Gesundheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	24	30	26	16	4
Geschlecht						
männlich	510	26	28	27	17	3
weiblich	554	23	32	25	15	5
Alter						
18-24 Jahre	83	30	26	31	14	0
25-34 Jahre	131	15	25	36	23	2
35-44 Jahre	167	12	33	30	21	4
45-59 Jahre	317	21	30	30	15	4
60 Jahre und älter	366	36	30	16	13	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	32	30	16	16	6
10. Klasse	497	23	28	28	18	3
Abitur	76	19	35	35	10	1
(Fach-)Hochschule	209	20	29	32	16	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	19	29	31	17	4
in Ausbildung	53	25	41	27	7	0
arbeitslos	51	6	36	30	27	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	34	28	18	15	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	19	29	30	17	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	23	31	28	14	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	13	26	42	17	2
Landw./Selbst./Freib.	57	12	27	29	28	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	26	29	27	16	4
evangelisch	283	24	31	24	17	5
katholisch	89	18	34	28	18	2

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Es ist Aufgabe des Staates, seine Bürger daran zu hindern, ihre eigene Gesundheit zu gefährden.

Tabelle A23

Aufgaben des Staates: Verteuerung von Langstreckenflügen für Umweltschutz

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	25	26	21	22	6
Geschlecht						
männlich	510	27	27	22	22	3
weiblich	554	24	24	21	23	8
Alter						
18-24 Jahre	83	0	23	43	33	0
25-34 Jahre	131	14	27	26	31	2
35-44 Jahre	167	20	27	26	24	3
45-59 Jahre	317	28	28	19	20	5
60 Jahre und älter	366	34	23	15	18	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	28	22	14	25	11
10. Klasse	497	22	25	26	24	4
Abitur	76	13	34	32	22	0
(Fach-)Hochschule	209	32	29	18	18	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	22	27	25	23	3
in Ausbildung	53	8	26	29	37	0
arbeitslos	51	29	29	14	24	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	31	24	16	20	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	25	27	24	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	20	24	28	25	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	24	23	23	30	1
Landw./Selbst./Freib.	57	16	40	21	17	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	27	24	22	24	4
evangelisch	283	24	29	20	17	10
katholisch	89	15	29	24	27	5

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Urlaubsflüge ans andere Ende der Welt sollten aus Gründen des Umweltschutzes verteuert werden.

Tabelle A24

Aufgaben des Staates: Kosten der Finanzkrise sollten Banken tragen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	70	19	6	2	3
Geschlecht						
männlich	510	74	17	5	3	1
weiblich	554	66	22	8	2	4
Alter						
18-24 Jahre	83	30	36	33	0	1
25-34 Jahre	131	51	35	8	6	1
35-44 Jahre	167	71	20	4	3	2
45-59 Jahre	317	76	15	4	2	3
60 Jahre und älter	366	79	14	2	2	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	74	16	4	3	5
10. Klasse	497	69	20	6	3	2
Abitur	76	38	34	26	2	1
(Fach-)Hochschule	209	79	18	2	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	68	21	7	2	2
in Ausbildung	53	31	41	23	5	0
arbeitslos	51	67	21	6	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	77	14	3	2	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	76	15	4	2	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	59	25	13	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	70	27	1	0	2
Landw./Selbst./Freib.	57	82	13	1	1	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	71	17	6	3	2
evangelisch	283	65	21	7	2	4
katholisch	89	74	26	1	0	0

Über die Aufgaben des Staates gibt es unterschiedliche Auffassungen:
Für die Kosten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise sollten die Banken stärker als der Staat herangezogen werden.

Tabelle A25

Wirtschaftsordnung: Verhältnis Markt und Soziales

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	weitgehend ausgewogen	Markt hat Übergewicht	Soziales hat Übergewicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	13	70	9	8
Geschlecht					
männlich	510	17	67	12	5
weiblich	554	10	73	6	11
Alter					
18-24 Jahre	83	30	59	8	3
25-34 Jahre	131	12	64	21	3
35-44 Jahre	167	13	76	5	6
45-59 Jahre	317	11	74	8	7
60 Jahre und älter	366	11	69	7	14
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	10	68	7	15
10. Klasse	497	11	75	8	6
Abitur	76	26	58	13	2
(Fach-)Hochschule	209	17	67	9	7
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	14	70	10	6
in Ausbildung	53	22	69	9	0
arbeitslos	51	11	79	3	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	10	69	8	14
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	9	76	10	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	17	71	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	88	18	60	18	4
Landw./Selbst./Freib.	57	15	66	15	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	12	71	10	8
evangelisch	283	13	70	8	10
katholisch	89	22	66	5	7

Und wenn Sie nun an unsere Wirtschaftsordnung in Deutschland denken. Sind da Markt und Soziales weitgehend ausgewogen oder hat der Markt ein zu großes Übergewicht oder hat das Soziale ein zu großes Übergewicht?

Tabelle A26

Staat und Wirtschaft: Steuereinnahmen Grundlage staatlicher Handlungsfähigkeit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	26	38	21	12	3
Geschlecht						
männlich	510	30	39	16	12	2
weiblich	554	23	38	25	11	4
Alter						
18-24 Jahre	83	18	39	39	4	0
25-34 Jahre	131	13	49	16	21	1
35-44 Jahre	167	22	42	28	8	0
45-59 Jahre	317	22	40	23	11	5
60 Jahre und älter	366	39	32	14	12	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	38	28	14	17	3
10. Klasse	497	19	41	25	12	3
Abitur	76	23	40	32	4	1
(Fach-)Hochschule	209	29	46	17	5	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	21	44	21	12	3
in Ausbildung	53	12	34	52	2	0
arbeitslos	51	26	33	30	9	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	36	32	15	13	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	22	47	18	10	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	17	38	26	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	28	51	15	5	1
Landw./Selbst./Freib.	57	19	45	21	12	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	24	38	21	13	3
evangelisch	283	28	39	22	10	2
katholisch	89	35	39	21	5	2

Nun einige Aussagen zu Staat und Wirtschaft:
Nur wenn der Staat genügend Steuern einnimmt, kann er auch handlungsfähig bleiben.

Tabelle A27

Staat und Wirtschaft: Schuldenbremse in Verfassung verankern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	22	35	28	9	6
Geschlecht						
männlich	510	26	33	28	9	4
weiblich	554	19	37	28	9	7
Alter						
18-24 Jahre	83	4	37	53	3	4
25-34 Jahre	131	16	26	49	8	1
35-44 Jahre	167	16	39	30	10	5
45-59 Jahre	317	21	36	27	11	5
60 Jahre und älter	366	33	35	16	8	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	31	36	17	6	10
10. Klasse	497	17	35	33	11	5
Abitur	76	12	29	48	10	1
(Fach-)Hochschule	209	27	36	26	8	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	20	36	32	8	4
in Ausbildung	53	2	32	62	3	0
arbeitslos	51	12	33	23	24	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	30	34	19	8	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	18	39	32	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	18	36	33	8	6
höh.-leit. Ang./Beamte	88	23	35	32	9	1
Landw./Selbst./Freib.	57	32	27	32	7	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	22	34	28	10	6
evangelisch	283	25	37	26	7	5
katholisch	89	16	37	38	6	3

Nun einige Aussagen zu Staat und Wirtschaft:
Im Interesse zukünftiger Generationen sollte dem Bund und den Ländern die Aufnahme neuer Schulden durch die Verfassung verboten werden.

Tabelle A28

Staat und Wirtschaft: Eigenverantwortung statt staatlicher Stütze

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	43	42	10	3	2
Geschlecht						
männlich	510	41	43	11	3	2
weiblich	554	45	41	10	2	2
Alter						
18-24 Jahre	83	37	52	12	0	0
25-34 Jahre	131	36	51	10	1	2
35-44 Jahre	167	43	43	10	3	1
45-59 Jahre	317	40	42	11	3	4
60 Jahre und älter	366	49	36	10	4	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	53	33	9	3	3
10. Klasse	497	39	43	13	3	2
Abitur	76	32	56	8	3	1
(Fach-)Hochschule	209	45	45	7	1	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	40	45	10	2	3
in Ausbildung	53	30	63	7	0	0
arbeitslos	51	28	46	16	8	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	50	35	10	3	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	36	47	11	3	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	36	48	11	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	46	43	9	0	3
Landw./Selbst./Freib.	57	66	23	9	1	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	44	39	11	3	2
evangelisch	283	41	48	8	0	2
katholisch	89	35	42	15	6	2

Nun einige Aussagen zu Staat und Wirtschaft:
Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen.

Tabelle A29

Staat und Wirtschaft: Staat nimmt Steuern ohne Gegenleistung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	25	34	25	11	5
Geschlecht						
männlich	510	26	31	27	12	4
weiblich	554	24	38	23	10	6
Alter						
18-24 Jahre	83	12	49	26	9	5
25-34 Jahre	131	21	30	32	15	2
35-44 Jahre	167	24	30	35	11	1
45-59 Jahre	317	26	37	25	8	4
60 Jahre und älter	366	29	33	17	13	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	31	34	11	14	10
10. Klasse	497	29	36	25	7	3
Abitur	76	7	31	46	14	2
(Fach-)Hochschule	209	13	33	35	15	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	25	34	29	9	3
in Ausbildung	53	0	42	41	16	0
arbeitslos	51	28	24	16	25	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	28	35	17	12	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	32	40	23	3	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	24	34	30	10	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	15	27	41	17	1
Landw./Selbst./Freib.	57	27	30	30	8	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	27	35	23	10	5
evangelisch	283	22	36	26	12	4
katholisch	89	24	28	29	15	4

Nun einige Aussagen zu Staat und Wirtschaft:
Der Staat ist nur an meinen Steuern interessiert, ohne mir dafür genügend zu bieten.

Tabelle A30

Ausgleich Staatshaushalt bis 2020

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Steuern erhöhen	Ausgaben-kürzungen	zusätzliche Schulden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	10	72	7	12
Geschlecht					
männlich	510	10	73	8	9
weiblich	554	9	71	6	14
Alter					
18-24 Jahre	83	27	53	14	6
25-34 Jahre	131	13	76	10	1
35-44 Jahre	167	8	79	6	7
45-59 Jahre	317	7	69	9	15
60 Jahre und älter	366	8	73	3	16
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	8	68	7	17
10. Klasse	497	8	74	8	10
Abitur	76	21	66	7	6
(Fach-)Hochschule	209	12	74	5	9
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	10	70	10	10
in Ausbildung	53	17	70	9	4
arbeitslos	51	20	70	4	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	7	74	3	15
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	8	67	13	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	11	69	9	11
höh.-leit. Ang./Beamte	88	13	72	9	7
Landw./Selbst./Freib.	57	8	85	2	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	10	71	7	11
evangelisch	283	8	71	7	14
katholisch	89	11	77	5	7

Bis zum Jahr 2020 werden die Einnahmen des Freistaats Thüringen drastisch um etwa ein Drittel sinken. Wie sollten Ihrer Meinung nach die fehlenden finanziellen Mittel aufgebracht werden: Durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben, durch Kürzungen von Ausgaben oder durch zusätzliche Schulden?

Tabelle A31

Ausgabenkürzungen: Umweltschutz

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	26	72	2
Geschlecht				
männlich	510	27	71	3
weiblich	554	25	73	2
Alter				
18-24 Jahre	83	37	63	0
25-34 Jahre	131	35	64	1
35-44 Jahre	167	26	74	1
45-59 Jahre	317	23	73	3
60 Jahre und älter	366	23	75	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	25	73	2
10. Klasse	497	28	70	3
Abitur	76	27	72	1
(Fach-)Hochschule	209	23	75	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	29	69	2
in Ausbildung	53	29	71	0
arbeitslos	51	20	79	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	22	75	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	25	72	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	31	67	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	29	71	0
Landw./Selbst./Freib.	57	32	66	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	27	71	3
evangelisch	283	26	73	2
katholisch	89	19	81	0

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit dem Umweltschutz?

Tabelle A32

Ausgabenkürzungen: Kinderbetreuung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	5	94	1
Geschlecht				
männlich	510	4	95	1
weiblich	554	6	93	1
Alter				
18-24 Jahre	83	4	96	0
25-34 Jahre	131	1	99	0
35-44 Jahre	167	5	95	0
45-59 Jahre	317	6	92	2
60 Jahre und älter	366	6	92	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	6	92	2
10. Klasse	497	5	94	1
Abitur	76	0	100	0
(Fach-)Hochschule	209	6	94	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	4	95	1
in Ausbildung	53	1	100	0
arbeitslos	51	5	89	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	7	91	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	3	96	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	6	94	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	2	98	0
Landw./Selbst./Freib.	57	3	95	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	5	94	1
evangelisch	283	5	94	1
katholisch	89	5	92	3

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit der Kinderbetreuung?

Tabelle A33

Ausgabenkürzungen: Schulen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	95	1
Geschlecht				
männlich	510	5	94	1
weiblich	554	3	96	1
Alter				
18-24 Jahre	83	14	86	0
25-34 Jahre	131	0	100	0
35-44 Jahre	167	3	97	0
45-59 Jahre	317	4	96	0
60 Jahre und älter	366	4	94	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	6	92	2
10. Klasse	497	4	96	0
Abitur	76	1	99	0
(Fach-)Hochschule	209	4	95	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	5	95	0
in Ausbildung	53	0	100	0
arbeitslos	51	4	96	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	4	94	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	3	97	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	6	94	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	6	95	0
Landw./Selbst./Freib.	57	4	95	1
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	4	95	1
evangelisch	283	3	97	0
katholisch	89	8	92	0

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit den Schulen?

Tabelle A34

Ausgabenkürzungen: Hochschulen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	13	82	5
Geschlecht				
männlich	510	12	85	3
weiblich	554	14	80	6
Alter				
18-24 Jahre	83	23	77	0
25-34 Jahre	131	14	87	0
35-44 Jahre	167	19	80	1
45-59 Jahre	317	9	83	8
60 Jahre und älter	366	11	83	6
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	15	78	8
10. Klasse	497	15	81	5
Abitur	76	13	86	1
(Fach-)Hochschule	209	7	92	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	13	83	4
in Ausbildung	53	21	79	0
arbeitslos	51	19	78	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	11	82	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	12	84	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	17	78	5
höh.-leit. Ang./Beamte	88	8	91	1
Landw./Selbst./Freib.	57	6	94	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	15	80	5
evangelisch	283	11	85	5
katholisch	89	7	93	0

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit den Hochschulen?

Tabelle A35

Ausgabenkürzungen: Polizei

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	22	75	4
Geschlecht				
männlich	510	22	76	2
weiblich	554	21	73	5
Alter				
18-24 Jahre	83	35	64	1
25-34 Jahre	131	36	63	1
35-44 Jahre	167	27	70	3
45-59 Jahre	317	22	73	5
60 Jahre und älter	366	11	85	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	13	82	5
10. Klasse	497	24	74	2
Abitur	76	34	65	2
(Fach-)Hochschule	209	24	71	5
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	28	70	3
in Ausbildung	53	31	68	1
arbeitslos	51	21	78	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	12	83	6
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	25	72	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	30	68	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	28	70	2
Landw./Selbst./Freib.	57	27	71	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	23	74	3
evangelisch	283	21	75	5
katholisch	89	17	81	3

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A36

Ausgabenkürzungen: Theater und Orchester

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	47	50	3
Geschlecht				
männlich	510	52	47	1
weiblich	554	42	54	4
Alter				
18-24 Jahre	83	53	47	0
25-34 Jahre	131	62	36	2
35-44 Jahre	167	61	38	1
45-59 Jahre	317	47	49	4
60 Jahre und älter	366	34	63	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	37	59	4
10. Klasse	497	56	41	3
Abitur	76	50	50	0
(Fach-)Hochschule	209	37	61	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	56	42	2
in Ausbildung	53	39	61	0
arbeitslos	51	48	47	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	34	62	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	59	38	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	58	40	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	46	53	0
Landw./Selbst./Freib.	57	54	45	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	51	47	3
evangelisch	283	38	60	3
katholisch	89	50	46	4

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit den Theatern und Orchestern?

Tabelle A37

Ausgabenkürzungen: Sportförderung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	50	46	3
Geschlecht				
männlich	510	55	42	3
weiblich	554	46	50	4
Alter				
18-24 Jahre	83	49	51	0
25-34 Jahre	131	65	35	0
35-44 Jahre	167	47	50	3
45-59 Jahre	317	51	43	6
60 Jahre und älter	366	47	50	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	45	51	4
10. Klasse	497	49	47	3
Abitur	76	64	36	0
(Fach-)Hochschule	209	54	41	5
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	53	45	3
in Ausbildung	53	66	35	0
arbeitslos	51	49	45	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	45	50	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	52	47	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	53	44	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	57	40	4
Landw./Selbst./Freib.	57	52	47	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	51	46	3
evangelisch	283	49	46	4
katholisch	89	48	48	4

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit der Sportförderung?

Tabelle A38

Ausgabenkürzungen: Flugplätze

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	79	13	8
Geschlecht				
männlich	510	84	11	5
weiblich	554	75	16	10
Alter				
18-24 Jahre	83	86	11	3
25-34 Jahre	131	87	10	3
35-44 Jahre	167	89	10	1
45-59 Jahre	317	78	17	6
60 Jahre und älter	366	72	13	15
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	69	14	17
10. Klasse	497	78	16	6
Abitur	76	90	9	1
(Fach-)Hochschule	209	90	7	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	84	13	4
in Ausbildung	53	89	11	0
arbeitslos	51	83	17	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	71	14	15
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	82	13	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	80	15	5
höh.-leit. Ang./Beamte	88	95	5	0
Landw./Selbst./Freib.	57	85	13	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	80	13	7
evangelisch	283	76	16	8
katholisch	89	82	10	8

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit den Flugplätzen?

Tabelle A39

Ausgabenkürzungen: Straßenbau

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	34	63	3
Geschlecht				
männlich	510	35	63	2
weiblich	554	34	63	3
Alter				
18-24 Jahre	83	42	58	0
25-34 Jahre	131	37	63	0
35-44 Jahre	167	39	58	3
45-59 Jahre	317	34	63	3
60 Jahre und älter	366	30	67	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	27	69	4
10. Klasse	497	30	67	3
Abitur	76	46	54	0
(Fach-)Hochschule	209	49	49	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	37	61	2
in Ausbildung	53	49	51	0
arbeitslos	51	29	71	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	29	67	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	33	65	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	36	62	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	50	50	0
Landw./Selbst./Freib.	57	33	67	1
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	34	64	3
evangelisch	283	34	63	3
katholisch	89	39	61	1

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit dem Straßenbau?

Tabelle A40

Ausgabenkürzungen: Wirtschaftsförderung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	44	49	7
Geschlecht				
männlich	510	49	47	4
weiblich	554	40	52	9
Alter				
18-24 Jahre	83	41	56	4
25-34 Jahre	131	44	55	1
35-44 Jahre	167	53	45	2
45-59 Jahre	317	43	50	7
60 Jahre und älter	366	42	47	11
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	36	50	13
10. Klasse	497	44	52	5
Abitur	76	44	55	1
(Fach-)Hochschule	209	57	39	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	46	50	4
in Ausbildung	53	42	58	0
arbeitslos	51	41	52	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	43	46	11
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	40	54	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	44	53	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	64	34	2
Landw./Selbst./Freib.	57	48	51	1
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	45	49	6
evangelisch	283	41	51	8
katholisch	89	51	46	3

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit der Wirtschaftsförderung?

Tabelle A41

Ausgabenkürzungen: Städtebau-Förderung und Dorf-Erneuerung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	54	42	5
Geschlecht				
männlich	510	57	41	2
weiblich	554	51	43	7
Alter				
18-24 Jahre	83	52	49	0
25-34 Jahre	131	76	24	0
35-44 Jahre	167	67	30	3
45-59 Jahre	317	55	41	4
60 Jahre und älter	366	39	53	8
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	35	57	9
10. Klasse	497	56	41	4
Abitur	76	65	33	2
(Fach-)Hochschule	209	71	27	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	63	35	2
in Ausbildung	53	59	40	1
arbeitslos	51	49	51	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	40	51	9
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	58	40	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	62	36	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	74	26	1
Landw./Selbst./Freib.	57	64	33	4
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	54	41	5
evangelisch	283	49	47	4
katholisch	89	66	33	1

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit der Städtebau-Förderung und der Dorf-Erneuerung?

Tabelle A42

Ausgabenkürzungen: Hochwasserschutz

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	27	70	4
Geschlecht				
männlich	510	31	66	3
weiblich	554	22	73	4
Alter				
18-24 Jahre	83	53	47	0
25-34 Jahre	131	47	50	3
35-44 Jahre	167	34	63	3
45-59 Jahre	317	21	73	6
60 Jahre und älter	366	15	82	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	16	81	3
10. Klasse	497	28	68	4
Abitur	76	46	53	2
(Fach-)Hochschule	209	29	65	6
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	33	63	4
in Ausbildung	53	54	45	1
arbeitslos	51	35	63	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	13	83	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	28	70	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	30	64	6
höh.-leit. Ang./Beamte	88	47	50	3
Landw./Selbst./Freib.	57	35	63	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	26	69	5
evangelisch	283	27	70	3
katholisch	89	29	71	0

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit dem Hochwasserschutz?

Tabelle A43

Ausgabenkürzungen: Ausbau erneuerbarer Energien

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	auf keinen Fall sparen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	24	72	4
Geschlecht				
männlich	510	29	68	3
weiblich	554	19	75	6
Alter				
18-24 Jahre	83	19	81	0
25-34 Jahre	131	35	65	0
35-44 Jahre	167	26	70	4
45-59 Jahre	317	26	70	5
60 Jahre und älter	366	19	74	7
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	272	17	75	9
10. Klasse	497	28	69	3
Abitur	76	20	79	1
(Fach-)Hochschule	209	25	73	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	568	31	66	3
in Ausbildung	53	7	93	0
arbeitslos	51	21	77	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	17	76	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	185	30	66	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	29	67	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	27	72	1
Landw./Selbst./Freib.	57	41	53	6
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	687	25	71	5
evangelisch	283	22	73	4
katholisch	89	22	74	4

Wenn das Land Thüringen Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden?
Wie ist das mit dem Ausbau erneuerbarer Energien?

Tabelle A44

Zusammenlegung Thüringen mit Nachbarländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	wäre einver-standen	nicht einver-standen	weiß nicht / keine Angabe	grundsätzlich dagegen
Gesamt	**1064**	62	3	2	33
Geschlecht					
männlich	510	67	3	1	29
weiblich	554	58	4	2	36
Alter					
18-24 Jahre	83	61	1	1	38
25-34 Jahre	131	50	3	0	47
35-44 Jahre	167	65	4	1	31
45-59 Jahre	317	63	4	2	31
60 Jahre und älter	366	64	4	3	29
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	58	4	3	35
10. Klasse	497	59	4	1	36
Abitur	76	66	2	2	30
(Fach-)Hochschule	209	74	2	1	23
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	63	3	1	33
in Ausbildung	53	67	1	1	31
arbeitslos	51	64	5	0	32
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	60	4	3	33
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	59	3	0	38
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	62	4	2	32
höh.-leit. Ang./Beamte	88	74	1	1	24
Landw./Selbst./Freib.	57	64	3	1	31
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	63	3	2	31
evangelisch	283	56	5	1	39
katholisch	89	71	0	3	26

Wären Sie gegebenenfalls einverstanden, dass Thüringen mit einem seiner Nachbarländer zusammengelegt würde?

Tabelle A45

Zusammenlegung eigene(r) Kreis/Stadt mit Nachbarkreis/-stadt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	wäre einver-standen	nicht einver-standen	weiß nicht / keine Angabe	grundsätzlich dagegen
Gesamt	**1064**	77	5	2	16
Geschlecht					
männlich	510	79	4	2	16
weiblich	554	75	6	3	17
Alter					
18-24 Jahre	83	86	5	0	9
25-34 Jahre	131	81	3	0	16
35-44 Jahre	167	81	5	1	13
45-59 Jahre	317	74	4	3	19
60 Jahre und älter	366	74	6	3	17
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	69	6	4	21
10. Klasse	497	75	5	2	17
Abitur	76	90	0	1	9
(Fach-)Hochschule	209	86	3	1	10
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	80	3	1	16
in Ausbildung	53	87	5	0	8
arbeitslos	51	76	5	0	20
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	71	7	4	18
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	73	4	1	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	82	4	2	13
höh.-leit. Ang./Beamte	88	90	1	1	8
Landw./Selbst./Freib.	57	77	3	1	20
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	77	5	3	15
evangelisch	283	73	6	1	20
katholisch	89	85	4	0	11

Wären Sie gegebenenfalls einverstanden, dass Ihr eigener Kreis oder Ihre eigene Stadt mit einem Nachbarkreis bzw. einer Nachbarstadt zusammengelegt würde?

Tabelle A46

Zusammenlegung eigene Stadt/Gemeinde mit Nachbarstadt/-gemeinde

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	wäre einver-standen	nicht einver-standen	weiß nicht / keine Angabe	grundsätzlich dagegen
Gesamt	**1064**	78	4	2	16
Geschlecht					
männlich	510	79	3	2	16
weiblich	554	78	4	2	15
Alter					
18-24 Jahre	83	81	6	0	12
25-34 Jahre	131	78	2	1	19
35-44 Jahre	167	84	2	2	12
45-59 Jahre	317	79	3	2	16
60 Jahre und älter	366	74	5	4	17
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	70	6	4	20
10. Klasse	497	79	2	2	17
Abitur	76	87	6	2	6
(Fach-)Hochschule	209	85	4	1	11
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	81	2	1	16
in Ausbildung	53	84	5	0	11
arbeitslos	51	75	12	1	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	74	5	4	18
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	78	3	1	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	82	2	1	15
höh.-leit. Ang./Beamte	88	89	0	2	9
Landw./Selbst./Freib.	57	75	2	1	23
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	80	4	3	14
evangelisch	283	73	4	1	22
katholisch	89	86	3	0	11

Wären Sie gegebenenfalls einverstanden, dass Ihre eigene Stadt oder Ihre eigene Gemeinde mit einer Nachbarstadt bzw. einer Nachbargemeinde zusammengelegt würde?

Tabelle A47

Personalabbau Öffentlicher Dienst: Gerichte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sinnvoll	noch vertretbar	nicht vertretbar	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	39	44	14
Geschlecht					
männlich	510	2	37	47	13
weiblich	554	5	40	40	15
Alter					
18-24 Jahre	83	1	60	37	3
25-34 Jahre	131	0	62	35	3
35-44 Jahre	167	4	39	45	12
45-59 Jahre	317	4	35	44	17
60 Jahre und älter	366	5	29	47	19
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	4	34	44	19
10. Klasse	497	3	41	44	12
Abitur	76	2	63	29	5
(Fach-)Hochschule	209	4	31	48	17
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	3	44	39	14
in Ausbildung	53	2	64	34	1
arbeitslos	51	8	27	63	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	4	29	49	18
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	2	45	35	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	4	46	38	12
höh.-leit. Ang./Beamte	88	2	34	50	14
Landw./Selbst./Freib.	57	5	51	39	6
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	4	41	42	13
evangelisch	283	4	34	48	15
katholisch	89	0	40	46	13

In welchem der folgenden Bereiche halten Sie einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für sinnvoll, für noch vertretbar oder für auf keinen Fall vertretbar?
Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A48

Personalabbau Öffentlicher Dienst: Polizei

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sinnvoll	noch vertretbar	nicht vertretbar	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	3	24	70	4
Geschlecht					
männlich	510	2	26	71	1
weiblich	554	4	22	69	6
Alter					
18-24 Jahre	83	3	42	54	1
25-34 Jahre	131	3	44	52	1
35-44 Jahre	167	3	24	72	1
45-59 Jahre	317	5	18	71	7
60 Jahre und älter	366	1	18	78	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	2	22	73	4
10. Klasse	497	3	22	71	4
Abitur	76	0	44	53	3
(Fach-)Hochschule	209	4	23	70	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	3	27	67	3
in Ausbildung	53	5	43	52	1
arbeitslos	51	2	23	67	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	2	17	76	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	4	26	68	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	2	28	66	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	5	25	68	2
Landw./Selbst./Freib.	57	3	27	69	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	3	23	70	4
evangelisch	283	2	24	72	3
katholisch	89	2	30	67	2

In welchem der folgenden Bereiche halten Sie einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für sinnvoll, für noch vertretbar oder für auf keinen Fall vertretbar?
Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A49

Personalabbau Öffentlicher Dienst: Schulen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sinnvoll	noch vertretbar	nicht vertretbar	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	1	7	89	2
Geschlecht					
männlich	510	1	9	88	1
weiblich	554	2	6	90	3
Alter					
18-24 Jahre	83	0	7	93	0
25-34 Jahre	131	2	11	87	0
35-44 Jahre	167	0	5	94	1
45-59 Jahre	317	2	8	87	4
60 Jahre und älter	366	2	7	88	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	2	6	89	3
10. Klasse	497	1	8	88	2
Abitur	76	0	9	91	0
(Fach-)Hochschule	209	1	7	92	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	1	7	90	2
in Ausbildung	53	0	9	91	0
arbeitslos	51	4	8	86	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	2	7	88	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	0	5	93	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	1	9	88	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	1	6	93	0
Landw./Selbst./Freib.	57	1	11	84	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	1	8	89	2
evangelisch	283	2	7	88	3
katholisch	89	0	5	95	0

In welchem der folgenden Bereiche halten Sie einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für sinnvoll, für noch vertretbar oder für auf keinen Fall vertretbar?
Wie ist das mit den Schulen?

Tabelle A50

Personalabbau Öffentlicher Dienst: Hochschulen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sinnvoll	noch vertretbar	nicht vertretbar	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	2	19	70	9
Geschlecht					
männlich	510	2	19	72	7
weiblich	554	2	20	69	10
Alter					
18-24 Jahre	83	0	21	79	0
25-34 Jahre	131	2	25	67	5
35-44 Jahre	167	3	19	72	6
45-59 Jahre	317	2	18	71	8
60 Jahre und älter	366	3	17	67	13
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	3	16	67	14
10. Klasse	497	3	23	68	7
Abitur	76	1	18	79	2
(Fach-)Hochschule	209	1	14	78	7
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	2	20	72	6
in Ausbildung	53	0	19	81	0
arbeitslos	51	5	19	72	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	2	18	66	13
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	4	15	75	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	1	27	64	8
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	14	84	2
Landw./Selbst./Freib.	57	5	15	74	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	2	19	69	9
evangelisch	283	3	18	72	8
katholisch	89	0	23	73	5

In welchem der folgenden Bereiche halten Sie einen Personalabbau im Öffentlichen Dienst für sinnvoll, für noch vertretbar oder für auf keinen Fall vertretbar?
Wie ist das mit den Hochschulen?

Tabelle A51

Akzeptanz Onlineabwicklung von Behördengängen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	habe kein Internet	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	55	24	19	1
Geschlecht					
männlich	510	62	20	16	1
weiblich	554	49	28	22	2
Alter					
18-24 Jahre	83	78	22	0	0
25-34 Jahre	131	82	15	3	0
35-44 Jahre	167	77	20	2	1
45-59 Jahre	317	62	28	9	2
60 Jahre und älter	366	25	26	47	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	22	26	49	3
10. Klasse	497	62	27	10	1
Abitur	76	78	20	2	0
(Fach-)Hochschule	209	76	17	7	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	75	21	3	1
in Ausbildung	53	77	23	0	0
arbeitslos	51	51	33	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	24	28	46	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	62	31	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	75	22	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	90	8	2	0
Landw./Selbst./Freib.	57	92	5	3	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	57	24	17	2
evangelisch	283	48	24	27	1
katholisch	89	65	23	12	1

Für den Fall, dass Behördenpersonal in Ihrer Gemeinde bzw. Stadt eingespart würde und damit für Sie weniger persönliche Ansprechpartner vor Ort da wären: Würden Sie dann mehr Behördenangelegenheiten per Internet erledigen?

Tabelle A52

Interesse an Politik

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	12	24	44	15	6	0
Geschlecht							
männlich	510	18	28	39	11	4	0
weiblich	554	7	19	48	18	7	0
Alter							
18-24 Jahre	83	3	14	54	28	2	0
25-34 Jahre	131	8	25	38	24	5	0
35-44 Jahre	167	12	18	49	14	8	0
45-59 Jahre	317	12	25	44	14	4	0
60 Jahre und älter	366	16	27	41	9	7	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	9	18	48	14	10	0
10. Klasse	497	10	20	47	17	6	0
Abitur	76	13	17	46	22	3	0
(Fach-)Hochschule	209	23	42	28	7	0	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	12	24	43	16	5	0
in Ausbildung	53	3	5	63	26	2	0
arbeitslos	51	23	14	31	24	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	12	27	44	10	7	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	9	17	50	16	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	8	23	45	21	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	21	44	30	4	2	0
Landw./Selbst./Freib.	57	24	25	36	9	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	13	24	42	15	6	0
evangelisch	283	8	23	52	12	4	0
katholisch	89	17	24	30	17	11	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?

Tabelle A53

Demokratiezufriedenheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	48	41	7	1
Geschlecht						
männlich	510	5	49	37	8	1
weiblich	554	2	47	44	5	2
Alter						
18-24 Jahre	83	4	52	37	7	0
25-34 Jahre	131	5	44	43	9	0
35-44 Jahre	167	2	46	46	6	0
45-59 Jahre	317	2	51	40	6	1
60 Jahre und älter	366	5	47	39	7	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	6	42	41	9	3
10. Klasse	497	2	48	42	7	1
Abitur	76	1	48	45	6	0
(Fach-)Hochschule	209	6	56	34	5	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	3	50	39	8	1
in Ausbildung	53	2	49	48	1	0
arbeitslos	51	5	37	45	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	4	47	42	5	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	3	45	43	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	2	55	40	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	7	51	33	9	0
Landw./Selbst./Freib.	57	6	43	30	18	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	2	45	44	8	1
evangelisch	283	5	53	38	3	2
katholisch	89	10	58	22	10	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A54

Demokratie beste Staatsidee

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	27	50	14	5	5
Geschlecht						
männlich	510	33	51	10	4	3
weiblich	554	21	49	18	5	7
Alter						
18-24 Jahre	83	21	60	18	1	0
25-34 Jahre	131	22	58	9	9	1
35-44 Jahre	167	25	53	16	4	3
45-59 Jahre	317	27	50	13	3	7
60 Jahre und älter	366	30	43	15	5	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	23	44	18	7	8
10. Klasse	497	25	49	16	5	5
Abitur	76	28	63	8	1	0
(Fach-)Hochschule	209	36	54	8	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	26	53	14	4	4
in Ausbildung	53	22	72	4	2	1
arbeitslos	51	22	55	16	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	30	42	15	6	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	16	54	19	5	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	27	49	15	5	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	35	59	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	57	37	50	10	1	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	25	51	15	4	4
evangelisch	283	28	49	12	5	6
katholisch	89	34	43	13	5	5

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ völlig zu, überwiegend zu, lehnen sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A55

Demokratie: unvereinbar mit großer sozialer Ungleichheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	48	32	13	5	3
Geschlecht						
männlich	510	48	34	12	4	2
weiblich	554	48	30	13	5	3
Alter						
18-24 Jahre	83	21	43	28	1	8
25-34 Jahre	131	33	35	24	9	0
35-44 Jahre	167	46	34	15	3	1
45-59 Jahre	317	50	35	9	3	3
60 Jahre und älter	366	58	26	7	6	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	52	25	11	8	4
10. Klasse	497	50	34	11	2	2
Abitur	76	30	38	24	7	1
(Fach-)Hochschule	209	45	34	15	5	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	42	37	15	4	2
in Ausbildung	53	38	30	26	2	5
arbeitslos	51	56	18	10	10	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	56	28	8	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	46	39	12	1	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	40	41	15	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	37	33	20	9	2
Landw./Selbst./Freib.	57	49	19	19	9	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	52	29	13	4	3
evangelisch	283	43	40	10	6	3
katholisch	89	41	34	19	5	2

Hier sind noch einige Aussagen zur Demokratie:
Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.

Tabelle A56

Demokratie: Ergebnis wichtiger als Beteiligung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	16	28	29	22	5
Geschlecht						
männlich	510	15	29	28	24	4
weiblich	554	16	27	30	21	5
Alter						
18-24 Jahre	83	12	41	33	13	1
25-34 Jahre	131	7	20	37	34	2
35-44 Jahre	167	8	25	33	32	2
45-59 Jahre	317	14	27	30	23	7
60 Jahre und älter	366	25	31	23	15	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	30	30	18	15	8
10. Klasse	497	12	29	31	24	4
Abitur	76	5	23	46	25	2
(Fach-)Hochschule	209	11	24	35	27	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	11	27	32	26	4
in Ausbildung	53	8	31	42	19	0
arbeitslos	51	14	33	22	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	25	29	24	16	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	11	32	26	24	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	11	26	36	25	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	8	24	34	31	3
Landw./Selbst./Freib.	57	12	22	32	31	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	15	26	29	25	4
evangelisch	283	19	35	26	14	6
katholisch	89	10	23	42	24	1

Hier sind noch einige Aussagen zur Demokratie:
In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.

Tabelle A57

Demokratie: Pluralismus schadet Allgemeinwohl

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	27	30	26	13	3
Geschlecht						
männlich	510	29	28	28	13	1
weiblich	554	24	33	25	14	5
Alter						
18-24 Jahre	83	8	32	36	17	7
25-34 Jahre	131	16	28	40	15	2
35-44 Jahre	167	28	28	32	12	0
45-59 Jahre	317	21	34	28	15	2
60 Jahre und älter	366	39	29	16	11	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	41	29	16	8	6
10. Klasse	497	24	34	28	12	2
Abitur	76	12	25	42	20	1
(Fach-)Hochschule	209	18	26	31	22	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	21	31	32	14	2
in Ausbildung	53	6	31	40	24	0
arbeitslos	51	21	40	20	11	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	38	28	18	11	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	29	34	28	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	17	34	32	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	12	24	43	20	1
Landw./Selbst./Freib.	57	29	24	26	18	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	27	31	25	14	3
evangelisch	283	29	30	24	14	4
katholisch	89	15	32	42	8	4

Hier sind noch einige Aussagen zur Demokratie:
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.

Tabelle A58

Demokratie: keine Rechtsgleichheit für Schwerverbrecher

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	45	18	15	19	3
Geschlecht						
männlich	510	45	18	17	17	2
weiblich	554	46	17	12	21	4
Alter						
18-24 Jahre	83	33	30	19	16	3
25-34 Jahre	131	42	15	18	22	2
35-44 Jahre	167	36	17	18	26	4
45-59 Jahre	317	44	18	14	19	4
60 Jahre und älter	366	54	15	11	16	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	57	14	10	16	3
10. Klasse	497	49	18	14	17	3
Abitur	76	30	25	20	25	0
(Fach-)Hochschule	209	25	19	21	29	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	40	20	17	20	3
in Ausbildung	53	34	17	20	29	0
arbeitslos	51	53	9	7	29	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	53	16	12	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	50	19	10	17	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	39	19	19	19	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	22	21	26	29	3
Landw./Selbst./Freib.	57	41	21	14	24	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	45	18	13	20	3
evangelisch	283	45	19	17	16	3
katholisch	89	48	10	16	25	1

Hier sind noch einige Aussagen zur Demokratie:
Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.

Tabelle A59

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	3	23	50	16	8	0
Geschlecht							
männlich	510	2	25	45	17	11	0
weiblich	554	4	21	54	15	6	1
Alter							
18-24 Jahre	83	3	22	59	14	3	0
25-34 Jahre	131	0	23	46	23	8	0
35-44 Jahre	167	1	22	43	24	10	0
45-59 Jahre	317	2	20	54	14	9	0
60 Jahre und älter	366	6	25	49	11	8	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	6	21	53	9	11	0
10. Klasse	497	2	19	49	21	9	0
Abitur	76	3	21	57	14	5	0
(Fach-)Hochschule	209	1	34	47	12	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	2	23	47	19	9	0
in Ausbildung	53	2	22	64	12	0	0
arbeitslos	51	4	17	41	20	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	5	23	53	11	8	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	1	21	48	22	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	2	23	46	18	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	28	50	17	6	0
Landw./Selbst./Freib.	57	5	21	48	16	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	2	19	52	18	10	0
evangelisch	283	5	26	52	11	6	1
katholisch	89	9	39	33	13	6	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen.
Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A60

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	26	53	11	5	1
Geschlecht							
männlich	510	3	28	49	13	6	1
weiblich	554	4	25	57	9	4	1
Alter							
18-24 Jahre	83	6	30	53	5	6	0
25-34 Jahre	131	1	26	54	13	6	0
35-44 Jahre	167	2	29	46	15	8	0
45-59 Jahre	317	1	25	57	11	5	1
60 Jahre und älter	366	7	26	52	10	4	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	8	20	56	8	5	3
10. Klasse	497	3	26	52	12	7	0
Abitur	76	5	32	56	5	3	0
(Fach-)Hochschule	209	1	32	50	13	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	2	27	53	12	6	0
in Ausbildung	53	2	40	58	1	0	0
arbeitslos	51	6	19	47	16	10	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	6	25	54	10	4	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	1	26	54	15	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	32	49	8	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	22	56	14	7	0
Landw./Selbst./Freib.	57	2	17	58	16	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	2	24	55	11	7	1
evangelisch	283	7	28	53	8	2	2
katholisch	89	8	34	38	18	2	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen.
Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A61

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	11	35	35	10	5	5
Geschlecht							
männlich	510	10	37	33	10	6	4
weiblich	554	11	33	37	10	4	5
Alter							
18-24 Jahre	83	15	49	26	10	1	0
25-34 Jahre	131	8	49	25	13	6	0
35-44 Jahre	167	9	35	40	11	3	3
45-59 Jahre	317	11	41	34	6	2	6
60 Jahre und älter	366	11	22	40	12	9	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	13	19	41	12	10	7
10. Klasse	497	10	38	34	10	4	5
Abitur	76	5	46	32	16	2	0
(Fach-)Hochschule	209	13	46	29	7	2	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	9	41	32	11	3	4
in Ausbildung	53	11	51	27	10	1	0
arbeitslos	51	24	36	25	3	11	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	11	24	42	10	7	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	6	32	40	12	4	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	11	40	30	11	3	5
höh.-leit. Ang./Beamte	88	11	60	24	5	0	1
Landw./Selbst./Freib.	57	10	48	26	14	1	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	9	33	37	11	5	4
evangelisch	283	12	37	32	8	5	5
katholisch	89	17	41	30	9	0	4

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen.
Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A62

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	22	45	28	3	2	1
Geschlecht							
männlich	510	19	51	23	3	3	1
weiblich	554	24	39	32	3	2	1
Alter							
18-24 Jahre	83	13	39	35	7	7	0
25-34 Jahre	131	16	53	25	2	4	0
35-44 Jahre	167	17	53	25	3	1	0
45-59 Jahre	317	22	49	26	2	1	0
60 Jahre und älter	366	28	36	30	3	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	272	28	28	36	2	4	3
10. Klasse	497	20	46	29	3	2	0
Abitur	76	15	68	16	1	0	0
(Fach-)Hochschule	209	20	58	18	3	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	568	18	50	26	3	3	0
in Ausbildung	53	13	62	25	1	0	0
arbeitslos	51	22	43	25	3	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	28	36	31	2	1	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	185	17	49	28	4	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	21	46	27	3	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	13	60	21	2	4	0
Landw./Selbst./Freib.	57	20	51	22	7	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	687	20	45	28	3	2	1
evangelisch	283	25	41	31	1	2	1
katholisch	89	23	55	16	4	2	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen.
Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A63

Zufriedenheit mit Verfassungsordnung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	20	58	14	5	4
Geschlecht						
männlich	510	22	60	12	4	2
weiblich	554	17	56	16	6	5
Alter						
18-24 Jahre	83	13	71	6	10	0
25-34 Jahre	131	16	65	12	7	0
35-44 Jahre	167	13	60	19	4	5
45-59 Jahre	317	22	57	16	2	3
60 Jahre und älter	366	24	53	12	6	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	19	54	10	11	6
10. Klasse	497	15	59	18	4	4
Abitur	76	22	72	5	1	0
(Fach-)Hochschule	209	30	55	11	1	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	17	60	16	4	3
in Ausbildung	53	17	81	2	0	0
arbeitslos	51	17	48	20	12	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	23	54	12	5	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	12	66	16	2	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	15	58	18	6	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	37	52	5	6	0
Landw./Selbst./Freib.	57	14	62	20	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	17	57	15	6	5
evangelisch	283	20	63	11	3	3
katholisch	89	35	52	10	2	1

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.

Tabelle A64

Fehlender Einfluss auf Regierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	42	28	19	10	1
Geschlecht						
männlich	510	39	26	22	11	2
weiblich	554	46	29	16	9	1
Alter						
18-24 Jahre	83	25	32	32	11	0
25-34 Jahre	131	33	26	27	14	0
35-44 Jahre	167	37	29	23	11	1
45-59 Jahre	317	36	33	17	13	2
60 Jahre und älter	366	58	22	13	5	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	66	16	11	5	3
10. Klasse	497	41	33	15	10	1
Abitur	76	14	25	47	14	0
(Fach-)Hochschule	209	23	32	30	14	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	35	31	23	11	1
in Ausbildung	53	3	42	31	24	0
arbeitslos	51	46	28	10	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	58	21	13	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	43	32	18	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	35	29	24	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	22	28	33	17	1
Landw./Selbst./Freib.	57	27	37	22	13	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	42	29	19	9	1
evangelisch	283	42	27	21	9	1
katholisch	89	49	23	13	15	0

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A65

Parteien wollen nur Stimmen der Wähler

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	41	39	14	4	2
Geschlecht						
männlich	510	43	40	14	3	1
weiblich	554	40	37	15	6	2
Alter						
18-24 Jahre	83	27	54	18	0	0
25-34 Jahre	131	34	45	21	2	0
35-44 Jahre	167	43	40	13	4	0
45-59 Jahre	317	35	45	12	6	2
60 Jahre und älter	366	52	27	14	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	56	23	13	5	3
10. Klasse	497	43	41	11	5	1
Abitur	76	14	62	23	0	1
(Fach-)Hochschule	209	27	47	22	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	37	45	15	3	1
in Ausbildung	53	16	62	22	0	0
arbeitslos	51	49	30	9	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	51	28	13	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	44	40	11	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	32	48	17	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	32	44	23	1	0
Landw./Selbst./Freib.	57	38	48	10	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	44	38	12	4	2
evangelisch	283	38	38	18	4	2
katholisch	89	36	42	19	2	2

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler – ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A66

Politische Partizipation: an einen Politiker wenden

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	17	48	35	1
Geschlecht					
männlich	510	19	47	33	1
weiblich	554	15	48	36	1
Alter					
18-24 Jahre	83	7	60	31	3
25-34 Jahre	131	11	53	36	0
35-44 Jahre	167	20	49	31	0
45-59 Jahre	317	22	50	28	0
60 Jahre und älter	366	15	41	43	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	10	40	49	1
10. Klasse	497	17	49	33	1
Abitur	76	20	55	26	0
(Fach-)Hochschule	209	25	50	24	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	18	50	31	1
in Ausbildung	53	13	72	15	0
arbeitslos	51	21	44	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	15	41	43	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	17	47	35	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	16	52	33	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	26	50	25	0
Landw./Selbst./Freib.	57	21	58	21	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	16	48	35	1
evangelisch	283	17	49	34	0
katholisch	89	25	40	32	3

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – an einen Politiker wenden?

Tabelle A67

Politische Partizipation: an einer Unterschriftensammlung teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	60	29	11	0
Geschlecht					
männlich	510	60	33	8	0
weiblich	554	60	26	14	0
Alter					
18-24 Jahre	83	43	40	17	0
25-34 Jahre	131	62	31	7	0
35-44 Jahre	167	76	21	4	0
45-59 Jahre	317	66	29	5	0
60 Jahre und älter	366	50	31	18	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	43	35	22	0
10. Klasse	497	62	30	8	0
Abitur	76	74	23	3	0
(Fach-)Hochschule	209	73	22	5	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	65	29	6	0
in Ausbildung	53	62	27	12	0
arbeitslos	51	64	26	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	51	31	18	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	68	29	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	63	32	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	65	24	12	0
Landw./Selbst./Freib.	57	67	29	5	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	61	30	10	0
evangelisch	283	60	27	13	0
katholisch	89	56	33	11	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – an einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Tabelle A68

Politische Partizipation: in einer politischen Partei mitarbeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	9	14	77	1
Geschlecht					
männlich	510	12	15	72	1
weiblich	554	6	12	81	1
Alter					
18-24 Jahre	83	1	23	76	0
25-34 Jahre	131	4	26	70	0
35-44 Jahre	167	9	10	81	0
45-59 Jahre	317	10	15	75	0
60 Jahre und älter	366	11	8	79	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	7	9	82	2
10. Klasse	497	7	14	79	0
Abitur	76	8	24	68	0
(Fach-)Hochschule	209	16	16	67	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	9	17	74	0
in Ausbildung	53	1	24	75	0
arbeitslos	51	3	18	78	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	10	7	81	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	7	14	79	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	6	14	80	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	16	27	58	0
Landw./Selbst./Freib.	57	15	24	61	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	9	14	77	1
evangelisch	283	8	10	80	2
katholisch	89	7	23	71	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – in einer politischen Partei mitarbeiten?

Tabelle A69

Politische Partizipation: in einer Bürgerinitiative mitarbeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	13	58	29	1
Geschlecht					
männlich	510	15	58	25	2
weiblich	554	10	58	32	0
Alter					
18-24 Jahre	83	4	61	35	0
25-34 Jahre	131	6	71	23	0
35-44 Jahre	167	13	65	21	1
45-59 Jahre	317	18	63	19	0
60 Jahre und älter	366	12	45	41	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	8	44	46	2
10. Klasse	497	12	62	25	1
Abitur	76	9	73	19	0
(Fach-)Hochschule	209	21	61	17	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	13	65	21	0
in Ausbildung	53	6	70	24	0
arbeitslos	51	10	67	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	13	45	41	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	13	63	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	12	66	21	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	18	65	17	0
Landw./Selbst./Freib.	57	13	69	19	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	14	57	28	1
evangelisch	283	11	57	32	1
katholisch	89	8	70	22	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – in einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Tabelle A70

Politische Partizipation: an einer Demonstration teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	39	33	28	1
Geschlecht					
männlich	510	42	32	25	1
weiblich	554	36	34	30	0
Alter					
18-24 Jahre	83	28	34	38	0
25-34 Jahre	131	29	48	23	0
35-44 Jahre	167	50	30	18	1
45-59 Jahre	317	46	40	14	1
60 Jahre und älter	366	33	23	43	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	27	24	48	1
10. Klasse	497	38	41	20	1
Abitur	76	41	34	25	0
(Fach-)Hochschule	209	54	25	20	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	43	39	18	1
in Ausbildung	53	39	27	35	0
arbeitslos	51	38	37	25	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	33	25	41	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	47	37	15	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	37	44	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	47	37	16	0
Landw./Selbst./Freib.	57	50	27	23	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	40	32	28	1
evangelisch	283	33	37	30	0
katholisch	89	51	27	22	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – an einer Demonstration teilnehmen?

Tabelle A71

Politische Partizipation: bei Atommülltransporten Bahngleise blockieren

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	0	8	91	1
Geschlecht					
männlich	510	1	8	91	1
weiblich	554	0	8	91	1
Alter					
18-24 Jahre	83	0	6	93	1
25-34 Jahre	131	0	7	92	1
35-44 Jahre	167	0	6	92	2
45-59 Jahre	317	0	12	88	1
60 Jahre und älter	366	1	7	92	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	1	6	92	0
10. Klasse	497	0	8	90	2
Abitur	76	1	7	92	1
(Fach-)Hochschule	209	0	9	91	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	0	8	91	1
in Ausbildung	53	0	11	89	0
arbeitslos	51	4	17	79	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	0	7	92	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	0	11	87	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	0	7	92	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	8	92	0
Landw./Selbst./Freib.	57	0	1	99	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	0	8	91	1
evangelisch	283	0	7	92	1
katholisch	89	0	16	84	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – bei Atommülltransporten Bahngleise blockieren?

Tabelle A72

Politische Partizipation: wenn notwendig, mit Gewalt für Ziele kämpfen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	1	7	91	1
Geschlecht					
männlich	510	2	8	87	2
weiblich	554	0	6	94	1
Alter					
18-24 Jahre	83	0	11	89	0
25-34 Jahre	131	2	9	85	4
35-44 Jahre	167	1	7	91	1
45-59 Jahre	317	1	5	94	0
60 Jahre und älter	366	1	7	90	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	0	10	87	2
10. Klasse	497	2	7	91	1
Abitur	76	0	8	89	3
(Fach-)Hochschule	209	1	3	96	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	2	6	91	1
in Ausbildung	53	0	9	90	1
arbeitslos	51	0	7	92	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	1	8	91	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	3	9	87	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	0	5	95	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	2	2	94	2
Landw./Selbst./Freib.	57	3	9	78	10
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	2	7	90	2
evangelisch	283	0	8	92	1
katholisch	89	0	7	92	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Wie ist das mit – für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Tabelle A73

Politische Partizipation: an öffentlichen Bauvorhaben beteiligen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	27	43	28	1
Geschlecht					
männlich	510	32	43	23	2
weiblich	554	23	43	33	1
Alter					
18-24 Jahre	83	8	59	29	4
25-34 Jahre	131	19	49	32	0
35-44 Jahre	167	29	53	17	1
45-59 Jahre	317	36	44	18	2
60 Jahre und älter	366	27	32	41	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	18	29	51	3
10. Klasse	497	27	47	25	1
Abitur	76	19	68	13	0
(Fach-)Hochschule	209	44	42	14	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	30	51	18	1
in Ausbildung	53	10	59	25	6
arbeitslos	51	33	24	43	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	25	32	41	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	24	59	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	28	52	20	0
höh.-leit. Ang./Beamte	88	37	43	20	0
Landw./Selbst./Freib.	57	46	37	14	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	28	41	29	2
evangelisch	283	27	47	26	0
katholisch	89	25	46	29	0

Es gibt ja bei öffentlichen Bauvorhaben Möglichkeiten, sich als Bürger zu beteiligen, z.B. die Einsichtnahme in Planungen oder Bürgeranhörungen bei Straßenbaumaßnahmen. Haben Sie sich bei so etwas schon einmal beteiligt, würden Sie sich beteiligen oder würden Sie das nicht tun?

Tabelle A74

Politische Partizipation: an Diskussion zu Gesetzesentwürfen teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	43	50	2
Geschlecht					
männlich	510	5	50	44	2
weiblich	554	4	38	56	3
Alter					
18-24 Jahre	83	6	59	35	0
25-34 Jahre	131	12	61	25	2
35-44 Jahre	167	8	61	31	0
45-59 Jahre	317	2	51	46	2
60 Jahre und älter	366	2	19	75	5
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	0	17	79	5
10. Klasse	497	3	49	47	1
Abitur	76	13	70	17	0
(Fach-)Hochschule	209	9	57	32	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	6	57	37	1
in Ausbildung	53	12	76	12	0
arbeitslos	51	3	45	52	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	2	20	73	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	0	62	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	7	48	44	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	12	61	26	2
Landw./Selbst./Freib.	57	7	65	29	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	5	46	47	2
evangelisch	283	4	37	56	3
katholisch	89	2	42	55	1

Es gibt ja heute auch die Möglichkeit, dass die Regierung Gesetzentwürfe im Internet zur Diskussion stellt. Haben Sie sich bei so etwas schon einmal beteiligt, würden Sie sich beteiligen oder würden Sie das nicht tun?

Tabelle A75

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	28	36	17	16	4
Geschlecht						
männlich	510	30	33	19	16	2
weiblich	554	27	38	15	15	5
Alter						
18-24 Jahre	83	27	46	19	8	1
25-34 Jahre	131	20	56	15	8	1
35-44 Jahre	167	28	35	21	14	4
45-59 Jahre	317	22	33	19	21	5
60 Jahre und älter	366	37	29	14	17	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	41	33	11	11	4
10. Klasse	497	30	37	16	13	4
Abitur	76	12	58	15	13	2
(Fach-)Hochschule	209	13	26	27	30	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	22	38	21	15	4
in Ausbildung	53	30	49	9	13	0
arbeitslos	51	37	32	5	25	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	36	31	14	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	28	39	19	11	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	22	39	22	12	5
höh.-leit. Ang./Beamte	88	5	37	25	29	4
Landw./Selbst./Freib.	57	31	38	16	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	28	37	15	15	5
evangelisch	283	30	31	22	15	2
katholisch	89	23	41	16	20	0

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A76

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	27	35	22	16	1
Geschlecht						
männlich	510	29	34	24	13	1
weiblich	554	25	35	21	18	1
Alter						
18-24 Jahre	83	14	29	43	13	0
25-34 Jahre	131	11	43	27	17	2
35-44 Jahre	167	18	28	29	24	1
45-59 Jahre	317	19	37	25	18	2
60 Jahre und älter	366	46	34	11	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	50	31	9	11	0
10. Klasse	497	23	36	25	15	1
Abitur	76	7	35	40	18	1
(Fach-)Hochschule	209	13	36	27	24	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	17	38	26	18	1
in Ausbildung	53	2	23	52	23	0
arbeitslos	51	28	28	21	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	45	32	13	10	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	24	34	26	16	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	14	37	29	19	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	6	44	26	23	1
Landw./Selbst./Freib.	57	21	45	18	16	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	27	33	22	17	1
evangelisch	283	26	36	25	13	1
katholisch	89	27	37	20	15	0

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A77

Angst vor sozialem Abstieg

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	22	28	25	21	3
Geschlecht						
männlich	510	22	28	26	22	2
weiblich	554	22	29	24	21	4
Alter						
18-24 Jahre	83	12	28	37	22	0
25-34 Jahre	131	17	23	32	27	1
35-44 Jahre	167	17	33	28	19	3
45-59 Jahre	317	21	23	29	25	3
60 Jahre und älter	366	29	33	16	17	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	31	34	13	17	5
10. Klasse	497	24	30	27	17	2
Abitur	76	13	21	29	36	1
(Fach-)Hochschule	209	8	21	35	33	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	15	27	31	24	3
in Ausbildung	53	8	28	30	32	2
arbeitslos	51	56	21	13	9	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	29	31	18	18	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	23	34	25	16	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	13	29	31	23	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	10	12	41	35	2
Landw./Selbst./Freib.	57	10	19	32	38	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	23	28	24	21	3
evangelisch	283	20	29	26	21	4
katholisch	89	18	29	28	23	1

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Tabelle A78

Bewertung der deutschen Einheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	Nachteile überwiegen	weder noch	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	69	17	13	2
Geschlecht					
männlich	510	73	15	10	2
weiblich	554	65	19	15	2
Alter					
18-24 Jahre	83	72	11	12	5
25-34 Jahre	131	78	14	6	3
35-44 Jahre	167	77	12	9	1
45-59 Jahre	317	65	20	15	0
60 Jahre und älter	366	64	19	15	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	272	59	23	17	1
10. Klasse	497	65	19	14	2
Abitur	76	86	8	6	0
(Fach-)Hochschule	209	85	7	6	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	568	73	15	10	2
in Ausbildung	53	87	4	9	1
arbeitslos	51	42	37	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	63	19	16	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	185	59	25	14	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	77	10	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	91	7	1	1
Landw./Selbst./Freib.	57	79	15	6	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	687	66	20	13	1
evangelisch	283	72	13	13	2
katholisch	89	81	6	10	3

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A79

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	16	31	30	16	7
Geschlecht						
männlich	510	13	27	31	21	8
weiblich	554	19	35	29	11	6
Alter						
18-24 Jahre	83	14	20	30	10	27
25-34 Jahre	131	13	24	31	18	14
35-44 Jahre	167	9	34	35	20	1
45-59 Jahre	317	18	28	34	15	5
60 Jahre und älter	366	19	37	24	15	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	26	38	17	15	5
10. Klasse	497	17	29	31	14	9
Abitur	76	5	22	47	18	7
(Fach-)Hochschule	209	5	30	39	21	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	13	27	35	17	8
in Ausbildung	53	4	25	38	16	18
arbeitslos	51	27	29	18	16	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	20	38	23	15	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	20	30	27	15	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	11	29	36	14	10
höh.-leit. Ang./Beamte	88	4	21	44	28	4
Landw./Selbst./Freib.	57	19	17	45	18	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	18	33	29	12	8
evangelisch	283	14	33	30	20	4
katholisch	89	9	16	35	28	12

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A80

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	5	16	28	47	5
Geschlecht						
männlich	510	5	13	27	53	3
weiblich	554	5	19	28	41	6
Alter						
18-24 Jahre	83	0	25	42	32	1
25-34 Jahre	131	5	23	27	40	5
35-44 Jahre	167	5	9	33	49	3
45-59 Jahre	317	5	13	28	51	3
60 Jahre und älter	366	6	18	22	47	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	8	20	20	45	7
10. Klasse	497	5	18	30	44	4
Abitur	76	2	16	34	47	2
(Fach-)Hochschule	209	1	6	32	57	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	5	14	29	48	4
in Ausbildung	53	0	21	36	43	1
arbeitslos	51	9	18	26	46	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	5	18	24	46	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	8	16	33	38	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	17	29	46	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	4	29	65	2
Landw./Selbst./Freib.	57	9	11	17	61	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	6	18	27	44	5
evangelisch	283	4	14	28	49	5
katholisch	89	2	8	30	60	1

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Tabelle A81

Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	25	30	26	17	2
Geschlecht						
männlich	510	21	31	27	20	2
weiblich	554	29	29	26	14	3
Alter						
18-24 Jahre	83	18	40	26	15	1
25-34 Jahre	131	25	30	27	17	1
35-44 Jahre	167	23	27	28	21	1
45-59 Jahre	317	19	30	30	18	3
60 Jahre und älter	366	33	28	22	14	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	42	28	16	12	2
10. Klasse	497	24	37	26	11	2
Abitur	76	9	22	42	26	1
(Fach-)Hochschule	209	8	18	36	35	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	21	32	27	19	2
in Ausbildung	53	8	24	45	23	0
arbeitslos	51	30	10	33	25	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	33	30	22	12	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	24	34	29	11	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	23	35	23	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	7	24	32	35	2
Landw./Selbst./Freib.	57	20	26	25	28	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	25	30	28	17	1
evangelisch	283	26	29	24	17	4
katholisch	89	27	35	22	13	3

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.

Tabelle A82

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	16	35	29	16	4
Geschlecht						
männlich	510	13	39	28	17	4
weiblich	554	18	32	30	15	5
Alter						
18-24 Jahre	83	8	37	37	18	1
25-34 Jahre	131	9	38	32	20	1
35-44 Jahre	167	19	26	31	19	5
45-59 Jahre	317	12	36	33	15	5
60 Jahre und älter	366	22	37	22	14	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	29	36	17	14	5
10. Klasse	497	16	38	31	11	5
Abitur	76	4	23	43	28	3
(Fach-)Hochschule	209	3	31	37	27	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	12	35	32	17	4
in Ausbildung	53	1	27	50	23	0
arbeitslos	51	30	23	27	12	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	22	38	23	13	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	16	37	29	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	11	36	32	17	4
höh.-leit. Ang./Beamte	88	1	31	39	29	1
Landw./Selbst./Freib.	57	17	33	29	18	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	18	34	29	16	3
evangelisch	283	13	39	28	13	7
katholisch	89	7	28	35	26	4

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A83

Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	10	9	20	57	5
Geschlecht						
männlich	510	10	11	18	58	4
weiblich	554	9	8	21	55	6
Alter						
18-24 Jahre	83	8	9	17	60	7
25-34 Jahre	131	6	4	16	68	6
35-44 Jahre	167	5	6	16	72	1
45-59 Jahre	317	7	8	22	58	5
60 Jahre und älter	366	16	13	22	43	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	20	14	21	39	7
10. Klasse	497	7	9	22	57	5
Abitur	76	4	5	8	82	0
(Fach-)Hochschule	209	4	5	18	70	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	6	7	19	63	5
in Ausbildung	53	4	9	5	77	5
arbeitslos	51	6	8	16	64	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	16	12	24	44	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	13	20	56	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	7	5	19	62	6
höh.-leit. Ang./Beamte	88	4	2	15	79	1
Landw./Selbst./Freib.	57	9	6	19	63	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	9	9	18	58	6
evangelisch	283	11	10	25	50	5
katholisch	89	6	6	19	68	2

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A84

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	11	13	12	62	3
Geschlecht						
männlich	510	10	10	13	65	3
weiblich	554	12	16	11	58	4
Alter						
18-24 Jahre	83	9	10	19	59	3
25-34 Jahre	131	11	15	9	66	0
35-44 Jahre	167	8	5	15	71	0
45-59 Jahre	317	10	12	8	67	3
60 Jahre und älter	366	12	18	12	52	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	16	20	14	43	7
10. Klasse	497	12	14	12	60	2
Abitur	76	2	7	7	83	1
(Fach-)Hochschule	209	3	5	8	82	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	8	13	11	66	2
in Ausbildung	53	9	1	15	75	0
arbeitslos	51	21	6	7	61	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	13	16	13	53	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	10	15	10	62	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	8	13	12	66	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	6	4	8	80	2
Landw./Selbst./Freib.	57	5	21	14	61	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	11	13	11	63	3
evangelisch	283	11	15	15	57	2
katholisch	89	10	14	4	66	6

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A85

Der Stärkere sollte sich durchsetzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	7	12	30	49	2
Geschlecht						
männlich	510	6	13	32	48	1
weiblich	554	9	10	29	50	2
Alter						
18-24 Jahre	83	6	9	47	39	0
25-34 Jahre	131	3	14	37	46	0
35-44 Jahre	167	1	6	28	64	1
45-59 Jahre	317	6	9	29	55	2
60 Jahre und älter	366	14	17	26	41	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	17	20	25	37	2
10. Klasse	497	5	10	34	50	2
Abitur	76	3	7	33	57	0
(Fach-)Hochschule	209	1	8	28	61	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	4	9	33	52	1
in Ausbildung	53	1	1	33	66	0
arbeitslos	51	7	8	37	48	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	13	17	25	42	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	10	33	51	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	9	36	51	1
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	9	24	65	1
Landw./Selbst./Freib.	57	12	5	39	44	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	7	11	32	48	2
evangelisch	283	9	13	28	50	1
katholisch	89	6	17	25	52	0

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A86

Deutschland braucht hartes Durchsetzen gegenüber Ausland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	29	32	22	13	4
Geschlecht						
männlich	510	31	32	24	12	1
weiblich	554	26	33	21	13	7
Alter						
18-24 Jahre	83	28	41	29	1	1
25-34 Jahre	131	21	48	20	11	1
35-44 Jahre	167	25	29	24	20	2
45-59 Jahre	317	19	30	29	16	6
60 Jahre und älter	366	41	28	16	10	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	49	30	8	7	7
10. Klasse	497	27	37	22	10	4
Abitur	76	11	32	44	12	1
(Fach-)Hochschule	209	11	25	36	25	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	21	35	26	15	3
in Ausbildung	53	18	31	47	4	0
arbeitslos	51	44	20	15	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	39	30	15	10	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	26	40	19	12	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	20	36	29	14	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	11	32	37	18	3
Landw./Selbst./Freib.	57	31	22	21	21	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	28	30	25	13	5
evangelisch	283	30	38	17	11	4
katholisch	89	27	36	23	13	0

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A87

Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	11	25	30	26	8
Geschlecht						
männlich	510	12	25	28	28	7
weiblich	554	10	26	32	24	9
Alter						
18-24 Jahre	83	4	27	44	20	5
25-34 Jahre	131	7	17	51	24	3
35-44 Jahre	167	9	19	37	30	5
45-59 Jahre	317	9	28	24	30	9
60 Jahre und älter	366	17	28	22	22	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	19	31	19	19	13
10. Klasse	497	10	28	34	22	7
Abitur	76	5	17	43	31	4
(Fach-)Hochschule	209	4	14	34	43	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	8	25	34	27	6
in Ausbildung	53	2	18	47	34	0
arbeitslos	51	14	13	22	40	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	16	29	24	20	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	10	28	31	22	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	6	26	38	25	5
höh.-leit. Ang./Beamte	88	8	13	37	40	3
Landw./Selbst./Freib.	57	10	28	24	32	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	11	25	29	28	8
evangelisch	283	11	27	32	20	10
katholisch	89	10	24	35	27	3

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben – an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A88

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	6	13	14	65	3
Geschlecht						
männlich	510	6	11	17	65	2
weiblich	554	6	15	11	65	4
Alter						
18-24 Jahre	83	10	21	32	36	1
25-34 Jahre	131	3	25	25	45	1
35-44 Jahre	167	10	11	8	69	1
45-59 Jahre	317	5	9	10	73	3
60 Jahre und älter	366	4	12	11	69	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	7	17	12	59	5
10. Klasse	497	7	17	14	61	3
Abitur	76	3	10	23	63	1
(Fach-)Hochschule	209	1	2	12	83	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	6	14	15	64	2
in Ausbildung	53	4	17	15	63	1
arbeitslos	51	9	12	12	61	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	5	12	12	66	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	11	17	12	58	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	13	20	63	2
höh.-leit. Ang./Beamte	88	4	8	14	72	2
Landw./Selbst./Freib.	57	3	12	10	75	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	5	14	13	65	3
evangelisch	283	6	14	15	62	3
katholisch	89	7	5	19	66	2

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A89

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	4	6	15	69	6
Geschlecht						
männlich	510	5	5	19	66	5
weiblich	554	3	7	12	71	8
Alter						
18-24 Jahre	83	4	11	25	61	0
25-34 Jahre	131	3	5	23	63	6
35-44 Jahre	167	2	6	16	75	1
45-59 Jahre	317	4	4	10	77	5
60 Jahre und älter	366	6	7	14	62	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	8	11	15	54	12
10. Klasse	497	4	6	16	70	5
Abitur	76	2	2	17	76	2
(Fach-)Hochschule	209	0	2	11	82	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	3	5	16	72	4
in Ausbildung	53	2	10	9	78	1
arbeitslos	51	4	7	19	68	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	6	7	14	62	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	7	13	70	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	3	3	16	72	6
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	2	18	79	1
Landw./Selbst./Freib.	57	1	9	21	68	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	4	7	15	68	7
evangelisch	283	5	4	17	69	6
katholisch	89	6	6	13	71	3

Jetzt kommen einige Sätze, die man schon irgendwann einmal gehört hat:
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A90

Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1064**	3	11	23	60	4
Geschlecht						
männlich	510	4	11	23	61	2
weiblich	554	1	11	22	59	6
Alter						
18-24 Jahre	83	1	8	33	55	4
25-34 Jahre	131	2	11	21	65	0
35-44 Jahre	167	3	10	20	66	1
45-59 Jahre	317	3	11	18	61	7
60 Jahre und älter	366	3	12	26	55	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	272	3	15	23	51	8
10. Klasse	497	3	12	23	59	3
Abitur	76	1	6	17	75	1
(Fach-)Hochschule	209	2	5	22	68	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	568	3	12	20	62	3
in Ausbildung	53	1	2	30	67	0
arbeitslos	51	2	9	18	63	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	391	2	12	25	54	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	185	5	15	20	57	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	237	1	11	25	60	3
höh.-leit. Ang./Beamte	88	0	6	16	75	3
Landw./Selbst./Freib.	57	8	10	9	69	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	687	3	10	22	60	5
evangelisch	283	2	13	27	55	4
katholisch	89	1	15	11	73	0

Jetzt einige Aussagen zur Politik:
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.